Landtag Mecklenburg-Vorpommern
6. Wahlperiode
Enquete-Kommission
„Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“

Kommissionsdrucksache 6/53(neu)

Kommissionsdrucksache

(26.11.2015)

Inhalt

Grundlagenexpertise
„Bürgerschaftliches Engagement und Gesellschaftliche Teilhabe“

nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH
sowie
Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (ZZE)

Bürgerschaftliches Engagement und Gesellschaftliche Teilhabe

Grundlagenexpertise für die Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“

nexus Institut für Kooperationsmanagement
und interdisziplinäre Forschung GmbH

in Kooperation mit
Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (ZZE) im Forschungs- und Innovationsverbund an der Evangelischen Hochschule Freiburg GmbH

Redaktion: Christine von Blanckenburg, Ansgar Düben, Thomas Klie, Silke Marzluff, Daphne Reim, Pablo Rischard, Birgit Schuhmacher, Ute Samland

Berlin, d. 30.10. 2015

Vorbemerkung

Wir haben uns bei der Darstellung bemüht, beide Geschlechter in der sprachlichen Darstellung zu berücksichtigen. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit sind wir gelegentlich von diesem Prinzip abgewichen.

Inhalt

Abbildungsverzeichnis 4

Tabellenverzeichnis 6

1 Methodische Bausteine der Expertise 7

2 Einleitung 9

2.1 Vielfältige Ausprägungen von Engagement 9

2.1.1 Leitbilder für ein Engagement im Alter 13

2.2 Gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen 14

3 Überblick über Bürgerschaftliches Engagement älterer Menschen in Mecklenburg-Vorpommern 16

3.1 Raumstrukturelle und sozioökonomische Differenzierung des Engagements älterer Menschen 21

3.1.1 Siedlungsstrukturelle Differenzierung 21

3.1.2 Engagement und Sozialstatus 23

3.2 Engagementpotenzial 25

3.2.1 Engagementpotenzial und Engagement 27

3.3 Bürgerschaftliches Engagement in den demografischen Handlungsfeldern 28

3.3.1 Wohnen 28

3.3.2 Gesundheit/ Pflege 30

3.3.3 Mobilität 35

3.3.4 Bildung 41

3.3.5 Arbeit 44

3.3.6 Daseinsvorsorge 45

3.4 Spezifika des Engagements in Ostdeutschland 46

3.5 Informelles Engagement, Nachbarschaftshilfe 49

3.6 Zusammenfassung 54

4 Rahmenbedingungen zur Förderung und Steuerung des Engagements in Mecklenburg-Vorpommern 54

4.1 Infrastrukturen des Engagements 54

4.1.1 Einrichtungen, in denen sich Freiwillige engagieren 54

4.1.2 Engagement unterstützende Einrichtungen 57

4.2 Förderung und Steuerung von Seiten des Landes und der Kommunen 73

4.2.1 Förderung von Engagement 73

4.2.2 Steuerung des Engagements ... 75

5 Gesellschaftliche und politische Teilhabe ... 81
5.1 Gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen in Mecklenburg-Vorpommern ... 81
5.1.1 Aktivität älterer Menschen in Mecklenburg-Vorpommern ... 81
5.1.2 Vereinsmitgliedschaft und Freizeitaktivitäten ... 84
5.1.3 Teilhaberisiken ... 85
5.1.4 Teilhabe Hochbetagter ... 89
5.2 Politische Teilhabe ... 89
5.2.1 Teilhabe in der repräsentativen Demokratie ... 89
5.2.2 Seniorenmitwirkungsgesetz und Seniorenbeiräte ... 92

6 Integrierte Betrachtung in den Lupenregionen ... 93
6.1 Landkreis Ludwigslust-Parchim ... 94
6.1.1 Engagementinfrastruktur im Landkreis Ludwigslust-Parchim ... 95
6.1.2 Seniorenmitwirkung und Seniorenprojekte ... 99
6.1.3 Teilhabe im Landkreis Ludwigslust-Parchim ... 100
6.2 Vorpommern-Greifswald ... 100
6.2.1 Engagementinfrastruktur im Landkreis Vorpommern-Greifswald ... 101
6.2.2 Seniorenmitwirkung und Seniorenprojekte ... 105
6.2.3 Teilhabe im Landkreis Vorpommern-Greifswald ... 106

7 Herausforderungen und mögliche Lösungswege ... 107
7.1 Förderung und Steuerung des Engagements ... 107
7.2 Lösungsansätze anderer Bundesländer ... 112
7.3 Sicherung sozialer Teilhabe ... 114
7.3.1 Zusammenfassung der Herausforderungen ... 114
7.3.2 Lösungsansätze ... 115
7.4 Förderung von Unternehmensengagement intensivieren ... 119

8 Empfehlungen ... 122
8.1 Zuständigkeiten auf staatlicher Seite auf den Ebenen des Landes, der Kreise und Gemeinden ... 127
8.2 Zuständigkeiten auf der zivilgesellschaftlichen Seite auf den Ebenen des Landes, der Kreise und Gemeinden ... 130

Literaturverzeichnis ... 134

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Anteil von Engagierten an der Bevölkerung im Alter ab 50 Jahre in Prozent 17
Abbildung 2: Engagementquote in Mecklenburg-Vorpommern nach Altersgruppen in Prozent .. 18
Abbildung 3: Engagementquoten nach Altersgruppen 18
Abbildung 4: Rückgang der Engagierten nach Altersgruppen in Prozent 2009 – 2030 19
Abbildung 5: Engagement der älteren Bevölkerung in Mecklenburg Vorpommern 20
Abbildung 6: Engagement bei Männern und Frauen nach Altersgruppen in Deutschland, Ostdeutschland und Mecklenburg-Vorpommern in Prozent 21
Abbildung 7: Engagementquote der älteren Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern, Ostdeutschland und Gesamtdeutschland nach siedlungsstrukturellen Kreistypen . 22
Abbildung 8: Engagement Älterer in Mecklenburg-Vorpommern, nach Altersgruppe und Schulbildung in Prozent 23
Abbildung 9: Engagement Älterer in Mecklenburg-Vorpommern, Ostdeutschland und Deutschland nach Schulbildung in Prozent 24
Abbildung 10: Engagement Älterer nach der finanziellen Situation (Selbstbewertung) 25
Abbildung 11: Engagementpotenzial Mecklenburg-Vorpommern, Ostdeutschland und Deutschland 26
Abbildung 12: Engagementbereitschaft Engagierter und nicht Engagierter 26
Abbildung 13: Engagementbereitschaft bereits engagierter Älterer nach Altersgruppen 27
Abbildung 14: Engagementinteresse der über 49-Jährigen in Mecklenburg-Vorpommern 1999, 2004 und 2009 28
Abbildung 15: Gibt es Personen außerhalb Ihres Haushaltes, denen Sie selbst helfen? (= Ja) 50
Abbildung 16: Gibt es Personen außerhalb Ihres Haushaltes, denen Sie selbst helfen? Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich 50
Abbildung 17: Gibt es Personen außerhalb Ihres Haushaltes, denen Sie selbst helfen? (Ältere in Mecklenburg-Vorpommern gegliedert nach Altersgruppen) 51
Abbildung 18: Haben Sie in den letzten 12 Monaten eine Geldspende geleistet? 51
Abbildung 19: Gibt es Personen außerhalb Ihres Haushaltes, denen Sie selbst helfen oder/und haben Sie in den letzten 12 Monaten eine Geldspende geleistet? 52
Abbildung 20: Informelles Engagement älterer Menschen und finanzielle Situation 52
Abbildung 21: Informelles Engagement älterer Menschen und Schulbildung 53
Abbildung 22: Formelles und informelles* Engagement nach Altersgruppen 54
Abbildung 23: Organisationsform der freiwilligen Tätigkeit der über 49-Jährigen in Mecklenburg-Vorpommern in Prozent 56
Abbildung 24: Aktivität in Mecklenburg-Vorpommern nach Altersgruppen 82
Abbildung 25: Aktivität in Mecklenburg-Vorpommern nach Geschlecht 82
Abbildung 26: Aktivität der älteren Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern 83
Abbildung 27: Aktivität der älteren Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern 83
Abbildung 28: Aktivität (nicht Engagierte) in Mecklenburg-Vorpommern nach Bereichen in Prozent 84
Abbildung 29: Mitgliedschaft Älterer in einem gemeinnützigen Verein 84
Abbildung 30: Freizeitaktivitäten in Gesellschaft anderer Personen 85
Abbildung 31 Freizeitaktivitäten gemeinsam mit anderen (nicht Partner/in) 85
Abbildung 32: Anteile der über 80-Jährigen an der Gesamtbevölkerung, 2010 87
Abbildung 33: Wegdauern und Entfernungen nach Altersgruppen 87

Abbildung 34: Bundestagswahl 2013 in Mecklenburg-Vorpommern: Wahlberechtigte und Wähler nach Altersgruppen 90
Abbildung 35: Bundestagswahl 2013 in Mecklenburg-Vorpommern: Wahlbeteiligung in Prozent nach Altersgruppen 90
Abbildung 36: Bundestagswahl 2013 in Mecklenburg-Vorpommern: Wahlberechtigte und Wähler nach drei Altersgruppen 91
Abbildung 37: Abgeordnete des Landtags und Bevölkerung nach Altersgruppen im Vergleich 91
Abbildung 38: Abgeordnete über 65 Jahre in Land-und Kreistagen in Prozent 92
Abbildung 39: Vereinsdichte im Landkreis Ludwigslust-Parchim 95
Abbildung 40: Standorte Engagement fördernder Infrastruktur im Landkreis Ludwigslust-Parchim 98
Abbildung 41: Vereinsdichte im Landkreis Vorpommern-Greifswald 101
Abbildung 42: Standorte Engagement fördernder Infrastruktur im Landkreis Vorpommern-Greifswald 104

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Vereinsdichte in den Bundesländern ... 55
Tabelle 2: Organisationsform der freiwilligen Tätigkeit der über 49-Jährigen, der über 14-Jährigen in Mecklenburg-Vorpommern und der über 14-Jährigen in Deutschland in Prozent ... 56
Tabelle 3: Engagement unterstützende Einrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern ... 57
Tabelle 4: Freiwilligenagenturen in Mecklenburg-Vorpommern ... 58
Tabelle 5: Seniorenbüros in Mecklenburg-Vorpommern ... 59
Tabelle 6: Selbsthilfekontaktstellen in Mecklenburg-Vorpommern ... 60
Tabelle 7: Bürgerstiftungen in Mecklenburg-Vorpommern ... 62
Tabelle 8: Mehrgenerationenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern ... 64
Tabelle 9: Mütterzentren in Mecklenburg-Vorpommern ... 64
Tabelle 10: Soziokulturelle Zentren in Mecklenburg-Vorpommern ... 65
Tabelle 11: Kommunale Stabsstellen in Mecklenburg-Vorpommern ... 67
Tabelle 12: Pflegestützpunkte in Mecklenburg-Vorpommern ... 68
Tabelle 13: MitMachZentralen in Mecklenburg-Vorpommern ... 69
Tabelle 14: Agenturen für SeniorTrainer in Mecklenburg-Vorpommern ... 70
Tabelle 15: Überblick über die Engagement unterstützenden Infrastrukturen nach Landkreisen ... 72
Tabelle 16: Finanziellen Förderung des Ehrenamtes in den Ressorts der Landesregierung ... 76
Tabelle 17: Monetarisierung nach Tätigkeitsformen ... 80
Tabelle 18: Altersstruktur in den Landkreisen in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2014 ... 88
Tabelle 19: Engagement fördernde Infrastruktur im Landkreis Ludwigslust-Parchim ... 97
Tabelle 20: Engagement fördernde Infrastruktur im Landkreis Vorpommern-Greifswald ... 103
Tabelle 21: Förderung des Ehrenamtes – Funktionsaufteilung zwischen Staat und Zivilgesellschaft ... 127

1 Methodische Bausteine der Expertise

Diese Gutachten beruht auf folgenden methodischen Zugängen:

- Sekundäranalyse der vorhandenen Literatur
  - zum freiwilligen Engagement mit den besonderen Schwerpunkten Mecklenburg-Vorpommern. Ostdeutschland und ältere Menschen
  - sowie zur gesellschaftlichen Teilhabe älterer Menschen.

- Auswertung vorhandener statistischer Daten
  - Freiwilligensurvey
  - Deutscher Alterssurvey
  - Bevölkerungsstatistik Mecklenburg Vorpommern

- Fokusgruppen mit Engagierten ab 50 Jahren
  - Fokusgruppe im Landkreis Ludwigslust-Parchim am 22.7.2015
  - Fokusgruppe im Landkreis Vorpommern-Greifswald am 21.7.2015

- Werkstattgespräche mit Experten
  - Werkstattgespräch im Landkreis Ludwigslust-Parchim am 16.9.2015
  - Werkstattgespräch im Landkreis Vorpommern-Greifswald am 30.9.2015

- Experteninterviews
  - Anne Bertram, Mehrgenerationenhaus und Mitmachzentrale, Ludwigslust
  - Helga Bomplitz, Landesring Mecklenburg-Vorpommern des Deutschen Seniorenringes e.V.
  - Karin Gruhlke, Netzwerk freiwilliges Engagement Mecklenburg-Vorpommern e.V.
  - Anne Eggebrecht, Pflegestützpunkt Greifswald
  - Elvira Henke, Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales
  - Stefanie Herrmann, Pflegestützpunkt Nordwestmecklenburg (Wismar)
  - Heidrun Hiller, Hochschule Neubrandenburg
  - Renate Hoff, Pflegestützpunkt Demmin
  - Jan Holze, Geschäftsführer der Ehrenamtsstiftung Mecklenburg-Vorpommern
  - Daniel Jarohs, Hansestadt Rostock, Bereich Sozialplanung
  - Herbert Kautz, Vorsitzender des Kreisseniorenbeirats Vorpommern-Greifswald
  - Petra Kirsten, Seniorenbeauftragte/r Hansestadt Rostock
  - Astrid Klinzing, Pflegestützpunkt Hansestadt Rostock
  - Heiko Krohn, Pflegestützpunkt Hansestadt Rostock Außenstelle Süd
  - Ellen Lemke, Pflegestützpunkt Neustrelitz
  - Ralf Limp, Pflegestützpunkt Pasewalk
  - Ilona Mundt-Schalk, Vorsitzende des Kreisseniorenbeirates Ludwigslust-Parchim
  - Andreas Nath, Pflegestützpunkt Güstrow
  - Anett Nuklies, Büro für Chancengleichheit im LK Ludwigslust-Parchim, Ansprechpartnerin für den Kreisseniorenbeirat (schriftliche Auskünfte)
  - Doreen Radelow, Büro für Chancengleichheit im LK Ludwigslust-Parchim (noch in ihrer Funktion als), Ansprechpartnerin für den Kreisseniorenbeirat
  - Bernd Rosenheinrich, Vorsitzender des Landesseniorenbeirates
  - Sylvia Schiebe, Mehrgenerationenhaus und Mitmachzentrale Torgelow

- Kerstin Schünemann, Mehrgenerationenhaus und Mitmachzentrale, Lübz
- Denise Schwabach-Fritz, Pflegestützpunkt Anklam
- Sylke Seehase, Pflegestützpunkt Ludwigslust
- Gabriele Trebbin, Pflegestützpunkt Neubrandenburg
- Bettina Wahl, Pflegestützpunkt Schwerin
- Birgit Weber, Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V.
- Silke Zepelin, Pflegestützpunkt Parchim

Auskünfte zur Engagementförderung in den Ressorts steuerten bei:

- Karsten Fechter, Ministerium für Inneres und Sport Mecklenburg-Vorpommern (Feuerwehr)
- Karin Grübler, Ministerium für Inneres und Sport Mecklenburg-Vorpommern (Sport)
- Elvira Henke, Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales
- Susanne Penski, Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur

- Internetrecherchen

2 Einleitung

Die Gestaltung des demografischen Wandels stellt für das Land Mecklenburg-Vorpommern eines der zentralen Zukunftsthemen dar. Die Landesregierung hat die politische Herausforderung in einer erst jüngst aktualisierten ressortübergreifend erarbeiteten Demografiestrategie umgesetzt (Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern 2014). Mit der Einsetzung der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ hat der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern im Februar 2012 ein weiteres zentrales Vorhaben angestoßen. Die „Aufgabe (der Kommission) ist es, auf der Grundlage der bestehenden Erkenntnisse zum demografischen Wandel, wie z. B. dem Demografiebericht der Landesregierung, Maßnahmen zu empfehlen, die geeignet sind, den Teilhabe- und Versorgungsansprüchen einer älter werdenden Bevölkerung Rechnung zu tragen“ (Landtagsdrucksache 6/251).

Die Grundlagenexpertise zu „Bürgerschaftlichem Engagement und gesellschaftlicher Teilhabe“ schließt als Querschnittsthema an die bereits vorliegenden Expertisen an, die dem Engagement eine wichtige Rolle zur Absicherung des selbstständigen Wohnens im Alter, zur Realisierung alternativer Bedienformen im ÖPNV und zur Unterstützung im Bereich der Pflege beimessen. Durch die, auch demografisch bedingt, kleiner werdenden finanziellen Handlungsspielräume der Kommunen wird das Engagement der Bürgerinnen und Bürger zu einem immer wichtiger werdenden Baustein zur Sicherung der Daseinsvorsorge vor allem im ländlichen Raum (Laschewski 2008, Reichert-Schick 2010, Meergans und Werz 2013). Die Grundlagenexpertise zu bürgerschaftlichem Engagement und gesellschaftlicher Teilhabe nimmt die bereits in den anderen Expertisen geleistete Arbeit auf. Der Fokus liegt nicht auf einer umfassenden Erarbeitung zu den genannten Handlungsfeldern, sondern einer exemplarischen und zusammenfassenden Einordnung des bürgerschaftlichen Engagements und seinem Beitrag zu Lösungen in den demografischen Handlungsfeldern. Dabei ist es wichtig darauf zu achten, dass keine Semantik einer Pflicht zu Engagement entsteht. Der Einzelne muss weiterhin die Freiheit haben, sich für oder gegen ein Engagement zu entscheiden. Gleichzeitig ist das Lernen von Engagement bereits von Kindheit an zu fördern.

Die Enquete-Kommission leistet grundlegende Arbeit für die politische Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels. Unter der Perspektive der alternden Gesellschaft konzentriert sie sich auf die am schnellsten wachsende Bevölkerungsgruppe. Diese Gruppe umfasst drei Untergruppen, die jüngeren Älteren (50 – 65 Jahre), die Älteren (65 – 80 Jahre) und die Hochbetagten (über 80 Jahre).[1] Diese Unterteilung wird bei der Erarbeitung der Expertise „Bürgerschaftliches Engagement und Gesellschaftliche Teilhabe“ berücksichtigt.

2.1 Vielfältige Ausprägungen von Engagement

Bürgerschaftliches Engagement ist ein eigenes Handlungsfeld im demografischen Wandel, da Engagement als entscheidender Faktor für die demografische Stabilität insbesondere für die kleinsten Siedlungseinheiten identifiziert worden ist. Unabhängig davon, ob sich die Bürgerinnen und Bürger in Projekten engagieren, die sich in die Handlungsfelder gemäß der Demografiestrategie einordnen lassen oder nicht – Engagement bindet Menschen an den Wohnort. „Eine aktive Bürgerschaft, die sich um die eigenen Belange kümmert, die ein lebenswertes Umfeld schafft und für einen guten Ruf des Ortes auch über dessen Grenzen hinaus sorgt, kann zwischen Schrumpfung und Stabilität entscheiden,“ stellt das Berlin-Institut auf der Grundlage von Bevölkerungs- und Vereinsstatistiken fest

[1] Hier werden die Altersgrenzen der Grundlagenexpertise zur Lebenssituation verwendet, ungeachtet des Diskussionsbedarfs insbesondere für den Beginn bei 50 Jahren.

(Kröhnert et al. 2005). Diesen Befund hat die Quandt-Stiftung mit ihrer Studie „Auf der Suche nach dem Wir-Gefühl“ eindrucksvoll qualitativ für Mecklenburg-Vorpommern untermauert.

Was ist jedoch alles als **Engagement** zu verstehen? Die Ersteller dieser Expertise plädieren für ein **weites Begriffsverständnis**: Engagement soll im Folgenden verstanden werden als „Dachbegriff für ein Tätigwerden von Menschen für eigene und/oder fremde Belange“ (Evers et al. 2015). Damit wird den Entwicklungen der letzten Jahre und Jahrzehnte Rechnung getragen und die Vielfalt von Traditionen, Werthaltungen, Engagementformen oder Engagementkategorien sowie die unterschiedliche Dauer von Engagement anerkannt. Die mittlerweile weit gefächerte Landschaft unterschiedlichster Organisations- und Aktionsformen gilt es zu würdigen.

Das klassische **Ehrenamt**, etwa von gewählten Vereinsvorständen, ist dabei eine Ausprägung von Engagement. Mecklenburg-Vorpommern hat trotz leichter Rückgänge immer noch eine der bundesweit höchsten Vereinsdichten (Krimmer und Priemer 2013).[2] Gerade auf dem Land gefährdet der Bevölkerungsrückgang auch die traditionellen Vereinsstrukturen, die einen wichtigen Rahmen für Engagement und soziale Teilhabe bilden. Durch die Zusammenlegung von Vereinen, Kirchengemeinden, Feuerwehren oder Gemeinden entstehen sowohl Probleme der Erreichbarkeit wie auch der Identifikation, die Auswirkungen auf die gesellschaftliche Teilhabe haben.

Bürgerschaftliches Engagement wurde 2002 von der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ mit fünf Charakteristika definiert: Demnach ist dann von bürgerschaftlichem Engagement zu sprechen, wenn es freiwillig, kooperativ, gemeinwohlorientiert (zumindest mit positiven Effekten für Dritte verbunden), nicht primär auf materiellen Gewinn ausgerichtet und öffentlich (im Gegensatz zur privaten Sphäre) ist (Deutscher Bundestag 2002). Diese Definition wurde auch dem seit 1999 regelmäßig durchgeführten Freiwilligensurvey zugrunde gelegt. Der Freiwilligensurvey hat zudem die öffentliche Aufmerksamkeit stark auf Formen des bürgerschaftlichen Engagements gerichtet, das innerhalb von Institutionen (Vereine, Verbände, Kirchen) stattfindet und mit einer gewissen Regelmäßigkeit erbracht wird.

Neben diesem als formell bezeichneten bürgerschaftlichen Engagement kommt zudem **dem informellen Engagement** hohe Bedeutung zu, das für den Zusammenhalt von Gesellschaft von herausragender Wichtigkeit ist. Zum informellen Engagement zählen **Familienarbeit, Nachbarschaftshilfe und lokale Unterstützungsstrukturen**. Die Leistungen sind meist anlassbezogen und werden im Rahmen vorhandener sozialer Netzwerke erbracht. Über die Hälfte aller formell Nichtengagierten gab laut Freiwilligensurvey 2009 an, im Freundes- und Bekanntenkreis oder in der Nachbarschaft Unterstützung geleistet zu haben. „Gerade in einer alternden Gesellschaft – und angesichts geringer werdender familiärer Unterstützung – hilft dieses informelle Engagement, die Teilhabe älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben zu sichern.“ Ältere Menschen werden durch informelles Engagement unterstützt, sie engagieren sich aber auch selber umfänglich informell für andere – und das bis ins hohe Alter. Während das formelle Engagement in Institutionen mit dem Alter merklich nachlässt, beschreiben sich Hochbetagte noch zu 60 Prozent als informell engagiert (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2011). Ein wichtiges Engagementfeld für das informelle Engagement älterer Menschen ist die Familie, in der z. B. Kinder betreut werden (Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend 2012 und Evers et al. 2015).

[2] Und vgl. die Vereinsstatistik 2011 über npo-info.de.

Auch die **Selbsthilfe** gehört zum Engagement. Denn, obwohl dem Namen nach ein positiver Effekt für Dritte fehlt, basiert die Selbsthilfe regelmäßig in den Initiativen immer auf einem gegenseitigen Austausch und gegenseitiger Unterstützung.

Zur **Vielfalt des Engagements** gehört darüber hinaus, dass die Bedingungen, unter denen sich formelles und informelles Engagement entfalten, von sehr unterschiedlichen lokalen Verhältnissen und Traditionen geprägt sind. Das betrifft vor allem das Gefühl der Zugehörigkeit zum Ort und der Zusammengehörigkeit der Menschen am Ort. Die Identifikation mit dem Ort fördert Engagement und durch das Engagement wird die Identifikation noch weiter gestärkt. Statt „Wir-Gefühl" können in Kommunen aber auch Bevölkerungsgruppen nebeneinander existieren - Alteingesessene und Zugezogene, Altbauern und Neubauern. Auch die Akteure und Institutionen im Engagement können sehr unterschiedliche sein und gemäß ihrer jeweiligen Organisationskultur agieren. Mal ist der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin die treibende Kraft, mal die Kirche, mal hängt die Identität am Sportverein und mal an der Auseinandersetzung mit den Menschen mit fremdenfeindlicher oder nationalsozialistischer Gesinnung. In manchen Kommunen kooperieren die verschiedenen Akteure, in anderen schotten sie sich gegeneinander ab, weil sie sich als Konkurrenz betrachten.

Diese kommunale Vielfalt von „lokaler Demografie und Sozialstruktur, informellen Engagementstrukturen und organisierter Zivilgesellschaft, Kommunalpolitik und Wirtschaftsstandort" und ihres Zusammenwirkens soll in diesem Gutachten berücksichtigt werden. Und trotzdem sollen Kommunen in ihrer Funktion als grundlegende Struktur, in der sich Engagement und Teilhabe realisieren, wahrgenommen werden. Dies verdeutlicht, mit welchen komplexen Herausforderungen sich kommunale Akteure zu befassen haben. Dabei kommt den Verantwortlichen in Kommunen auch die Zuständigkeit zu, sich mit Fragen der Legitimität und der Wahrung der Einhaltung der demokratischen Verfassung von Gesellschaft und Staat zu befassen.

- Bürgerschaftliches Engagement älterer Menschen

Dem freiwilligen Engagement älterer Menschen wird zunehmend eine herausragende Bedeutung beigemessen. Die Potenziale auch der älteren Generation werden von vielen politischen Akteuren als notwendig gesehen, um den Herausforderungen des demografischen Wandels erfolgreich zu begegnen.

Alle Bundesländer und auch die Bundesregierung setzen auf die Förderung von Engagement von Menschen in der nachberuflichen Lebensphase und haben in den letzten Jahren Modellprogramme wie „Aktiv im Alter" (Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung 2011), „Erfahrungswissen für Initiativen" (Braun et al. 2004), „Freiwilligendienste aller Generationen" (Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) 2012), „Mehrgenerationenhäuser" (Diller 2006) oder aktuell gemeinsam mit den großen deutschen Stiftungen das Programm „Engagierte Stadt"[3] aufgelegt.

Je nach Definition von Engagement und der Definition der Gruppe der Älteren unterscheiden sich die Daten zum Engagement älterer Menschen. Sie reichen von 12 Prozent im Deutschen Alterssurvey (DEAS) (Wurm et al. 2010) bis zu 26 Prozent im Generali-Engagementatlas (AMB Generali Holding AG et al. 2009). Menschen über 70 Jahre sind hierbei gering vertreten. Die Gruppe der engagierten „jungen Alten" wächst jedoch beständig. Mit Eintritt in die nachberufliche Lebensphase sinkt das Engagementniveau häufig, besonders bei Männern. Gleichzeitig ist laut Freiwilligensurvey von 2009

[3] Online verfügbar unter: https://www.engagiertestadt.de/

(Gensicke und Geiss 2010) eine hohe Bereitschaft zu Engagement zu verzeichnen. Viele Strategien der Engagementförderung setzen gerade auf dieses noch nicht gehobene Potenzial.

Insbesondere im DEAS wird auf den Zusammenhang von Weiterbildungsaktivitäten und Engagement verwiesen. Engagement scheint nach Lebenslagen unterschiedlich ausgeprägt und auch nach Milieus profiliert. Hierzu liegen aber bislang noch keine vertiefenden Untersuchungen zu älteren Menschen vor. In der Generali Altersstudie von 2013 (Generali Zukunftsfonds 2012) finden sich aktuelle Daten zum Engagement der älteren Generation: In der Studie wird angenommen, dass sich 45 Prozent der 65- bis 85-Jährigen in gesellschaftlichen Bereichen wie Kirche, Freizeit, Geselligkeit, Sport, Bewegung, Kultur, Musik sowie im sozialen Bereich engagieren. Fast die Hälfte der Engagierten ist dabei in mehr als einem Themenfeld aktiv. Es wird ein enger Zusammenhang zwischen Bildung und Gesundheit auf Engagement postuliert. Es zeigt sich eindeutig, dass das Bildungsniveau und Bildungsaktivitäten Einfluss auf Engagement haben. Die Wohnortgröße sowie der Lebensort Ost- oder Westdeutschland scheinen hingegen nicht von Bedeutung zu sein. Durchschnittlich engagieren sich ältere Menschen wöchentlich vier Stunden. Freude am Engagement, Übernahme von Verantwortung für andere und Kontakte zu anderen knüpfen sowie etwas zu bewegen, sind die zentralen Engagementmotive. Nach Einschätzung der Verfasser der Altersstudie ist das Engagementpotenzial Älterer noch nicht ausgeschöpft. Interessante Aufgaben, die Möglichkeit über Zeit und Umfang des Engagements selbst zu entscheiden sowie die Passfähigkeit zu eigenen Interessen und Kompetenzen sind Aspekte, die zur Aufnahme eines Engagements führen können.

Das Themenfeld Engagement und Ältere ist von verschiedenen **Diskursen** geprägt. Diese werden im Folgenden kurz skizziert:

- Aktives Alter/ Active Ageing wird als Voraussetzung und Beitrag für gesellschaftliche Integration älterer Menschen und als sichtbarer Beitrag für die gelebte Solidarität der Generationen diskutiert. Auf europäischer wie auf Bundesebene finden sich hierzu Programme, die ein aktives Altern fördern.
- Gesundheit und Engagement: Der gesundheitsfördernde Aspekt von Engagement wird häufig deklariert. Engagement, Prävention und Selbsthilfe können miteinander in Beziehung gesetzt und verbunden werden.
- Altersbilder: Die sechste Altenberichtskommission der Bundesregierung hat sich intensiv mit differenzierten Altersbildern befasst. Engagement bietet – nicht nur – älteren Menschen vielfältige sinnstiftende Rollenangebote der Zivilgesellschaft (Sachverständigenkommission "Sechster Altenbericht der Bundesregierung" 2010).
- Engagement Hochbetagter: Diese Altersgruppe gerät langsam in den Blick gerontologischer Forschung. Dabei wird ein sehr breites Engagementverständnis zugrunde gelegt, das die Vielfalt von Interaktion und die produktive Auseinandersetzung mit den Fragen des hohen Alters einbezieht.
- Vernutzung des Alters: So positiv der Fokus auf Ressourcen älterer Menschen ist. Er darf nicht zu einer Verpflichtungsrhetorik führen. Die Freiheit des Alters und älterer Menschen ist stets im Blick zu behalten und es darf keine Verpflichtung zu Engagement geben.
- Sorgende Gemeinschaft/Caring Community: Das Leitbild der Sorgenden Gemeinschaft gewinnt aktuell an Bedeutung und bildet den Schwerpunkt der Sachverständigenkommission zur Erstellung des siebten Altenberichts der Bundesregierung. Ältere Menschen werden dort sowohl als Sorgende, die sich engagieren, als auch als diejenigen, denen Sorge gilt, angesprochen.

- Barrieren: Analog zur Diskussion um Teilhabe wird in der gerontologischen Forschung der unterschiedliche Zugang zu Engagement thematisiert: Sozioökonomische, gesundheitliche und Bildungsaspekte spielen eine Rolle, wenn es um die Aufnahme eines Engagements geht. Werden Barrieren – und Möglichkeiten, diese abzubauen – nicht in den Blick genommen, kann dies zur Exklusion bestimmter Bevölkerungsgruppen von Engagement führen.
- Vielfalt/Diversity: Wir werden „bunter", ist eines der Attribute, das im Kontext demografischen Wandels häufig genannt wird. Lebensstile, Wertvorstellungen und individuelle Lebensgestaltung unterscheiden sich zunehmend. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte bringen zusätzliche kulturelle Orientierungen in die Gesellschaft ein. Diese Vielfalt gilt es zu würdigen – auch die unterschiedlichen Formen des Engagements, die teilweise in erster Linie innerfamiliär und nachbarschaftlich, also informell, erbracht werden.
- Potenziale des Alters: Das neue, nicht mehr vom „Ruhestand" geprägte Bild vom Alter befördert berufliche und freiwillige Tätigkeiten nach dem Eintritt in die nachberufliche Lebensphase. An spezifische (berufliche) Kompetenzen anknüpfende Engagementformen wie Senior-Trainer, Mentorenschaften oder Pflegebegleitung sind Ausdruck dieser Trends.

Es bietet sich an, im Rahmen der Förderung des Engagements älterer Menschen Leitbilder aufzustellen, die neben einer Lebenslaufperspektive auch einer Anthropologie des Alters und Alterns folgen. Im Sechsten Altenbericht der Bundesregierung wurden vier Leitbilder für ein gelingendes Altern erarbeitet (Sachverständigenkommission "Sechster Altenbericht der Bundesregierung" 2005, Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren 2014):

2.1.1 Leitbilder für ein Engagement im Alter

Selbstständigkeit: Sowohl zur Sicherung der eigenen Autonomie als auch in Zusammenhang mit der Gesunderhaltung spielen Fragen der Selbstständigkeit für das Alter eine große Rolle. Engagement älterer Menschen kann im Zusammenhang mit der Erhaltung der Selbständigkeit eine wichtige Rolle spielen, etwa wenn es darum geht, neue Fertigkeiten zu erlernen, Sozialkapital zu bilden und Resilienz zu fördern.

Beispiele: Bildungsangebote, Gesundheitsförderung und Selbsthilfe sind zur Förderung von Selbständigkeit und der Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe von Bedeutung. Zum Teil können diese Angebote durch Engagierte erbracht werden.

Selbstverantwortlichkeit: Nicht im Sinne neo-liberaler Politik, sondern in einer anthropologischen Orientierung an der Selbstverantwortlichkeit des Menschen für sich, heute und in der Zukunft, bietet das Konzept der Selbstverantwortlichkeit auch im Engagement wichtige Gelegenheiten der Selbstreflektion und der Identitätsentwicklung für ältere Menschen unter dem Vorzeichen nachberuflicher und postparentaler Lebensphasen.

Beispiele: Bildungsangebote für Ältere, die Anforderungen des Alters mit einbeziehen, auf inhaltlicher wie methodischer Ebene. Das Erlernen neuer Tätigkeiten und das Erproben von Kompetenzen in neuen Einsatzfeldern können hier gute Lernfelder sein.

Mitverantwortlichkeit: Das auf Hannah Arendt zurückzuführende Konzept: Mitverantwortlichkeit mit den älteren Menschen, das diese immer auch als mitgestaltende Bürger betrachtet, deren Leben und Lebensglück nicht immer auf den öffentlichen Raum, auf andere Menschen und die Zukunft der Gesellschaft im Kleinen wie im Großen ausgerichtet ist. Engagement Älterer ist in seiner Vielfalt immer auch gelebte Mitverantwortung.

Beispiele: Engagement für andere, auch für Fremde (Flüchtlinge) oder Menschen mit Unterstützungsbedarf, für Fragen der Gerechtigkeit, für die eigene Umwelt bieten Möglichkeiten zu gelebter Mitverantwortung.

Akzeptanz von Abhängigkeit: Insbesondere mit dem hohen Alter ist regelmäßig eine existenzielle Verletzlichkeit verbunden, die die Verwiesenheit des Menschen auf den anderen sichtbar macht. Das Engagement und die Engagementbereitschaft reflektiert in der Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme für den Anderen die anthropologische Konstante der Abhängigkeit der Menschen von jeweils Anderen.

Beispiele: Hier sind v. a. Engagementfelder wie der Hospizbereich, Mitwirkung an Sorgeaufgaben für ältere Menschen gemeint, z. B. Menschen mit Demenz oder mit Behinderungen. Gleichzeitig bietet sich die Möglichkeit zur Auseinandersetzung mit der eigenen Verletzlichkeit.

2.2 Gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen

Der Begriff der Teilhabe ist nicht eindeutig definiert. Er kennt verschiedene Traditionen und Ausprägungen. Je nach Handlungsfeld und Verwendungszusammenhang wird er unterschiedlich gebraucht. Er weist Bezüge zur Inklusion, zur politischen Partizipation und zum bürgerschaftlichen Engagement auf. Nach Wendt (2008: 1006) beginnt soziale Teilhabe „beim informellen und persönlichen Einbezogensein in primären Netzwerken und setzt sich über den Nahraum der Beziehungen, die sich im Familien- und Freundeskreis ergeben, hinaus in sozialer Aktivität im gesellschaftlichen Umfeld fort“ (zitiert nach Bertermann und Obermann 2011).

In der International Classification of Functioning, Disability and Health (ICF) der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wird Teilhabe in besonderer Weise auf die Teilhabe vulnerabler, respektive behinderter Menschen bezogen. Zu dieser Zielgruppe können auch ältere Menschen gehören. So sind alle Pflegebedürftigen im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention Menschen mit Behinderung, deren Teilhabe es zu fördern gilt.[4] Dabei kennt die Teilhabesicherung sowohl die Aktivität für Ältere als auch von Älteren bzw. für Menschen mit Behinderung und von Menschen mit Behinderung. Aktivitäten werden hierbei neun verschiedenen Lebensbereichen zugeordnet (Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information 2005):

- Lernen und Wissensanwendung: z. B. bewusste sinnliche Wahrnehmungen, elementares Lernen, Wissensanwendung
- Allgemeine Aufgaben und Anforderungen: z. B. Aufgaben übernehmen, tägliche Routinen durchführen, mit Stress umgehen
- Kommunikation: z. B. als Sender und Empfänger kommunizieren, Konversation betreiben, Gebrauch von Kommunikationshilfen/ -geräten
- Mobilität: z. B. die Körperposition ändern oder aufrecht erhalten, Gegenstände tragen, bewegen und handhaben, gehen und sich fortbewegen, sich mit Transportmitteln fortbewegen
- Selbstversorgung: z. B. sich waschen, pflegen, an- und auskleiden, essen, trinken, Toilette benutzen, auf seine Gesundheit achten
- Häusliches Leben: z. B. Beschaffung von Lebensnotwendigkeiten, Haushaltsaufgaben erledigen, Haushaltsgegenstände pflegen und anderen helfen

[4] Dies steht momentan noch im Widerspruch zum Leistungsrecht in Deutschland, bei dem einmal SGB IX und einmal SGB XI greifen.

- Interpersonelle Interaktionen und Beziehungen: z. B. allgemeine interpersonelle Interaktionen, besondere interpersonelle Beziehungen
- Bedeutende Lebensbereiche: z. B. Erziehung/ Bildung, Arbeit und Beschäftigung, wirtschaftliches Leben
- Gemeinschafts-, soziales und staatsbürgerliches Leben: z. B. Gemeinschaftsleben, Erholung und Freizeit, Zivilgesellschaft, Religion/ Spiritualität, Politik

In der ICF findet sich somit die umfassendste Definition und Konkretisierung von Teilhabe. Zu einzelnen dieser Bereiche können zivilgesellschaftliche Akteure durch Engagement zur Realisierung beitragen, in anderen bedarf es vor allem geeigneter staatlicher bzw. politischer Rahmensetzungen sowie professioneller und fachlicher Unterstützung. Im Rahmen der Expertise werden Beispiele aufgeführt, wie mit Engagement zur Ermöglichung von Teilhabe in einzelnen der Bereiche beigetragen werden kann.

Gesellschaftliche Teilhabe bedeutet in anderen Begriffsauslegungen vor allem politische Partizipation. Sie meint die Teilhabe im demokratischen Gemeinwesen. Es finden sich unterschiedlichste Formen der politischen Teilhabe: Von kommunalpolitischen Aktivitäten, direktdemokratischen oder diskursiv angelegten Beteiligungsverfahren bis hin zu Protest und internetgestützten Formen der Beteiligung. Bürgerschaftliches Engagement wird im Leitbild der aktiven Bürgergesellschaft zum Lernfeld der Demokratie. Wer sich bürgerschaftlich engagiert, nimmt Einfluss auf die Gestaltung der Gesellschaft. Politische Partizipation geht jedoch über das Mitgestalten und Mitentscheiden im kommunalen Lebensumfeld noch hinaus (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2010b) und meint, dass ältere Menschen ihre Interessen in den politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess einbringen können. Im Rahmen der Expertise zu bürgerschaftlichem Engagement und gesellschaftlicher Teilhabe wird vor allem die politische Partizipation über Seniorenbeiräte einbezogen.

Engagement wird oft begrifflich nicht eindeutig von Teilhabe getrennt, was auch daran liegt, dass Engagement in mehrfacher Hinsicht der Teilhabe dient: Wer sich engagiert, nimmt am sozialen Leben teil, pflegt im Engagement soziale Kontakte und kann die eigenen Fähigkeiten in die Gesellschaft einbringen. Zugleich wird durch Angebote, die auch über das Engagement Freiwilliger realisiert werden, das Einbezogensein z. B. von älteren Menschen in das tägliche Leben gefördert, die sich nicht selbst engagieren. Das reicht von basalen Hilfsdiensten, wie Mobilitätsbegleitung, über soziale Treffpunkte aller Art bis zu den Gruppenangeboten in Vereinen und Kirchengemeinden. Teilhabe, als bürgerschaftliches Engagement verstanden, fördert auf diese Weise Teilhabe im Sinne von Inklusion. Engagement wird so zum „Kitt“, der die Gesellschaft zusammenhält. Vor allem in der Grundlagenexpertise zum Wohnen ist daher die übergreifende Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements für den sozialen Zusammenhalt, die Selbstorganisation und Selbsthilfe hervorgehoben worden, die entscheidende Ressourcen zur Bewältigung des demografischen Wandels darstellen. Engagement ist in einem subsidiären Verständnis von gesellschaftlicher Ordnung die Basis gesellschaftlichen Zusammenhaltes und der Sicherung von Teilhabe.

Aufgrund der weitreichenden Überschneidungen zum Themenfeld bürgerschaftliches Engagement wird in dieser Expertise der Themenschwerpunkt Teilhabe nicht umfassend dargestellt, sondern auf die Aspekte beschränkt, die für die zukünftige demografische Entwicklung von besonderer Bedeutung sind, wie die gesellschaftliche Teilhabe Hochbetagter bzw. Teilhaberisiken für diese Zielgruppe, oder jene Aspekte, die als Rahmenbedingungen für das Engagement älterer Menschen grundlegende

Bedeutung haben, wie die politische Partizipation von Seniorinnen und Senioren. Ferner wird auch der Zusammenhang von Engagement und sozialer Kohärenz unter dem Stichwort gesellschaftliche Teilhabe abgehandelt.

3 Überblick über Bürgerschaftliches Engagement älterer Menschen in Mecklenburg-Vorpommern

Vorhandene statistische Daten

Die im Folgenden vorgelegten Daten zum freiwilligen und informellen Engagement beruhen auf einer Auswertung des Freiwilligensurveys und des Deutschen Alterssurveys.

Das Erhebungsdesign des Freiwilligensurveys, der detailliert Daten zum freiwilligen Engagement und zur Engagementbereitschaft in Deutschland erfasst, fokussiert dabei stark das Engagement, das innerhalb von Institutionen, wie Vereinen, Verbänden, Kirchengemeinden etc., geleistet wird. Durch einige Fragen erlaubt der Freiwilligensurvey aber auch einen Einblick in den Stand des informellen Engagements. Bisher sind die Daten der Befragungswellen 1999, 2004 und 2009 öffentlich zugänglich. Eine vierte Welle wurde im Jahr 2014 durchgeführt und wird ab 2016 nutzbar sein.

In die Analyse ging der Datensatz des Scientific Use File (SUF FWS 2009) für die dritte Befragungswelle des Freiwilligensurvey 2009 ein. Dieser basiert auf einer repräsentativen Festnetzstichprobe der Wohnbevölkerung im Alter von 14 und mehr Jahren. Das Gesamtsample umfasst 20.005 Interviews, wobei für jedes Bundesland mindestens 1.000 Fälle vorliegen (Schmiade et al. 2014, S. 7).

Für die in der Expertise dargestellten Analysen fand eine Auswahl derjenigen Teilnehmer/innen statt, die ihren Wohnsitz zum Befragungszeitpunkt in Mecklenburg-Vorpommern hatten und älter als 49 Jahre waren. Hierzu wurden die Altersgrenzen der Grundlagenexpertise zur Lebenssituation herangezogen (Tivig et al. 2012).

Für die Sonderauswertung stand daraufhin ein Datensatz mit 597 Interviews zur Verfügung. Von den vorliegenden Interviews sind 212 Fälle (35,5%) männlich und 385 Fälle (64,5%) weiblich. Die Altersstruktur des Datensatzes gliedert sich in 318 Personen im Alter zwischen 50 und 65 Jahren (53,3%) und 248 Personen (41,5%) im Alter zwischen 66 und 80 Jahren sowie 31 Personen (5,2%) mit mehr als 80 Lebensjahren.

Der **Deutsche Alterssurvey**, der seit 1996 als Längs- und Querschnittsstudie erhoben wird, wurde ergänzend herangezogen. Er informiert grundlegend über Leben im Alter in Deutschland. Die letzte bevölkerungsrepräsentative Basisstichprobe erfolgte 2014. Da die Daten jedoch noch nicht vorliegen, stützt sich die Analyse im Rahmen dieser Expertise auf den Datensatz des Scientific User Files des Alterssurveys aus dem Jahr 2011 (SUF DEAS2011). Datengrundlage ist eine bundesweite repräsentative Befragung im Quer- und Längsschnitt von jeweils mehreren tausend Teilnehmerinnen und Teilnehmern im Alter ab 40 Jahren. Insgesamt liegen daraus für das gesamte Bundesgebiet 4.855 Fälle vor.

Aus dem Datensatz wurden alle Fälle entnommen, die ihren Wohnsitz zum Befragungszeitpunkt in Mecklenburg-Vorpommern hatten und älter als 49 Jahre alt waren. Auf diese Weise konnten insgesamt 249 Fälle für die vorliegende Sonderauswertung zugänglich gemacht werden. Darunter sind 146 Frauen (54,3%) und 123 Männer (45,7%). Das Sample besteht zu 34,9 Prozent (n=94) aus Personen

im Alter von 50 bis 64 Jahren, 44,6 Prozent (n=120) sind zwischen 65 und 80 Jahre alt und 13 Prozent sind über 80 Jahre alt (n=35).

Der Freiwilligensurvey (2009) weist engagierte, aktive und nicht engagierte Bevölkerungsgruppen aus. Dabei wird die „Aktivität" der Befragten ermittelt, indem nach einer aktiven Beteiligung z. B. in einem Verein, einer Initiative, einem Projekt oder einer Selbsthilfegruppe gefragt wird. Von „Engagement" wird weitergehend gesprochen, wenn die Person dabei Aufgaben und Arbeiten übernommen hat, welche sie freiwillig oder ehrenamtlich ausübt.

In Mecklenburg Vorpommern ähneln die Bevölkerungsanteile von Engagierten, gemeinschaftlich Aktiven und solchen Personen, die beides nicht sind, denen für Ostdeutschland (inkl. Berlin): Etwa 30 Prozent der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern gelten demnach als „engagiert", ca. 33 Prozent können als „aktiv" und entsprechend etwa 37 Prozent als „nicht engagiert" bezeichnet werden. Der Anteil der Engagierten in Mecklenburg-Vorpommern fällt gegenüber der Bundesebene etwa 5 Prozentpunkte niedriger aus und die Quote für die Aktiven liegt ca. 3 Prozentpunkte unter dem Bundeswert.

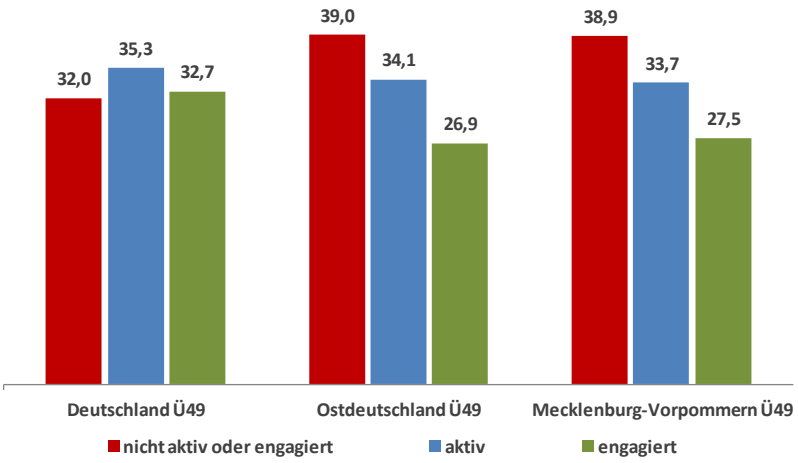


Abbildung 1: Anteil von Engagierten an der Bevölkerung im Alter ab 50 Jahre in Prozent
Quelle: Freiwilligensurvey 2009, eigene Berechnungen

In Mecklenburg-Vorpommern ist dabei ein minimal größerer Anteil Engagierter und auch ein minimal größerer Anteil älterer Engagierter gegenüber dem Durchschnitt der ostdeutschen Länder festzustellen (Abbildung 1).

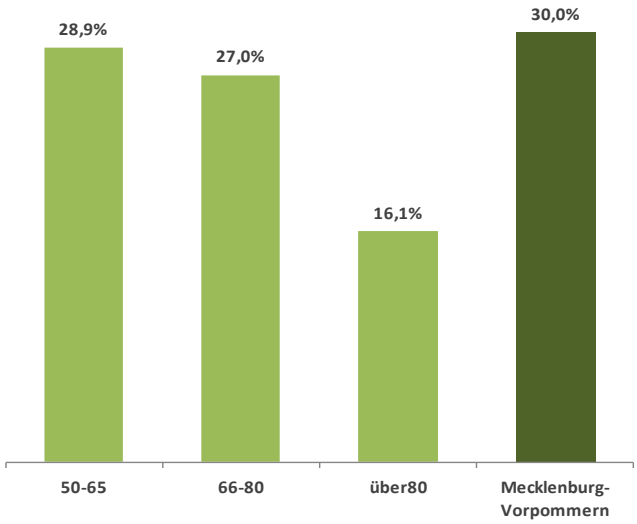


Abbildung 2: Engagementquote in Mecklenburg-Vorpommern nach Altersgruppen in Prozent
Quelle: Freiwilligensurvey 2009, eigene Berechnungen

Tendenziell nimmt das Engagement mit zunehmendem Alter ab (Abbildung 2). Gegenüber 30 Prozent Engagierten in allen Altersgruppen sind die 50- bis 65-Jährigen mit 28,9 Prozent nur leicht geringer engagiert, bei den 66- bis 80-Jährigen sind es mit 27 Prozent nochmal etwas weniger und erst bei den über 80-Jährigen fällt der Anteil der Engagierten mit nur 16,1 Prozent deutlich geringer als der Landesdurchschnitt und als in den übrigen Altersklassen aus[5]. Damit liegt die Engagementquote der über 80-Jährigen in Mecklenburg-Vorpommern deutlich über dem Bundesdurchschnitt (13,4%).

Engagement, das auf die Zielgruppe der Senioren gerichtet ist, wird vor allem von älteren Menschen selber geleistet (Engagementmonitor 4). Unter der Perspektive einer älter werdenden Gesellschaft ist daher auch das Engagement der zukünftig in die Altersgruppe 50+ nachrückenden jüngeren und mittleren Jahrgänge von Interesse.

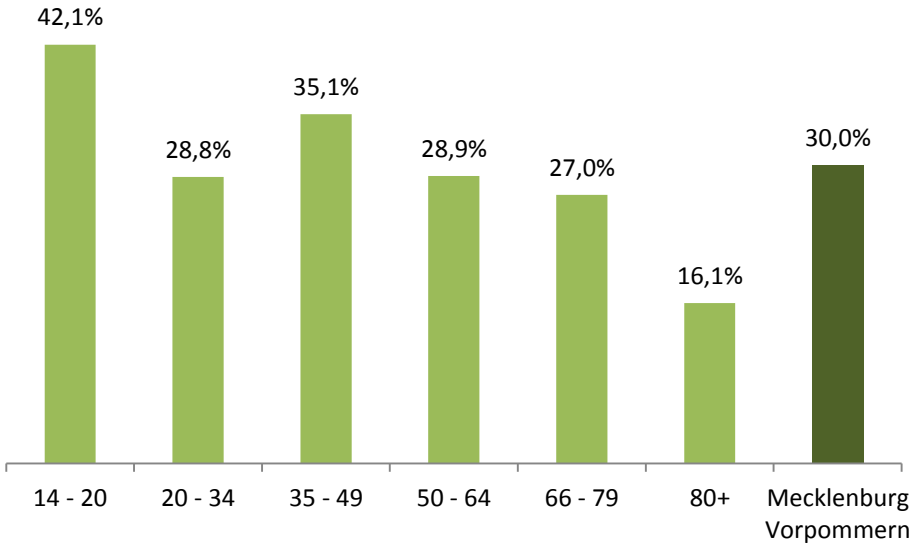


Abbildung 3: Engagementquoten nach Altersgruppen
Quelle: Freiwilligensurvey 2009, eigene Berechnungen

[5] Hier werden die Altersgrenzen der Grundlagenexpertise zur „Lebenssituation Älterer in Mecklenburg-Vorpommern heute“ verwendet.

Geht man von gleichbleibenden Engagementquoten in der Zukunft aus, ergibt sich aufgrund des demografischen Wandels ein Rückgang von Engagierten von fast 40 Prozent zwischen 2009, dem Erhebungsjahr des Freiwilligensurvey, und 2030, dem gegenwärtig letzten Jahr der Bevölkerungsvorausberechnung. Dieser Rückgang wird sich voraussichtlich aber vor allem auf die ehrenamtlichen Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien auswirken, denn die Altersgruppe der 50 – 80 Jährigen, die weitgehend das Engagement für die Älteren trägt, ist weiterhin stark besetzt. Hier können wir mit einem Rückgang von etwa 1,3% der Engagierten im Vergleich zum Ausgangsjahr rechnen.

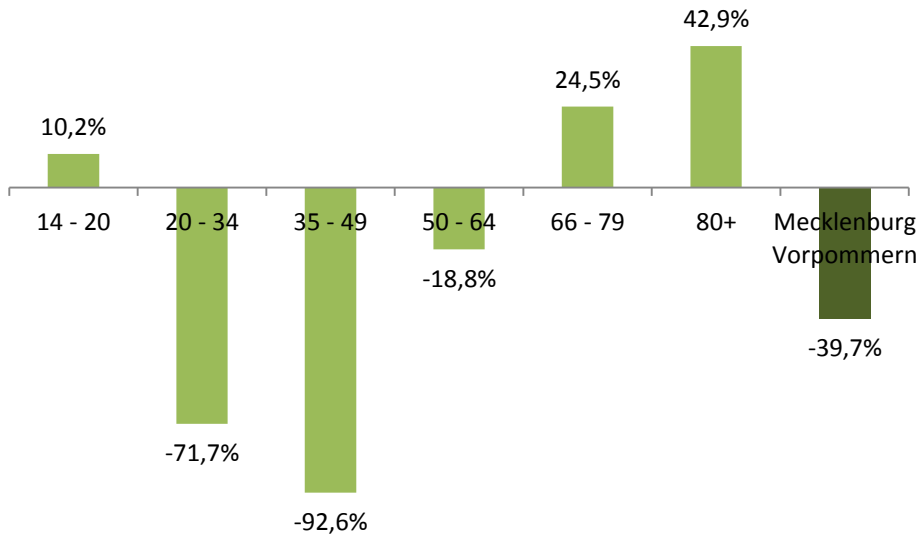


Abbildung 4: **Rückgang der Engagierten nach Altersgruppen in Prozent 2009 – 2030**
Quellen: : Freiwilligensurvey 2009, Bevölkerungstand 2009, Bevölkerungsprognose 2013, eigene Berechnungen

Das Engagement ist bei Frauen und Männern in den einzelnen Altersgruppen unterschiedlich stark ausgeprägt (Abbildung 5). Die Engagementquoten der über 50-Jährigen fallen bei den Männern (31,6%) sichtbar höher aus als bei den Frauen (25,2%). Insbesondere die 50- bis 65-jährigen Männer sind engagierter (37,1%) als die gleichaltrigen Frauen (23,7%). In der nächst-älteren Gruppe der 66- bis 80-Jährigen ändern sich die Anteilsverhältnisse. Hier ist das Engagement der Frauen mit 27,9 Prozent etwas höher als bei den männlichen Altersgenossen (25%). In der Altersgruppe der über 80-Jährigen liegt der Anteil der Engagierten bei beiden Geschlechtern mit 15,8 Prozent (Frauen) und 16,7 Prozent (Männer) auf einem ähnlichen Niveau.

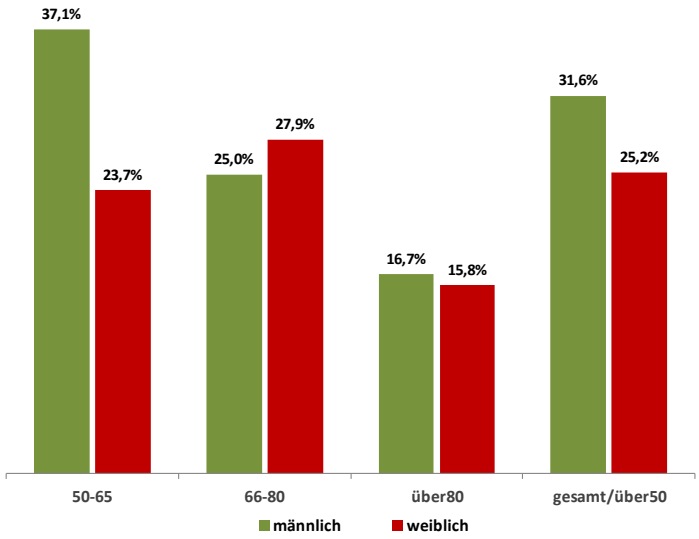


Abbildung 5: **Engagement der älteren Bevölkerung in Mecklenburg Vorpommern**
Quelle: Freiwilligensurvey 2009, eigene Berechnungen

Die genauere Betrachtung der Altersgruppen weist allerdings **deutlich abweichende Geschlechterdifferenzen beim Engagement in Mecklenburg-Vorpommern gegenüber dem Bund und den ostdeutschen Ländern** aus. So liegt die dargestellte Differenz zwischen dem Engagement von Frauen und Männern der Altersgruppe 50 bis 65 Jahre in Mecklenburg-Vorpommern mit 13,4 Prozentpunkten deutlich höher, als für die Gesamtheit der ostdeutschen Länder oder die Bundesebene (8,8% bzw. 7,8% Differenz) (Abbildung 6). Auch in den beiden anderen Altersgruppen der 66- bis 80-Jährigen und der über 80-Jährigen weichen die Engagementwerte in Mecklenburg-Vorpommern sowohl vom Bundes- als auch vom Ostdeutschland-Trend ab. Einem etwas höheren Engagement der Männer im Alter zwischen 66 und 80 Jahren auf Bundesebene (+6,7 Pp.) und in Ostdeutschland (+3 Pp.) steht in Mecklenburg-Vorpommern ein sogar leicht höheres Engagement der Frauen (ca. 3 Pp.) gegenüber. Bei den über 80-Jährigen ist das Engagement der Männer in Mecklenburg-Vorpommern nur noch geringfügig höher als bei den Frauen[6]. Deutschlandweit sowie bei Betrachtung aller ostdeutschen Länder liegt die Engagementquote der Männer dagegen noch 7,6 bzw. 6,4 Prozentpunkte über derjenigen der Frauen.

[6] Im Freiwilligensurvey des Jahres 2009 repräsentieren nur 12 Männer und 19 Frauen die über-80jährige Bevölkerung aus Mecklenburg-Vorpommern. Die dargestellten Daten sollten daher zur Orientierung dienen und nicht überinterpretiert werden.

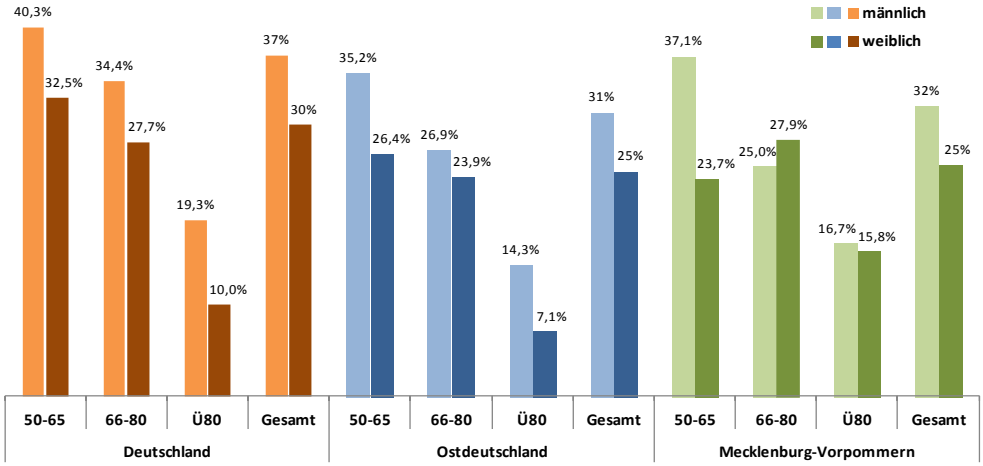


Abbildung 6: **Engagement bei Männern und Frauen nach Altersgruppen in Deutschland, Ostdeutschland und Mecklenburg-Vorpommern in Prozent**
Quelle: Freiwilligensurvey 2009, eigene Berechnungen

Qualitative Ergänzungen zum freiwilligen Engagement älterer Menschen

Laut einer Studie der Herbert Quandt Stiftung (2013) sind Senioren „häufig die tragenden Stützen ehrenamtlicher Arbeit“ (Meergans und Werz 2013, S. 25) und „verfügen über viele Erfahrungen und zeitliche Flexibilität“ (ebd.). Diese Einschätzung wird in unseren durchgeführten Fokusgruppen bestätigt. Allerdings sinkt mit dem Lebensalter auch die Bereitschaft ein Engagement zu beginnen, obwohl der hohe fachliche und soziale Erfahrungsschatz Älterer für das Ehrenamt besonders attraktiv ist. Einige Faktoren wirken sich eher hemmend auf die Ausübung eines Ehrenamtes bei Senioren aus. Bei Älteren sind es insbesondere hohe „zeitliche und physische (nicht altersgerechte) Belastungen“ (Meergans und Werz 2013, S. 78). Gerade für Rentenbezieher sind auch erhöhte finanzielle Auslagen problematisch. Im Zuge der Umstrukturierung zu den Großkreisen in Mecklenburg-Vorpommern wirken sich die infrastrukturellen Veränderungen im Allgemeinen, aber im Besonderen neue verkehrstechnische Gegebenheiten nachteilig auf die Lebensgestaltung der Engagierten aus. Dennoch wird festgestellt, dass den engagierten Senioren die ehrenamtliche Arbeit überaus wichtig ist für die zwischenmenschliche Beziehungspflege, zur Vorbeugung von Einsamkeit, zur Förderung geistiger sowie körperlicher Fitness und das Gefühl auch im höheren Alter noch gebraucht zu werden. Spaß wird zumeist erlebt, wenn sich Senioren in einem Feld engagieren können, in dem Kultur- und Unterhaltungsprogramme für Gleichaltrige organisiert werden.

3.1 Raumstrukturelle und sozioökonomische Differenzierung des Engagements älterer Menschen

3.1.1 Siedlungsstrukturelle Differenzierung

Die Siedlungsstruktur der Landkreise in Mecklenburg-Vorpommern ist überwiegend ländlich und durch eine dünne Besiedlung geprägt[7]. Mit 69 Personen pro Quadratkilometern liegt die Einwohnerdichte Mecklenburg-Vorpommerns noch unter dem ostdeutschen Durchschnitt von 150 Personen (zum Vergleich: in Westdeutschland leben durchschnittlich 263 Personen Menschen pro Quadratki-

[7] Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) typisiert anhand der Bevölkerungsdichte sowie großräumigem Kontext verschiedene siedlungsstrukturelle Kreistypen. Der Freiwilligensurvey orientiert sich an diesen Kreistypen und differenziert die Siedlungen in die Kategorien „Kernstädte“, „Verdichtetes Umland“, „Ländliches Umland“ sowie „Ländlicher Raum“. Die Kategorie „Verdichtetes Umland“ ist im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern nicht vertreten und wird daher im Folgenden nicht aufgeführt.

lometer zusammen). Mit 3.000 bis 5.400 Quadratkilometern sind die Landkreise die weitaus größten in Deutschland. Die Abwanderung und damit einhergehend eine weitere strukturelle Schwächung betrifft vor allem den mittleren und östlichen Teil Mecklenburg-Vorpommerns. Siedlungsstrukturelle Schwerpunkte hingegen bilden größere Städte und der westliche Teil des Landes. Die im Freiwilligensurvey vertretene ältere Bevölkerung stammt zu einem Großteil (74%) aus dem ländlichen Raum und nur zu einem kleinen Anteil aus Kernstädten (11%) oder dem ländlichen Umland (15%).

Mit einer Engagementquote von 25,4 Prozent erweist sich das Engagement der Befragten aus Kernstädten Mecklenburg-Vorpommerns etwas weniger stark ausgeprägt als im ländlichen Umland (27%) sowie im ländlichen Raum (27,9%). Mecklenburg-Vorpommern spiegelt damit die durchschnittlichen Engagementstrukturen in den ostdeutschen Bundesländern wieder, in denen es anders als im Westen keine ausgeprägten Unterschiede zwischen Stadt und Land gibt (Abbildung 7).

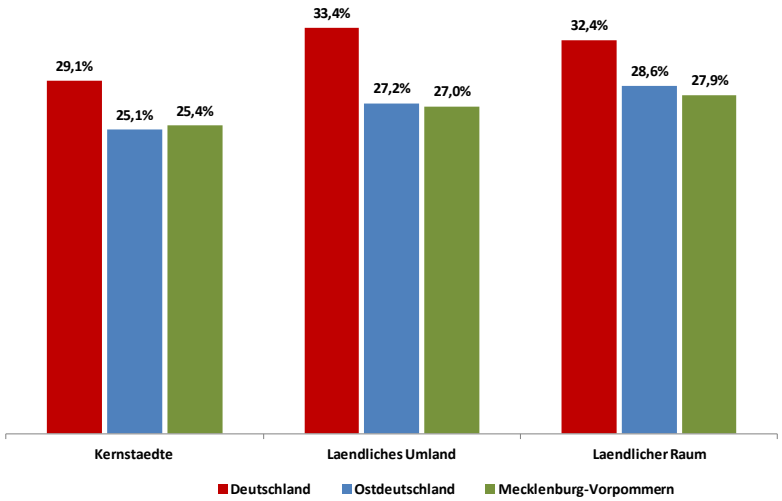


Abbildung 7: Engagementquote der älteren Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern, Ostdeutschland und Gesamtdeutschland nach siedlungsstrukturellen Kreistypen
Quelle: Freiwilligensurvey 2009, eigene Berechnungen

Engagement und gesellschaftliche Teilhabe sind immer auch auf Infrastrukturen wie Räumlichkeiten, Verkehrsanbindung, Bildungs- und Kultureinrichtungen angewiesen. Diese sind naturgemäß im ländlichen Raum in geringerer Dichte vorhanden als im städtischen. Per se bleibt dies ohne nachteilige Wirkungen auf das Engagement der Bevölkerung, wie der Vergleich mit den Westdeutschen Bundesländern zeigt. Die Nivellierung des Engagements zwischen Stadt und Land ist erklärungsbedürftig. Nicht selten engagieren sich Menschen nicht direkt an ihrem Wohnort. Da in Mecklenburg-Vorpommern aufgrund der räumlichen Bedingungen die Entfernungen, die zum Teil für ein freiwilliges Engagement bewältigt werden müssen, besonders weit sind, könnten die verhältnismäßig geringen Engagementquoten im ländlichen Umland und im ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommerns auf diese Mobilitätsanforderungen zurückgeführt werden. Engagierte ältere Menschen schilderten in den Fokusgruppen, die vom nexus Institut im Rahmen der Recherchen für diese Expertise durchgeführt wurden, die weiten Entfernungen zu Engagementorten als eines der Hauptprobleme ihres Engagements, wobei sowohl die finanziellen als auch die zeitlichen Aufwände ins Gewicht fallen.

Das Institut für Staats- und Europawissenschaften (ISE) (Hesse und Götz 2009) hat im Zuge der Kreisgebietsreform nach Praktikabilitätsgrenzen gefragt, welche Entfernungen für ehrenamtlich engagierte noch als zumutbar gelten. Nach dem Grundsatz, dass es für „Jedermann mach- und annehmbar“ sein soll, wurde ein für Engagierte akzeptabler zeitlicher Aufwand ermittelt. Die Zumutbarkeit eines

zusätzlichen Zeitaufwandes, der aus der Bewältigung von längeren Wegstrecken resultiert, wird, laut Ergebnissen des ISE, nach Kriterien der Regelmäßigkeit der Tätigkeit und der Art und dem Umfang der Tätigkeit beurteilt. Eine angemessene Fahrtzeit errechnet sich daher aus der Summe von Fahrtzeit und der Dauer des Engagements, wobei die Fahrtzeit einen maximalen Anteil von 10 Prozent des gesamten Zeitaufwandes nicht überschreiten sollte. Insgesamt konnte aber festgestellt werden, dass die Fahrtzeit zwar als nachteilig empfunden wird, jedoch hinter der eigentlich ausgeübten ehrenamtlichen Tätigkeit und deren zeitlichen Aufwand zurücktritt. Das Zurücklegen einer Entfernung zu einem Engagement ist bisher als nicht entscheidungserheblich eingestuft worden. Grundsätzlich werden Fahrtzeiten aber als ein wichtiges Problem wahrgenommen, das notwendigerweise durch die Größe der Kreise zugenommen hat. Auch der ökonomische Aufwand wird als ein wesentlicher Faktor für die Aufnahme eines Engagements herausgestellt. Die monetären Belastungen eines Engagements errechnen sich aus der entgangenen Arbeitszeit, den Aufwendungen für Fahrten und gegebenenfalls Sachmitteln. Da der geleistete materielle Aufwand durch die Bezahlung von Kostenerstattungen bislang nicht ausgeglichen wird, wird die Erhöhung von Erstattungskosten als angemessen beurteilt. Wovon natürlich das Ehrenamt als unbezahlte Tätigkeit unberührt bleibt.

3.1.2 Engagement und Sozialstatus

Anders als in den vorangegangenen Befragungswellen der Jahre 1999 und 2004 weist der Freiwilligensurvey von 2009 keine konkreten Angaben zur Einkommenssituation der Befragten aus. Die mögliche Rolle des Sozialstatus hinsichtlich des Engagementverhaltens Älterer wird im Folgenden daher anhand der Schulbildung sowie der Bewertung der finanziellen Situation durch die Befragten selbst untersucht.

Die Schulbildung leistet einen Beitrag zur Differenzierung des Engagements. Unter Personen mit „niedriger Schulbildung“ sind lediglich 15,5 Prozent engagiert. Demgegenüber sind Befragte mit einer „mittleren Schulbildung“ bereits zu 21,2 Prozent engagiert und unter denjenigen mit einer „hohen Schulbildung“ 38,8 Prozent. Dieser Zusammenhang könnte insofern zukunftsweisend sein, als die Schulbildung in den unterschiedlichen Altersgruppen differiert: Die heute 50- bis 65-Jährigen weisen eine deutlich höhere Schulbildung auf als die 65- bis 80-Jährigen und die über 80-Jährigen. Sichtbare Unterschiede liegen dabei besonders bei Personen mit niedriger und mittlerer Schulbildung vor (Abbildung 8).

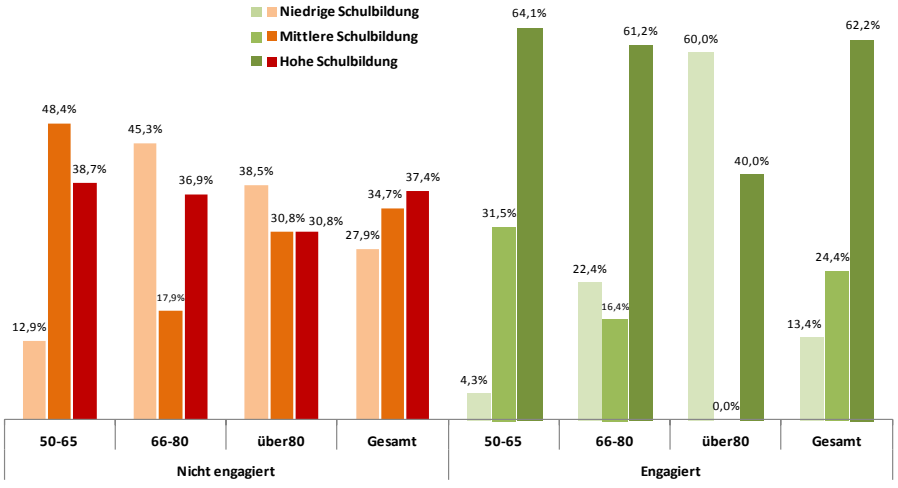


Abbildung 8: Engagement Älterer in Mecklenburg-Vorpommern, nach Altersgruppe und Schulbildung in Prozent
Quelle: Freiwilligensurvey 2009, eigene Berechnungen

Es kann davon ausgegangen werden, dass insbesondere der Anteil derjenigen mit einer „mittleren Schulbildung“ in den kommenden Jahren in den Jahrgängen der über 65-Jährigen deutlich zunehmen wird, während der Anteil der Personen mit einer niedrigen Schulbildung stark zurückgehen wird. Hält sich in Zukunft die heute zu beobachtende Engagementquote in den Altersklassen auch weiterhin aufrecht, kann in den kommenden Jahren mit der zunehmend besser gebildeten Bevölkerung auch von einem zunehmend höheren Anteil engagierter und aktiver Personen ausgegangen werden. Es existieren damit Faktoren, die die Engagementquoten im höheren Lebensalter positiv beeinflussen könnten. Allerdings schlägt der Bildungsstand nicht automatisch in einem höheren Engagement zu Buche, so entspricht der Unterschied von knapp 2 Prozent zwischen den 50- bis 65-Jährigen und den 65- bis 80-Jährigen in der Engagementquote nicht den Unterschieden im Bildungsstand.

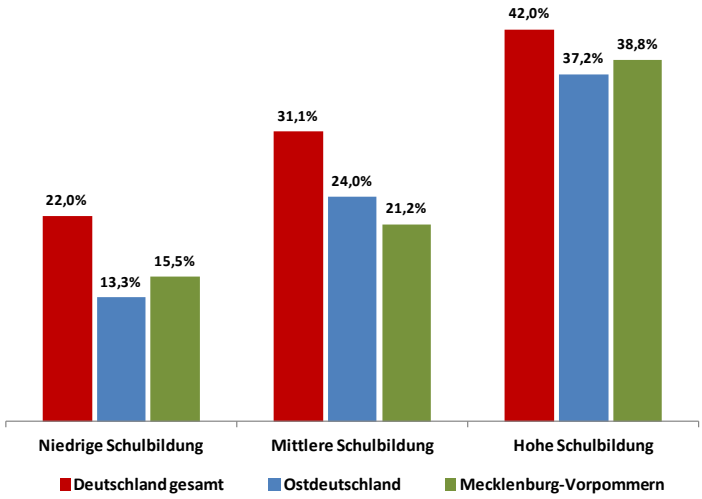


Abbildung 9: Engagement Älterer in Mecklenburg-Vorpommern, Ostdeutschland und Deutschland nach Schulbildung in Prozent
Quelle: Freiwilligensurvey 2009, eigene Berechnungen

Unter den Personen mit einer niedrigen Schulbildung zeichnet sich Mecklenburg-Vorpommern durch ein vergleichsweise hohes Engagement aus, welches über dem Durchschnittswert der ostdeutschen Länder liegt. Dabei liegen die Werte in Berlin (12,6%) und Brandenburg (13,3%) leicht, in Sachsen (11,2%) und Sachsen-Anhalt (11,1%) jedoch deutlich unterhalb des für Mecklenburg-Vorpommern erreichten Anteils von 15,5 Prozent. Nur Thüringen weist mit einer Quote von 16,4 Prozent etwas mehr Engagierte in der Bevölkerung mit niedriger Schulbildung auf.

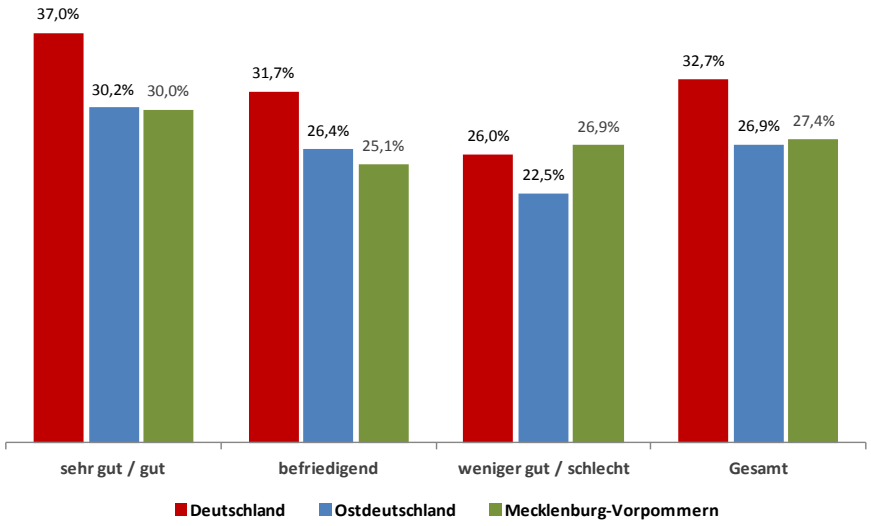


Abbildung 10: Engagement Älterer nach der finanziellen Situation (Selbstbewertung)
Quelle: Freiwilligensurvey 2009, eigene Berechnungen

Auch die finanzielle Situation hat einen Einfluss auf das Engagement. Am stärksten sind Personen engagiert, die ihre finanzielle Situation als „sehr gut" oder „gut" einstufen. Fast jede/r Dritte (30%) dieser Gruppe gilt als engagiert. Bei einer „befriedigenden" Finanzausstattung liegt diese nur noch bei ca. 25 Prozent und wenn die Situation eher als „weniger gut" oder gar „schlecht" angesehen wird, sind ca. 27 Prozent engagiert. Bemerkenswert ist dabei, dass Personen, die ihre Finanzen weniger gut einstufen, zu einem etwas höheren Maße engagiert sind als Personen, die ihre finanzielle Lage „befriedigend" empfinden. Dies fällt auch beim Vergleich mit den ostdeutschen Ländern und dem Bundesdurchschnitt auf: Mit dem etwas höheren Engagement in Mecklenburg-Vorpommern unter Personen mit „weniger guter" oder „schlechter" Finanzausstattung weicht das Bundesland vom Muster auf Bundesebene und im ostdeutschen Durchschnitt ab. **Das Engagement unter den Personen mit einer relativ schlechteren Einstufung ihrer Finanzlage ist in Mecklenburg-Vorpommern etwas höher als im Ost- und Bundesdurchschnitt**.

3.2 Engagementpotenzial

Unter dem Begriff „Engagementpotenzial" wird das Interesse an der künftigen Aufnahme eines Engagements durch bisher nicht Engagierte und das Interesse an der Ausweitung des bestehenden Engagements bereits engagierter Personen zusammengefasst. Eine Abschätzung des vorhandenen Engagementpotenzials ist von besonderem Interesse für Demografie-Strategien, denn viele der modellhaften Lösungsvorschläge für die Sicherung der Daseinsvorsorge bauen auf bürgerschaftlichem Engagement auf oder setzen auf eine Ko-Produktion sozialer Leistungen durch Staat, freie Träger und ehrenamtlich Tätige. Ohne eine Ausweitung des Engagements oder einer Umsteuerung der vorhandenen Engagementbereitschaft scheint eine Umsetzung der Lösungsvorschläge schwer vorstellbar.

Im Freiwilligensurvey wurden die Teilnehmenden nach ihrem Interesse an einem zukünftigen formellen Engagement gefragt. Mehr als jede/r Fünfte (22%) gibt an, Interesse an der Aufnahme eines Engagements bzw. an einer Ausweitung eines bereits bestehenden Engagements interessiert zu sein. Weitere etwa 24 Prozent der Befragten könnten sich unter Umständen eine Aufnahme bzw. Ausweitung von Engagement vorstellen. Auf der anderen Seite bedeutet dies, dass für mehr als die Hälfte (ca. 54%) eine Ausweitung bzw. Aufnahme von Engagement aktuell nicht in Frage kommt.

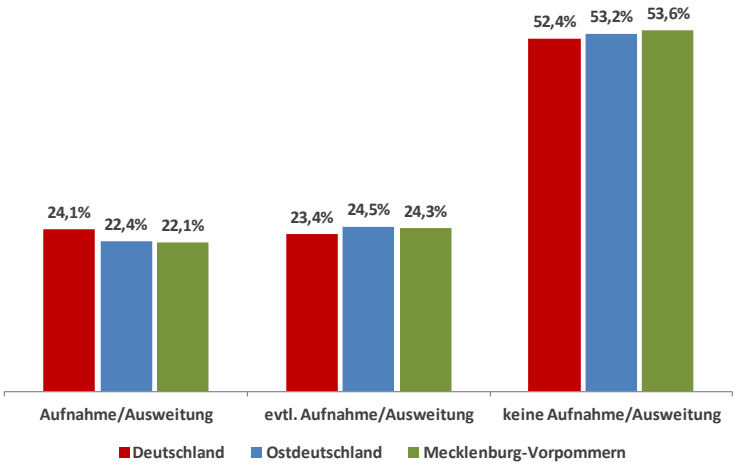


Abbildung 11: Engagementpotenzial Mecklenburg-Vorpommern, Ostdeutschland und Deutschland
Quelle: Freiwilligensurvey 2009, eigene Berechnungen

Bei einem Vergleich des Engagementpotenzials in Mecklenburg-Vorpommern mit Ostdeutschland und Deutschland gesamt sind nur geringfügige Unterschiede feststellbar. Überall ist auch das Engagementpotenzial der Engagierten gegenüber dem Engagementpotenzial der nicht Engagierten höher (Abbildung 11).

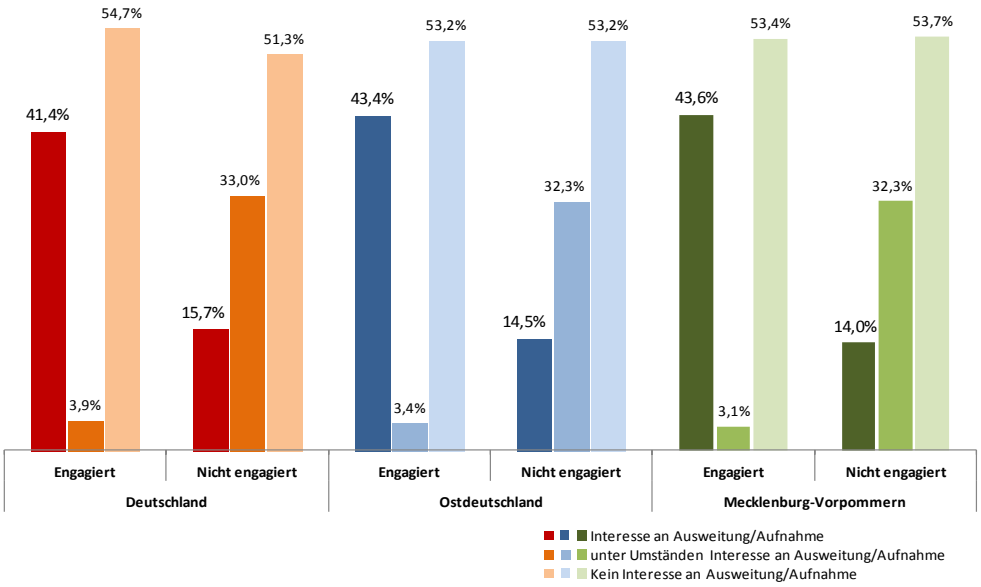


Abbildung 12: Engagementbereitschaft Engagierter und nicht Engagierter
Quelle: Freiwilligensurvey 2009, eigene Berechnungen

Die Bereitschaft, sich überhaupt oder stärker zu engagieren, sinkt mit dem Alter ab. Signalisieren in Mecklenburg-Vorpommern von den Engagierten im Alter zwischen 50 und 65 Jahren noch 48 Prozent und 40 Prozent der 66- bis 80-Jährigen ein Interesse an der Ausweitung ihres Engagements, so war von den über 80-Jährigen keine und keiner der Befragten mehr an einer Ausweitung interessiert (Abbildung 12). Die gleiche Tendenz gibt es bei den Nichtengagierten, nur dass das Ausgangsniveau des Engagementpotenzials deutlich niedriger ist. 21 Prozent der 50- bis 65-Jährigen können sich ein Engagement vorstellen, von den 66 bis 80 Jahre zählenden Senioren nur noch 6,7 Prozent.

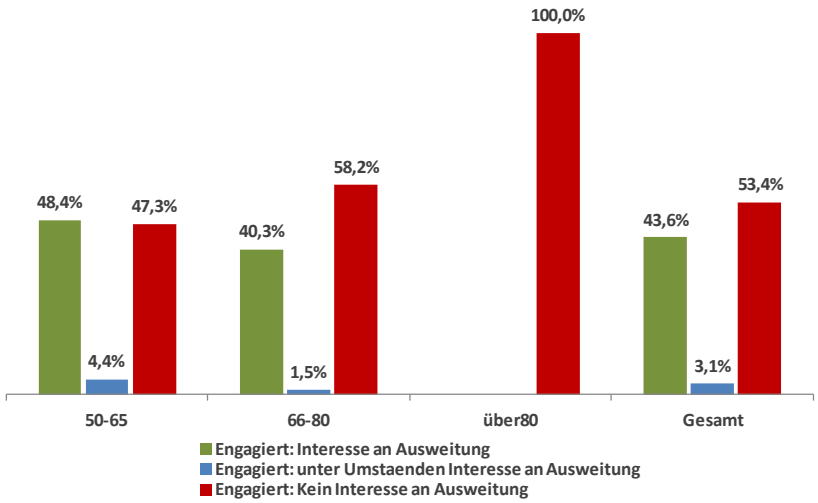


Abbildung 13: Engagementbereitschaft bereits engagierter Älterer nach Altersgruppen
Quelle: Freiwilligensurvey 2009, eigene Berechnungen

3.2.1 Engagementpotenzial und Engagement

Das vergleichsweise niedrige Engagementpotenzial der Nichtengagierten bestätigt auf den ersten Blick eine Erkenntnis der Engagementforschung, dass Engagement lebensläuflich verankert ist (Olk 2010, S. 669). In Fokusgruppen und Expertengesprächen in den Lupenregionen wurde daraus die Forderung formuliert, dass Engagement in der Schule gelernt werden müsse. Entsprechend groß war die Skepsis, ob sich im höheren Lebensalter überhaupt Personen neu für ein Engagement entscheiden. Auch zu dieser Frage gibt der Freiwilligensurvey Auskunft. Das Durchschnittsalter bei Aufnahme des Engagements liegt bei 27,7 Jahren. Immerhin 13,8 Prozent aller Engagierten, die 2009 befragt wurden, hatten ihr Engagement erst im Alter zwischen 50 und 65 Jahren aufgenommen. Auch die SeniorTrainer-Ausbildung wird öfter nach Eintritt in die nachberufliche Lebensphase begonnen, um sich ein neues interessantes Betätigungsfeld zu erschließen. Möglich ist, dass diese Personen in früheren Lebensphasen bereits engagiert waren, aber dem eigenen Verständnis nach handelt es sich dabei um eine Neuaufnahme des Engagements. Von solchen Konstellationen berichteten auch Teilnehmende der Fokusgruppen.

Die Neuaufnahme von Engagement im Alter ist ein Indiz dafür, dass das Interesse an der Aufnahme eines Engagements tatsächlich in Engagement umschlagen kann. Umgekehrt gilt aber nicht der Schluss, dass ein hohes Engagementpotenzial eine künftige Erhöhung der Engagementquote bedeutet.

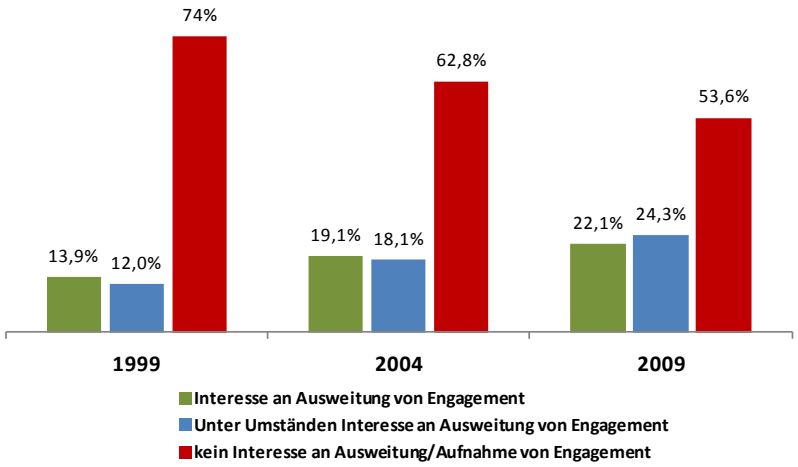


Abbildung 14: Engagementinteresse der über 49-Jährigen in Mecklenburg-Vorpommern 1999, 2004 und 2009
Quelle: Freiwilligensurvey 1999, 2004, 2009, eigene Berechnungen

In Abbildung 14 sind die Werte, die der Freiwilligensurvey für das Engagementpotenzial und das tatsächliche Engagement für die Jahre 1999, 2004 und 2009 ermittelt hat, zusammengestellt. Würde das vorhandene Interesse mit einiger Wahrscheinlichkeit in tatsächliches Engagement münden, hätte die Engagementquote stärker steigen müssen.

3.3 Bürgerschaftliches Engagement in den demografischen Handlungsfeldern

Im Folgenden wird auf der Grundlage der vorhandenen Expertisen ein Überblick über die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements in den demografischen Handlungsfeldern gegeben.

3.3.1 Wohnen

Das Themenfeld Wohnen stellt ein zentrales Thema der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ dar. Zwei ausführliche Grundlagenexpertisen widmen sich dem Thema: Teil A, „Auswirkungen der demografischen, siedlungs- und infrastrukturellen Veränderungen“ der Hochschule Neubrandenburg sowie Teil B „Bewertung der aktuellen Strukturen und Rahmenbedingungen vor dem Hintergrund der zukünftigen Herausforderungen“ des Kuratoriums Deutsche Altershilfe in Köln. Beide Expertisen kennen mehrere Querverweise zu anderen Handlungsfeldern und Expertisen. Denn das Themenfeld Wohnen ist eng mit den kommunalen Begebenheiten im Wohnumfeld vor Ort verknüpft (Daseinsvorsorge) und ebenso stellen sich Fragen der Erreichbarkeit, der Mobilität und damit auch der Teilhabe. Wohnen im Alter reicht im Falle spezifischer Wohnangebote für Menschen mit Pflege- und Betreuungsbedarf zudem in das Themenfeld Pflege und Gesundheit hinein. Im Folgenden werden aus Abgrenzungsgründen lediglich die im engeren Verständnis mit privatem Wohnen und Engagement verknüpften Begebenheiten und Herausforderungen diskutiert. Trotz in einigen Teilen des Landes hoher Abwanderungsraten in den vergangenen Jahrzenten und den entsprechenden demografischen Auswirkungen heute ist es das Ziel, den Bürgerinnen und Bürgern ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, in dem Teilhabe am Leben vor Ort möglich ist.

- Wohnraumanpassung und soziales Umfeld

Zentrale Herausforderungen für die zukünftige Entwicklung des Wohnens im Alter in Mecklenburg-Vorpommern stellen die Wohnraumanpassung und der hohe Bedarf an barrierefreien oder zumindest barrierearmen Wohnungen für ältere Menschen dar. Eine Studie des BBSR aus dem Jahr 2014

legt nahe, dass etwa 15 Prozent aller Heimeintritte in Deutschland allein auf fehlenden altersgerechten Wohnraum zurückzuführen sind (BBSR 2014). In diesem Zusammenhang kommt einem qualifizierten und engmaschigen Beratungsnetz zu den Belangen des Wohnens im Alter in Mecklenburg-Vorpommern eine hohe Relevanz zu. Dabei ist nicht nur an entsprechende Beratung bei den Pflegestützpunkten o. ä. zu denken, sondern auch an geschulte ehrenamtliche Berater und Beraterinnen, die einfache Anpassungsmaßnahmen empfehlen und umsetzen bzw. begleiten können. In Rheinland-Pfalz wurde dies im Projekt „Kompetenznetzwerk Wohnen – Neue Formen der mobilen Beratung“ umgesetzt.

Neben baulichen Maßnahmen sind bezüglich des Wohnumfeldes älterer Menschen auch ganzheitlich die sozialen Strukturen und Teilhabefragen mit einzubeziehen, um einen Umzug in eine stationäre Einrichtung zu vermeiden oder hinauszuzögern. Gut organisierte Nachbarschaftshilfen spielen bei entsprechenden (sozialen) Unterstützungsleistungen eine wesentliche Rolle. Diese gilt es im Aufbau zu unterstützen, wie es beispielsweise die „Koordinationsstelle Wohnen im Alter“ in Bayern flächendeckend tut. Doch nicht immer kann es eine organisierte Nachbarschaftshilfe sein. Insbesondere in sehr kleinen Siedlungen wird dieser Organisationsgrad auch nicht zu realisieren sein. Hier muss man darauf vertrauen, dass es Menschen gibt, die sich um ihre Nachbarn kümmern oder auch Informationen und Kontakt zu professionellen oder ehrenamtlichen Anbietern von Dienstleistungen vermitteln. Es kann auch Aufgabe der kommunalen Verantwortungsträger sein, geeignete Personen anzusprechen. Nur in der Kombination von professioneller und/ oder familiärer Unterstützung, baulichen Maßnahmen und ehrenamtlichen Angeboten bzw. nachbarschaftlicher Hilfe kann der möglichst lange Verbleib in der vertrauten Umgebung gelingen.

- Technikunterstütztes Wohnen

Eine altersgerecht gestaltete Wohnung kann durch den Einsatz von alltagstauglicher Technik und entsprechender Dienstleistungen (sog. „Ambient Assisted Living“ – AAL) dabei unterstützen, Selbständigkeit in der eigenen Wohnung auch bei Einschränkungen im Alter länger zu ermöglichen. Neben praktischen Hilfen, die körperliche Einschränkungen kompensieren, zielen viele dieser technischen Angebote und Dienstleistungen auf die Sicherheit oder das Sicherheitsgefühl älterer Menschen ab. Dies umfasst z. B. Hausnotrufsysteme, Telemedizinanwendungen, Sturzerkennungssysteme und ähnliches. Zur Vermittlung dieser Systeme bieten sich auch ehrenamtliche Tätigkeiten an, so wie es die Initiative „Senioren-Technik-Botschafter“ zum Ziel hat. Auf diese Weise können technische Lösungen, die der Sicherheit, der Integration und Teilhabe älterer Menschen dienen, erfolgreicher vermittelt werden.

- Ein moderner Quartiersansatz für das ländliche Mecklenburg-Vorpommern

Die Teilhabepotenziale im Bereich des Wohnens werden generell in der (Rück-)besinnung auf das Dorf, auf das Quartier gesehen. Auf dieser (sub-)lokalen Ebene sind Initiativen der Bürgerinnen und Bürger z. B. im Rahmen von Seniorengenossenschaften o.ä., aber auch durch den Aufbau von Zeitbanken in der Lage, Teilhabe von älteren Menschen zu gewährleisten. Diese neuen solidarischen Formen des Ehrenamtes benötigen Unterstützung, die z. B. durch die Pflegestützpunkte gewährleistet werden könnte, wie die Hochschule Brandenburg vorschlägt. Allerdings sei dies nicht in jedem Dorf möglich, sondern nur in solchen Dörfern zu leisten, die bereit seien in (unterstützter) Selbstorganisation die Herausforderungen der Daseinsvorsorge in ihrer Kommune aktiv anzugehen. Wenn allerdings in Dörfern eine ausgeprägte Engagementkultur existiert oder angeregt werden kann, besteht für diese Dörfer eine gute Chance etwaige Versorgungsmängel zu kompensieren und Zukunft zu

schaffen. Zur Initiierung solchen Engagements sind entsprechende Best-Practice-Beispiele von großer Bedeutung. Sie zeigen, was durch Engagement möglich ist.

3.3.2 Gesundheit/ Pflege

Engagement im Bereich Pflege und Gesundheit ist angesichts der Diskussionen um Fachkräftemangel und demografischen Wandel ein zentrales Themenfeld. Auch die Grundlagenexpertisen Gesundheit und Pflege, zum einen die Analyse durch die Universität Greifswald und die Hochschule Neubrandenburg sowie zum anderen die Expertise der HGC GesundheitsConsult GmbH, weisen einige Bezüge zu Chancen und Notwendigkeiten von Engagement auf.

Die Herausforderungen für den Bereich Pflege und Gesundheit wurden in den Expertisen ausführlich dargelegt: Die anteilige und absolute Zunahme älterer Menschen führt in Zukunft zu mehr Personen mit Bedarf an gesundheitlichen, pflegerischen oder Betreuungsleistungen. Die familialen Unterstützungsquoten werden zugleich zurückgehen. Zudem ist ein Fachkräftemangel in der Pflege, wie auch bei den Ärzten absehbar. Darüber hinaus gilt es in Mecklenburg-Vorpommern die Versorgung in der Fläche zu gewährleisten, gerade auch in kleinen Orten, die weiter entfernt von Ober-, Mittel und Grundzentren liegen. Bürgerschaftliches Engagement kann hierbei eine wichtige Rolle spielen. Wie in den Expertisen zu Mobilität, Wohnen und Daseinsvorsorge aufgegriffen wurde, können Engagierte zum einen dabei helfen, die Rahmenbedingungen für ein Wohnen im Alter im ländlichen Mecklenburg-Vorpommern zu verbessern. Doch auch direkt im Gesundheits- und Pflegesektor gibt es Engagementfelder, in denen die Zahl der Engagierten in Zukunft noch wachsen wird.

Good-Practice: Bürger helfen Bürgern - Bürgergemeinschaften zur nachbarschaftlichen Unterstützung

Hintergrund

Im Wissen um die Tatsache, dass Menschen am liebsten in ihrer vertrauten Umgebung altern möchten, wurden in den vergangenen Jahren unterschiedliche Angebote für Menschen mit Unterstützungsbedarf geschaffen. Ob der Schwerpunkt der Angebote auf älteren Menschen mit Pflegebedarf liegt oder für alle Generationen offen ist, variiert in der Vielzahl der mittlerweile in Deutschland gestarteten Projekte. In Saalfeld werden Ehrenamtliche bei den „Herbstzeitlosen“ bewusst als Seniorenbegleiterinnen und –begleiter ausgebildet. Die Bürgerinitiative Stendal versteht sich als generationsübergreifende Nachbarschaftshilfe. In der Nachbarschaftsinitiative Feriendorf in Quakenbrück steht die Förderung des sozialen Miteinanders im Mittelpunkt.

Umsetzung

Bei den Herbstzeitlosen wurden seit 2004 in jährlich angebotenen Schulungen 194 Personen als Seniorenbegleiterinnen bzw. –begleiter ausgebildet. Die Fortbildung umfasst 16 Seminartage. Unter anderem werden psychologische, medizinische und rechtliche Kenntnisse unter altersspezifischen Aspekten praxisnah vermittelt. Besondere Bedeutung wird dem Umgang mit Menschen bei demenzbedingten Fähigkeitsstörungen beigemessen. Eingeladen werden alle Bürgerinnen und Bürger des Landkreises. Am Engagement Interessierte werden dann in Tandems mit Menschen mit Unterstützungsinteresse zusammen gebracht. Die Bildung der Tandems wird von einer hauptamtlichen Kraft vorgenommen. Das Angebot wird gut nachgefragt.

Die Bürgerinitiative Stendal wurde 2004 gegründet und hat sich seitdem fest etabliert und ist weiter gewachsen. Das Ziel dieser Initiative war von Anfang an die Schaffung einer breiten Vernetzung generationsübergreifender Nachbarschaftshilfen. Das Spektrum der Aktiven reicht von Schülerinnen und Schülern über Menschen im Vorruhestand oder auch Erwerbslose, die zum einen eine sinnvolle Beschäftigung suchen und sich zum anderen über die Aufwandsentschädigung als kleinen Zuverdienst freuen. Durch das Angebot für Menschen mit Unterstützungsbedarf soll deren gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden. Die Engagierten übernehmen Begleit- und Einkaufsdienste, führen Kleinstreparaturen durch, leisten Hilfe in Garten und Haushalt oder unterstützen bei Behördenangelegenheiten. Bis 2014 haben 200 Menschen 73.570 Stunden an nachbarschaftlicher Unterstützung geleistet.

Die Nachbarschaftsinitiative Feriendorf möchte die Idee gelebter Nachbarschaft intensivieren. Die Menschen im Stadtteil sollen sich besser kennen lernen und eine starke Gemeinschaft entwickeln. Vor allem ältere Menschen im Quartier werden in den Blick genommen. Der Verein bietet Angebote in drei Bereichen an:

Gelebte Nachbarschaft mit Grillabenden, Kaffeetrinken, Ausflügen, Singen, Spielenachmittagen etc.

Gegenseitige Unterstützung: alle Mitglieder haben eine Telefonliste und können bei Unterstützungsbedarf anderen eine Mitfahrgelegenheit anbieten, bei Krankheit z.B. durch Einkäufe unterstützen oder kleine Reparaturen übernehmen.

Zu bezahlende Dienstleistungen: Winterdienst, Gartenarbeit, kleine Reparaturen, Hilfe im Haushalt.

Wirksamkeit/Übertragbarkeit

Selbstorganisierte oder von einem Träger initiierte Nachbarschaftshilfen können einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass gerade in ländlichen Regionen Menschen der Verbleib in der eigenen Wohnung ermöglicht wird. Zudem, das zeigt v. a. der Ansatz der Bürgerinitiative Stendal, kann über ein solches Projekt das soziale Miteinander der Menschen in einem Dorf oder Stadtteil gefördert werden.

Gerade die Nachbarschaftsinitiative Feriendorf basiert zu einem großen Teil auf rein ehrenamtlichem Engagement und könnte somit als Modell für Ortschaften sowie städtische Quartiere in Mecklenburg-Vorpommern dienen.

Kontakt/weitere Informationen

Projekt "Herbstzeitlose" - Ausbildung und Einsatz ehrenamtlicher Seniorenbegleiter/innen
Informations- und Beratungszentrum
Am Blankenburger Tor 2
07318 Saalfeld
Telefon 03671 563329
Mail: herbstzeitlose@awo-saalfeld.de
http://www.herbstzeitlose-online.net/projekt_herbstzeitlose.html

Bürgerinitiative Stendal e.V.
Vorstandsvorsitzende: Marion K. Zosel-Mohr
Postanschrift/Büro:
Carl-Hagenbeck-Str. 39
39576 Stendal
Telefon: 03931/490639
Mail: info@bisev.de
http://www.bisev.de/

Nachbarschaftsinitiative Feriendorf
Greifweg 8
49160 Quakenbrück
Telefon: 06431 – 3170
Mail: Renate.Jaenecke@t-online.de
www.nachbarschaftsinitiative-feriendorf-quakenbrueck.de

Entwicklung hin zum Hilfemix

Abgesehen von der Familienpflege ist der systematische Einbezug von Engagement im Bereich Pflege und Gesundheit bisher nur teilweise oder in einigen Modellprojekten realisiert. Die Expertisen gehen jedoch auch hier von einem höheren Bedarf und einer höheren Bereitschaft zu Engagement aus. 28 Prozent der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger geben in einer Befragung an, dass der Engagementbereich der Pflege attraktiv sei. Das Ziel muss es deshalb sein, entsprechende Angebote weiterzuentwickeln und auf möglichst alle Regionen auszuweiten, um einen effektiven Hilfemix von Profes-

sionellen, Semiprofessionellen und Freiwilligen in Mecklenburg-Vorpommern zu erreichen. Durch diese Diversifizierung von Aufgaben ist ein effizienterer Einsatz von Ressourcen möglich. Zentral ist hierfür die fachliche Steuerung durch Fachkräfte und die Übernahme von Unterstützungs- und Sorgeaufgaben durch Engagierte. Nur durch solch einen intelligenten Hilfemix wird in Mecklenburg-Vorpommern in der Breite eine angemessene und würdevolle Versorgung der Bevölkerung in den Bereichen Gesundheit und Pflege möglich sein. Dies setzt eine Professionalisierung im Umgang mit Freiwilligen voraus, eine finanzielle Kompensation, aber vor allem auch durch Formen der Wertschätzung und Anerkennung. Zugleich kommen auch dem informellen Engagement, der gegenseitigen Hilfe, der Nachbarschaft und dem sozialen Umfeld, sei es durch Vereine, Kirchengemeinden o.ä., eine wichtige Rolle zu.

Auch die leistungsrechtlichen Rahmenbedingungen zielen vermehrt auf einen Hilfemix ab. Diese Abkehr von einem alleinigen Fokus auf eine professionelle Pflege mit vollumfänglichen Aufgaben weist den Weg für die wachsende Bedeutung des Engagements auch in der Pflege. Zudem werden damit das Ziel der Teilhabe und die Fokussierung auf Bedürfnisse über die Grundpflege hinaus auf die Agenda gesetzt. Nach den Änderungen des Pflegestärkungsgesetzes I können beispielsweise Entlastungsdienstleistungen durch bürgerschaftlich Engagierte unbürokratisch durch Leistungen der Pflegeversicherung bezahlt werden. Die stärkere Eigenverantwortung des Einzelnen und der möglichst kleinsten Einheiten, der Quartiere, Dörfer und Kommunen, rückt stärker in den Fokus der rechtlichen Rahmensetzung. Hieran sollte auch in Mecklenburg-Vorpommern angeknüpft werden. Nötig ist hierfür der Ausbau von entsprechenden Fachstellen für Engagement, um als Multiplikatoren und Vermittler eine professionelle Engagementförderung umzusetzen. Vorgeschlagen wurde in den Expertisen der Aufbau weiterer Freiwilligenagenturen oder die Ansiedlung entsprechender Fachkompetenz bei den Pflegestützpunkten.

- Prävention: längerer Verbleib in der eigenen Häuslichkeit

Die Verbesserung von Präventionsmaßnahmen ist das Anliegen aller Grundlagenexpertisen, so auch im Besonderen im Bereich Gesundheit und Pflege. Es muss darauf hingewirkt werden, möglichst lange selbständige Lebensphasen und den Verbleib älterer Menschen in ihrer privaten Häuslichkeit zu ermöglichen, um einerseits den Wünschen der Bürgerinnen und Bürger nachzukommen und andererseits die Kosten für intensive ärztliche oder pflegerische Betreuung zu reduzieren. Neben Ansätzen der Telemedizin zielen die Empfehlungen auf den Ausbau ambulanter Angebote sowie von Präventionsangeboten. Sowohl in der Prävention als auch in der Betreuung können Engagierte geschult werden und Aufgaben übernehmen. Dazu gehören beispielweise auch Angebote, die pflegende Angehörige entlasten, sei es durch Betreuungsangebote oder durch Selbsthilfegruppen, die dazu beitragen hohe Folgekosten durch eine Überlastung von Angehörigen zu unterbinden.

- Integrierte regionale Gesundheitsversorgung

Ein in der Expertise genanntes Leuchtturmprojekt ist das „Ärztenetz Südbrandenburg" (ANSB), das sich im Kern, ähnlich wie andere bundesweite Modellprojekte, durch Vereinbarungen mit den Krankenkassen über vermiedene Behandlungskosten finanziert. Allerdings ist das ANSB zugleich ein Beispiel dafür, wie eine integrierte und regional organisierte Gesundheitsversorgung realisiert werden kann. Neben dem Aufbau eines Medizinischen Versorgungszentrums wurde die Einbindung von Engagierten in der palliativmedizinischen Versorgung und insbesondere in der Betreuung von Menschen mit Demenz umgesetzt. Engagierte wurden zu Demenzassistentinnen und -assistenten ausgebildet und sind ambulant, in der Tagespflege und in der betriebenen Wohngemeinschaft tätig. Dieses

Engagement ist angesichts des drängenden Problems der zunehmenden Zahl von Menschen mit Demenz von besonderer Bedeutung.

- Neue Wohnformen: Ambulant betreute Wohngemeinschaften

Im Bereich der Pflege ist insbesondere der Aufbau von bürgerschaftlich gestützten Wohnangeboten wie ambulant betreuten Wohngemeinschaften als erfolgversprechendes Zukunftsmodell eines modernen Hilfemixes zu betrachten. Bundesweit nimmt die Zahl der Wohngemeinschaften jedes Jahr deutlich zu, zumal sich dieses Wohnangebot insbesondere für die steigende Zahl von Menschen mit Demenz eignet. Der Bundesgesetzgeber fördert Wohngruppen zunehmend finanziell (z. B. Wohngruppenzuschlag nach § 38a SGB XI) und einige Länder bieten weitere Unterstützungen wie Beratungsstellen zur Gründung von Wohngemeinschaften oder weitere finanzielle Anreize an (vgl. Bayern Förderprogramm „Neues Seniorenwohnen“). Insbesondere Wohngemeinschaften, die nach dem Prinzip der geteilten Verantwortung den Hilfemix in ihrem Wohnangebot umsetzen und aus der Bürgerschaft heraus (mit)gegründet wurden, bieten durch den Einbezug von Engagement vor Ort bei zugleich gesicherter Fachlichkeit der Pflege ein Modell, das auch in kleinen Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern funktioniert. Darüber hinaus sind auch in stationären Settings immer mehr Ansätze zu finden, Engagierte stärker als bisher in die Abläufe in Pflegeheimen, aber auch in Krankenhäusern einzubinden. Die *Grünen Damen und Herren* sind hierfür ein klassisches Beispiel.

Good Practice: Aktivierender Hausbesuch – Bewegung zu Hause

Hintergrund

Vor dem Hintergrund, dass Bewegung ein sehr wichtiger Bestandteil menschlichen Lebens ist und Alterungsprozesse verzögern kann, jedoch nicht alle Menschen die Möglichkeit Sport außerhalb der eigenen vier Wände zu treiben, hat das Deutsche Rote Kreuz (DRK) zusammen mit dem Landratsamt Tübingen ein Bewegungsangebot entwickelt. Dieses Angebot ist speziell auf jene älteren Menschen zugeschnitten, die aus gesundheitlichen Gründen ihr Zuhause gar nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen verlassen können, aber gerne noch an einer Bewegungsgruppe teilnehmen würden.
Dazu entsendet das DRK eine eigens geschulte Übungsleiterin einmal pro Woche zu den Betroffenen nach Hause, damit diese gemeinsam ein individuelles Training durchführen können. Zu diesem aktivierenden Hausbesuch gehören neben den Bewegungsübungen ebenso Gedächtnistraining und ein wenig Zeit für Gespräche.

Umsetzung

Die Bewegungsübungen umfassen Lockerungsübungen zur Mobilisation der Gelenke, Kräftigungsübungen zum Muskelaufbau und dem Verhindern von Stürzen, Koordinationsübungen und weitere Bewegungen von Kopf bis Fuß. Wer möchte, kann auch gezielte Körperpartien trainieren. Bei den Übungen kommen Geräte wie Ball, Ringe, Tücher oder leichte Hanteln zum Einsatz.
Mit den Mitarbeiterinnen des DRK-Kreisverbandes kann eine kostenlose Schnupperstunde vereinbart werden, um mögliche Fragen zu klären. Dabei vermitteln die DRK-Mitarbeiterinnen eine ehrenamtliche Mitarbeiterin in der Nähe des Betroffenen. Diese erhalten eine Schulung, um den aktivierenden Hausbesuch professionell durchführen zu können.
Nach der Schnupperstunde kosten weitere Hausbesuche derzeit 6 Euro. Hier wäre zu prüfen, ob beispielsweise eine Finanzierung über Pflege- oder Krankenkassen möglich ist. Das Angebot hat mittlerweile auch in anderen Kreisverbänden des DRK Verbreitung gefunden und sich gut etabliert.
Im Gegensatz zum Besuchsdienst für allein lebende ältere Menschen steht hier das körperliche Training im Mittelpunkt.

Wirksamkeit/ Übertragbarkeit

Mithilfe dieser Übungen bleiben die motorischen Fähigkeiten erhalten und Kraft und Geschicklichkeit werden gesteigert. Dadurch erfahren die Teilnehmenden bleibende Selbständigkeit und Unabhängigkeit. Das allgemeine Wohlbefinden wird hierdurch befördert und Ängste wie zum Beispiel vor Stürzen genommen. Außerdem wird der Wunsch nach dem Verbleib in der eigenen Wohnung nachhaltig unterstützt. Entsprechende Angebote könnten auch in Mecklenburg-Vorpommern erfolgen.

Kontakt/ weitere Informationen

DRK-Kreisverband Tübingen
Frau Ursula Stöckle | Frau Evi Kralewski
Tel.: 07071/7000-26
E-Mail: bewegungsprogramm@drk-tuebingen.de
Quelle: http://www.drk-tuebingen.de/wir-fuer-sie/sozialarbeit/aktivierender-hausbesuch.html

Good Practice: Bewegungstreffs im Freien. Niederschwellige Fitnessangebote für Menschen über 50

Hintergrund

Der Stadtseniorenrat in Esslingen hat vor einigen Jahren die Initiative dafür ergriffen öffentliche Bewegungstreffs anzubieten, an denen man ohne vorige Anmeldung, ohne Sportkleidung und ohne besondere Sportlichkeit an regelmäßig stattfindenden Terminen teilnehmen kann. Damit sollten Menschen angesprochen werden, die sich nicht für Angebote von Sportvereinen interessieren und sich generell nicht als sportlich wahrnehmen.

Umsetzung

Es hat sich gezeigt, dass es für die Umsetzung des Programms unter dem Motto „Bewegung – Unterhaltung – Spaß“ eines Mixes von hauptamtlichen Personen, die die Koordination der Gruppen, die Öffentlichkeitsarbeit sowie die Qualifizierung der Übungsleiterinnen und Übungsleiter übernehmen, und den ehrenamtlichen

Anleiterinnen und Anleitern bedarf. Im Landkreis Esslingen sind viele der Übungsgruppen bei den Pflegestützpunkten angesiedelt.
Ehrenamtliche Anleiterinnen und Anleiter werden in der Anleitung der Gruppen regelmäßig geschult und tauschen sich über ihre Erfahrungen aus. Viele bleiben über lange Zeit dabei und einige dehnen ihr Engagement sogar weiter aus.

Wirksamkeit/ Übertragbarkeit

Neben der gesundheitsfördernden Wirkung entstehen so auch neue soziale Kontakte. Das 2010 gestartete Projekt ist im Landkreis Esslingen erfolgreich in die Fläche gegangen, mit mittlerweile über 17 Bewegungstreffs. Unter anderem nehmen dort auch Menschen, die auf Gehhilfen angewiesen sind und Menschen mit einer beginnenden Demenz an den Bewegungstreffs teil. Generell leistet der Ansatz einen wichtigen Beitrag zur gesundheitlichen Prävention, z. B. Sturzprophylaxe, Verbesserung der Beweglichkeit, Förderung von Selbständigkeit und Aufbau von Sozialkontakten. Das Modell verbreitet sich zunehmend in Baden-Württemberg so z. B. in der Gemeinde Umkirch oder den Städten Heidelberg und Neckarsulm.
Die Koordination kann statt über Pflegestützpunkte auch über Kommunen, einen Seniorentreff oder Bürgervereine erfolgen. Es empfiehlt sich vorab zu prüfen, ob nicht bereits bei anderen Anbietern ähnliche Angebote bestehen. Zur niederschwelligen Gesundheitsförderung sowie als Baustein zur Ermöglichung sozialer Teilhabe ließe sich dieser Ansatz in Mecklenburg-Vorpommern ebenfalls in städtischen wie in ländlichen Regionen umsetzen.
In Esslingen hat es etwa sechs Monate gedauert, bis sich das Angebot etabliert hat und statt anfänglicher zehn Personen regelmäßig 20-30 Menschen am Bewegungstreff teilnahmen. Nach der Etablierung an einem Standort wurde das Angebot auf weitere Orte erweitert.

Kontakt/ weitere Informationen

Weblink zum Leitfaden für die Gründung von Bewegungstreffs im Freien
https://www.yumpu.com/de/document/view/22689343/wie-gelingt-ein-bewegungstreff-im-freien-pdf-3-mb/16
StadtSeniorenRat
Esslingen e. V.
Forum Esslingen
Im Heppächer 23
73728 Esslingen am Neckar
Telefon (0711) 35 74 20
Mail: info@ssr-es.de

Stadt Heidelberg, Amt für Sport und Gesundheitsförderung
Tiergartenstraße 13/1
69121 Heidelberg
sportamt@Heidelberg.de
06221 513-4401
http://www.heidelberg.de/hd,Lde/HD/Erleben/Bewegungstreffs+im+Freien.html

Bewegungstreff Necksarsulm
http://www.neckarsulm.de/main/online-rathaus/aktuelles/einzelansicht-news/browse/9/article/buergertreff-neckarsulm-startet-neue-bewegungstreffs-im-freien.html?tx_ttnews[backPid]=357&cHash=eba623638958ee72e819edc3c65fade0

3.3.3 Mobilität

„Mobilität im Alter in Mecklenburg-Vorpommern“ umfasst wichtige Aspekte der Daseinsvorsorge, wie in der Expertise des Deutschen Instituts für Urbanistik und plan:mobil Verkehrskonzepte & Mobilitätsplanung aufgezeigt wurde. Zentrale Handlungsfelder sind die ÖPNV-Versorgung vor allem in peripheren und dörflichen Bereichen, die in Teilen um privatwirtschaftliche bzw. bürgerschaftliche Angebote ergänzt werden kann und soll, die Beseitigung von Barrieren, eine Mobilität fördernde Gestaltung des Straßenraums sowie die Sicherstellung der Nahversorgung und virtuelle Mobilität.

Die geringe Bevölkerungsdichte in Mecklenburg-Vorpommern, eine prognostizierte weiter sinkende Bevölkerungszahl und enger werdende finanzielle Handlungsspielräume müssen als wichtige Rahmenbedingungen in alle Überlegungen zur Neuausrichtung und Weiterentwicklung von Mobilität berücksichtigt werden.

Die Expertise „Mobilität im Alter in Mecklenburg-Vorpommern“ (Gies et al. 2015) zeigt auf, dass im Vergleich zu früheren Jahren der Wunsch älterer Menschen nach Mobilität stärker ausgeprägt ist. Gleichzeitig ist in den Blick zu nehmen, dass aufgrund sehr unterschiedlicher Lebensstile, Konsumgewohnheiten und finanzieller Möglichkeiten die Bedürfnisse ältere Menschen heterogen sind. In Bezug auf Mobilität stellen Hochbetagte eine problematische Gruppe dar, da bei dieser Altersgruppe häufiger individuelle Beeinträchtigungen auftreten, die sich auf die Möglichkeiten zur Nutzung von Verkehrsangeboten bzw. Fortbewegung zu Fuß oder per Rad auswirken. Hier gewinnt die Wohnumfeldqualität an Bedeutung, um soziale Teilhabe gerade im sozialen Nahraum zu ermöglichen. Auch Begleitmobilität, d. h. Fahrdienste sind hier bedeutsam. Oftmals durch die Abwanderung jüngerer Familienmitglieder bedingt, lässt sich dies häufig nicht mehr familial gestalten. In der älteren Generation werden aktuell am ehesten Nachbarschaftshilfen oder Fahrdienste von Kirchengemeinden oder Sportvereinen angenommen, halb-anonyme Mitfahrten oder webgestützte Portale werden wenig genutzt.

Beim Modal Split, der Verteilung in der Nutzung der verschiedenen Verkehrsmitteln, zeigt sich, dass die 65- bis 74-Jährigen gut ein Drittel ihrer Wege zu Fuß zurück legen, bei der Altersgruppe über 75 ist sogar jeder zweite zurückgelegte Weg ein Fußweg. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit für Nahversorgung. Öffentlicher Nahverkehr wird von beiden Altersgruppen zunehmend genutzt. Und – damit unterscheidet sich Mecklenburg-Vorpommern von vielen Bundesländern – das Fahrrad spielt als Verkehrsmittel eine große Rolle.

In der Expertise werden mehrere Referenzprojekte für flexible Bedienformen des ÖPNV vorgestellt, die zum Teil auch durch bürgerschaftliches Engagement initiiert oder getragen wurden: So haben drei private Initiatorinnen in einem kleinen hessischen Dorf ein privates Car-Sharing-Projekt aufgebaut. Das Dorfmobil Klaus und ein Dorfladen werden in Österreich durch bürgerschaftliches Engagement und zum Teil auch durch bezahltes Engagement getragen.

Die Enquete-Kommission hat zu Mobilität im Alter bereits Handlungsempfehlungen erstellt. Aus einigen der Empfehlungen ergeben sich Ansatzpunkte für die Umsetzung bzw. Flankierung der Umsetzung mittels bürgerschaftlichen Engagements. Diese werden im Folgenden kompakt dargestellt.

- ÖPNV und Gemeinschaftsverkehre

Neue und auch unkonventionelle Lösungen können einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Mobilität in ihren unterschiedlichen Facetten auch künftig gerade für ältere Menschen zu ermöglichen. Vor allem der Rückgang des Schülerverkehrs, der eine wichtige Grundlage und finanzielle Basis des derzeitigen Angebots darstellt, führt zu Anpassungsbedarf in Mecklenburg-Vorpommern.

Dementsprechend wird in der Mobilitätsexpertise eine Neustrukturierung des Liniennetzes empfohlen. Im Nebenliniennetz kommen dabei alternativen Bedienformen und Gemeinschaftsverkehren eine höhere Bedeutung zu. – Hier finden sich auch Ansatzpunkte für bürgerschaftliches Engagement wie z. B. durch den Einsatz von Bürgerbussen oder privat organisierten Bring- und Holdiensten. Dabei sind jeweils auf örtliche Rahmenbedingungen bezogene passgenaue Lösungen zu entwickeln. Von

Seiten des Landes Mecklenburg-Vorpommern sind die hierfür notwendigen rechtlichen, finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen inklusive Informationsmaterial zu schaffen. Es wäre wünschenswert, wenn dafür auch Mittel für Investitions-, Betriebskosten sowie Aufwandsentschädigungen für bürgerschaftlich Engagierte zur Verfügung stehen, wie in den Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission zu „Mobilität im Alter“ verabschiedet wurde.

Das geplante Landeskompetenzzentrum für alternative Mobilitätsformen kann eine koordinierende und informierende Funktion übernehmen, um sowohl gute Beispiele aus Mecklenburg-Vorpommern als auch aus anderen deutschen Regionen oder auch dem Ausland bekannt zu machen und deren Übertragung beratend unterstützen.

Der Einbezug neuer technologischer Entwicklungen und die Schaffung internetbasierter Mobilitätsplattformen können künftig an Bedeutung gewinnen. Allerdings ist, wie auch in der Expertise „Mobilität und Alter“ (Gies et al. 2015) festgestellt, die Akzeptanz solcher Angebote bei älteren Nutzerinnen und Nutzern derzeit noch relativ gering.

Die Etablierung von Bürgerbeteiligung wird in den Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission empfohlen. Im Sinne der Förderung von Teilhabe, und um gerade auf lokaler bzw. regionaler Ebene Wünsche und Befürchtungen bezüglich unterschiedlicher Mobilitätsangebote zu ergründen, scheint dies äußerst sinnvoll. Der Einbezug örtlicher Expertinnen und Experten sowie von Bürgerinnen und Bürgern kann zudem helfen, neue und innovative Ansätze zu entwickeln. Auch die angedachte Etablierung von längerfristig agierenden Runden Tischen zu Mobilität kann unter Einbezug ausgewählter Bürgerinnen und Bürger erfolgen.

- Schaffung von Barrierefreiheit

Barrierefreiheit leistet einen wichtigen Beitrag zur Ermöglichung von gesellschaftlicher Teilhabe für Menschen mit (altersbedingten) körperlichen oder kognitiven Einschränkungen. Dies bezieht sich zunächst unmittelbar auf Verkehrsmittel, Gestaltung der Haltestellen sowie Informationen zur Nutzung des ÖPNV. Beispielsweise sollten gut lesbare Fahrpläne an Haltestellen und in öffentlichen Einrichtungen wie Pflegeheimen, Arztpraxen, Bibliotheken oder Ämtern zur Verfügung gestellt werden. Angemessene Zeiten für Ein-, Aus- und Umstiege oder eine an den Bedürfnissen älterer Menschen orientierte Linienführung werden ebenfalls in den Handlungsempfehlungen aufgegriffen. Dieses sind ganz konkrete Handlungsfelder, in denen Bürgerinnen und Bürger im Rahmen informeller Bürgerbeteiligung nach ihren Wünschen und Bedürfnissen befragt werden können. Werden diese in die Planungsprozesse eingebunden, kann dies die spätere Akzeptanz und Nutzung der Angebote fördern, ggf. neue Engagierte generieren sowie über Mund-zu-Mund-Propaganda Informationen über neue Angebote und von Gemeinden, Städten, Landkreisen oder dem Land ergriffene Maßnahmen befördern.

- Mobilitätsfördernde Gestaltung des Straßenraums

Eine altersgerechte Gestaltung öffentlicher Räume für ältere Menschen ist für alle Menschen mit Mobilitätseinschränkungen oder auch Familien mit Kinderwagen von Nutzen. Empfehlungen der Enquete-Kommission beziehen sich hier auf einen fußgängerfreundlichen und für Rollatoren geeignet gestalteten Straßenraum, die Schaffung von Querungshilfen, barrierefrei und übersichtlich gestaltete Parkplätze, Bereitstellung von Sitzgelegenheiten, Trainings für die Nutzung von Elektrofahrrädern oder auch Sicherheitstrainings für Autofahrer und –fahrerinnen. Diese Trainings können zum Teil

durch Engagierte erfolgen und Mobilitätsbarrieren lassen sich beispielsweise bei „Empirischen Spaziergängen“ mit den Betroffenen vor Ort identifizieren.

- Nahversorgung und virtuelle Mobilität

Die Erreichbarkeit von Grundzentren und deren Infrastruktur ist notwendig für die Gewährleistung gesellschaftlicher Teilhabe von mobilitätseingeschränkten Menschen. Modellprojekte wie die Neue Dorfmitte zeigen innovative gemein- oder privatwirtschaftliche Geschäftsmodelle auf, die dazu beitragen die Grundversorgung in ländlichen oder peripheren Gebieten aufrechtzuerhalten. Dem Abschlussbericht zufolge haben sich die geförderten Projekte zur Gewährleistung der Nahversorgung als soziale Kontakte und Identität mit dem Ort stiftend bewährt (Zahn et al. 2014).

Neue Informations- und Kommunikationstechnologien sollen zur Erweiterung des Handlungsspielraums älterer mobilitätseingeschränkter Menschen helfen. Es ist anzunehmen, dass dies in den nächsten Jahren an Bedeutung gewinnen wird – allerdings sind sowohl die Akzeptanz dieser Angebote als auch die Medienkompetenz älterer Menschen zu stärken. Hier können bürgerschaftlich getragene Ansätze genutzt werden, um die kompetente Techniknutzung älterer Menschen zu unterstützen und zu befördern.

Good-Practice: Bürgerbus

Hintergrund

Bürgerbusse fahren in Deutschland seit 1985. Doch was ist überhaupt ein Bürgerbus? Eine einheitliche Definition gibt es nicht, ein Blick in das Gesetz hilft nicht weiter. Drei Elemente verbinden alle Bürgerbusse: Der weit überwiegende Teil des Engagements ist ehrenamtlich. Fahrer und weitere Aktive erhalten keine Vergütung. Ein Bürgerbus wird immer für den Bedarf vor Ort geplant. So entsteht ein Angebot, das auf der lokalen Ebene den regulären öffentlichen Nahverkehr ergänzt. Und schließlich verbessert ein Bürgerbus das Angebot, indem er Menschen befördert, die von anderen Angeboten wie Linienbus oder Taxi nicht erreicht werden.

Bürgerbusse sind zudem eine Antwort auf die langsamen, aber stetigen Veränderungen im ländlichen Raum. Post und Bank haben sich in den letzten Jahren aus vielen kleineren Orten zurückgezogen, Ärzte praktizieren traditionell eher in Orten mit einigen tausend Einwohnern. In manchen Orten gibt es noch inhabergeführte Lebensmittelläden – einen Nachfolger hat das Betreiberehepaar meistens nicht. Irgendwann ist der Laden für immer geschlossen. Supermärkte siedeln sich nur noch dort an, wo ein Potenzial von einigen tausend Menschen besteht. Deshalb stellt sich die Frage: Wie befördern wir Menschen zu Dienstleistungen in den zentralen Orten?
Der Bürgerbus kann eine sinnvolle Antwort auf diese Frage sein. Er befördert Menschen aus den Dörfern in den zentralen Ort und wieder zurück. Viele Bürgerbusse sind auf ältere Menschen ausgerichtet. Sie leben selbstbestimmt in Dörfern und führen einen eigenen Haushalt. Häufig nutzen Kundinnen den Bürgerbus, die schon den Verlust des Partners beklagen mussten. Sie haben entweder keinen Führerschein oder trauen sich nicht mehr zu, mit dem eigenen Pkw an dem stetig gestiegenen Verkehr teilzunehmen. Der Bürgerbus befördert die Kundinnen sicher zum Einkaufen oder zum Arzt.

Umsetzung

Ein Bürgerbus ist immer ein beratungsbedürftiges Produkt. Die Bürgerbusinteressierten erfahren bei Veranstaltungen vor Ort, dass sie selbst ein Angebot entwickeln sollen – und bei Bedarf verändern oder weiterentwickeln können. Ausgangspunkt der Gespräche sind rechtliche, geografische, soziale und finanzielle Rahmenbedingungen. Wichtigste Rechtsgrundlage – auch für den Bürgerbus – ist das Personenbeförderungsgesetz (PBefG). Bürgerbusse können innerhalb oder außerhalb des PBefG betrieben werden. Beide Wege haben unterschiedliche Konsequenzen. Die Vor- und Nachteile müssen innerhalb der Gruppe abgewogen werden. Bei den geografischen Bedingungen stellen sich vor allem Fragen nach dem Bedienungsgebiet, nach einem Betrieb mit festen Linien oder einem Anrufmodell. Weiter müssen zentrale Orte mit den kleineren Orten verbunden werden. Die Hürden sind in den meisten Fällen leicht zu nehmen – schließlich kennen die Bürgerbusplaner ihre Heimat und die Wünsche der Einwohner in den Dörfern sehr genau. Bei den sozialen Rah-

menbedingungen stellt sich vor allem die Frage, ob genügend ehrenamtliche Helfer gefunden werden. Je nach Region fällt die Engagementkultur unterschiedlich aus. Eine Bürgerbusgruppe kann schnell auf 15 bis 20 Personen anwachsen. Ein Mindestmaß an Führung und Leitung ist nötig. Zudem gilt es, unterschiedliche Charaktere in das Projekt einzubinden. Bei den finanziellen Rahmenbedingungen bestehen je nach Region unterschiedliche Voraussetzungen. Eine Mitfinanzierung der Gemeinde ist bei einem Bürgerbus sinnvoll. Einnahmen können aus Werbung und Sponsoring generiert werden. Ein Fehlbetrag aus laufendem Betrieb übersteigt die 10.000 Euro nicht. Die Fahrzeugfinanzierung muss gesondert gesehen werden. Hier bieten sich Kauf, Miete oder Leasing an.

Von der ersten Idee bis zum fahrenden Bürgerbus dauert es zwischen sechs Monaten und einem Jahr. Manchmal auch etwas länger – das hängt vor allem vom Rückhalt aus der Politik ab. In manchen Orten wird der Bürgerbus breit unterstützt – ehrenamtliche Bürgerinnen und Bürger lassen sich so leicht gewinnen. Die lokale Wirtschaft engagiert sich mit Buswerbung und sichert so einen Teil der finanziellen Basis. Wichtig ist das Ziel: Mit dem ersten Betriebstag und den ersten Kundinnen und Kunden im Bürgerbus sehen alle Beteiligten, dass mit einem überschaubaren Aufwand ein sehr gutes Ergebnis erzielt wird. Die Grundsatzfrage Bürgerbus stellt sich nicht mehr, es geht vor allem um die Weiterentwicklung des Konzepts.

Wirksamkeit/Übertragbarkeit

Die Bürgerbusgruppe merkt schnell, ob sie auf dem richtigen Weg ist. Wesentlicher Indikator sind die Fahrgastzahlen. Leerfahrten kommen vor, sollten aber die Ausnahme bleiben. In vielen Orten entwickelt sich die Nachfrage nach einer kurzen Anlaufphase stetig nach oben. Sollte dies nach einigen Monaten nicht so sein, müsste am Konzept nachgesteuert werden. Die Übertragbarkeit von Bürgerbussen auf andere Orte und Regionen ist inzwischen vielfach erprobt. In Rheinland-Pfalz betreut das nexus Institut seit dem Jahr 2010 unter Leitung von Dr. Holger Jansen das landesweite Projekt Bürgerbusse Rheinland-Pfalz. Derzeit fahren im Südwesten rund 40 Bürgerbusse. Für fast jeden lokalen Bedarf besteht bei einem anderen Bürgerbus schon eine Lösung. Es gilt nur noch, Bedarf und Lösung zu verknüpfen. Die Zahl der eingestellten Bürgerbusse in Rheinland-Pfalz liegt im unteren einstelligen Bereich.
Seit einigen Jahren ist in Mecklenburg-Vorpommern beispielsweise der Törpiner Bürgerbus etabliert, der mit Hilfe des Landesprogramms Arbeit durch Bildung und Innovation eine Anschubfinanzierung erhalten hat.
Die Verbesserung kommt vor allem bei der älteren Generation im ländlichen Raum sehr gut an. Der rechtliche Rahmen ist bundesweit einheitlich – die Umsetzung ist in jedem Bundesland etwas anders geregelt. Die verschiedenen Bedingungen müssen bei der Übertragbarkeit beachtet werden. Dies ist schon Teil der Projektplanung.

Kontakt/weitere Informationen

nexus betreut im Auftrag des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur das Projekt Bürgerbusse Rheinland-Pfalz. Wichtigste Aufgabe ist es, lokale Partner und Akteure vor Ort zu Bürgerbussen zu beraten. Inzwischen wurden 25 Bürgerbusse in Rheinland-Pfalz von der ersten Idee bis zum ersten Tag aktiv begleitet. Zu den Bürgerbus-Netzwerken in anderen Bundesländern bestehen Kontakte.

nexus
Institut für Kooperationsmanagement und Interdisziplinäre Forschung GmbH
Projekt Bürgerbusse Rheinland-Pfalz
Dr. Holger Jansen, Projektleiter
Otto-Suhr-Allee 59
10585 Berlin
www.nexusinstitut.de
www.buergerbus-rlp.de
jansen@nexusinstitut.de

Bürgerbus der Verbandsgemeinde Langenlonsheim
Ralph Hintz
Beauftragter der Verbandsgemeinde für den Bürgerbus
c/o Verbandsgemeindeverwaltung
Naheweinstraße 80
55450 Langenlonsheim
www.langenlonsheim.de
ralph.hintz@t-online.de

Törpiner Forum e. V.
Prof. Dr. Dr. Helmut G. Pratzel
Törpin Nr. 13
17111 Sarow
info@toerpiner-forum.de

Good Practice: Empirische Spaziergänge und Bankpatenschaften

Hintergrund

Die Themen Mobilität, v. a. im Nahraum sowie Barrierefreiheit eignen sich sehr gut für die Durchführung Empirischer Spaziergänge. Bei diesen werden Ortschaften, Stadtteile oder ausgewählte Gebiete von kommunalen Akteuren sowie Anwohnerinnen und Anwohnern gemeinsam erkundet. Dabei kann allgemein nach Barrieren oder Problemen gesucht werden oder eine ganz konkrete Fragstellung verfolgt werden. Auf diese Weise lassen sich Barrieren erleben und für ältere wichtige Veränderungswünsche identifizieren. Beispielsweise wurde im Modellprogramm „Aktiv im Alter“, ein solcher Spaziergang in Lippstadt dafür genutzt, Standorte für Bänke und öffentliche Toiletten zu identifizieren. Wie die „besitzbare“ Stadt Griesheim vorlebt, kann das Aufstellen von Bänken an für nicht mehr so mobile Ältere von großer Bedeutung sein, um Bewegung im öffentlichen Raum zu ermöglichen. Neben der praktischen Entlastung durch das Vorhandensein von Sitzgelegenheiten, können kommunikativ gestaltete Bankelemente auch das Miteinander fördern.

Umsetzung

Empirische Spaziergänge lassen sich mit recht geringem Aufwand durchführen. Eine Initiativgruppe, z. B. aus Verwaltung, Politik, Seniorenvertretung kann eine solche Maßnahme informeller Bürgerbeteiligung auf die Beine stellen. Die Fragestellung ist im Vorfeld festzulegen, ggf. auch eine bestimmte Route, die zu Fuß abgelaufen werden soll. Kartenmaterial und Kameras zum visuellen Dokumentieren von Problemstellen oder möglichen Bankstandorten sollten bereitgestellt werden.
Der geplante Termin kann in Zeitungen oder Amtsblättern oder mittels Postern und Aushängen kommuniziert werden. Die Dauer eines solchen Spaziergangs sollte eine Stunde nicht überschreiten, damit weniger mobile Menschen auch daran teilnehmen können. Gegebenenfalls sollten verschiedene Orts- oder Stadtteile an mehreren Terminen begangen werden.
Wichtig ist auch, nach Ende des empirischen Spaziergangs das weitere Vorgehen darzulegen: was passiert mit den Ergebnissen, wann wird über nächste Schritte informiert etc.? In einigen Kommunen haben solche Spaziergänge bereits Initiativen für weitere bürgerschaftliche Projekte angeregt.
Die Identifikation von strategisch wichtigen Standorten für das Aufstellen von Bänken wird häufiger als Ziel eines empirischen Spaziergangs gesetzt. Im Modellprogramm „Aktiv im Alter“ hat sich gezeigt, dass oftmals nicht die Anschaffung von Bänken eine Hürde in Kommunalverwaltungen darstellt, sondern deren Pflege und Instandhaltung. Als Lösung hierfür wurden beispielsweise in Berlin-Tempelhof Bankpatenschaften vergeben: Schulen, Jugendclubs, Begegnungsstätten, Betriebe etc. übernehmen die Verantwortung für eine Bank und tragen Sorge für deren Pflege.

Wirkung/Übertragbarkeit

Sowohl empirische Spaziergänge im Kontext von Nahraummobilität/Barrierefreiheit wie auch das Aufstellen von Bänken an strategisch wichtigen Wegen können Maßnahmen zur Verbesserung der Nahraummobilität in städtischen und ländlichen Räumen in Mecklenburg-Vorpommern sein.

Kontakt/ weitere Informationen

Griesheim – die besitzbare Stadt
http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/html/63376.asp

Bankpaten- Berlin Tempelhof
Maren Grabe
Telefon: 030 7891847
Email: tagespflegestaette@dwts.de

Stadt Lippstadt
http://www.lippstadt.de/pressemitteilungen/2009/presseservice730765.php

3.3.4 Bildung

In der Expertise des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE) und des Leibniz-Zentrums für Lebenslanges Lernen e. V. mit dem Schwerpunkt Bildung (Schömann et al. 2015) wird die Weiterbildung älterer Person im Allgemeinen sowie in Bezug auf das Arbeitsleben in Mecklenburg-Vorpommern analysiert. Die Autoren befassen sich mit Herausforderungen, die sich durch den demografischen Wandel ergeben und schlagen Anpassungen der ordnungspolitischen und planungsrechtlichen Rahmenbedingungen vor. Die unterschiedliche Dichte betrieblicher, privat-kommerzieller und nicht kommerzieller Weiterbildungsanbieter schafft dabei ungleiche Möglichkeiten zur Teilhabe an Weiterbildung im Bundesland. Dies bedeutet, dass gerade in dünn besiedelten ländlichen Räumen neue Wege des Zugangs zum Lernen gefunden bzw. erprobt werden sollten. In diesem Kapitel werden jene Aspekte der Bildungs-Expertise aufgegriffen, die bürgerschaftliches Engagement oder die Ermöglichung von Teilhabe tangieren.

- Rolle des informellen Lernens für Ältere

Informelles Lernen, d. h. das handlungsbasierte Erlernen neuer Kompetenzen bzw. das Gewinnen von Wissen, ohne dies explizit anzustreben, ist eine Lernform, die sowohl in der Arbeits- als auch in der Lebenswelt erfolgt. Das Lernen findet beiläufig, unbeabsichtigt und jenseits formalisierter Bildungsinstitutionen oder Lehrveranstaltungen statt und wird durch individuelle Interessen bzw. Handlungserfordernisse der lernenden Personen gesteuert. Bürgerschaftliches Engagement ist damit eine bedeutsame Ausprägung informellen Lernens: Im Engagement werden neue Kontakte geknüpft, neue Tätigkeiten erprobt oder vertraute Aktivitäten in neuen Kontexten praktiziert. Dementsprechend empfehlen die Autoren der Expertise den Ausbau informeller Lernformen und führen Mehrgenerationenhäuser als einen geeigneten Ort informellen Lernens an.

Im Freiwilligensurvey wurden Zusammenhänge zwischen freiwilligem Engagement und informellem Lernen in den Blick genommen. Es zeigt sich in den Befunden, dass freiwilliges Engagement ein zentrales informelles Lernfeld darstellt. Allerdings gibt es deutliche Unterschiede zwischen einzelnen Altersgruppen. Mit zunehmendem Alter sinkt der Erwerb von Fähigkeiten durch die freiwillige Tätigkeit: Bei den 14- bis 30-Jährigen geben 59 Prozent an in sehr hohem oder hohem Ausmaß Fähigkeiten erworben zu haben. Bei den 31- bis 45-Jährigen sind es 41 Prozent, bei den 46- bis 65-Jährigen 45 Prozent und bei Menschen über 66 Jahren 35 Prozent. Bei der Förderung informeller Lernprozesse spielte neben dem (jüngeren) Alter der Freiwilligen vor allem die Anforderung des Fachwissens sowie die Teilnahme an Maßnahmen oder Veranstaltungen zur Weiterbildung die wichtigste Rolle (Gensicke und Geiss 2010).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die vielfältigen Formen des Engagements, die in Mecklenburg-Vorpommern praktiziert werden, einen wichtigen Beitrag leisten, informelles Lernen zu ermöglichen.

- Finanzielle Rahmenbedingungen der Weiterbildung Älterer

Unter dem Gesichtspunkt gesellschaftlicher Teilhabe Älterer durch Bildungsangebote scheint sich laut der Bildungs-Expertise zum einen die Reduzierung der Volkshochschulen sowie die Förderrichtlinien negativ auf Ältere auszuwirken. Niederschwellige Angebote wie Bewegung oder Singen, bei denen Bildungsaspekte nicht im Vordergrund stehen, seien gemäß der seit 2012 geltenden Richtlinien nicht mehr förderfähig – und höhere Teilnahmebeiträge für diese Angebote schienen ebenfalls nicht realistisch. Zudem scheint es notwendig, in der Datenerfassung die Teilnahme Älterer an Veran-

staltungen zu erfassen, um künftig präzise Aussagen zur Weiterbildungsbeteiligung Älterer an den Angeboten der Volkshochschulen treffen zu können.

- Bildungsfreistellungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern

Mit dem Bildungsfreistellungsgesetz (BfG) unterstützt Mecklenburg-Vorpommern speziell die Weiterbildung von Beschäftigten. Diese können sich pro Kalenderjahr fünf Arbeitstage freistellen lassen, um an einer anerkannten Weiterbildungsveranstaltung unter Fortzahlung des Arbeitsentgelts teilzunehmen. Neben Maßnahmen der politischen und beruflichen Weiterbildung fällt auch die Qualifizierung für die Wahrnehmung ehrenamtlicher Tätigkeiten unter das Bildungsfreistellungsgesetz. Im Jahr 2014 wurden insgesamt neun Personen für eine Qualifizierung im Ehrenamt freigestellt. Verglichen mit den Bewilligungen im Bereich Politische Bildung (41 Stück) und berufliche Weiterbildung (263 Stück) ist diese Anzahl gering. Laut Angaben des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur wurden die Haushaltsmittel für die Bereiche politische und ehrenamtliche Weiterbildung nicht ausgeschöpft.

- Bildung Älterer im Kontext Seniorenpolitik

Das seit 2006 bestehende Landesprogramm „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ bildet die Grundlage für die Seniorenpolitik des Landes. In diesem sind die aktive Teilnahme Älterer am gesellschaftlichen Leben und die Nutzung der Potenziale der Älteren erklärte Ziele. Vor allem Ältere ab dem Renteneintrittsalter (aktuell ab 65), aber auch nicht (mehr) erwerbstätige Menschen ab 55 Jahren werden dort berücksichtigt, z. B. bei der geförderten Teilnahme an Bildungsveranstaltungen.

Das aus dem Bundesprogramm „Erfahrungswissen für Initiativen - EFI“ hervorgegangene Projekt der SeniorTrainer und -Trainerinnen wird vom Land Mecklenburg-Vorpommern seit einigen Jahren fortgeführt. Jährlich werden zwei Kurse mit je 20 Teilnehmenden unter Trägerschaft des Landesrings M-V des Deutschen Seniorenrings fortgeführt. Sieben Agenturen, die an bestehende Einrichtungen angeschlossen sind, übernehmen die regionale Steuerung. Die Agenturen gewinnen, begleiten und vermitteln die SeniorTrainer und -Trainerinnen an örtliche Vereine bzw. passende gemeinnützige Projekte. Von den insgesamt 540 ausgebildeten Personen sind nach Schätzung des Ministeriums 500 weiterhin aktiv. Dies ist eine hohe Verbleibsquote und kann als Indiz für die gelungene Etablierung des Programms in Mecklenburg-Vorpommern gewertet werden.

Als weitere Lernorte für ältere Menschen wurden in den letzten Jahren sechs Seniorenakademien gegründet. Zum Teil wurden sie Universitäten angesiedelt, zum Teil bei lokalen Seniorenbüros/-beiräten.

- Förderung der Medienkompetenz Älterer

Im Rahmen der Förderung von Medienkompetenz durch die Medienanstalt MV soll auch die Medienbildung älterer Menschen gestärkt werden. Es wird angestrebt, Älteren unter anderem einen besseren Zugang zu Angeboten im Gesundheitssektor zu ermöglichen. Dieser Ansatz könnte unter dem Gesichtspunkt ‚Förderung gesellschaftlicher Teilhabe Älterer‘ bedeutsam sein.

Aktuell werden im Rahmen des Programms „Senioren-Technik-Botschafter“, das durch ehrenamtliches Engagement, Spenden und eine Förderung des Medienanstalt MV getragen wird, Menschen 50+ im ländlichen Raum im Umgang mit Tablets, PC und Internet geschult.

- Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser – Bildung Älterer im Kontext von Familien- und Seniorenpolitik

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es derzeit 24 geförderte Mehrgenerationenhäuser (MGH) in unterschiedlicher Trägerschaft. Bei allen MGH wurden dabei bereits bestehende Einrichtungen konzeptionell so ausgerichtet, dass sie zum Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser passen. MGH haben Menschen jeden Alters als Zielgruppe, somit auch Ältere. Freiwilliges Engagement der Nutzerinnen und Nutzer und Voneinander Lernen sind dabei Kernbestandteile des Konzepts, weshalb sie sich als Orte für informelles Lernen hervorragend eignen. Eine umfassende Darstellung des Bildungsangebots für Ältere erfolgt in der Bildungs-Expertise jedoch nicht und momentan liegen keine Daten zum konkreten Beitrag der MGH zur Bildung Älterer vor.

- Barrieren für die Weiterbildung Älterer

Die Ersteller der Bildungs-Expertise haben unterschiedliche Barrieren benannt, die die Bildungsteilnahme Älterer hemmen können: die soziale Herkunft, negative Schulerfahrungen, Migrationshintergrund oder eine individuell fehlende Nutzenerwartung. Zudem können familiäre Verpflichtungen, ein Mangel an sozialen Kontakten, ein schlechter Gesundheitszustand, hohe Kosten, eine schlechte Erreichbarkeit der Lernorte sowie fehlende Barrierefreiheit bei Hör-, Seh- oder Gehbeeinträchtigungen Betroffene vom Besuch von Weiterbildungen abhalten. Wenn die Bildungsaktivität Älterer gezielt gefördert werden soll, gilt es, diese Barrieren zu überwinden.

Ebenfalls hilfreich könnte eine Anpassung der Didaktik sein. Ältere lernen häufig besser, wenn sie an Bekanntes anknüpfen können, wenn Ihnen der Sinn des Lernens deutlich ist und wenn sie den Kontakt mit den Lehrkräften als angenehm empfinden.

- Bildungsangebote für Ältere im Übergang in die nachberufliche Lebensphase

Die Vorbereitung auf den Übergang in die nachberufliche Lebensphase ist ein Thema, das – nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern – wenig in Unternehmen oder von Bildungsanbietern aufgegriffen wird. Unternehmen könnten sich als gute Arbeitgeber profilieren, die ihre Beschäftigten aus dem Berufsleben hinaus begleiten, indem sie diese im Vorfeld auf die neue Lebensphase vorbereiten. Neben der Frage, wie es nach dem Ausscheiden aus dem Betrieb/ Unternehmen weitergeht, sollten auch die Wissensweitergabe und eine wertschätzende Verabschiedung erfolgen. Immer häufiger stehen ältere Beschäftigte auch nach Ausscheiden aus dem Berufsleben punktuell für beratende Tätigkeiten oder zur Unterstützung bei Personalengpässen dem Arbeitgeber weiter zur Verfügung. Ein Vorreiter in diesem Feld ist das in Güstrow angesiedelte Projekt Go Active- Keiner ist Allein.[8]

Auch Bildungsanbieter wie Volkshochschulen könnten das Thema aufgreifen und entsprechende Angebote – gemeinsam mit Arbeitgebern – entwickeln. Bei der Auswahl an möglichen Tätigkeiten, mit denen die plötzlich gewonnene Zeit gefüllt werden kann, ist die ehrenamtliche Aufgabe nur einer von verschiedenen Wegen, wie sich Sinnstiftung nach Ende des Berufslebens erzielen lässt.

Daher könnte die Begleitung im Übergang auch für Akteure wie die Ehrenamtsstiftung von Interesse sein, da dies ein geeigneter Zeitpunkt ist, Menschen für ein Engagement für das Gemeinwohl zu gewinnen.

[8] Vgl. http://www.bilse.de/projekte/go-active-keiner-ist-allein (Zugriff 14.10.2105)

3.3.5 Arbeit

Die Expertise im Schwerpunktbereich Arbeit wurde ebenfalls vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung und dem Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e. V. verfasst (Schömann und Hilbert 2015). Im Vergleich zu den Expertisen für die anderen Handlungsfelder finden sich hier weniger Bezüge zum Engagement und zur Teilhabe älterer Menschen. Interessant ist an dieser Stelle jedoch die Rolle von Unternehmen in der Gesellschaft, und inwiefern sich die Arbeitgeber in Mecklenburg-Vorpommern selbst als „Unternehmensbürger“ verstehen und wie diese sich für das Gemeinwesen engagieren könnten. Dieses Thema wird in Kapitel 7.4 näher ausgeführt.

- Niedriges Rentenniveau und seine Auswirkungen auf Engagement

Insbesondere für Altersgruppen, die sich im Übergang vom Berufsleben in den Rentenbezug befinden, stellt sich die Frage nach einem Zuverdienst in der nachberuflichen Lebensphase. Dafür kommen Minijobs in Frage und teilweise werden auch ehrenamtliche Tätigkeiten, für die eine Aufwandsentschädigung bezahlt wird, als Nebenjob betrachtet. Um rein ehrenamtliches Engagement von bezahlten Tätigkeiten zu unterscheiden, wird es hier von Bedeutung sein, die unterschiedlichen Tätigkeitsformen – wie eingangs im Kapitel der Begriffsklärungen beschrieben – in den Blick zu nehmen und adäquat zu benennen.

- Aktivierende Arbeitsmarktpolitik

Maßnahmen zur Vermittlung älterer Erwerbsloser in den ersten oder zweiten Arbeitsmarkt können auch unter dem Gesichtspunkt der Förderung von Teilhabe betrachtet werden. Beschäftigungspakte und andere Programme, die darauf abzielen, gerade Menschen über 50 Jahren wieder in Arbeit zu bringen, sollten nach Möglichkeit entsprechend der Empfehlungen aus der Arbeits-Expertise fortgeführt werden. Auch die Möglichkeiten der Schaffung eines sozialen/ zweiten, d. h. öffentlich geförderten Arbeitsmarkt sollten ausgeschöpft werden.

- Ruheständler als Experten

Wie bereits in der Bildungs-Expertise aufgegriffen, gewinnt das Thema ‚Übergang in die nachberufliche Lebensphase‘ an Bedeutung. Erfahrene Berufstätige sind häufig daran interessiert ihr Wissen und ihre Erfahrung weiterzugeben, z. T. auch im Rahmen bürgerschaftlichen Engagements. Viele werden als Patinnen oder Paten für Arbeitsmarkteinsteiger oder Personen, die den Beruf wechseln, aktiv. Oder sie begleiten Betriebsübergaben oder bringen ihr Fachwissen an anderer Stelle ein. Die Gewinnung dieses Potenzials könnte sowohl in den Betrieben selbst als auch von MitMach-Zentren, MGH oder anderen Akteuren im Bereich bürgerschaftlichen Engagements vorangetrieben werden.

- Vernetzte Unternehmen

Unternehmen und Betriebe könnten sich stärker miteinander vernetzen, um Herausforderungen des demografischen Wandels wie Fachkräftegewinnung, Umgang mit alternden Belegschaften etc. zu bewältigen. Das Demographie Netzwerk (ddn) könnte, wie in der Arbeits-Expertise empfohlen, ein Anknüpfungspunkt sein. Dort haben sich seit vielen Jahren Unternehmen in Fach- und regionalen Arbeitskreisen zusammengeschlossen, um sich gegenseitig in Fragen des Umgangs mit den demografischen Veränderungen zu unterstützen. Neben der Gründung eines eigenen Netzwerks in Mecklenburg-Vorpommern, wie in der Arbeits-Expertise empfohlen, wäre ebenso das Mitmachen in einem relevanten thematischen Netzwerk denkbar.

3.3.6 Daseinsvorsorge

Die Daseinsvorsorge ist ein Querschnittsthema, das bereits teilweise implizit, teilweise explizit in den vorher genannten Expertisen thematisiert wurde, für das jedoch keine gesonderte Expertise in Auftrag gegeben wurde. Der Bericht des Deutschen Instituts für Urbanistik "Altengerechter Umbau der Infrastruktur: Investitionsbedarf der Städte und Gemeinden" (Eberlein und Klein-Hitpaß 2012) bezieht sich zwar auf viele Aspekte von Daseinsvorsorge, allerdings mit dem engen Blickwinkel auf die unmittelbaren städtebaulichen Fragen der infrastrukturellen Daseinsvorsorge und die daraus resultierenden Investitionsbedarfe, und weniger auf die damit verknüpften sozialen Aspekte. Dementsprechend sind keine direkten Bezugspunkte zu bürgerschaftlichem Engagement in dem Bericht zu finden. In den bisher genannten Grundlagenexpertisen, z. B. zu Wohnen im Alter, werden allerdings einige Bezüge zur Daseinsvorsorge hergestellt. Zudem ist eine Expertise zur Daseinsvorsorge in Arbeit.

- Das Verständnis von Daseinsvorsorge erweitert sich – Kommunen werden stärker als Akteure in der Planung und Steuerung gefordert

Während sich einerseits heute die Gegensätze von ländlichen und städtischen Räumen reduzieren, die Unterschiede in den Lebensstilen zurückgehen und eine zunehmend engere Verknüpfung von Stadt und Land festzustellen ist, ist gleichzeitig im Bereich der Daseinsvorsorge weiterhin ein Stadt-Land-Gefälle gegeben, das sich in Mecklenburg-Vorpommern teilweise weiter zu vergrößern droht. Die Daseinsvorsorge betrifft dabei viele Aspekte, die bereits in den vorherigen Themenfeldern spezifisch benannt wurden, wie die Gesundheitsversorgung, die Pflegelandschaft, die Mobilität im Allgemeinen und der öffentliche Nahverkehr im Speziellen. Darüber hinaus können neben der zentralen Versorgungsinfrastruktur wie Straßenbau, Elektrizität, Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Gesundheit, Gefahrenabwehr oder Kommunikation (Breitbandausbau) auch Fragen der Schulentwicklung, der Kinderbetreuung, der Nahversorgung oder der Ermöglichung sozialer Treffpunkte in den Ortschaften zur Daseinsvorsorge gezählt werden. Gerade die letztgenannten Punkte rücken im Zusammenhang mit bürgerschaftlichem Engagement vermehrt in den Vordergrund und erweitern damit das Verständnis von Daseinsvorsorge. In den vergangenen Jahrzehnten stellte die Nahversorgung einen von Marktakteuren getragenen Bereich dar. Seit einigen Jahren ist die Nahversorgung im ländlichen Raum jedoch nicht mehr überall ausreichend gesichert und wird deshalb verstärkt als Handlungsfeld der Daseinsvorsorge verstanden. Die Kommunen und ihre Bürger übernehmen in immer mehr Fällen die Nahversorgung in ihre Hand und gründen Dorfläden, wie auch in anderen Bereichen durch Nachbarschaftshilfen, Dorfzentren etc., die als grundlegend erachtete Güter und Leistungen durch die Bürgerinnen und Bürger organisiert und erbracht werden, um die Chancen zur Selbstverwirklichung und Lebensqualität vor Ort zu erhalten. Mit der wachsenden Zahl solcher selbstorganisierten Angebote vor Ort nehmen häufig die Kommunikations- und Managementaufgaben für die Kommunen zu, sei es nur in der Koordination und Begleitung von Bürgerinitiativen oder durch die Beteiligung im Aufbau dieser neuen Angebote.

- Differenzierte Strategien für die Daseinsvorsorge

Ein ähnlich hohes Niveau der Daseinsvorsorge wird, so ist sich die Hochschule Neubrandenburg in ihrer Expertise zum Wohnen sicher, nicht in gleichem Maße für alle Bürgerinnen und Bürger in allen Orten und Dörfern gewährleistet werden können. Zwar spricht man Initiativen der Bürgerinnen und Bürger z. B. im Rahmen von Seniorengenossenschaften oder durch den Aufbau von Zeitbanken ein hohes Potenzial zu, Daseinsvorsorge und damit Teilhabe von älteren Menschen vor Ort zu gewährleisten. Doch wird dies nicht an allen Orten in Mecklenburg-Vorpommern gelingen. So schlägt die

Hochschule Neubrandenburg in ihrer Expertise die Differenzierung von Strategien auf drei Ebenen vor: Erstens für kleine Orte bzw. Dörfer ohne Versorgung in zumutbarer Entfernung, zweitens für Kleinstädte und Orte mit einem Minimum an Versorgung (Nahversorgung, Arzt) sowie drittens für Ober- und Mittelzentren. In der erstgenannten Gruppe läge somit der Fokus der Anstrengungen auf der Selbstorganisation von Mobilität und sozialen Kontakten. Dies setzt ein Mindestmaß an selbstorganisiertem Engagement voraus. Für den Fall, dass dies nicht gewährleistet werden kann, wäre demnach auf die Förderung von Umzügen älterer Menschen zu setzen. In kleinen Orten und Städten mit Grundversorgung könnte hingegen eine Mischung aus professionellen und ehrenamtlichen Angeboten ältere Menschen mit Assistenzbedarf unterstützen und den (längeren) Verbleib in der eigenen Wohnung ermöglichen.

Auf der kleinsten Ebene der Dörfer ist somit eine besondere Qualität der Selbstverantwortung der Bürgerinnen und Bürger nötig. Das bedeutet nicht, dass diese nicht durch Gemeinden und Landkreise unterstützt wird, allerdings kann angesichts der Herausforderungen des demografischen Wandels zukünftig ohne Eigeninitiative nur schwerlich überall in Mecklenburg-Vorpommern die Daseinsvorsorge gesichert werden. Das bedeutet laut Hochschule Brandenburg, dass Fördermittel und Unterstützungsleistungen zukünftig stärker auf Dörfer, Gemeinden und Stadtteile mit günstigen Voraussetzungen ausgerichtet werden sollten.

- Aktionsprogramm Regionale Daseinsvorsorge

Im Rahmen des bundesweiten Aktionsprogramms ‚Regionale Daseinsvorsorge' wurden verschiedene Vorhaben der Raumordnung in unterschiedlichen Modellregionen in Deutschland durchgeführt, drei davon in Mecklenburg-Vorpommern. Die Themen in den jeweiligen Regionen entspringen der Vielfalt der Aufgabenfelder regionaler Daseinsvorsorge. Bürgerbeteiligung und Engagement stellten dabei wesentliche Aspekte der Projekte dar, um die lokale Problemidentifikation und Entwicklung von Lösungsansätzen zu unterstützen. In der 19. Kommissionssitzung zum Thema Daseinsvorsorge wurde das Förderprogramm vorgestellt und auch Vertreter aus den Modellregionen in Mecklenburg-Vorpommern gaben Ihre Einschätzungen zu den Herausforderungen ab. Gefordert wurden hier Koordinationsstellen für den demografischen Wandel, an die sich engagierte Kommunen wenden können, wenn diese aktiv und innovativ die kommunale Daseinsvorsorge verbessern möchten. Die Koordinationsstellen sollten zwischen Landesebene und Kommunen vermitteln, fachliche Unterstützung und kompetente Begleitung von Bürgerprozessen anbieten.

3.4 Spezifika des Engagements in Ostdeutschland

Verschiedene Studien weisen auf unterschiedliche Entwicklungen des Engagements in Ost- und Westdeutschland hin (Gensicke et al. 2009). Erklärt wird dies einerseits durch die immer noch ungünstigere soziale Lage in den neuen Bundesländern. Andererseits werden die Folgen des Systemumbruchs beim Übergang von der DDR zur BRD in Bezug auf das Fortwirken der in der DDR vorhandenen Einstellungsmuster und Zugangsschemata verantwortlich gemacht (Gensicke 2004). Des Weiteren prägen zwei ostdeutsche Besonderheiten die bestehenden Engagementstrukturen: Das Nachwirken von Engagementtraditionen aus DDR-Zeiten sowie die Folgen des gesellschaftlichen Umbruchs und Transformationsprozesses. Zu DDR-Zeiten waren ehrenamtliche Tätigkeiten sehr eng mit dem politischen System verbunden. Es gab keinen eigenständigen „Dritten Sektor", der relativ unabhängig war. „Aufgrund des Machtmonopols der SED und der Durchorganisierung der Gesellschaft war keine wirkliche Teilhabe und Mitwirkung an der Gestaltung der politischen Angelegenheiten in der DDR möglich" (Backhaus-Maul et al. 2003, S. 15).

Möglicherweise ist die Distanz ostdeutscher Bürgerinnen und Bürger gegenüber einem Engagement Resultat der Erfahrungen in einer der DDR-Massenorganisationen. „Auch die Zurückhaltung eines Teils der Kommunen bei der Übertragung von sozialen Einrichtungen und Diensten an freigemeinnützige Organisationen und Bürgergruppen dürfte in sozialistischen Vorstellungen von einem ‚starken Staat' begründet sein, der für die Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Dienstleistungen allumfassend zuständig ist" (Backhaus-Maul et al. 2003, S. 15). 95 Prozent der Bevölkerung waren in einer Massenorganisation Mitglied, jeder zweite Bürger war ehrenamtlich tätig. Die Attraktivität einer Mitgliedschaft in einer Massenorganisation und damit der hohe Organisationsgrad der DDR-Bevölkerung ergab sich daraus, dass solche Aktivitäten der beruflichen Karriere, für Prämien und Privilegien (z. B. Wohnungs- und Autozuteilung) dienlich sein konnten (Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements" 2002, S. 225). In der DDR gab es somit eine gewissermaßen aufoktroyierte „Kollektivkultur". Wirklich „freiwilliges" Engagement mit eigenständigerem Charakter hatte es aufgrund dieser Strukturen schwerer, sich zu entfalten. Kontrovers wird diskutiert, ob der bevormundende Charakter des DDR-Regimes nicht wesentliche Voraussetzungen bürgerschaftlichen Engagements wie Freiwilligkeit, öffentliche Artikulation, garantierte zivile und politische Beteiligungsrechte erdrückte und bürgerschaftliches Engagement damit unmöglich machte (Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements" 2002).

Die Rolle der Unternehmen in der Gesellschaft der DDR

Den Betrieben kam in der Gesellschaft und als Ort des Engagements in der DDR eine zentrale Rolle zu. Die Wirtschaft beeinflusste die soziale Lage zu DDR-Zeiten durch die betriebliche Sozialpolitik entscheidend. Betriebe unterhielten große Teile der sozialen Infrastruktur. Das Angebot der personenbezogenen Dienstleistungen an die Betriebsangehörigen und Bürgerinnen und Bürger beruhte auf Kooperationsverpflichtungen der Betriebe gegenüber der Kommune und anderen Betrieben (Deich 1997, S. 108). Die betrieblichen Sozialleistungen umfassten die Arbeiterversorgung, Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens der Werktätigen, sportliche Betätigung, Jugend-, Kinder- und Ferienbetreuung, Naherholung und Wohnungswirtschaft (Deich 1997, S. 110; Roesler 2003). Die Dienstleistungen wurden überwiegend in den Räumen der Betriebe erbracht und von diesen auch größtenteils finanziert und unterhalten. Mieten, Gebühren und Preise für die Nutzung wurden niedrig gehalten entsprechend der Sozialpolitik der DDR (Deich 1997). Im Zuge der Auflösung von Vereinen, Gruppen und Organisationen, die vorher Träger der Tätigkeit waren, zum Beispiel gesellschaftliche Massenorganisationen und Betriebe, beendeten viele Menschen ihr Engagement. Da diese aber wichtige Gelegenheits- und Infrastrukturen für Engagement darstellen, trägt die geringe Organisations- und Mitgliedschaftsdichte in den neuen Ländern entscheidend zum geringeren Engagementniveau bei (Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements" 2002, S. 226f.). In Mecklenburg-Vorpommern ist die Organisationsdichte gemessen an der Einwohnerzahl hoch. Jedoch ist der Anteil von Initiativen und Vereinen, die sich Themen wie der aktiven Gestaltung verschreiben, eher gering. Es überwiegen Kleingarten- bzw. Heimatvereine (Kennel et al. 2014).

Bürgerschaftliches Engagement und Erwerbsarbeit in Ostdeutschland

In den neuen Bundesländern sind die Grenzen zwischen freiwilligem Engagement und Arbeitsmarkt fließender als in den alten: Soziale Einrichtungen bieten oft ein Nebeneinander von geringfügig Beschäftigten, Festbeschäftigten und Ehrenamtlichen. Über 1-Euro-Jobs werden Projekte und Einrichtungen – und mit ihnen das dort angelagerte ehrenamtliche Engagement – gefördert, die sonst kaum

Bestandschance hätten. Oft wechseln die in einem Projekt Tätigen von einer Rolle in die nächste, mit der Hoffnung, einmal fest angestellt zu werden. Die Arbeitsmarktorientierung macht sich auch hinsichtlich der Motive bemerkbar: Knapp die Hälfte der Befragten in Ostdeutschland erwartet einen beruflichen Nutzen durch das bürgerschaftliche Engagement (Roth 2001). Die Enquete-Kommission (2002) weist auf mögliche negative Folgen dieses Verhältnisses hin: Tritt bürgerschaftliches Engagement an die Stelle der Integration in den Arbeitsmarkt, gehen zivilgesellschaftliche Dimensionen bürgerschaftlichen Engagements – Freiwilligkeit, Partizipation und Mitgestaltung – verloren. Andererseits könnten viele wichtige soziale Versorgungsleistungen und Dienste ohne die Nähe zwischen Erwerbsarbeit und Engagement nicht mehr bereitgestellt werden.

Eine andere Perspektive auf die Ausübung bürgerschaftlichen Engagements ist die wachsende Wettbewerbsorientierung und hoher Konkurrenzdruck im Berufsleben. Die steigenden Belastungen in der Arbeitssphäre, verbunden mit sinkender Anerkennung und Würdigung der Arbeitsleistung, motivieren Arbeitnehmer dazu, sich in Sphären bürgerschaftlichen Engagements zurückzuziehen, in denen eine entsprechende Resonanz ihrer Tätigkeiten gewährleistet ist. Insbesondere in „sozialen Nahbeziehungen und kleinen Gemeinschaften, aber darüber hinaus auch in der Kunst […], in der Religion oder in der Natur […]“ (Beetz et al. 2014, S. 390) werden Engagementaktivitäten aufgenommen bzw. geschaffen.

Fortbestehende und weggebrochene Strukturen

Das historische Erbe der DDR wirkt auch dadurch fort, dass einige Verbände und Massenorganisationen den Systemwechsel überstanden haben und bis heute freiwilliges Engagement in erheblichem Umfang veranstalten, so zum Beispiel die „Volkssolidarität“ (Roth 2001). In der DDR geprägte Milieus und Netzwerke, Mentalitäten und Einstellungen wirken weiter, auch wenn sie vielerorts aufgebrochen worden sind. Traditionsbedingt und transformationsgefördert weisen viele Selbsthilfe- und Freiwilligeninitiativen eine große Staatsnähe auf. Oft sind die Einrichtungen aus öffentlichen Förderprogrammen entstanden und von ihnen weiterhin abhängig. Es gibt keine starke Tradition eigensinniger ziviler Selbstorganisation.

Gesellschaftliche Blockaden sind dadurch zu begründen, dass die zu DDR-Zeiten vergleichsweise ausgesprochen „gleiche“ Gesellschaft eine rasante soziale Ungleichheitsentwicklung mit vielfältigen Ausgrenzungsprozessen erfahren hat (dauerhafte Massenarbeitslosigkeit auf hohem Niveau, vielfältige Ausgrenzungsprozesse, Abwanderung, soziale Problemquartiere, Entvölkerung ländlicher Regionen, wachsende regionale Unterschiede). Durch den Zusammenbruch politischer und betrieblich eingebundener Engagementstrukturen nach der Wende bei gleichzeitigem Fehlen bzw. nur langsamem Aufbau von alternativen Trägern gibt es insbesondere bei Jüngeren eine große Kluft zwischen Engagement und Engagementbereitschaft (Roth 2001).

Sozialmoralische Orientierungen der Engagierten

Die sozialen Orientierungen in Ost und West divergieren durch einen kollektivistischen bzw. individualistischen Zugang auf die soziale Welt. Dies haben Beetz et al. (2014) in ihrer Studie zu soziomoralischen Engagementmustern ermittelt. Die historisch gewachsenen kulturellen Spezifika der Engagementstrukturen sind auch heute noch wirksam. Wesentliche unterscheidende Momente berufen sich etwa auf Unterschiede der Aktivierung von Engagement, auf eine unterschiedliche Identifikation mit dem Gemeinwesen und damit verbunden unterschiedliche Orientierungslogiken, die sich sozialmoralisch begründen lassen. Überschrieben wird das Orientierungsmuster der Ostdeutschen mit den Begriff der „Praxisorientierung“ (Beetz et al. 2014, S. 114). Im westdeutschen Raum hingegen dominiert

die „Positionierung“ und stellt die Frage nach persönlichen und stellenbezogenen Beweggründen, die zu einer Aufnahme eines ehrenamtlichen Engagements führen. Diese individualistische Bezugnahme stellt die Markierung einer spezifischen Position im Sozialzusammenhang heraus. Die ostdeutsche Engagementstruktur ist durch die Praxis des Einbringens charakterisiert. In dem praxisorientierten ehrenamtlichen Engagement geht es vor allem um die gleichberechtigte Integration aller Menschen, unabhängig von Status, Religion oder Kultur, in das Kollektiv. Das unmittelbare Handeln mit den Mitmenschen tritt in den Vordergrund und daraus wird persönliche Befriedigung geschöpft. Aber daraus erwächst auch der Wunsch nach Anerkennung als Persönlichkeit innerhalb der Gemeinschaft. Dahinter wird ein universalistisches und ideelles Menschenbild ausgemacht, das die Überzeugung menschlicher Natürlichkeit und Gleichheit enthält. Auch das Engagement ist geprägt von diesem universalistischen Prinzip, indem sich eine interpersonal egalitäre Praxis entwickelt. Zur Verwirklichung dieser universell geltenden und ideellen Solidaritätsbekundung genügt der symbolische Beitrag „im Kleinen“. Der ehrenamtlich engagierte Bürger lebt die Kultur gegenseitiger Anerkennung durch die direkte und integrierende Konstitution zwischenmenschlicher Beziehungen, die immer auch symbolhaft bedeutet ist. In kleinen Gaben und Aufmerksamkeiten, die im persönlichen Kontakt mit den Menschen entstehen, äußert sich diese Symbolhaftigkeit. Ziel ist die gelingende Verständigung und damit die Verwirklichung des Ideals globaler Solidarität. Diese Engagementstruktur von Mensch-zu-Mensch möchte darüber hinaus einen bleibenden und qualitativen Beitrag leisten, daher ist ein Leistungsparameter ebenfalls inhärent. Gemeinsam erbrachte Leistungen und die Möglichkeit der Einbringungen eigener Fähigkeiten haben eine starke Identifikationswirkung mit dem Ergebnis. Dieser produktiven Arbeit liegt eine hohe innere Motivation zugrunde. Entgegen der „Durchorganisation der Gesellschaft“ (Backhaus-Maul et al. 2003) der ehemaligen DDR, die wenig eigenverantwortliche gesellschaftliche Teilhabe ermöglichte, verläuft die Engagement-Aktivität und soziale Vernetzung gewissermaßen auf einer informellen und privaten Basis (Gensicke 2014, S. 21). Auf der Suche nach einem geeigneten Platz zur optimalen Einfügung in die Allgemeinheit werden Nischen besetzt, die durch funktionale bzw. personale Defizite charakterisiert sind. So lässt sich ebenfalls die Entstehung der persönlichen und egalitären Engagementstruktur erklären.

Die fortbestehenden soziomoralischen Orientierungsmuster der Ostdeutschen weisen eine fehlende Passung der gewandelten institutionellen Rahmenbedingungen, die mit der Transformation der Gesellschaftsformation einhergehen, auf. Zum einen birgt dieser Wandel das Potential der Besetzung noch schwach strukturierter Engagementräume mit experimentellen Praktiken. Jedoch wird diesen experimentellen Handlungsmustern andererseits wenig dauerhafter Bestand eingeräumt (Beetz et al. 2014, S. 379). Die Autoren konstatieren darüber hinaus eine Nichtwahrnehmung ostdeutscher Engagementmuster, d. h. das im Rahmen einer informellen Aktivität gebundene bürgerschaftliche Engagement wird nicht durch die Besetzung öffentlich sichtbarer Positionen bestätigt (was dann als Lethargie beurteilt wird). In der Folge kommt es zu Missverständnissen der verschiedenen in Ost- und Westdeutschland verfolgten Handlungstrategien und zur Persistenz beider Handlungslogiken anstatt einer gegenseitigen Annäherung. Übergreifende Wandlungprozesse deuten sich allenfalls an.

3.5 Informelles Engagement, Nachbarschaftshilfe

Der Freiwilligensurvey erfasst das freiwillige Engagement insbesondere anhand der Frage, ob die befragte Person freiwillig oder ehrenamtlich Aufgaben oder Arbeiten innerhalb eines Vereins, einer Initiative, einem Projekt oder einer Selbsthilfegruppe übernommen hat, in dem bzw. in der sich diese

„aktiv“ beteiligt[9]. Hilfeleistungen, z. B. in der Nachbarschaft, im Bekannten- oder Verwandtenkreis werden dabei nicht erfasst. Einige Fragen des Freiwilligensurveys zielen jedoch auch auf diese wichtige Form gemeinnützigen Engagements und erlauben einen Einblick in das nicht institutionell eingebundene, informelle Engagement.

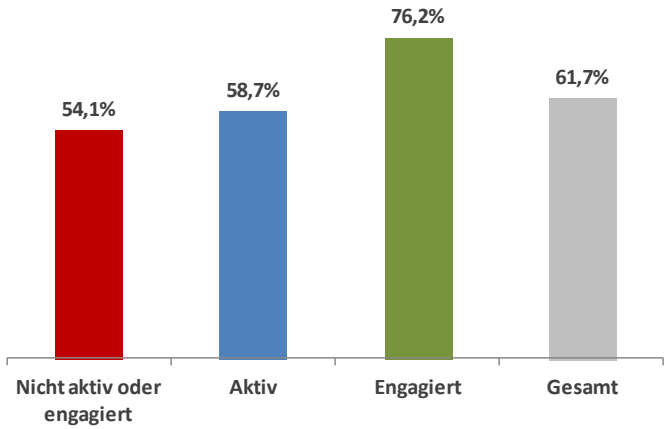


Abbildung 15: Gibt es Personen außerhalb Ihres Haushaltes, denen Sie selbst helfen? (= Ja)
Quelle: Freiwilligensurvey 2009, eigene Berechnungen

Ein großer Teil der Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns (61,7%) unterstützt Personen außerhalb ihres Haushalts (Abbildung 15). Auch 54,1 Prozent derjenigen, die weder engagiert noch aktiv sind, hilft anderen Personen. Unter den „Aktiven“ sind es mit 58,7 Prozent nur wenig mehr. Am höchsten ist das informelle Engagement bei denen, die auch formell engagiert sind.

Insgesamt ist die Hilfe gegenüber Dritten in Mecklenburg-Vorpommern anteilsmäßig etwa gleich stark ausgeprägt wie auf Bundesebene oder im Durchschnitt der ostdeutschen Länder.

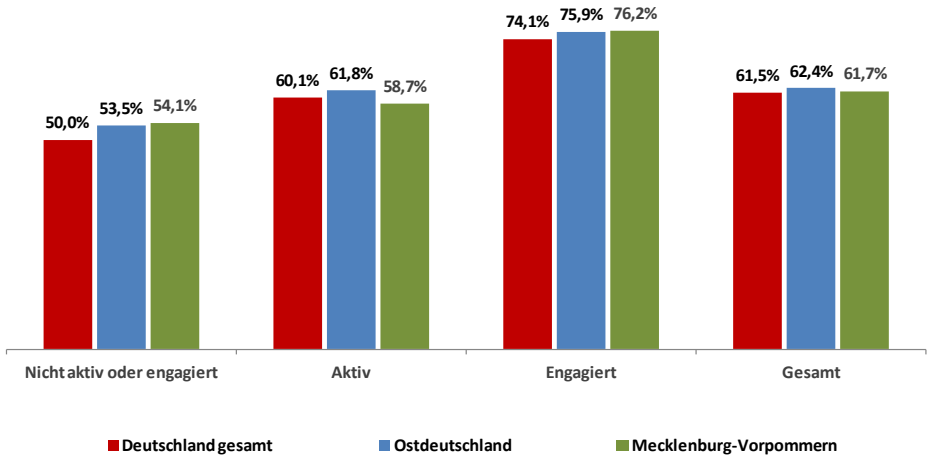


Abbildung 16: Gibt es Personen außerhalb Ihres Haushaltes, denen Sie selbst helfen? Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich
Quelle: Freiwilligensurvey 2009, eigene Berechnungen

Die Hilfe gegenüber Personen außerhalb des Haushalts ist insbesondere in der Gruppe der 50- bis-65-Jährigen verbreitet: Über 70 Prozent dieser Altersgruppe bejahte die Frage nach der Hilfe für andere. In den höheren Altersklassen der 66- bis 80-Jährigen sowie unter den über 80-Jährigen sind es immer

[9] „Es gibt vielfältige Möglichkeiten, außerhalb von Beruf und Familie irgendwo mitzumachen, beispielsweise in einem Verein, einer Initiative, einem Projekt oder einer Selbsthilfegruppe“ […]. „Haben Sie derzeit in diesem Bereich auch Aufgaben oder Arbeiten übernommen, die Sie freiwillig oder ehrenamtlich ausüben?“ (Vogel und Gensicke 2013, S. 11f.).

noch mehr als die Hälfte der Befragten. Der zwischen der Altersgruppe der 50- bis 65-Jährigen hin zu den 66- bis 80-Jährigen erfolgte Rückgang des Anteils der Helfenden setzt sich offensichtlich zur nächstfolgenden Altersgruppe der Hochbetagten über 80 Jahre nicht fort.

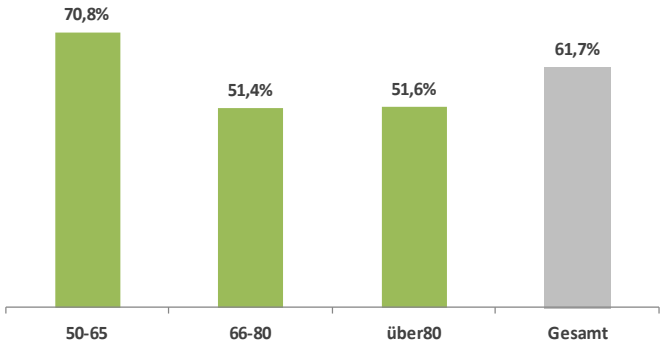


Abbildung 17: Gibt es Personen außerhalb Ihres Haushaltes, denen Sie selbst helfen? (Ältere in Mecklenburg-Vorpommern gegliedert nach Altersgruppen)
Quelle: Freiwilligensurvey 2009, eigene Berechnungen

Der Freiwilligensurvey erfasst auch, ob sich die Befragten um Kinder oder um Menschen mit Pflegebedarf innerhalb ihres Haushalts kümmern und somit ebenfalls als informell engagiert zu betrachten sind. Unter den aus Mecklenburg-Vorpommern stammenden Personen im Alter von 50 Jahren und älter kümmern sich demnach zusammengenommen 8,4 Prozent um Kinder (ca. 1,5%) und/oder Menschen mit Pflegebedarf (ca. 7%). Zu den Personen, die andere außerhalb ihres Haushaltes unterstützen, kommen damit die Engagierten in Pflege und Kinderbetreuung hinzu, die nicht außerhalb ihres Haushaltes Hilfe leisten. Der Anteil der informell Engagierten erhöht sich dadurch weiter auf insgesamt etwa 64 Prozent[10].

Nicht jede und jeder kann oder möchte ehrenamtlich oder freiwillig „aktiv“ sein. Manche wählen lieber den Weg einer Geldspende, um andere Menschen bzw. Organisationen und Projekte zu fördern und zu unterstützen. Für ältere Menschen, die z. B. aus gesundheitlichen Gründen in ihrer Möglichkeit zu Aktivitäten körperlich eingeschränkt sind, bietet die Geldspende eine Engagement-Alternative.

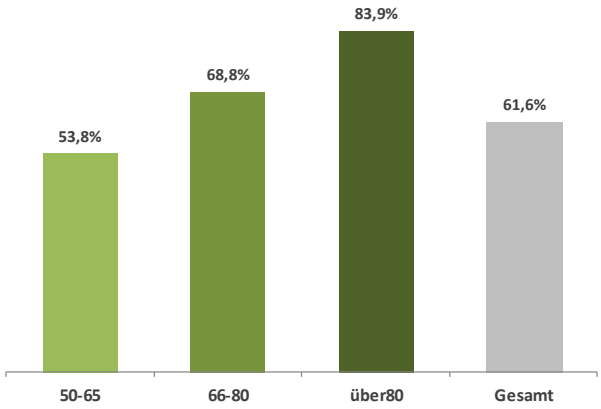


Abbildung 18: Haben Sie in den letzten 12 Monaten eine Geldspende geleistet?
Quelle: Freiwilligensurvey 2009, eigene Berechnungen

[10] Insgesamt 2,5% der im Freiwilligensurvey 2009 befragten Älteren aus Mecklenburg-Vorpommern tätigen außerhalb ihres Haushalts keine Hilfeleistungen, sind aber in der Pflege von Angehörigen und/oder der Betreuung von Kindern engagiert.

Insgesamt gaben 61,6 Prozent der älteren Befragten aus Mecklenburg-Vorpommern an, innerhalb der vergangenen 12 Monate eine Geldspende geleistet zu haben. Unter den Engagierten und den Aktiven waren es sogar etwa 68 Prozent und immerhin auch die Hälfte der nicht aktiven oder engagierten Personen (50,9%) hatte im vergangenen Jahr einen Geldbetrag gespendet. Die Differenzierung nach Altersgruppen weist die Spende insbesondere für ältere Jahrgänge als eine bevorzugte Form, andere zu unterstützen aus: ca. 84 Prozent der über 80-Jährigen und ca. 69 Prozent der 66- bis 80-Jährigen leisteten mittels einer Geldspende Unterstützung. Bei den jungen Alten zwischen 50 und 65 Jahren fällt dieser Anteil mit etwa 54 Prozent deutlich geringer aus.

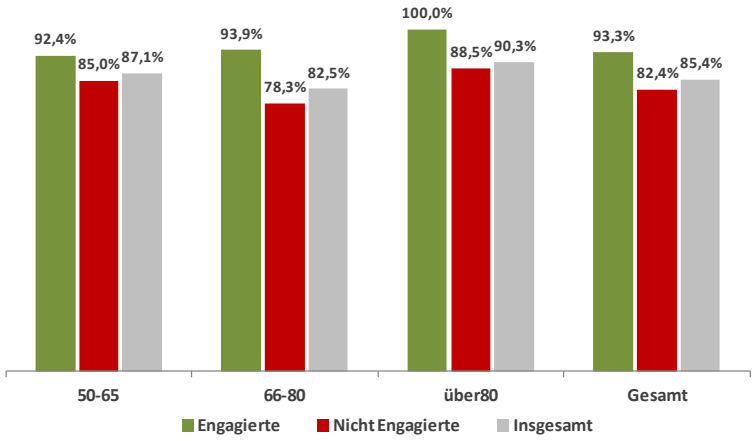


Abbildung 19: Gibt es Personen außerhalb Ihres Haushaltes, denen Sie selbst helfen oder/und haben Sie in den letzten 12 Monaten eine Geldspende geleistet?
Quelle: Freiwilligensurvey 2009, eigene Berechnungen

Auch für das informelle Engagement kann der Zusammenhang von sozialem Status, gefasst in der Selbsteinschätzung der finanziellen Situation und der Schulbildung, dargestellt werden. Als „informell engagiert" gelten diejenigen, die Hilfestellung für andere leisten und/oder in der Betreuung von Kindern und/oder Pflege von Haushaltsangehörigen aktiv sind. Unter den informell Engagierten befinden sich auch Personen, die zudem bzw. parallel formell engagiert sind.

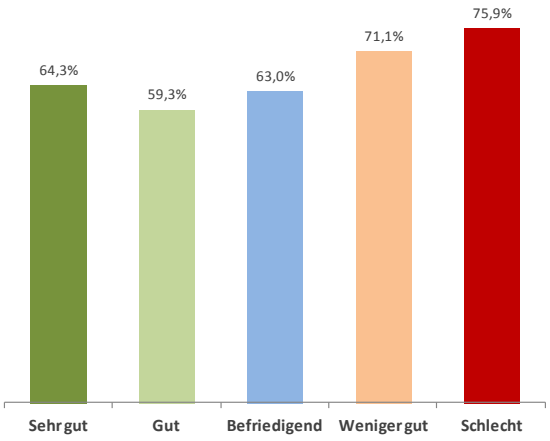


Abbildung 20: Informelles Engagement älterer Menschen und finanzielle Situation
Quelle: Freiwilligensurvey 2009, eigene Berechnungen

Anders als beim formellen Engagement (vgl. Abbildung 10) steigt das informelle Engagement nicht mit einer zunehmend als besser eingestuften finanziellen Situation, sondern vielmehr entgegenge-

setzt mit sinkender Finanzausstattung an: Das informelle Engagement ist in Bevölkerungsteilen mit einer schlechten oder weniger guten finanziellen Situation stärker ausgeprägt als bei Personen in sehr guter oder guter finanzieller Lage (Abbildung 20). Drei von vier Älteren (ca. 76%), die ihre Finanzlage als „schlecht“ bewerten, sind informell aktiv. Bei denjenigen mit „guter“ finanzieller Situation sind es mit etwa 59 Prozent immerhin noch fast zwei Drittel (59,3%) deutlich weniger. Dass sich im informellen Engagement eine schlechte finanzielle Situation offenbar positiv auswirkt, ist möglicherweise darauf zurückzuführen, dass sich Menschen, die sich manche Dienstleistungen nicht leisten können, stärker auf Hilfe und Unterstützungsleistungen angewiesen sind als wohlhabendere Mitbürger. Dieses informelle Engagement wird häufig in der eigenen Nachbarschaft auf der Basis der Gegenseitigkeit erbracht, worunter keine Aufrechnung zu verstehen ist, sondern eine Solidarität unter Menschen, die unter ähnlichen Bedingungen in (sozial-)räumlicher Nähe leben (Ministerium für Arbeit Mecklenburg-Vorpommern 2013). Dieser Aspekt der Gegenseitigkeit wurde auch in den Fokusgruppen mit engagierten älteren Menschen geäußert.

Abbildung 21: Informelles Engagement älterer Menschen und Schulbildung
Quelle: Freiwilligensurvey 2009, eigene Berechnungen

Das informelle Engagement ist je nach Schulbildung unterschiedlich ausgeprägt. Vor allem unter Personen mit einer mittleren Schulbildung ist ein großer Teil der Befragten (72%) informell engagiert. Die Gruppe mit dem am geringsten ausgeprägten informellen Engagement wird durch Personen mit einer niedrigen Schulbildung gestellt; hier ist nur die Hälfte für andere aktiv. Unter den Befragten mit einer hohen Schulbildung sind mit ca. 65 Prozent fast zwei von drei Personen informell engagiert. Damit unterscheidet sich das Verteilungsmuster beim informellen Engagement wiederum von dem für das formelle Engagement. Während nur 24 Prozent derjenigen mit mittlerer Schulbildung und fast 39 Prozent derjenigen mit hoher Schulbildung formelles Engagement praktizieren, sind es hinsichtlich informellen Engagements mehr als 70 Prozent (mittlere Schulbildung) gegenüber etwa 65 Prozent (hohe Schulbildung).

Ein Vergleich des informellen Engagements zwischen den siedlungsstrukturellen Kreistypen ergibt keine nennenswerten Unterschiede: Die ältere Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern ist in Kernstädten nur leicht weniger stark informell engagiert als im ländlichen Umland und im ländlichen Raum. Zu berücksichtigen sind hierbei zudem die geringen Fallzahlen, die im Sample für die Kernstädte (n=67) und das ländliche Umland (n=89) vorliegen.

3.6 Zusammenfassung

In der Zusammenstellung der verschiedenen Formen des „Engagiert-Seins“ ergibt sich, dass in der älteren Bevölkerung von Mecklenburg-Vorpommern insgesamt etwa 70,5 Prozent entweder formell (27,5%) oder informell (43%) engagiert sind (Abbildung 22). Zudem leisten weitere 17,4 Prozent (ausschließlich) monetäre Unterstützungshilfen. Es verbleibt damit nur etwa ein kleiner Anteil von etwa 12 Prozent, welcher anhand der genannten Kriterien als „überhaupt nicht engagiert“ angesehen werden kann.

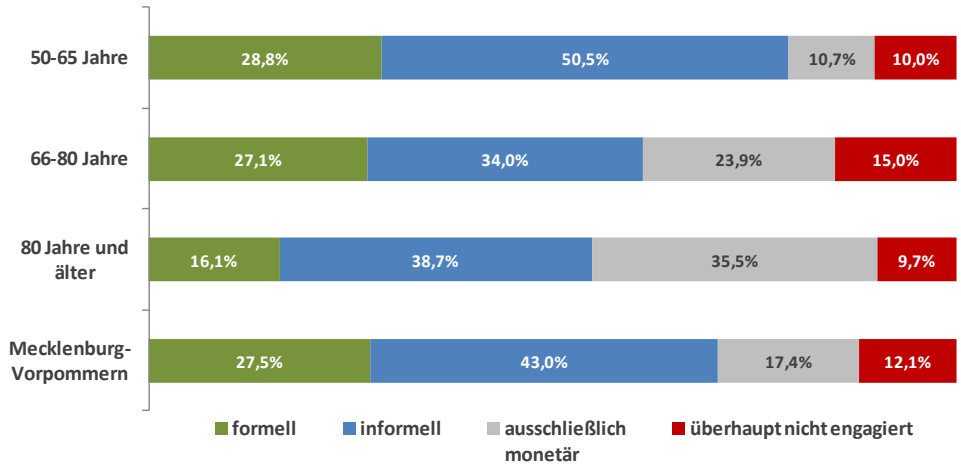


Abbildung 22: Formelles und informelles* Engagement nach Altersgruppen
Quelle: Freiwilligensurvey 2009, eigene Berechnungen

Zwischen den verschiedenen Altersklassen fallen die Anteilswerte unterschiedlich aus. Wie bereits dargestellt, ist das formelle, wie auch das informelle Engagement vor allem in der Bevölkerung zwischen 50 und 65 Jahren vergleichsweise ausgeprägt, während die monetäre Hilfe stärker bei den älteren Altersgruppen, vor allem unter den Hochbetagten über 80 Jahre vorherrscht.

4 Rahmenbedingungen zur Förderung und Steuerung des Engagements in Mecklenburg-Vorpommern

4.1 Infrastrukturen des Engagements

4.1.1 Einrichtungen, in denen sich Freiwillige engagieren

Die Datengrundlage zur Darstellung der Einrichtungen, in denen sich Freiwillige engagieren, liefert der ZiViZ Survey 2012 (Krimmer und Priemer 2013). Die Angaben aus diesem Survey sind mit dem Freiwilligensurvey nicht vollständig kompatibel, weil sich Zivilgesellschaft in Zahlen ausschließlich auf den Dritten Sektor bezieht, also z. B. alle staatlichen Einrichtungen außen vor lässt. Da ehrenamtliches Engagement aber überwiegend in organisationalen Strukturen des gemeinnützigen, Dritten Sektors, zwischen Markt und Staat stattfindet, ergänzen die Zahlen von ZiViZ auf sinnvolle Weise insbesondere das Wissen über die organisationelle Basis des Engagements. Der Verein war mit 95 Prozent Anteil an der Gesamtheit aller 2012 im Dritten Sektor gezählten Organisationen, die häufigste Rechtsform. Heute gibt es bald siebenmal mehr Vereine als vor 75 Jahren. An diesem Wachstum nahmen auch die ostdeutschen Bundeländer teil. Dort ist die Zahl der Vereine nach 1990 überproportional gewachsen. Die Vereinsdichte im Osten liegt im Schnitt höher als im Westen. In Mecklen-

burg-Vorpommern kommen z. B. 8 Vereine auf 1.000 Einwohner, während in Deutschland (gesamt) nur 7 Vereine auf 1.000 Einwohner kommen. Die vergleichsweise hohe Vereinsdichte wirkt sich aber nicht entsprechend auf die Engagementquote aus (Krimmer und Priemer 2013, S. 19f.).

Bundesland	Vereine/1000 Einwohner
Saarland	10
Rheinland-Pfalz	9
Thüringen	9
Baden-Württemberg	8
Hessen	8
Mecklenburg-Vorpommern	8
Sachsen-Anhalt	8
Sachsen	7
Berlin	6
Bremen	6
Nordrhein-Westfalen	6
Schleswig-Holstein	6
Hamburg	5
Gesamt	7

Tabelle 1: Vereinsdichte in den Bundesländern
Quelle: ZiViZ 2012, Abb. 3.4

Wie wichtig die Organisationsform des Vereins für das freiwillige Engagement ist, zeigt der Befund, dass die Arbeit in 81 Prozent der Vereine des Dritten Sektors ausschließlich auf freiwilligem Engagement beruht. Wie dominant Vereine in Bezug auf das Ehrenamt sind, zeigt auch, dass 97 Prozent des Engagements im Dritten Sektor auf diese Rechtsform entfallen (Krimmer und Priemer 2013, S. 40f.).

Der Freiwilligensurvey zeichnet ebenfalls ein Bild von der herausragenden Bedeutung der Organisationsform „Verein“ für das freiwillige Engagement. Die Daten stimmen allerdings mit denen des ZiViZ-Surveys nicht überein, was am unterschiedlichen Erhebungsdesign der beiden Studien liegt. So werden beim Freiwilligensurvey Engagierte gezählt und nicht Engagements, außerdem wird auch das Engagement in den Bereichen des Staates und der Wirtschaft berücksichtigt und der Freiwilligen-Survey differenziert die Organisationen feiner. Im Ergebnis stellt aber auch der Freiwilligensurvey fest, dass der Verein, die mit Abstand wichtigste Organisationsform für bürgerschaftliches Engagement ist.

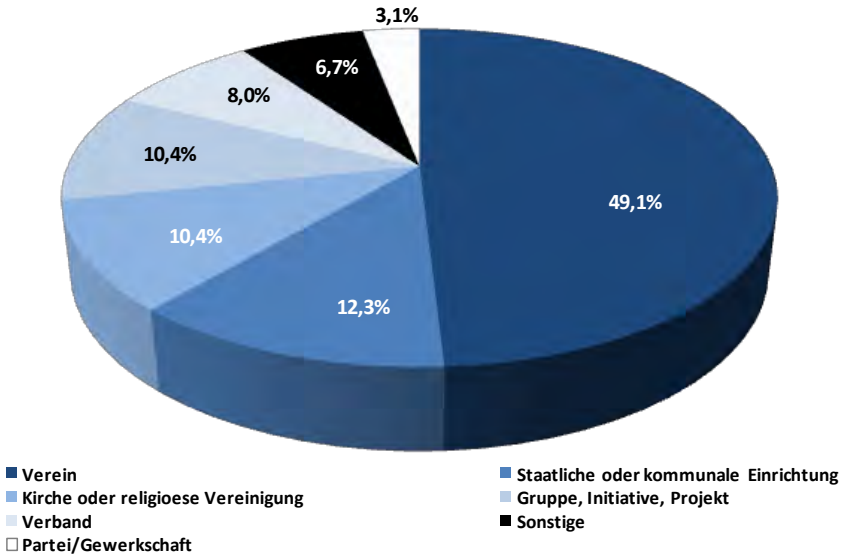


Abbildung 23: Organisationsform der freiwilligen Tätigkeit der über 49-Jährigen in Mecklenburg-Vorpommern in Prozent
Quelle: Freiwilligensurvey 2009, eigene Berechnungen

Dieser Befund gilt sowohl für die Gesamterhebung, also alle befragten Engagierten ab 14 Jahre in Deutschland, als auch für alle befragten Engagierten ab 14 Jahre in Mecklenburg-Vorpommern. Die älteren Engagierten ab 50 Jahre fügen sich in das Schema der Verteilung der Engagierten auf die Organisationsformen ein. Die geringen prozentualen Unterschiede sollte man wegen der geringen Stichprobengröße nicht überbewerten.

	Mecklenburg-Vorpommern über 49-Jährige	Mecklenburg-Vorpommern über 14-Jährige	Deutschland über 14-Jährige (Gesamtdatensatz)
Verein	49,1%	47,4%	46,7%
Verband	8,0%	7,2%	6,7%
Gewerkschaft	0,6%	1,0%	1,2%
Partei	2,5%	2,6%	2,7%
Kirche oder religiöse Vereinigung	10,4%	8,6%	12,5%
Selbsthilfegruppe	1,8%	1,0%	1,3%
Initiative oder Projekt	4,9%	4,6%	4,6%
Selbstorganisierte Gruppe	5,5%	8,9%	7,8%
Staatliche oder kommunale Einrichtung	12,3%	12,5%	9,3%
Private Einrichtung	1,8%	2,6%	2,2%
Stiftung	0,6%	1,0%	0,9%
Allein	1,8%	1,6%	2,1%
Sonstiges	0,6%	1,0%	2,0%
Anzahl absolut	163	304	6.986

Tabelle 2: Organisationsform der freiwilligen Tätigkeit der über 49-Jährigen, der über 14-Jährigen in Mecklenburg-Vorpommern und der über 14-Jährigen in Deutschland in Prozent
Quelle: Freiwilligensurvey 2009, eigene Berechnungen

4.1.2 Engagement unterstützende Einrichtungen

Für die Förderung des Engagements ist eine Basis an Organisationen, in deren Rahmen sich das freiwillige Engagement verwirklichen kann, unabdingbar. Die reiche Vereinslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern und ihre Förderung auf der kommunalen Ebene leistet insofern einen wichtigen Beitrag zur Förderung des freiwilligen Engagements und der gesellschaftlichen Teilhabe.

Engagement unterstützende Infrastrukturen können nicht nur Orte des Engagements sein, sondern auch Vermittlungs-, Informations- und Beratungsplattformen. Sie werden als Engagement unterstützende oder Engagement fördernde Infrastrukturen bezeichnet. Sie können in der Kommunalverwaltung, in Vereinen, Kirchen oder anderen Trägern angesiedelt sein. Die Finanzierung ist ebenfalls vielfältig – u. a. werden Bundes- und Landesmittel eingesetzt, Spendengelder und auch Kommunen sowie Träger stellen Gelder (anteilig) zur Verfügung. Der Engagementatlas 2015 weist für Mecklenburg-Vorpommern eine Quote von 5,1 Prozent Engagement unterstützender Einrichtungen pro 100.000 Einwohner aus - insgesamt 84 an der Zahl, die sich auf 43 Städte und Gemeinden verteilen. Nur in vier anderen Bundesländern ist die Quote höher (ISAB und Generali Zukunftsfonds 2015, S. 14). Der Engagementatlas 2015 hat dabei folgende Infrastrukturen einbezogen: Bürgerstiftungen, Freiwilligenagenturen, Kommunale Stabsstellen, Mehrgenerationenhäuser, Mütterzentren, Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Soziokulturelle Zentren. Die folgende Tabelle zeigt, wie sich die Infrastrukturen über die verschiedenen Einrichtungstypen verteilen (ISAB und Generali Zukunftsfonds 2015, S. 57).

Engagement unterstützende Einrichtung	Anzahl Engagementatlas 2013	Anzahl eigene Recherche 2015
Freiwilligenagentur	3	4
Seniorenbüro	9	8
Selbsthilfekontaktstelle	9	10
Bürgerstiftung	4	5
Mehrgenerationenhaus	26	24
Mütterzentrum	2	(2)
Soziokulturelles Zentrum	30	(28)
Kommunale Stabsstelle	1	4
Pflegestützpunkt	-	21
MitMachZentrale	-	10
Agentur für SeniorTrainerIn	-	7
Gesamt	**84**	**93**

Tabelle 3: Engagement unterstützende Einrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern
Quelle: Generali Engagement-Atlas und eigene Recherchen

Die in diesem Bericht aufgenommenen Infrastrukturen überschneiden sich teilweise mit denen im Engagementatlas 2015. Zusätzlich wurden Pflegestützpunkte, Agenturen für SeniorTrainerinnen und -Trainer die über Landesprojekte geförderten MitMachZentralen aufgenommen. Insgesamt wurden 94 Einrichtungen recherchiert. Davon tragen elf Einrichtungen mehrere Infrastrukturen und sieben Einrichtungen; vor allem die Pflegestützpunkte haben mehrere Standorte, die einzeln gezählt wurden. Abweichungen zwischen dem Engagementatlas und der vorliegenden Recherche durch die zeitliche Verschiebung (Erhebung für den Engagementatlas erfolgte 2013) zustande gekommen sein, das Zählen von mehreren Standorten einer Einrichtung und/oder indem Infrastrukturen nicht identifiziert bzw. recherchiert werden konnten. Die Recherche und Zusammenstellung der Einrichtungstypen mit jeweiligen Informationen erfolgte über das Internet.

Freiwilligenagenturen

Freiwilligenagenturen unterstützen freiwilliges Engagement auf verschiedene Weise. Sie sind Schnittstelle zwischen Angebot und Nachfrage und vermitteln am Engagement Interessierte in Tätigkeiten von Organisationen und Initiativen und begleiten diese. Neben dieser Kernaktivität können Freiwilligenagenturen Qualifizierungen anbieten, eigene Projekte initiieren und als Austauschplattform agieren. Bei den Freiwilligenagenturen sieht Mecklenburg-Vorpommern auf der Karte der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e. V. (bagfa) wie ein weißer Fleck aus[11]. Zwei mit dem Qualitätssiegel der bagfa ausgezeichnete Freiwilligenagenturen gibt es, beide sind im Landkreis Vorpommern-Greifswald: Das Freiwilligenzentraum Anklam, gefördert durch die Herbert Quandt Stiftung, und das Freiwilligenzentrum Greifswald. Beide Einrichtungen sind im Caritasverband Vorpommern ansässig und haben hauptamtliches Personal, was nicht selbstverständlich ist. Meistens unterstützen freiwillige Helfer und Helferinnen die Arbeit. In Parchim gibt es ZiP – Zusammen in Parchim – eine Kontakt- und Informationsstelle mit Unterstützungsangeboten für freiwilliges Engagement, Ehrenamt und Selbsthilfe, die aus einem von der Robert-Bosch-Stiftung geförderten Modellprojekt hervorging. Von Anfang an waren lokale Initiativen und Vereine an der Ausgestaltung der Unterstützungsstruktur beteiligt. Die Ehrenamtsbörse Rostock wird von vier SeniorTrainern und -Trainerinnen betrieben.

Name	Ort	Landkreis
Freiwilligenzentrum Greifswald	Greifswald	Vorpommern-Greifswald
Freiwilligenzentrum Anklam	Anklam	Vorpommern-Greifswald
ZiP – Zusammen in Parchim	Parchim	Ludwigslust-Parchim
Ehrenamtsbörse Rostock	Rostock	Kreisfreie Stadt Rostock

Tabelle 4: Freiwilligenagenturen in Mecklenburg-Vorpommern

Mecklenburg-Vorpommern ist eines der wenigen Bundesländer, in denen es keine Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen gibt, was bei der geringen Anzahl auch nicht notwendig erscheint, um sich auszutauschen und abzustimmen.

Seniorenbüros

Im Bundesmodellprogramm Seniorenbüros wurden vier Funktionsbereiche von Seniorenbüros entwickelt und im Rahmen einer Evaluation untersucht. Dazu zählen:

- Information, Beratung und Unterstützung von Senioren zu freiwilligem Engagement und Selbsthilfe
- Erschließung von neuen Tätigkeitsfeldern, Aufbau von Gruppen, Projekten und Initiativen
- Lokale Vernetzung der Engagement (fördernden) Infrastrukturen
- Anerkennung ehrenamtlich engagierter Älterer durch Öffentlichkeitsarbeit (Braun und Claussen, S. 51ff.)

Acht Seniorenbüros in Mecklenburg-Vorpommern machen gezielt Angebote für engagierte ältere Menschen[12]. Die von ihnen umgesetzten Projekte und Angebote sind vielfältig (z. B. Vorlesepaten, Nachbarschaftshilfen) und sprechen alle Generationen an. Darüber hinaus können Seniorenbüros als soziale Treffpunkte dienen, in denen Veranstaltungen und Gruppentreffen stattfinden. Welche Aufgaben die Seniorenbüros im Land konkret übernehmen, ist aus den Internetseiten (sofern überhaupt

[11] http://www.bagfa.de/freiwilligenagenturen.html
[12] http://www.seniorenbueros.org/index.php?id=298

vorhanden) kaum ersichtlich. Demnach scheint das Seniorenbüro Schwerin in dem vom Bundesmodellprogramm entwickelten umfassenden Ansatz Engagement zu fördern.

Name/ Träger	Ort	Landkreis	Infos
Familienbildungsstätte des DRK	Grimmen	Vorpommern-Rügen	/
Seniorenbeirat Ostseebad Wustrow	Wustrow	Vorpommern-Rügen	http://www.seniorenbeirat-wustrow.de/
Seniorenbüro e. V. Neubrandenburg	Neubrandenburg	Mecklenburgische Seenplatte	http://www.mehrgenerationenhaeuser.de/ seniorenburo-neubrandenburg-e.v.
Ev. Altenhilfezentrum Dr.-Wilde-Haus	Plau am See	Ludwigslust-Parchim	/
Seniorenbüro Lübz DRK	Lübz	Ludwigslust-Parchim	https://www.drk-parchim.de/de/betreuen-helfen/seniorenbuero/
Seniorenbüro Sternberg DRK	Sternberg	Ludwigslust-Parchim	https://www.drk-parchim.de/de/betreuen-helfen/seniorenbuero/
Seniorenbüro der Stadt Rostock	Rostock	Kreisfreie Stadt Rostock	http://rathaus.rostock.de/sixcms/detail.php?template=seite_seniorenbuero_de&_sid1=rostock_01.c.260.de&_sid2=rostock_01.c.267.de
Seniorenbüro Schwerin Landesring M/V des Deutschen Seniorenringes e. V.	Schwerin	Kreisfreie Stadt Schwerin	http://www.seniorenbuero-schwerin.de/

Tabelle 5: Seniorenbüros in Mecklenburg-Vorpommern

Selbsthilfekontaktstellen

Acht Selbsthilfekontaktstellen informieren, beraten und unterstützen Selbsthilfeinteressierte und –gruppen in Mecklenburg-Vorpommern. Diese haben sich 2007 zu der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) der Selbsthilfekontaktstellen MV e. V. zusammengeschlossen.

Zum Angebot der Selbsthilfekontaktstellen gehört[13]:

- Beratung und Vermittlung zu Selbsthilfegruppen
- Unterstützung bei Gründung und Entwicklung von Selbsthilfegruppen (u. a. mit In-Gang-Setzern und -Setzerinnen)
- Räume und Technik
- Öffentlichkeitsarbeit
- Beratung zu Finanzierungsmöglichkeiten
- Erfahrungsaustausch
- Fortbildung
- Lobbyarbeit für Selbsthilfe
- Datenbank der Selbsthilfegruppen in MV auf www.selbsthilfe-mv.de
- Unterstützung von Selbsthilfegruppen, die ihnen von GKV, DRV und Land/ Landkreisen zustehenden Fördermittel abzurufen.

[13] https://www.selbsthilfe-mv.de/Adressen.22.0.html

Finanziert werden die Selbsthilfekontaktstellen aus gesetzlich festgeschriebenen Fördermitteln der gesetzlichen Krankenkassen (ARGE Selbsthilfeförderung MV), ergänzt um Kommunalförderung. Fünf von acht Selbsthilfekontaktstellen im Land erhalten Förderung durch das Land MV.

Die acht Selbsthilfekontaktstellen verteilen sich über die zwei kreisfreien Städte Schwerin und Rostock sowie fünf Landkreise. Im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte sind zwei Kontaktstellen angesiedelt, während der Landkreis Vorpommern-Greifswald nicht vertreten ist. Im Landkreis Rostock gibt es zusätzlich zwei weitere Anlaufstellen.

Seit 2014 besteht das vom Sozialministerium geförderte Projekt „Selbsthilfe im ländlichen Raum“, das versucht „Wege zu finden, um auch Selbsthilfeinteressierten jenseits des Einzugsbereiches der Selbsthilfekontaktstellen den Zugang zu Angeboten der Selbsthilfeunterstützung zu ermöglichen“.

Name	Ort	Landkreis	Infos
Kontakt-, Informations- und Beratungsstelle für Selbsthilfegruppen Schwerin Ebenfalls Sitz der LAG der Selbsthilfekontaktstellen MV e. V.	Schwerin	Kreisfreie Stadt Schwerin	www.kiss-sn.de www.selbsthilfe-mv.de
Selbsthilfekontaktstelle Rostock	Rostock	Kreisfreie Stadt Rostock	www.selbsthilfe-rostock.de
DRK-Selbsthilfekontaktstelle	Neubrandenburg	Mecklenburgische Seenplatte	www.selbsthilfe-nb.de
Selbsthilfe-Kontaktstelle des Familienzentrums Neustrelitz e. V.	Neustrelitz	Mecklenburgische Seenplatte	www.selbsthilfekontaktstelle-mecklenburg-strelitz.de
ASB - Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen	Gägelow	Nordwestmecklenburg	www.asbwismar.de/beratung/kiss-informationsstellle
Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen	Stralsund	Vorpommern-Rügen	www.kiss-stralsund.de
DRK-Selbsthilfekontakstelle-KIBIS im Landkreis Ludwigslust-Parchim	Hagenow	Ludwigslust-Parchim	/
Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfe	Güstrow, Teterow, Bützow	Rostock	www.diakonie-guestrow.de/de/menschennot/selbsthilfegruppen

Tabelle 6: Selbsthilfekontaktstellen in Mecklenburg-Vorpommern

Bürgerstiftungen

Bürgerstiftungen sind unabhängige Stiftungen von Bürgern für Bürger. Einzelne Personen und Organisationen können mitstiften. Gefördert werden Projekte, die zum Gemeinwohl einer Stadt, einem Landkreis oder einer Region beitragen. Die Bürgerstiftungen zeichnen sich auch dadurch aus, dass sie selber Projekte operativ durchführen. Ehrenamtliche engagieren sich in Projekten, Geschäftsstellen, im Vorstand und anderen Gremien der Bürgerstiftung.

Der Begriff der Bürgerstiftung ist nicht geschützt. Die “Aktive Bürgerschaft“ erfasst solche Bürgerstiftungen, welche den „10 Merkmalen einer Bürgerstiftung“ des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen entsprechen, und hat diese 378 Bürgerstiftungen (Rücklaufquote 77 Prozent) im Jahr 2014 befragt (Aktive Bürgergesellschaft e. V. 2014). Aus dem „Länderspiegel Bürgerstiftungen“ der Aktiven Bürgerschaft geht für Mecklenburg-Vorpommern hervor, dass 2013 vier Bürgerstiftungen über ein Stiftungskapital von 443 Tsd. € verfügten, 6 Tsd. € Spendeneinnahmen verzeichneten und 11 Tsd. € für Projektförderungen ausgaben. Im Vergleich zu anderen Bundesländern liegen alle Werte eher im unteren Bereich.

Zu den „10 Merkmalen einer Bürgerstiftung“ zählen:

1. Eine Bürgerstiftung ist gemeinnützig und will das Gemeinwesen stärken. Sie versteht sich als Element einer selbstbestimmten Bürgergesellschaft.

2. Eine Bürgerstiftung wird in der Regel von mehreren Stiftern errichtet. Eine Initiative zu ihrer Errichtung kann auch von Einzelpersonen oder einzelnen Institutionen ausgehen.

3. Eine Bürgerstiftung ist wirtschaftlich und politisch unabhängig. Sie ist konfessionell und parteipolitisch nicht gebunden. Eine Dominanz einzelner Stifter, Parteien, Unternehmen wird abgelehnt. Politische Gremien und Verwaltungsspitzen dürfen keinen bestimmenden Einfluss auf Entscheidungen nehmen.

4. Das Aktionsgebiet einer Bürgerstiftung ist geographisch ausgerichtet: auf eine Stadt, einen Landkreis, eine Region.

5. Eine Bürgerstiftung baut kontinuierlich Stiftungskapital auf. Dabei gibt sie allen Bürgern, die sich einer bestimmten Stadt oder Region verbunden fühlen und die Stiftungsziele bejahen, die Möglichkeit einer Zustiftung. Sie sammelt darüber hinaus Projektspenden und kann Unterstiftungen und Fonds einrichten, die einzelne der in der Satzung aufgeführten Zwecke verfolgen oder auch regionale Teilgebiete fördern.

6. Eine Bürgerstiftung wirkt in einem breiten Spektrum des städtischen oder regionalen Lebens, dessen Förderung für sie im Vordergrund steht. Ihr Stiftungszweck ist daher breit. Er umfasst in der Regel den kulturellen Sektor, Jugend und Soziales, das Bildungswesen, Natur und Umwelt und den Denkmalschutz. Sie ist fördernd und/oder operativ tätig und sollte innovativ tätig sein.

7. Eine Bürgerstiftung fördert Projekte, die von bürgerschaftlichem Engagement getragen sind oder Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Dabei bemüht sie sich um neue Formen des gesellschaftlichen Engagements.

8. Eine Bürgerstiftung macht ihre Projekte öffentlich und betreibt eine ausgeprägte Öffentlichkeitsarbeit, um allen Bürgern ihrer Region die Möglichkeit zu geben, sich an den Projekten zu beteiligen.

9. Eine Bürgerstiftung kann ein lokales Netzwerk innerhalb verschiedener gemeinnütziger Organisationen einer Stadt oder Region koordinieren.

10. Die interne Arbeit einer Bürgerstiftung ist durch Partizipation und Transparenz geprägt. Eine Bürgerstiftung hat mehrere Gremien (Vorstand und Kontrollorgan), in denen Bürger für Bürger ausführende und kontrollierende Funktionen innehaben.

Der Bundesverband Deutscher Stiftungen hat ein eigenes Gütesiegel für Bürgerstiftungen entwickelt, welches 275 Bürgerstiftungen in Deutschland tragen. Von diesen Bürgerstiftungen mit Gütesiegel gibt es in Mecklenburg-Vorpommern drei: in Rostock, Wismar und Parchim. Auf den Internetseiten des Landesnetzwerkes der Stiftungen in Mecklenburg-Vorpommern[14] gibt es weitere Stiftungen, die sich Bürgerstiftung nennen und regionale Projekte unterstützen bzw. umsetzen: die Bürgerstiftung Vorpommern in Greifswald sowie die Bürgerstiftung der Volks- und Raiffeisenbank ebenfalls in Wismar.

[14] http://www.anstiftung-mv.de/stiftungspraesentation-mv/

Name	Ort	Landkreis	Aufgabengebiete	Infos
Bürgerstiftung der Hansestadt Wismar	Wismar	Nordwest-mecklenburg	Kunst/Kultur, Bildung, Sport, kirchliche/religiöse Projekte, Umweltschutz, Denkmalpflege, bürgerschaftliches Engagement, Völkerverständigung, Schwerpunkt Integrations- und Jugendarbeit	www.buergerstiftung-wismar.de Gütesiegel
Parchimer Bürgerstiftung	Parchim	Ludwigslust-Parchim	Altenhilfe, Bildung/Erziehung/Studentenhilfe, Heimatpflege/-kunde, Kinder-/Jugendhilfe, Kunst/Kultur, Sport, Umweltschutz/Naturschutz/Landschaftspflege, Völkerverständigung	www.parchimerbuergerstiftung.de Gütesiegel
Bürgerstiftung Rostock	Rostock	Kreisfreie Stadt Rostock	Altenhilfe, Bildung/Erziehung/Studentenhilfe, Bürgerschaftliches Engagement, Ehe-/Familienschutz, Kinder-/Jugendhilfe, Kunst/Kultur, Religion, Sonstige gemeinnützige Zwecke (u.a. Suchdienst), Sport, Umweltschutz/Naturschutz/Landschaftspflege, Verfolgten-/Flüchtlings-/Vertriebenen-/Aussiedlerhilfe, Völkerverständigung, Wissenschaft/Forschung, Zivilbeschädigten-/Behindertenhilfe	www.buergerstiftung-rostock.de Gütesiegel
Bürgerstiftung Vorpommern	Greifswald	Vorpommern-Greifswald	Jugend- und Altenhilfe, Bildung/Erziehung, Demokratie, Kunst/Kultur, Umwelt-/Naturschutz, öffentl. Gesundheits-/Sozialwesen, Sport	http://www.buergerstiftung-vorpommern.de/
Bürgerstiftung der Volks- und Raiffeisenbank	Wismar	Nordwest-mecklenburg	Soziales, Kultur, Sport, Jugend-, Alten-, Behindertenpflege, kirchliche Projekte, Erziehung, Wissenschaft, Schwerpunkt Jugend und Bildung	https://www.vrbankmecklenburg.de/buergerstiftung.html

Tabelle 7: Bürgerstiftungen in Mecklenburg-Vorpommern
Quelle: www.buergerstiftungen.org / Initiative Bürgerstiftungen; eigene Recherche

Mehrgenerationenhäuser

Mit dem vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser sind bundesweit lokale Begegnungsorte geschaffen worden, in denen die Generationen Raum für gemeinsame Aktivitäten haben. In vielen Mehrgenerationenhäusern sind inzwischen vielfältige Projekte angesiedelt. Sie dienen häufig als Schaltzentrale regionaler Netzwerke für familienunterstützende haushaltsnahe Dienstleistungen und als Ort für (zeitlich sehr flexibles) bürgerschaftliches Engagement in verschiedenen Tätigkeitsbereichen oder eigenen Projekten. Mehrgenerationenhäuser sind weitgehend flächendeckend in der Bundesrepublik verteilt, wobei ein Schwerpunkt in Mecklenburg-Vorpommern auszumachen ist (ISAB und Generali Zukunftsfonds 2015, S. 40f.). Es gibt 24 geförderte Mehrgenerationenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern[15]. Die

[15] http://www.familienbotschaft-mv.de/index.php?id=22

Mehrgenerationenhäuser sind in allen Landkreisen und kreisfreien Städten des Landes ein bis fünfmal vertreten.

Name/Träger	Ort	Landkreis	Infos
Mehrgenerationenhaus Insel Poel Poeler Leben e. V.	Insel Poel	Nordwestmecklenburg	www.mehrgenerationenhaeuser.de/inselpoel
Mehrgenerationenhaus Lübstorf Klinik Schweriner See Service GmbH	Lübstorf	Nordwestmecklenburg	
Mehrgenerationenhaus Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverband Nordwestmecklenburg e. V.	Wismar	Nordwestmecklenburg	www.drk-nwm.de
Mehrgenerationenhaus Dummerstorf Arbeiter-Samariter-Bund, Regionalverband Ostsee e. V.	Dummerstorf	Rostock	www.asb-warnow.de
Mehrgenerationenhaus Güstrow AWO Soziale Dienste gGmbH Güstrow	Güstrow	Rostock	www.awo-guestrow-fflz.de
Mehrgenerationenhaus Altenpleen Verein Jugendhaus "Storchennest" e. V.	Altenpleen	Vorpommern-Rügen	http://www.jugendhaus-storchen-nest.de/index.php/mehrgenerationenhaus-altenpleen.html
Mehrgenerationenhaus Bergen auf Rügen Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Rügen e. V.	Bergen auf Rügen	Vorpommern-Rügen	http://awo-rue-gen.de/dienste/nachbarschaftszentrum-nbz/
Mehrgenerationenhaus Sassnitz Grundtvighaus e. V.	Sassnitz	Vorpommern-Rügen	www.grundtvighaus-sassnitz.de
Mehrgenerationenhaus Stralsund Integrativer Freizeittreff BLEICHENECK Kreisdiakonisches Werk Stralsund e. V.	Stralsund	Vorpommern-Rügen	http://kdw-hst.de/gemeinwesenarbeit/mehrgenerationenhaus-stralsund/startseite.html
Mehrgenerationenhaus „Altes Pfarrhaus“ Süderholz Ev. - luth. Kirchengemeinde Groß Bisdorf	Süderholz	Vorpommern-Rügen	www.mehrgenerationenhaeuser.de/suederholz
Mehrgenerationenhaus „Anne Frank“ Institut Lernen & Leben e. V.	Anklam	Vorpommern-Greifswald	http://www.ill-ev.de/842.0.html
Mehrgenerationenhaus Görmin Gemeinde Görmin/ Amt Peenetal Loitz	Görmin	Vorpommern-Greifswald	http://doerphus.blogspot.de
Mehrgenerationenhaus Bürgerhafen Greifswald	Greifswald	Vorpommern-Greifswald	www.mehrgenerationenhaeuser.de/greifswald
Mehrgenerationenhaus Torgelow Volkssolidarität KV Uecker-Randow e. V.	Torgelow	Vorpommern-Greifswald	http://www.mehrgenerationenhaeuser.de/-haus-der-generationen-
Mehrgenerationenhaus Neubrandenburg Seniorenbüro e. V. Neubrandenburg	Neubrandenburg	Mecklenburgische Seenplatte	www.mehrgenerationenhaeuser.de/neubrandenburg
Mehrgenerationenhaus Neubrandenburg (Reitbahnviertel)	Neubrandenburg Reitbahnviertel	Mecklenburgische Seenplatte	http://www.reitbahnweg.de

Mehrgenerationenhaus Neustrelitz Diakoniewerk Stargard gGmbH	Neustrelitz	Mecklenburgische Seenplatte	www.diakonie-stargard.de
Mehrgenerationenhaus Röbel Verein Land und Leute e. V.	Röbel	Mecklenburgische Seenplatte	www.engelscherhof.de
Mehrgenerationenhaus Stavenhagen AWO Sozialdienst gGmbH Demmin	Stavenhagen	Mecklenburgische Seenplatte	www.mehrgenerationenhaeuser.de/stavenhagen
Mehrgenerationenhaus Ludwigslust Zebef e. V.	Ludwigslust	Ludwigslust-Parchim	http://www.zebef.de
Mehrgenerationenhaus Lübz	Lübz	Ludwigslust-Parchim	www.jfv-pch.de
Mehrgenerationenhaus Rostock Lütten-Klein IN VIA Rostock e. V.	Rostock Lütten-Klein	Kreisfreie Stadt Rostock	http://www.invia-rostock.de
Mehrgenerationenhaus Rostock Toitenwinkel DRK Kreisverband Rostock e. V.	Rostock Toitenwinkel	Kreisfreie Stadt Rostock	www.sbz-toitenwinkel.de
Mehrgenerationenhaus Schwerin Internationaler Bund	Schwerin	Kreisfreie Stadt Schwerin	https://www.internationaler-bund.de/angebote/standort/206301/5611

Tabelle 8: Mehrgenerationenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern

Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung des Programms werden verschiedene Gruppen befragt. Aus der letzten Nutzerbefragung 2014 ist bekannt, dass von den an der Befragung teilnehmenden Nutzerinnen und Nutzer der Mehrgenerationenhäuser jeder Dritte (31%) 65 Jahre oder älter ist (N=3.604) (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend o. J.b, S. 2). Ähnlich ist es bei den freiwillig Engagierten, 2014 waren 33 Prozent der an der Befragung teilgenommenen freiwillig Engagierten in Mehrgenerationenhäusern zwischen 51 und 61 Jahren (N=1.941) (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend o. J.a, S. 1).

Mütterzentrum

Mütterzentren bieten für alle Generationen Begegnungsmöglichkeiten, Beratung, Betreuung, Bildung und haushaltsnahe Dienstleistungen. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es zwei Mütterzentren. Die Rolle des freiwilligen Engagements in diesen Einrichtungen wird allerdings ebenso wenig deutlich wie eine mögliche Engagementunterstützung über die eigene Organisation hinaus. Daher werden sie hier nicht zu den Engagement unterstützenden Infrastrukturen gezählt.

Name	Ort	Landkreis
Kindervereinigung e. V.	Rostock	Kreisfreie Stadt Rostock
Frauentreff "Sundine"	Stralsund	Vorpommern-Rügen

Tabelle 9: Mütterzentren in Mecklenburg-Vorpommern

Soziokulturelles Zentrum

Die Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur Mecklenburg-Vorpommern e. V. zählt 32 Mitglieder vor allem aus dem Bildungs- und Kulturbereich (28 Vereine, Einrichtungen, Initiativen und 4 Einzelmitglieder)[16]. Die Engagement fördernde Rolle in diesen Einrichtungen wird nicht immer deutlich. Teilweise überschneiden sich die Einrichtungen mit anderen Engagementinfrastruktureinrichtungen, häufig sind es aber Vereine wie andere auch (vgl. Punkt 3.1.1). Als eine über die eigene Organisation hinaus Engagement fördernde Struktur werden sie daher hier nicht gezählt.

Name	Ort	Landkreis
Kulturwirtschaft-Ilow e. V.	Neuburg	Nordwestmecklenburg
Kultur Förderverein Lelkendorf e. V.	Lelkendorf	Rostock
Kornhaus e. V.	Bad Doberan	Rostock
Das lebendige Dorf e. V.	Altkalen	Rostock
Familienzentrum/Kulturbörse Gnoien	Gnoien	Rostock
Opernale e. V.	Sundhagen	Vorpommern-Rügen
PolenMarkt e. V.	Greifswald	Vorpommern-Greifswald
Ballhaus Goldfisch e. V.	Greifswald	Vorpommern-Greifswald
Aktionsbündnis Queer in Greifswald e. V.	Greifswald	Vorpommern-Greifswald
Hebebühne e. V., Theater Vorpommern	Greifswald	Vorpommern-Greifswald
Heimvolkshochschule Lubmin e. V.	Lubmin	Vorpommern-Greifswald
Initiative Hansische Frouwen Greifswald	Greifswald	Vorpommern-Greifswald
Kulturverein Nordischer Klang e. V.	Greifswald	Vorpommern-Greifswald
Kulturwerk Vorpommern e. V.	Eggesin	Vorpommern-Greifswald
proVie Theater e. V.	Hohenbüssow	Vorpommern-Greifswald
Schloss Bröllin e. V.	Bröllin	Vorpommern-Greifswald
St. Spiritus Sozio-kulturelles Zentrum	Greifswald	Vorpommern-Greifswald
Initiative ROSA-LILA	Neubrandenburg	Mecklenburgische Seenplatte
Interessengemeinschaft Schleifspur	Neubrandenburg	Mecklenburgische Seenplatte
Kultur- und Kunstverein Waren e. V.	Waren	Mecklenburgische Seenplatte
Kultur-Transit 96 e. V. – Burg Klempenow	Breest	Mecklenburgische Seenplatte
Soziokulturelles Bildungszentrum Neubrandenburg e. V.	Neubrandenburg	Mecklenburgische Seenplatte
Verein für Kultur, Umwelt und Kommunikation e. V.	Neustrelitz	Mecklenburgische Seenplatte
Zebef e. V.	Ludwigslust	Ludwigslust-Parchim
Bürgerkomitee Südstadt e. V.	Parchim	Ludwigslust-Parchim
Die Begingen e. V.	Rostock	Kreisfreie Stadt Rostock
Geschichtswerkstatt Rostock e. V. im Kröpeliner Tor	Rostock	Kreisfreie Stadt Rostock
Institut für neue medien – freie bildungsgesellschaft gGmbH	Rostock	Kreisfreie Stadt Rostock
Kulturnetz e. V.	Rostock	Kreisfreie Stadt Rostock
Stadtteil- und Begegnungszentrum Südstadt	Rostock	Kreisfreie Stadt Rostock
Soziokulturelles Zentrum/Seniorenbüro Schwerin (Landesring M/V des Deutschen Seniorenringes e. V.)	Schwerin	Kreisfreie Stadt Schwerin

Tabelle 10: Soziokulturelle Zentren in Mecklenburg-Vorpommern

Kommunale Stabsstelle

[16] http://www.lag-soziokultur-mv.de/index.php/mitglieder.html

Eine weitere zentrale Organisation zur Unterstützung des freiwilligen Engagements ist die Kommune selbst. Der Landkreis Vorpommern-Rügen hat eine Ehrenamtskoordination auf Landkreisebene und Ansprechpartner für alle Ämter benannt und die im Internet aufgeführt werden[17]. Im Landkreis Ludwigslust-Parchim ist das Büro für Chancengleichheit mit dem Thema Ehrenamt betraut, darüber hinaus wird auf weitere Ansprechpartner im Landkreis verwiesen[18]. Das Amt Crivitz hat in der Verwaltung ein Sachgebiet Ehrenamt/Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, wobei die konkreten Aufgaben nicht veröffentlich sind. Beim Landkreis Vorpommern-Greifswald hat die Gleichstellungsbeauftragte einige Koordinationsaufgaben übernommen. In allen anderen Landkreisen konnten zumindest im Internet keine Informationen über kommunale Ansprechpartner für Engagement gefunden werden.

Name	Ort	Landkreis
Beauftragte für Prävention und Migration – Anlaufstelle für bürgerschaftliches Engagement: Kati Bischoff	Stralsund	Vorpommern-Rügen
Amt Darß/Fischland Bürgerservice LK: Julia Geist, Simone Engel	Ribnitz-Damgarten	Vorpommern-Rügen
Gemeinde Ostseeheilbad Zingst Gemeindeverwaltung Ostseeheilbad Zingst: Pierre Parow	Zingst	Vorpommern-Rügen
Amt Barth Stadt Barth: Heyko Mews	Barth	Vorpommern-Rügen
Amt Ribnitz-Damgarten Stadt Ribnitz-Damgarten: Janine Groth	Ribnitz-Damgarten	Vorpommern-Rügen
Stadt Marlow Stadtverwaltung Marlow: Frau Lentschow	Marlow	Vorpommern-Rügen
Amt Recknitz-Trebeltal Bürgerservice LK: Sarah Haase, Suanne Klähn (Grimmen), Julia Geist, Simone Engel (Ribnitz-Damgarten)	Grimmen, Ribnitz-Damgarten	Vorpommern-Rügen
Amt Franzburg-Richtenberg Bürgerservice LK: Sarah Haase, Suanne Klähn (Grimmen), Julia Geist, Simone Engel (Ribnitz-Damgarten)	Grimmen, Ribnitz-Damgarten	Vorpommern-Rügen
Amt Niepars Gemeinde Groß Kordshagen: Jörg Zimmermann	Niepars	Vorpommern-Rügen
Amt Altenpleen Gemeinde Altenpleen: Manuela Klook Gemeinde Prohn: Peter Messing	Altenpleen, Prohn	Vorpommern-Rügen
Hansestadt Stralsund Oberbürgermeister Dr. Alexander Badrow	Stalsund	Vorpommern-Rügen
Stadt Grimmen Stadtverwaltung Grimmen: Burkhard Niedermeyer	Grimmen	Vorpommern-Rügen
Gemeinde Süderholz Frau Lucius	Süderholz	Vorpommern-Rügen
Amt Miltzow Amtsverwaltung Miltzow: Thomas Rackow Gemeinde Elmenhorst: Dr. Rudi Wendorf Gemeinde Sundhagen: Martna Liedtke	Sundhagen, Elmenhorst	Vorpommern-Rügen
Amt West-Rügen	Samtens	Vorpommern-Rügen

[17] http://www.ehrenamt.lk-vr.de/Willkommen/Ansprechpartner-vor-Ort
[18] http://www.kreis-lup.de/leben-im-landkreis/mitmachen/buergerschaftliches-engagement/

Gemeinde Rambin: Christian Thiede Gemeinde Kluis: Eckardt Koch		
Amt Bergen auf Rügen Amtsverwaltung Bergen auf Rügen: Astrid Schlegel Stadt Bergen auf Rügen: Ricardo Kolaska	Bergen auf Rügen	Vorpommern-Rügen
Stadt Putbus Weisser Ring e. V.: Martin Stemmler	Putbus	Vorpommern-Rügen
Amt Nord-Rügen Bürgerservice LK: Manuela Jurrat, Kirsten Chlebowski	Bergen auf Rügen	Vorpommern-Rügen
Stadt Sassnitz Bürgerservice LK: Manuela Jurrat, Kirsten Chlebowski	Bergen auf Rügen	Vorpommern-Rügen
Gemeinde Ostseebad Binz Gemeindeverwaltung Ostseebad Binz: Rita Küster, Andrea Tredup-Mischke	Ostseebad Binz	Vorpommern-Rügen
Amt Mönchgut-Granitz Gemeinde Ostseebad Baabe: Dieter Mathis	Ostseebad Baabe	Vorpommern-Rügen
Landkreis Ludwigslust-Parchim Büro für Chancengleichheit: Simone Schmerer Weitere Ansprechpartner: MMZ im MGH Lübz und Ludwigslust Weitere Ansprechpartner: Bündnis für Familie Boizenburg, Hagenow, Parchim	Parchim	Ludwigslust-Parchim
Amt Crivitz Sachgebiet Ehrenamt/ Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	Leezen, OT Rampe	Ludwigslust-Parchim
Landkreis Vorpommern-Greifswald Birgit Bergemann, Gleichstellungsbeauftragte Weitere Ansprechpartner: MMZ Greifswald und Torgelow	Greifswald	Vorpommern-Greifswald

Tabelle 11: Kommunale Stabsstellen in Mecklenburg-Vorpommern

Pflegestützpunkt

Pflegestützpunkte beraten kostenlos und neutral rund um das Thema Pflege, begleiten und koordinieren Versorgungs- und Betreuungsangebote. Zu ihren Aufgaben gehört auch die Einbindung von Selbsthilfegruppenmitgliedern und zum Engagement bereiten Personen. Auf Initiative eines Bundeslandes werden Pflegestützpunkte von den Kranken- und Pflegekassen eingerichtet. Seit Juli 2015 gibt es den 14. Pflegestützpunkt in Mecklenburg-Vorpommern. In allen Landkreisen und kreisfreien Städten sind ein bis drei Pflegestützpunkte vertreten.[19] Einige Pflegestützpunkte sind auch mobil unterwegs. Die einzelnen Pflegestützpunkte unterscheiden sich in der Dauer ihres Bestehens. Manche sind erst seit kurzem aktiv, andere von Beginn an dabei. Aus Interviews mit Mitarbeitenden aus 13 Pflegestützpunkten wird deutlich, dass die Arbeit vor allem zwischen Städten und Landkreisen variiert. Gerade in großen und dünn besiedelten Flächenlandkreisen wird die Arbeit durch lange Distanzen erschwert. Die Vernetzung mit anderen Akteuren im Bereich Engagement, Teilhabe und Pflege gestaltet sich vielfältig: einige Standorte verfügen über gute Kontakte zu anderen Akteuren, andere konstatieren einen geringen Kooperationsgrad. In fast allen Pflegestützpunkten erfolgt eine Vermittlung von Ehrenamtlichen, die sich engagieren möchten sowie jenen, die Unterstützung suchen. Einige

[19] http://www.pflegestuetzpunktemv.de

Pflegestützpunkte führen diese Vermittlung selbst durch, andere kooperieren mit weiteren lokalen oder regionalen Akteuren wie dem Seniorenbeirat, der Ehrenamtsbörse, mit Mehrgenerationenhäusern, der Deutschen Alzheimergesellschaft, mit Behindertenforen, Helferkreisen, der AWO oder anderen Akteuren. In den Landkreisen wird mehrfach beklagt, dass es wichtig wäre, direkt im Landkreis die Ehrenamtsstrukturen zu stärken. Die meisten Ehrenamtlichen im Kontext der Pflegestützpunkte begleiten Menschen mit Pflegebedarf bzw. Menschen mit Demenz, machen Angebote zur Freizeitgestaltung und leisten Hilfe beim Einkaufen. Des Weiteren entlasten sie pflegende Angehörige, führen selbst Schulungen für Ehrenamtliche durch oder begleiten Selbsthilfegruppen.

Name	Ort	Landkreis
Pflegestützpunkt Nordwestmecklenburg	Grevesmühlen, Gadebusch	Nordwestmecklenburg
Pflegestützpunkt Nordwestmecklenburg	Wismar	Nordwestmecklenburg
Pflegestützpunkt Güstrow	Güstrow, Bad Doberan	Rostock
Pflegestützpunkt Vorpommern-Rügen	Stralsund, Bergen, Grimmen, Ribnitz-Damgarten	Vorpommern-Rügen
Pflegestützpunkt Anklam	Anklam	Vorpommern-Greifswald
Pflegestützpunkt Greifswald	Greifswald	Vorpommern-Greifswald
Pflegestützpunkt Pasewalk	Pasewalk	Vorpommern-Greifswald
Pflegestützpunkt Neubrandenburg	Neubrandenburg	Mecklenburgische Seenplatte
Pflegestützpunkt Neustrelitz	Neustrelitz	Mecklenburgische Seenplatte
Pflegestützpunkt Demmin	Demmin	Mecklenburgische Seenplatte
Pflegestützpunkt Ludwigslust	Ludwigslust, Boizenburg	Ludwigslust-Parchim
Pflegestützpunkt Parchim	Parchim, Sternberg	Ludwigslust-Parchim
Pflegestützpunkt Hansestadt Rostock	Rostock	Kreisfreie Stadt Rostock
Pflegestützpunkt Schwerin	Schwerin	Kreisfreie Stadt Schwerin

Tabelle 12: Pflegestützpunkte in Mecklenburg-Vorpommern

MitMachZentralen

MitMachZentralen sind zentrale Anlaufstellen für (interessierte) Engagierte, sie sollen beraten, vermitteln und vernetzen. 2014 hat das Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern ein Interessensbekundungsverfahren durchgeführt, bei dem sich Landkreise um eine Projektförderung in Höhe von 10.000€ pro Jahr (für zwei Jahre) bewerben konnten. In jedem Landkreis sollten mindestens eine und maximal zwei MitMachZentralen entstehen.

Die MitMachZentralen sollen dazu beitragen, langfristig bessere Strukturen für freiwillig Engagierte zu schaffen. Zuwendungsempfänger konnten „neben den Landkreisen bereits bestehende Einrichtungen wie Familienzentren, Mehrgenerationenhäuser, Seniorenbüros, Freiwilligenzentren und ähnliche Anlaufstellen sein“ (Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern 22.05.2014). Aus der Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage geht hervor, dass sich alle Landkreise am Interessenbekundungsverfahren beteiligt haben.

Die MitMachzentralen haben das gleiche Aufgabenspektrum wie Freiwilligenagenturen. Der Begriff wird daher in der weiteren Expertise trotz der unterschiedlichen Genese der Einrichtungen synonym gebraucht. Dabei erhält die Benennung „Mitmachzentrale den Vorzug, da es sich um eine Mecklenburg-Vorpommersche Besonderheit handelt. Allerdings führt die an sich sinnvolle Angliederung an bestehende Einrichtungen, dass die Funktion als Mitmachzentrale nicht eindeutig nach außen kommuniziert wird.

Name	Ort	Landkreis	Infos
Koordinierungsstelle Bürgerschaftliches Engagement (KOBE) im Büro für Chancengleichheit des Landkreises Rostock	Güstrow	Rostock	http://www.lkros-gleichstellung.de/ehrenamt/buergerschaftliches_engagement/
Mehrgenerationenhaus Ludwigslust Zentrum für Bildung, Erholung und Freizeit	Ludwigslust	Ludwigslust-Parchim	Verweis auf MMZ hier: www.kreis-lup.de/leben-im-landkreis/mitmachen/buergerschaftliches-engagement/
Mehrgenerationenhaus Lübz Jugendfördervereins Parchim/Lübz e. V.	Lübz	Ludwigslust-Parchim	Verweis auf MMZ hier http://www.kreis-lup.de/leben-im-landkreis/mitmachen/buergerschaftliches-engagement/
Familienzentrum Nord der Bürgerinitiative „Leben am Reitbahnweg“ e. V.	Neubrandenburg	Mecklenburgische Seenplatte	http://mmz-mse.de/sample-page/
Mobile Beratung	Waren	Mecklenburgische Seenplatte	http://mmz-mse.de/sample-page/
Mehrgenerationenhaus Wismar Kreisverband Deutsches Rotes Kreuz Nordwestmecklenburg	Wismar, Grevesmühlen	Nordwestmecklenburg	http://drk-nwm.de/angebote/mgh0.html
Mehrgenerationenhaus Bürgerhafen Greifswald Pommerscher Diakonieverein e. V.	Greifswald	Vorpommern-Greifswald	http://www.buergerhafen.de/mitmachzentrale.html
Mehrgenerationenhaus Torgelow Volkssolidarität Kreisverband Uecker-Randow e. V.	Torgelow	Vorpommern-Greifswald	http://www.volkssolidaritaet.de/kv-uecker-randow-ev/begegnung-kultur/mehr-generationen-haus/mitmachzentrale/
Jugendring Rügen e. V.	Bergen	Vorpommern-Rügen	www.ehrenamt.lk-vr.de/ www.vorpommern.tv/video/Mitmachzentrale-370129.html

Tabelle 13: MitMachZentralen in Mecklenburg-Vorpommern

Aufgrund der geringen Mittelzuweisung fällt es den Einrichtungen schwer, wirksam aktiv zu sein, da den eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nur wenige Stunden pro Woche für die Arbeit der MitMachZentrale zur Verfügung stehen.

Agenturen für SeniortrainerInnen

SeniorTrainer und -Trainerinnen werden die Teilnehmenden eines bundesweit weitgehend einheitlichen Qualifizierungsprogramms genannt, das auf das Bundesmodellprogramm „Erfahrungswissen für Initiativen“ (EFI) (2002-2006) zurückgeht. Zielgruppe sind Menschen ab 55 Jahren, die sich in ihrer (nachberuflichen) Lebensphase bürgerschaftlich engagieren möchten. Wie einige andere Bundesländer finanziert Mecklenburg-Vorpommern über das Landesprogramm „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ auch noch nach dem Auslaufen des Bundesmodellprogramms Qualifizierungen zum SeniorTrainer (seit 2006). Laut Frau Bomplitz, Vorsitzende des Landesrings MV des Deutschen Seniorenrings, wurden seit 2002 insgesamt etwa 560 SeniorTrainer in Mecklenburg-Vorpommern ausge-

bildet, die in ca. 600 Projekten aktiv sind. Als Engagement fördernde Infrastrukturen gibt es die Agenturen, die an andere Strukturen angebunden sind. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es sieben solcher Agenturen. Der Bereich SeniorTrainer bildet dabei jeweils nur einen Teil der Aktivitäten der Organisationen. Zu den Aufgaben der Agenturen gehört Öffentlichkeitsarbeit und Gewinnung von Senioren für die Ausbildung, Unterstützung der SeniorTrainer bei ihren jeweiligen Projekten, Öffnen der Türen zur Lokalpolitik und Bürgermeistern sowie Beratung. Die Qualifizierung wird zweimal jährlich für jeweils 20 Teilnehmende in Schwerin und Stralsund vom Landesring M-V des Deutschen Seniorenringes e. V. angeboten, finanziert durch das Sozialministerium.[20]

Name	Ort	Landkreis
Rostocker Seniorenakademie Universität Rostock	Rostock	Kreisfreie Stadt Rostock
Seniorenbüro e. V. Schwerin	Schwerin	Kreisfreie Stadt Schwerin
Seniorenbüro e. V. Neubrandenburg Mehrgenerationenhaus	Neubrandenburg	Mecklenburgische Seenplatte
Familienzentrum Neustrelitz e. V.	Neustrelitz	Mecklenburgische Seenplatte
Bürgerhafen Greifswald Pommerscher Diakonieverein e. V.	Greifswald	Vorpommern-Greifswald
Mehrgenerationenhaus Torgelow Volkssolidarität Kreisverband Uecker-Randow e. V.	Torgelow	Vorpommern-Greifswald
Mehrgenerationenhaus Stralsund Kreisdiakonisches Werk Stralsund e. V.	Stralsund	Vorpommern-Rügen

Tabelle 14: Agenturen für SeniorTrainer in Mecklenburg-Vorpommern

Darüber hinaus sind verschiedene Netzwerke entstanden: kommunale Seniorkompetenzteams, das Landesnetzwerk der SeniorTrainer und eine landesweite Koordinierungsgruppe aus Vertretern der regionalen Agenturen, des Bildungsträgers, des Landesnetzwerks der SeniorTrainer und des Ministeriums für Arbeit, Gleichstellung und Soziales M-V. Auf der Bundesebene wurde 2010 eine Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG SeniorTrainer) gegründet. Ihr Anliegen ist es, den Austausch zwischen den Länderinitiativen zu fördern, das Qualifizierungsprogramm weiter zu entwickeln und dessen Qualität zu sichern. Die Aktivitäten der BAG SeniorTrainer werden finanziell vom Generali Zukunftsfonds unterstützt.[21]

Überblick der Infrastrukturen nach Landkreisen

Neben der Sortierung nach Infrastrukturen eröffnet eine Auflistung nach Landkreisen und Kommunen den Blick auf die regionale Verteilung. Infrastrukturen mit verschiedenen Standorten (mobilen Sprechtagen) wurden einzeln gezählt. Die Anzahl der Infrastrukturen liegt in den Landkreisen zwischen acht und 16. Kursiv sind solche Einrichtungen markiert, die Träger von mehreren Infrastrukturen sind.

Landkreis	Ort	Einwohnerzahl (gerundet)	Engagement unterstützende Infrastrukturen	Anzahl
Nordwestmecklenburg	Insel Poel	2.500	Mehrgenerationenhaus	9
	Lübstorf	1.500	Mehrgenerationenhaus	
	Wismar	44.000	Mehrgenerationenhaus MitMachZentrale Bürgerstiftung Pflegestützpunkt	

[20] http://seniortrainer.net/lb-meck-vopo/
[21] http://seniortrainer.net/aktuelles/

	Grevesmühlen	10.600	Pflegestützpunkt	
	Gadebusch	5.500	Pflegestützpunkt	
	Gägelow	2.500	Selbsthilfekontaktstelle	
Rostock	Dummerstorf	7.100	Mehrgenerationenhaus	8
	Güstrow	28.500	Mehrgenerationenhaus Pflegestützpunkt Selbsthilfekontaktstelle MitMachZentrale	
	Bad Doberan	11.600	Pflegestützpunkt	
	Teterow	8.700	Selbsthilfekontaktstelle	
	Bützow	7.600	Selbsthilfekontaktstelle	
Vorpommern-Rügen	Grimmen	10.000	Seniorenbüro Pflegestützpunkt	15
	Wustrow	1.200	Seniorenbüro	
	Altenpleen	900	Mehrgenerationenhaus	
	Bergen auf Rügen	13.500	Mehrgenerationenhaus Pflegestützpunkt MitMachZentrale	
	Sassnitz	9.500	Mehrgenerationenhaus	
	Stralsund	57.300	Mehrgenerationenhaus, Senior-Trainer-Agentur Pflegestützpunkt Selbsthilfekontaktstelle Kommunale Stabsstelle	
	Süderholz	4.000	Mehrgenerationenhaus	
	Ribnitz-Damgarten	15.100	Pflegestützpunkt	
Vorpommern-Greifswald	Anklam	12.800	Freiwilligenagentur Mehrgenerationenhaus Pflegestützpunkt	15
	Görmin	900	Mehrgenerationenhaus	
	Greifswald	56.400	Freiwilligenagentur Mehrgenerationenhaus, MitMachZentrale, SeniorTrainer-Agentur Bürgerstiftung Pflegestützpunkt Kommunale Stabsstelle	
	Torgelow	8.600	Mehrgenerationenhaus, MitMachZentrale, SeniorTrainer-Agentur	
	Pasewalk	10.500	Pflegestützpunkt	
Mecklenburgische Seenplatte	Neubrandenburg	63.300	Seniorenbüro, Mehrgenerationenhaus, SeniorTrainer-Agentur Mehrgenerationenhaus, MitMachZentrale Pflegestützpunkt Selbsthilfekontaktstelle	15
	Neustrelitz	20.400	Mehrgenerationenhaus Pflegestützpunkt Selbsthilfekontaktstelle, Senior-Trainer-Agentur	
	Waren	21.100	MitMachZentrale	
	Röbel	5.100	Mehrgenerationenhaus	
	Stavenhagen	5.600	Mehrgenerationenhaus	
	Demmin	11.400	Pflegestützpunkt	

Ludwigslust-Parchim	Plau am See	6.000	Seniorenbüro	16
	Lübz	6.000	Seniorenbüro Mehrgenerationenhaus, Mit-MachZentrale	
	Sternberg	4.300	Seniorenbüro Pflegestützpunkt	
	Ludwigslust	12.100	Mehrgenerationenhaus, Mit-MachZentrale Pflegestützpunkt	
	Parchim	17.100	Freiwilligenagentur Bürgerstiftung Kommunale Stabsstelle Pflegestützpunkt	
	Boizenburg	10.200	Pflegestützpunkt	
	Hagenow	11.300	Selbsthilfekontaktstelle	
	Leezen (Amt Crivitz)	2.100 (24.800)	Kommunale Stabsstelle	
Kreisfreie Stadt Rostock	Rostock	203.400	Freiwilligenagentur Seniorenbüro Mehrgenerationenhaus Mehrgenerationenhaus Bürgerstiftung Pflegestützpunkt Selbsthilfekontaktstelle SeniorTrainer-Agentur	8
Kreisfreie Stadt Schwerin	Schwerin	91.500	Seniorenbüro, SeniorTrainer-Agentur Mehrgenerationenhaus Pflegestützpunkt Selbsthilfekontaktstelle	5

Tabelle 15: Überblick über die Engagement unterstützenden Infrastrukturen nach Landkreisen

4.2 Förderung und Steuerung von Seiten des Landes und der Kommunen

4.2.1 Förderung von Engagement

Ehrenamtsstiftung

Im Juni 2015 hat die Stiftung für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern mit Sitz in Güstrow ihre Geschäfte aufgenommen. Die Idee der Stiftung ist es, ein landesweites Kompetenzzentrum rund um das Thema Ehrenamt zu sein, insbesondere für Initiativen und Vereine, die nicht an große Verbände angebunden sind. Die Ehrenamtsstiftung Thüringen war dabei ein Vorbild für die Schaffung der Stiftung außerhalb der Landesregierung als selbständige zivilgesellschaftliche Organisation. Mit über 100 Ehrenamtlichen aus dem ganzen Land wurden im Rahmen von Werkstattgesprächen, die im September 2014 stattfanden, Anforderungen an eine Ehrenamtsstiftung formuliert, die in die Satzung eingeflossen sind. Zu den Aufgaben der Stiftung gehören

- Information, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit
- Erfahrungs-, Wissens- und Informationsaustausch sowie Vernetzung von Engagierten
- Aus-, Fort- und Weiterbildung für Engagierte
- Maßnahmen zur Anerkennung und Würdigung
- Projekte zur Engagementunterstützung
- Zusammenarbeit mit anderen Institutionen
- Vergabe von Zuwendungen an Dritte

Insbesondere für die vielfach geforderte unbürokratische Unterstützung von Kleinprojekten schafft die Stiftung Möglichkeiten: Unterjährig können niedrigschwellige Projektanträge mit einer Regelförderung zwischen einem und 3.000 € gestellt werden, die durch den Stiftungsvorstand bewilligt werden. Die Stiftung ist mit 1,4 Millionen € jährlich aus Landesmitteln und einem Grundstockvermögen von 200.000 € ausgestattet. Neben der Geschäftsstelle mit sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und einem Geschäftsführer gibt es den Stiftungsvorstand und den ihn beratenden und kontrollierenden Stiftungsrat. Die Landesregierung ist mit drei Mitgliedern (dem Ministerpräsidenten und zwei Staatssekretären) in dem fünfköpfigen Stiftungsrat vertreten. Mit der Stiftung wurde eine Struktur auf Landesebene geschaffen, welche das Potenzial hat, die Vernetzung von in den Landkreisen Aktiven zu fördern und zur Weiterentwicklung der Engagementlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern beizutragen.

Bislang hat der Verein „Netzwerk freiwilliges Engagement Mecklenburg-Vorpommern“ e. V. eine landesweite Kontakt- und Beratungsstelle für freiwilliges Engagement betrieben, welche Schulungen, Beratung und Informationen anbietet. Darüber hinaus wird Öffentlichkeitsarbeit für ehrenamtliches Engagement geleistet und bei Projektentwicklung und Fördermittelakquise unterstützt. Das Netzwerk wird durch das Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg- Vorpommern gefördert.

Landesmodellprojekte Anlaufstellen für bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Regionen und MitMachZentralen

Das Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern initiierte 2012/2013 das Modellprojekt „Anlaufstellen für bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Regionen“, in dessen Rahmen in den teilnehmenden Landkreisen eine Bestandsaufnahme von Angeboten

für Engagement und Anfragen ehrenamtlich Interessierter sowie eine Bedarfsanalyse von bürgerschaftlichem Engagement erfolgte. Ziel war es auch, feste Ansprechpartner für Ehrenamt im Landkreis zu benennen. Im Internet verweisen drei Landkreise - Landkreis Vorpommern-Greifswald, Landkreis Vorpommern-Rügen und Landkreis Rostock - auf das Modellprojekt, teilweise kann auf Erfassungsbögen und Berichte zugegriffen werden.[22] Ein Produkt des Landesmodellprojektes sind Vereinsdatenbanken auf Landkreisebene.

So sind vom Landkreis Vorpommern-Greifswald Workshopberichte verfügbar und ein auf den Workshopergebnissen aufbauendes Konzept zur Ehrenamtsförderung des Landkreises Vorpommern-Greifswald, welches bei den im Rahmen der Expertise durchgeführten Werkstattgesprächen als Input vorgestellt wurde. Auf der Internetseite des Landkreises haben Vereine und Verbände die Möglichkeit, sich im Vereinsverzeichnis des Landkreises eintragen zu lassen[23].

Der Landkreis Vorpommern-Rügen beschäftigt sich bereits seit 2011 strategisch-konzeptionell mit Strukturen zur Engagementförderung. Mit den Mitteln des Landesmodellprojektes konnten geplante Maßnahmen realisiert werden. So wurde im Landkreis Vorpommern-Rügen eine Kontaktstelle Ehrenamt ins Leben gerufen, die Stelle für die Koordination ist ressortübergreifend beim Landrat angesiedelt. Darüber hinaus wurden in allen Ämtern Ansprechpartner und Ansprechpartnerinnen vor Ort benannt[24]. Die Internetseite zum Thema Engagement ist stark ausgebaut[25]. Sie beinhaltet u. a. eine Datenbank basierte Ehrenamtsbörse[26].

Der Landkreis Ludwigslust-Parchim informiert ebenfalls im Internet über Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements[27] und informiert über Vereine und Verbände im Landkreis[28]. Ansprechpartnerin auf Landkreisebene ist das Büro für Chancengleichheit.

Versicherungsschutz, Ehrenamtsnadel, Ehrenamtsdiplom, Ehrenamtsmessen

Unfall- und Haftpflichtversicherungen: Da viele Engagierte befürchten während ihres Engagements nicht abgesichert zu sein, ist dies ein bedeutsamer Ausdruck der Wertschätzung der Engagierten. Für das Land Mecklenburg-Vorpommern hat das Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales eine Sammel-Haftpflichtversicherung und eine Sammel-Unfallversicherung abgeschlossen. Der Versicherungsschutz der Haftpflichtversicherung erfasst dabei diejenigen freiwillig Tätigen, die in rechtlich unselbständigen Strukturen aktiv sind. Freiwillige in rechtlich selbständigen Organisationen wie z. B. Vereinen, Verbänden, Stiftungen usw. sind nicht über das Land versichert. Im Gegensatz dazu sind in der Sammel-Unfallversicherung generell alle ehrenamtlich Engagierten versichert. In beiden Fällen gilt, dass eine etwaig vorhandene Versicherung vorrangig leistungspflichtig ist.[29]

Ehrenamtsnadel: Jährlich zum „Tag des Ehrenamtes“ zeichnet der Ministerpräsident Menschen mit der Ehrennadel für besondere Verdienste im Ehrenamt aus, die sich im Ehrenamt besonders verdient

[22] http://www.kreis-vg.de/Quicknavigation/Suchergebnis/index.php?La=1&NavID=2098.119&object=tx|2164.241.1&FID=2164.241.1
http://www.ehrenamt.lk-vr.de/Willkommen/index.php?La=1&NavID=2297.1&object=tx|2297.96.1&kat=&kuo=2&sub=0
http://www.lkros-gleichstellung.de/ehrenamt/
[23] http://www.kreis-vg.de/Leben/Vereine-Verb%C3%A4nde
[24] http://www.ehrenamt.lk-vr.de/Willkommen/Ansprechpartner-vor-Ort
[25] http://www.ehrenamt.lk-vr.de/Willkommen
[26] http://www.ehrenamt.lk-vr.de/Ehrenamtssuche
[27] http://www.kreis-swm.de/leben-im-landkreis/mitmachen/buergerschaftliches-engagement/
[28] http://www.kreis-swm.de/leben-im-landkreis/mitmachen/buergerschaftliches-engagement/
[29] http://www.regierung-mv.de/Landesregierung/sm/Soziales/Ehrenamt/Versicherungsschutz-f%C3%BCr-b%C3%BCrgerschaftlich-Engagierte

gemacht haben. Die ehrenamtliche Tätigkeit der Ausgezeichneten muss eine bedeutende selbständige Leistung über mindestens 10 Jahre hinweg beinhalten, für das Gemeinwohl wichtig sowie mit erheblichem, zeitlichen Aufwand verbunden sein.[30]

Ehrenamts-Diplom: Zur Anerkennung und Würdigung von Engagement in allen Altersgruppen wird mit verschiedenen Nachweisen und Zertifikaten geleistetes Engagement bestätigt. Jugendlichen oder Stellensuchenden anderer Altersgruppen kann dies bei Bewerbungen helfen, da sich Unternehmen zunehmend für informell erworbene soziale Kompetenzen interessieren. Seit 2011 wird in Mecklenburg-Vorpommern das Ehrenamts-Diplom vergeben. Es wird an Bürgerinnen und Bürger ab 14 Jahren vergeben, die sich fortlaufend oder zeitlich befristet mind. 5 Stunden pro Woche über 6 Monate bzw. 250 Stunden im Jahr freiwillig und unentgeltlich engagieren. Die genannten Zeiten müssen nicht in einer einzelnen Initiative geleistet worden sein, sondern es können verschiedene Engagements zusammengefasst werden. Neben dem Diplom können ggf. durchlaufene Fort- und Weiterbildungen mittels eines Zertifikats bescheinigt werden. Außerdem wird ein Ansteckpin mit der Aufschrift „Engagiert in Mecklenburg-Vorpommern“ verliehen. Das Diplom kann von der/dem Freiwilligen selbst beantragt werden. Damit ein Ehrenamts-Diplom ausgestellt werden kann, muss die jeweilige Trägerorganisation bzw. deren Landesverband eine Vereinbarung mit dem Land abgeschlossen haben, in der die rechtlichen Rahmenbedingungen anerkannt werden. Das Diplom wird vom Träger ausgegeben und inhaltlich verantwortet[31].

Ehrenamtscards: Mit landesweit gültigen Ehrenamtscards, die Vergünstigungen bei öffentlichen und privatgewerblichen Anbietern ermöglichen, wird die ideelle Anerkennung des Engagements mit geldwerten bzw. monetären Vorteilen für sehr engagierte Menschen verbunden. Im Land Mecklenburg-Vorpommern gibt es keine landesweite Ehrenamtscard. Die Stadt Rostock hat im Jahr 2011 eine kommunale Ehrenamtscard eingeführt. Voraussetzung für die Ausstellung ist ein unentgeltliches Engagement seit mindestens drei Jahren bzw. einem Jahr bei Jugendlichen unter 18 Jahren bei mindestens fünf Stunden pro Woche bzw. 250 Stunden im Jahr. Die freiwillige Tätigkeit muss dabei in einer als gemeinnützig anerkannten Organisation mit Sitz in Rostock ausgeführt werden. Inhaber der Ehrenamtscard erhalten in Verbindung mit einem Ausweisdokument Vergünstigungen etwa bei Kultureinrichtungen und im öffentlichen Nahverkehr. Die Rostocker Ehrenamtscard hat eine Laufzeit von 3 Jahren und kann danach verlängert werden, wenn das Engagement anhält. Bei Beendigung des freiwilligen Engagements muss die Karte zurückgegeben werden[32].

Ehrenamtsmessen: Der Landesverband des Deutschen Roten Kreuzes organisiert seit 2008 jedes Jahr Ehrenamtsmessen in verschiedenen Orten Mecklenburg-Vorpommerns. Die Veranstaltungen sollen für potenzielle Interessenten den Einstieg in ein Ehrenamt erleichtern. Gleichzeitig dienen sie den bereits Engagierten dazu, sich auszutauschen und Netzwerke zu pflegen[33].

4.2.2 Steuerung des Engagements

Die Förderung des Ehrenamts ist um seiner selbst willen wichtig und richtig. Ehrenamt ist der „Kitt der Gesellschaft“, der für sozialen Zusammenhalt sorgt und auf vielfältige Art und Weise Teilhabemöglichkeiten schafft. Trotzdem ist es legitim und auch notwendig, wenn der Staat Entscheidungen

[30] http://www.regierung-mv.de/Landesregierung/stk/Themen/Orden,-Ehrenzeichen-und-Preise/Ehrennadel-f%C3%BCr-besondere-Verdienste-im-Ehrenamt
[31] http://www.regierung-mv.de/serviceassistent/download?id=113097
[32] http://rathaus.rostock.de/sixcms/detail.php?template=seite_ehrenamtscard_de&_sid1=rostock_01.c.260.de&_sid2=rostock_01.c.267.de
[33] http://www.ehrenamt-messen.de/index.php

trifft, wie er das Engagement fördern will und was er genau fördern will, mit welchen Zielstellungen. Damit erhält die Förderung eine steuernde Funktion.

In den Förderstrategien ist ein Steuerungsimpuls enthalten, insofern ist bereits unter der Frage „Wie kann bürgerschaftliches Engagement gefördert werden?“ auch die Frage nach der Steuerung angesprochen. Wenn sie trotzdem explizit gestellt wird, nimmt sie zum einen den Diskurs zum „Eigensinn des Engagements“ auf, und zum anderen bietet sie den Rahmen, um verschiedene Ebenen und die Beteiligung der Akteure an der Steuerung zu reflektieren (Otto et al. 2003, S. 139ff.).

Steuerung versus Eigensinn

Je wichtiger bürgerschaftliches Engagement für die Sicherung der Daseinsvorsorge der Kommunen unter den Bedingungen des demografischen Wandels wird, desto größer wird die Sorge vor einer schleichenden Privatisierung öffentlicher Aufgaben. Gegen eine Vereinnahmung der Bürgerinnen und Bürger und eine Steuerung ihres Engagements entsprechend den besonders vordringlichen Bedarfen, die in den Expertisen zu den Handlungsfeldern Gesundheit/Pflege, Mobilität und Wohnen hinlänglich beschrieben worden sind, wird der Eigensinn des Engagements ins Feld geführt: Zur Definition von bürgerschaftlichem Engagement gehört unverzichtbar, dass das Engagement freiwillig, unbezahlt und selbstgewählt ausgeführt wird. Durch finanzielle Förderung bestimmter Aufgaben, die mit Ehrenamtlichen bewältigt werden, wird dieser Eigensinn nicht direkt beschnitten, aber es gibt Auswirkungen da, wo um Freiwillige konkurriert wird. In den Fokusgruppen und Werkstattgesprächen wurde außerdem davon berichtet, dass durch die Projektförderungen Vereine und Initiativen nicht mehr das machen, was sie eigentlich wollen (Eigensinn), sondern das, wofür es Fördermittel gibt. Auf Dauer schaden die dadurch entstehenden „Projektruinen“ der Engagementbereitschaft der Ehrenamtlichen. Die Projektförderung wirkt sich insbesondere bei den Vereinen negativ aus, die sich für Daseinsvorsorge im weitesten Sinne engagieren, also für Mobilität, Nahversorgung, Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und alten Menschen, Kultur etc. Gerade die Ehrenamtlichen, die gebraucht werden, um die Herausforderungen des demografischen Wandels gemeinsam bewältigen zu können, werden durch den Zwang zu immer neuer Mittelakquise in ihren Kräften überfordert oder durch die Abbrüche erfolgreicher Projekte frustriert. In ihren Zielen können traditionellere Vereine wie Sportvereine, freiwillige Feuerwehren, auch Kirchengruppen etc. stärker auf Mitgliedsbeiträge, eine Unterstützung des Organisationsgefüges oder auch Förderung durch das Land bauen.

Ehrenamtsförderung durch die Ressorts

Freiwilliges Engagement wird in verschiedenen Ressorts der Landesregierung gefördert. Die folgenden Ausführungen erlauben eine grobe Übersicht über die verschiedenen Förderungen und die eingesetzten Summen. Es kann an dieser Stelle keine detaillierte und vollständige Übersicht gegeben werden, da nicht von allen Ressorts Auskünfte eingeholt werden konnten.

Ressort	Förderung
Innenministerium/ Sport	4.519.100€
Innenministerium/ Feuerwehr und Katastrophenschutz	2.285.500€
Landwirtschaftsministerium	533.700€
Sozialministerium/ Ehrenamt	876.000€
Sozialministerium/ Senioren	219.400€
Kultusministerium	2.251.100€
Ehrenamtsstiftung	1.400.000€
Summe	**10.684.800€**

Tabelle 16: Finanziellen Förderung des Ehrenamtes in den Ressorts der Landesregierung

Quelle: Angaben aus den Ministerien und Auswertung des Haushaltsplanes 2015

- Innenministerium/Sport

Im Landessportbund M-V e. V. (LSB) sind gegenwärtig 46 Fachverbände, 8 Stadt- und Kreissportbünde sowie 1.909 Sportvereine mit insgesamt 242.608 Sportlerinnen und Sportler organisiert (Quelle: Mitgliederstatistik des LSB / Stand 01.01.2015). Trotz wachsender Probleme der Sportorganisation unseres Landes bei der Gewinnung von ehrenamtlichen Mitarbeitern stellen die Sportvereine in Mecklenburg-Vorpommern nach wie vor einen sehr bedeutsamen Träger bürgerschaftlichen Engagements dar.

Im LSB engagieren sich gegenwärtig ca. 27.500 Mitglieder in ehrenamtlichen Positionen, so in der Vorstandsebene 11.180 Personen, in der Ausführungsebene (Trainer, Übungsleiter, Jugendleiter, Schieds- und Kampfrichter) 13.840 Personen und als Kassenprüfer 2.460 Personen. Diese Positionen werden gegenwärtig von rund 19.000 Männern und 8.500 Frauen besetzt. Insgesamt betrachtet ist jeder Ehrenamtliche im Durchschnitt 13,5 Stunden pro Monat für seinen Verein tätig. Landesweit ergibt sich daraus eine Arbeitsleistung von rund 371.000 Stunden, welche in den Sportvereinen jeden Monat für gemeinwohlorientierte Zwecke erbracht wird. Nicht eingerechnet sind hierbei diejenigen Leistungen der freiwilligen Helfer, die sich ergänzend zu den Ehrenamtlichen bei gesonderten Arbeitseinsätzen unentgeltlich beteiligen (z. B. bei Sportveranstaltungen, Fahrdiensten, Renovierungen u.a.m.). In Mecklenburg-Vorpommern sind im gesamten Spektrum des Ehrenamts im Sport 34,1 Prozent der Vereinsmitglieder als Freiwillige im Einsatz (Sportentwicklungsbericht 2013/2014).

Mit dem Ziel der Gewährleistung und Verbesserung der Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement im Sport, hat das Land u. a. folgende Sportfördermaßnahmen eingeleitet:

- Das Land beteiligt sich über die Vereinsförderung maßgeblich an den Aufwandsentschädigungen für Übungsleiter, Organisations- und Jugendleiter (2015: 1.904.100 €);
- Zur Entlastung des Ehrenamtes wurde ab 1993 mit der Förderung der hauptberuflichen Tätigkeit im Sport begonnen. Die Tätigkeit von Sportkoordinatoren in den Landesfachverbänden, Nachwuchstrainer, Vereinsberater in den Stadt- bzw. Kreissportbünden, Vereinssportlehrer-Sportjugend in den Stadt- bzw. Kreissportbünden und Vereinssportlehrer in Sportvereinen wird jährlich mit ca. 1.860.000 € aus Mitteln des SportFG M-V mit Landesmitteln finanziert.
- Förderung von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für ehrenamtliche Sportfunktionäre durch den LSB M-V e. V. (2015: 185.000 €);
- Förderung des LSB bei der Bewirtschaftung, Instandhaltung und Modernisierung seiner beiden Einrichtungen: Sport- und Bildungszentrum Güstrow und der Sportschule Warnemünde. Die Sportschulen dienen funktional insbesondere auch als zentrale Einrichtungen für die Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Mitarbeiter der Sportvereine und -verbände (2015: 520.000 € Zuwendungen des Landes aus SportFG-Mitteln).
- Würdigung von Bürgern und Bürgerinnen für herausragende ehrenamtliche Leistungen im Rahmen der jährlich stattfindenden gemeinsamen Sportlerehrung des Landes M-V und des LSB (Vergabe von 10 Sportplaketten des Landes M-V durch den Ministerpräsidenten), Ehrung von Förderern des Sports (Wirtschaft, Politik) mit einem Ehrenpräsent des Ministeriums für Inneres und Sport und Vergabe der Ehrennadel des LSB M-V e. V. durch den Präsidenten des LSB M-V e. V.). Im Bereich der Jugendarbeit werden im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung von Ministerium und Sportjugend M-V namens „Deutsche Jugendmeisterehrung“ durch den Minister für Inneres und Sport jährlich 3 Sportvereine für ihre vorbildliche Arbeit mit einem Landespreis

„Kinder – und jugendfreundlicher Sportverein“ und alle Sportlerinnen und Sportler geehrt, die im jeweiligen Kalenderjahr einen Titel Deutscher Meister erreicht haben. Für diese umfassenden Ehrungsmaßnahmen einschließlich der Ausrichtung der Veranstaltung werden jährlich bis zu 50.000 € Landesmittel bereitgestellt.

- Innenministerium/Feuerwehr

Für den ehrenamtlichen Brand- und Katastrophenschutz ist ebenfalls das Innenministerium zuständig.

In Mecklenburg-Vorpommern engagieren sich ehrenamtlich 25.082 Feuerwehrangehörige in Freiwilligen Feuerwehren. Davon sind 3.794 Frauen. In den Jugendfeuerwehren des Landes waren 7.352 Kinder und Jugendliche aktiv. Dieses Ehrenamt wird gefördert über die Unterhaltung der Landesschule für Brand- und Katastrophenschutz, eine Imagekampagne zur Gewinnung von Kindern und Jugendlichen für die freiwillige Feuerwehr und durch Jubiläumszuwendung nach dem Brandschutzehrenzeichengesetz. Es werden Feuerwehrwettbewerbe, Veranstaltungen, Verbandsarbeit, Versicherungsschutz gefördert. In welchem Maße Investitionen in Ausstattung und Immobilien der freiwilligen Feuerwehren geleistet werden, ist aus dem Haushaltsplan nicht ersichtlich.

- Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz

Das Landwirtschaftsministerium fördert das Ehrenamt über eine Förderung verschiedener Verbände (Landfrauenverband, Landjugend und Kleingartenverbände), es finanziert den Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“, der in erheblichem Maße Engagement in den Dörfern freisetzt. Stiftung Umwelt- und Naturschutz Mecklenburg-Vorpommern wird gefördert und Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich Tätige im Wildvogeluntersuchungsprogramm und im Naturschutz werden gezahlt.

- Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Laut Haushaltsplan[34] gibt das Kultusministerium im Jahr 2015 über 5 Millionen Euro an nicht öffentliche Träger für Kulturförderung. Insbesondere bei den Posten Soziokultur, Heimatpflege, kulturelle internationale Projekte, besondere Kulturprojekte und kulturelle Jugendbildung, deren Förderung sich auf 1.186.700€ beläuft, steht zu vermuten, dass die Trägervereine auf ehrenamtlicher Basis funktionieren oder doch ehrenamtliche Arbeit häufig in die Projekte eingebunden ist. Das Ehrenamt im Kulturbereich wird also über die „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Projektförderung im kulturellen Bereich durch das Land Mecklenburg-Vorpommern“ gefördert. Auch unter die Zuwendungen (1.064.400 €) an nicht öffentliche Träger für die Erhaltung ausgewählter Bau- und Kunstdenkmäler, fallen möglicherweise Zuwendungen an Fördervereine, die sich z. B. den Erhalt alter Kirchen zur Aufgabe gemacht haben.

- Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales

Das Sozialressort hat im Jahr 2015 680.000 € an die Verbände der freien Wohlfahrtspflege gegeben mit dem Zweck der Ehrenamtsförderung. Mit 100.000 €wurde das Modellprogramm Mitmachzentralen gefördert. Mit 40.000 € wurde das Landesnetzwerk Ehrenamtliches Engagement gefördert. 35.000 € gingen an das Deutsche Rote Kreuz für die Ausrichtung der Ehrenamtsmessen. Und 21.000 € waren für den Versicherungsschutz Ehrenamtlicher vorgesehen, deren Versicherung nicht von anderer Seite (z. B. den Verbänden) übernommen wird.

[34] www.regierung-mv.de/serviceassistent/download?id=111560

In die Zuständigkeit des Sozialministeriums fällt auch die Sozialpolitik. Hier wurden für die aktive Teilhabe von Seniorinnen und Senioren am gesellschaftlichen Leben 120.000 € an den Seniorenring vergeben, vornehmlich für die SeniorTrainer-Ausbildung. Der Landesseniorenbeirat erhält eine institutionelle Förderung in Höhe von 56.400 €, die vor allem die Personalkosten für die Landesgeschäftsstelle decken und auch für Fahrtkostenerstattungen und Veranstaltungen in Anspruch genommen werden. 28.400 € waren im Jahr 2015 für die Aufgabe der wissenschaftlichen Begleitung und Evaluation eingestellt. Der kleinste Posten mit 15.000 € ist für Wettbewerbe und Festveranstaltungen vorgesehen.

Monetarisierung

Die Steuerung über finanzielle Mittel setzt nicht nur auf der Ebene der Handlungsfelder und der darauf bezogenen Projekte an, sondern wird auch angewendet, um das vorhandene Engagementpotenzial in bestimmte Handlungsfelder zu lenken.

In den letzten Jahren hat die Diskussion um die Monetarisierung im Engagement an Bedeutung gewonnen. Wo sind Übergänge zwischen unbezahltem freiwilligem Engagement auf der einen und regulärer Erwerbsarbeit auf der anderen Seite auszumachen? Die Grenzen von Engagement und Erwerbsarbeit sind zuweilen fließend, insbesondere beim Engagement in der Pflege. Unterschiedliche Begriffe wie „Aufwandsentschädigung“, „Taschengeld“ oder „Honorar“ werden für den direkten oder indirekten Geldtransfer zwischen Institutionen und für sie tätigen Personen genutzt. Zuweilen üben Personen in einer Organisation sehr ähnliche Tätigkeiten aus, werden aber als Honorarkräfte, nebenberufliche Tätige, Ehrenamtliche oder bezahlte Ehrenamtliche geführt (Klie et al. 2009).

Für Engagierte können direkte Geldzahlungen unterschiedliche Funktionen erfüllen, wie z. B.

- die finanzielle Ermöglichung von Engagement durch Auslagenersatz,
- Anerkennung des Engagements durch Auslagenersatz oder Entschädigung für zeitlichen Aufwand,
- frei verfügbares Budget im Familieneinkommen durch ein Taschengeld,
- Beitrag zur Existenzsicherung v. a. in prekären Lebenslagen,
- Aufwertung des sozialen Status durch verstärkte Wertschätzung im sozialen Umfeld,
- Annäherung an eine Erwerbsbiografie durch das Erzielen eines kleinen eigenen Einkommens.

All diese Funktionen haben ihre Berechtigung. Wichtig ist es, in der Diskussion um freiwilliges Engagement die Grenzen zwischen bezahlter und unentgeltlicher Tätigkeit sichtbar zu machen und mit neuen und geschärften Begrifflichkeiten die unterschiedlichen Zwischenstufen zu benennen.

Das Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) hat hierfür im Rahmen seiner „Untersuchung zur Monetarisierung von Ehrenamt und Bürgerschaftlichem Engagement in Baden-Württemberg“ für das Sozialministerium Baden-Württemberg folgende Differenzierung in sechs Tätigkeitsformen entwickelt (Klie et al. 2009):

Tätigkeitsform	Beschreibung	Form der Monetarisierung	Beispiel
Berufliche Tätigkeitsformen mit Gemeinwohlbezug	Bürgerinnen und Bürger werden mit Einkommenserzielungsabsicht in einem gemeinwohlorientierten Aufgabenfeld tätig	Gehalt	Hauptamtlich Tätige in Verbänden, in der Kommunalverwaltung etc.
Neben- und quasi berufliche Tätigkeit mit Gemeinwohlbezug	Bürgerinnen und Bürger werden mit einer nebenberuflichen Einkommenserzielungsabsicht tätig *Synonyme:* Gemeinnützige/Gemeinwohlorientierte Nebentätigkeit (Ross 2009) Bürgerschaftliche Tätigkeit (Warmbrunn 2008)	Übungsleiterpauschale, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse	Nachbarschaftshilfe, Übungsleiter/innen im Sport etc.
Qualifizierende gemeinwohlbezogene Tätigkeiten	Qualifizierungsabsichten stehen im Mittelpunkt einer zeitlich begrenzten freiwilligen Tätigkeit; die Finanzierung sichert die Beteiligung	Taschengeld	Freiwilliges Soziales Jahr, weltwärts, Freiwilligendienst aller Generationen
Ehrenamtliche Tätigkeit mit Entschädigung	Der Staat entschädigt für die ehrenamtliche Pflichtenstellung, die die Funktionsfähigkeit von Staat, Justiz und öffentlicher Sicherheit stützt	Verdienstausfall, Auslagen, Tagegelder	Schöffe/Schöffinnen, Wahlhelfer/innen, Ortsvorsteher/innen, Freiwillige Feuerwehr
Genossenschaftliche und gemeinwirtschaftliche Tätigkeiten	Bedarfsdeckung, Existenzsicherung und gesellschaftliche Integration stehen im Vordergrund, verbunden mit Selbsthilfe und Engagement im Kontext einer Gemeinwesenökonomie	Vergünstigungen, Tausch	Dienstleistungsgenossen-schaften (Assistenzgenossenschaft Behinderter), Seniorengenossenschaften
Freiwillige und ehrenamtliche Tätigkeit	Eine unentgeltliche Tätigkeitsform mit Gemeinwohlorientierung, die eine besondere Qualität aufweist.	Keine; Erstattung von Auslagen	Ehrenamtliche/Engagierte in allen Bereichen der Gesellschaft; Freiwilligendienst aller Generationen

Tabelle 17: Monetarisierung nach Tätigkeitsformen

Diese Kategorisierung soll begriffliche Klarheit befördern und so zu einer größeren Transparenz beitragen, wenn direkte oder indirekte Geldzahlungen im Engagement diskutiert werden.

Gerade für die Unterstützung und Begleitung von Menschen mit Pflegebedarf mit seinen unterschiedlichen Förderinstrumenten wird eine größere Trennschärfe der Begriffe künftig an Bedeutung gewinnen. Sie kann die Diskussion um freiwillige und ehrenamtliche Tätigkeiten mit und ohne direkte oder indirekte Geldleistungen versachlichen und aufzeigen, welche Ansatzpunkte es zur Förderung von Engagement in der Pflege geben könnte.

Wichtig erscheint, insbesondere im Hinblick auf Maßnahmen und Strategien zur Engagementförderung, dann auf die Bezeichnung „ehrenamtliches Engagement“ zu verzichten, wenn nebenberufliche Erwerbsmotive und Tätigkeitsformen dominieren.

5 Gesellschaftliche und politische Teilhabe

Teilhabe ist ein nicht eindeutig definierter Begriff. Er kennt unterschiedliche Traditionen und Ausprägungen. Je nach Handlungsfeld und Verwendungszusammenhang wird er unterschiedlich gebraucht. Er weist Bezüge zur Inklusion, zur politischen Partizipation und zum bürgerschaftlichen Engagement auf. In dieser Expertise wird der Ist-Zustand der Teilhabe älterer Menschen daher Eingangs nur kurz dargestellt. Daraufhin werden vor allem die Aspekte fokussiert, die für die zukünftige demografische Entwicklung besonders wichtig sind: Gesellschaftliche Teilhabe hochbetagter Menschen und Teilhaberisiken sowie politische Partizipation von Seniorinnen und Senioren.

5.1 Gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen in Mecklenburg-Vorpommern

5.1.1 Aktivität älterer Menschen in Mecklenburg-Vorpommern

Das Aufrechterhalten gesellschaftlicher Teilhabe kann mit zunehmendem Alter zu einer Herausforderung werden. Dabei ist diese ein wichtiger Faktor für das Wohlbefinden und die Lebensqualität im Alter. Gemeinnütziges Engagement für andere bzw. mit anderen – sei es in formeller oder informeller Form – kann hier eine wesentliche Rolle spielen, sich sozial einzubinden. Häufig geschieht die gesellschaftliche Teilhabe - neben dem privaten bzw. häuslichen Umfeld –im Rahmen von Aktivitäten, die in Gruppen, Vereinen, Projekten etc. stattfinden. Der Freiwilligensurvey erfasst die „Aktivität“ der Befragten, indem nach einer aktiven Beteiligung z. B. in einem Verein, einer Initiative, einem Projekt oder einer Selbsthilfegruppe gefragt wird. Anders als beim „Engagement“ übernehmen die Aktiven also keine expliziten (ehrenamtlichen bzw. freiwilligen) Aufgaben bzw. Ämter. Dem Freiwilligensurvey folgend nimmt jede Dritte ältere Person in Mecklenburg-Vorpommern (32,8%) an einer derartigen Aktivität teil, wobei der Anteil Aktiver mit zunehmendem Alter leicht größer wird (vgl. Abbildung 2).

Tendenziell nimmt der Anteil der Aktiven mit den Altersjahren zu und das Engagement ab. Während der Anteil der engagierten über 80-Jährigen vergleichsweise niedrig ausfällt, ist es bei den Aktiven gegenüber jüngeren Altersgruppen sogar ein leicht höherer Anteil Aktiver unter den Hochbetagten (Abbildung 24). Die über 80-Jährigen erreichen mit 38,7 Prozent beim Vergleich der Altersgruppen den höchsten Aktivitätsgrad, gefolgt von den 66- bis 80-Jährigen mit 36,3 Prozent. Dieses Muster unterstreicht damit auch das im hohen Alter anhaltende bzw. mit dem Alter ansteigende Bedürfnis nach gesellschaftlicher Teilhabe[35]. Die beiden älteren Altersgruppen liegen damit deutlich über dem Aktivitätsgrad der 50- bis 65-Jährigen, der mit 31,1 Prozent als einziger Wert leicht unterhalb des Landesdurchschnitts liegt. Damit steigt im Umkehrschluss der Anteil der nicht aktiven oder engagierten Bevölkerung in der Altersklasse über 80 Jahre auf 45,2 Prozent an.

[35] Hinzu kommt aber auch, dass aus dem mit dem Alter rückläufigen Engagement bei zunehmender Aktivität ein Kompensationseffekt bzw. Wechsel von ehrenamtlicher zu nicht-ehrenamtlicher Aktivität stattfindet.

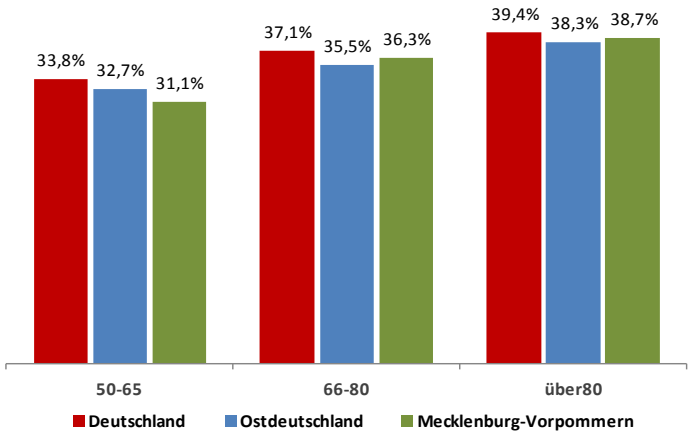


Abbildung 24: Aktivität in Mecklenburg-Vorpommern nach Altersgruppen
Quelle: Freiwilligensurvey 2009, eigene Berechnungen

Die Aktivität der Älteren in Mecklenburg-Vorpommern ist ähnlich wie im Durchschnitt aller Bundesländer und Ostdeutschland ausgeprägt. Sie liegt in der Altersgruppe der 50- bis 65-Jährigen etwas unterhalb beider Vergleichswerte, bei den 66- bis 80-Jährigen leicht über dem Ostdurchschnitt und nur leicht unter dem Bundesdurchschnitt. Bei den Hochbetagten im Alter über 80 Jahre weichen die drei Werte nur marginal voneinander ab.

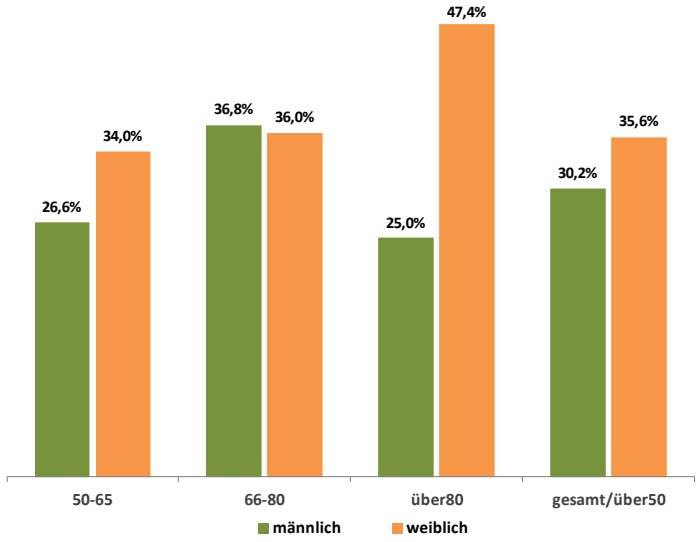


Abbildung 25: Aktivität in Mecklenburg-Vorpommern nach Geschlecht
Quelle: Freiwilligensurvey 2009, eigene Berechnungen

Deutlichere Unterschiede hinsichtlich der Aktivität finden sich beim Geschlechtervergleich (Abbildung 25). So ist der Anteil der Aktiven unter den Frauen insgesamt mit 35,6 Prozent insgesamt ausgeprägter als bei den Männern (30,2%). In den Altersklassen differenziert sich das Bild weiter: Der Anteil der Aktiven ist in der Altersklasse der 50- bis 65-Jährigen wesentlich größer unter den Frauen (34%) als bei den Männern (26,6%), während in der Altersklasse 65-bis-80-Jahre die Aktivität bei beiden Geschlechtern mit 36 Prozent (Frauen) bzw. 36,8 Prozent (Männer) etwa gleich stark ausgebildet. Den deutlichsten Geschlechterunterschied hinsichtlich des Aktivitätsgrades weist die Altersgruppe der über 80-Jährigen auf. Die Aktivität ist unter den Frauen mit 47,4 Prozent gegenüber 25 Prozent bei den Männern wesentlich stärker verbreitet. Somit sind in der Folge 58,3 Prozent der männlichen Befragten nicht aktiv oder engagiert und bei den Frauen nur 36,8 Prozent.

Im Vergleich der siedlungsstrukturellen Kreistypen zeigt sich bezüglich des Aktivitätsgrads ein auffälliger Stadt-Land-Gegensatz: Anders als beim Engagement ist die Aktivität in den Kernstädten (49,3%) deutlich stärker ausgeprägt als im ländlichen Umland (30,3%) und ländlichen Raum (32%) (Abbildung 26). Dies kann auf eine gegenüber dem Engagement ggf. stärker ausgeprägte Verbindung der Aktivitäten mit bestimmten infrastrukturellen Ausstattungen einhergehen, welche in Kernstädten umfangreicher als im ländlichen Umland und im ländlichen Raum vorhanden sind.

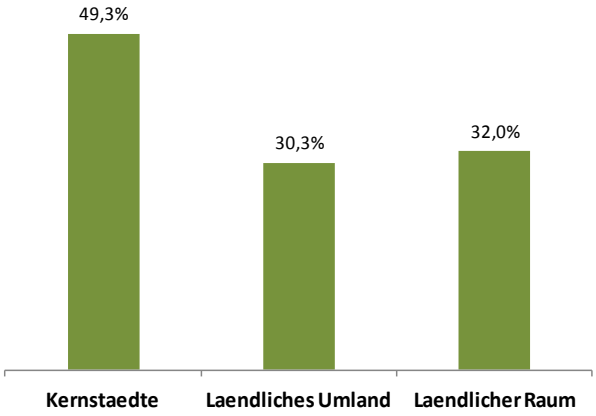


Abbildung 26: Aktivität der älteren Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern
Quelle: Freiwilligensurvey 2009, eigene Berechnungen

Wie bereits hinsichtlich des Engagements steuert die Schulbildung einen Beitrag zur Differenzierung der Teilhabe durch Aktivität bei. Der Teil der Aktiven unter Personen mit einer „mittleren Schulbildung“ (38,1%) fällt höher aus als bei Personen mit „niedriger Schulbildung“ (28,2%) und ebenfalls sogar gegenüber denjenigen mit einer „hohen Schulbildung“ (32,7%) (Abbildung 27).

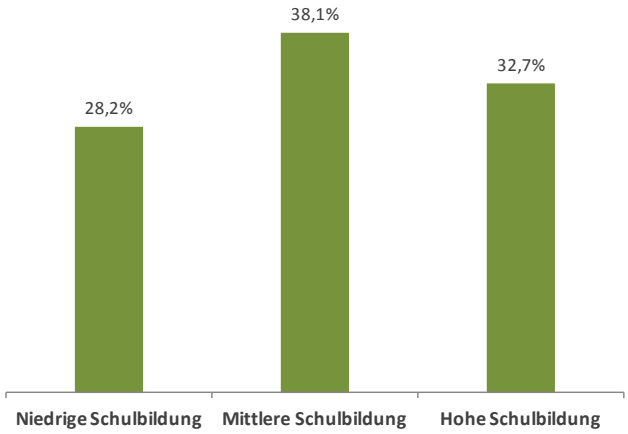


Abbildung 27: Aktivität der älteren Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern
Quelle: Freiwilligensurvey 2009, eigene Berechnungen

Mehr als die Hälfte der Aktiven (nicht Engagierten!) (54,7%) verortet ihre Aktivität im Bereich „Sport und Bewegung“ (Abbildung 28). Es folgt an zweiter Stelle als eine etwas allgemeinere Kategorie „Freizeit und Geselligkeit“ (25,9%), die „Kultur und Musik“ (14,9%) und der „soziale Bereich“ (13,9%). Ebenfalls unter die fünf am häufigsten genannten Aktivitäten fällt „Umwelt, Naturschutz, Tierschutz“ (10%).

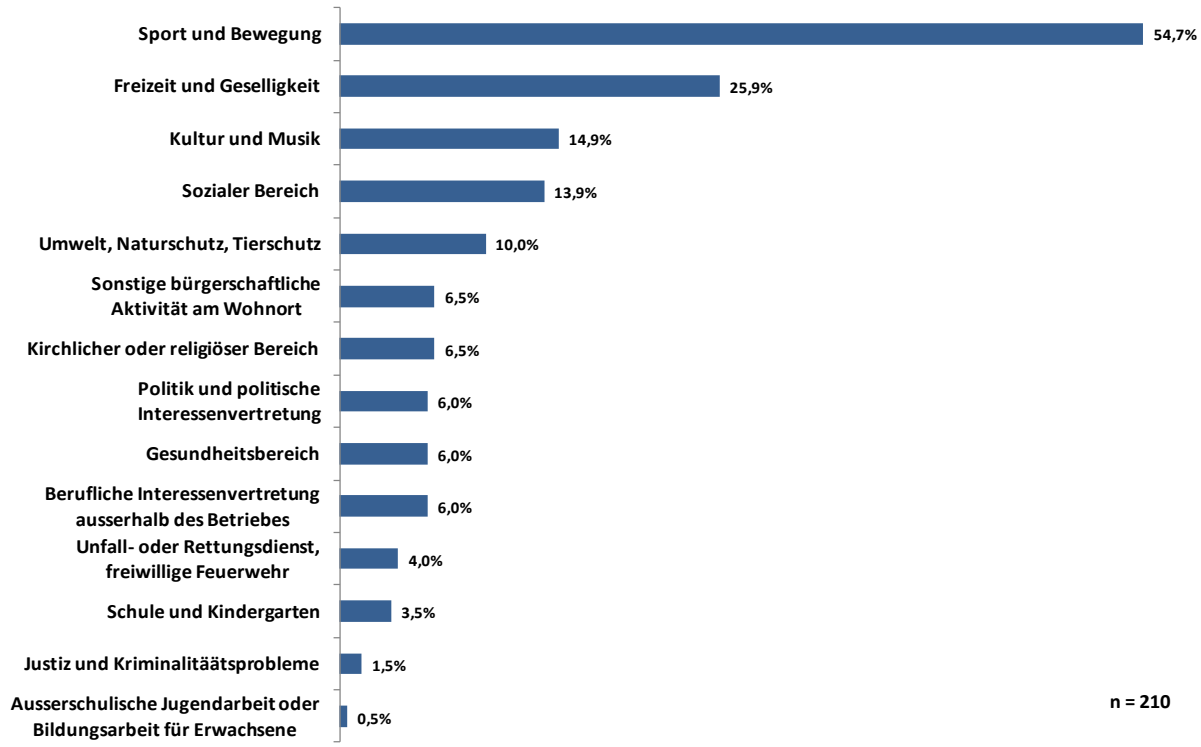


Abbildung 28: Aktivität (nicht Engagierte) in Mecklenburg-Vorpommern nach Bereichen in Prozent
(Mehrfachnennung möglich; Summe > 100 Prozent)
Quelle: Freiwilligensurvey 2009, eigene Berechnungen

5.1.2 Vereinsmitgliedschaft und Freizeitaktivitäten

Insgesamt sind 34,4 Prozent der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern Mitglied in einem gemeinnützigen Verein (Abbildung 29). Gemeinnütziges Engagement und Aktivitäten können innerhalb von gemeinnützigen Vereinen erfolgen, müssen dies aber nicht zwangsläufig. So ist fast jeder und jede Dritte Engagierte nicht Mitglied innerhalb eines gemeinnützigen Vereins und andererseits sind 12,5 Prozent der nicht Aktiven bzw. Engagierten Mitglied in einem gemeinnützigen Verein, ohne dort aktiv zu sein oder bestimmte Aufgabe zu übernehmen. Der hohe Anteil derjenigen, die engagiert und Vereinsmitglied sind, weist allerdings auf den starken Zusammenhang von Engagement mit einer Vereinsangehörigkeit hin.

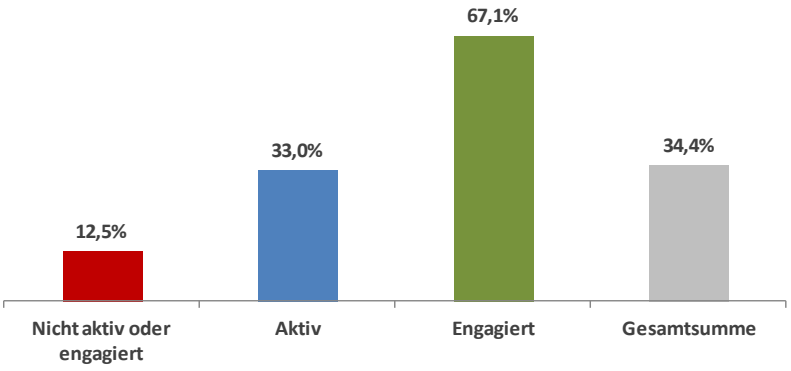


Abbildung 29: Mitgliedschaft Älterer in einem gemeinnützigen Verein
Quelle: Freiwilligensurvey 2009, eigene Berechnungen

Im Deutschen Alterssurvey wird hinsichtlich einzelner Freizeitaktivitäten erfragt, inwieweit diese überwiegend alleine oder in Begleitung erfolgen. Hieraus lassen sich neben der Vereinsangehörigkeit weitere Formen gesellschaftlicher Teilhabe sowie deren Stellenwert im Freizeitverhalten Älterer ab-

lesen. Häufig finden diese nicht formell institutionalisierten Freizeitaktivitäten mit dem jeweiligen Partner bzw. der Partnerin statt oder werden alleine unternommen (Abbildung 30). Zudem erfolgen auch einige Aktivitäten in Gesellschaft von Verwandten, Freunden oder anderen.

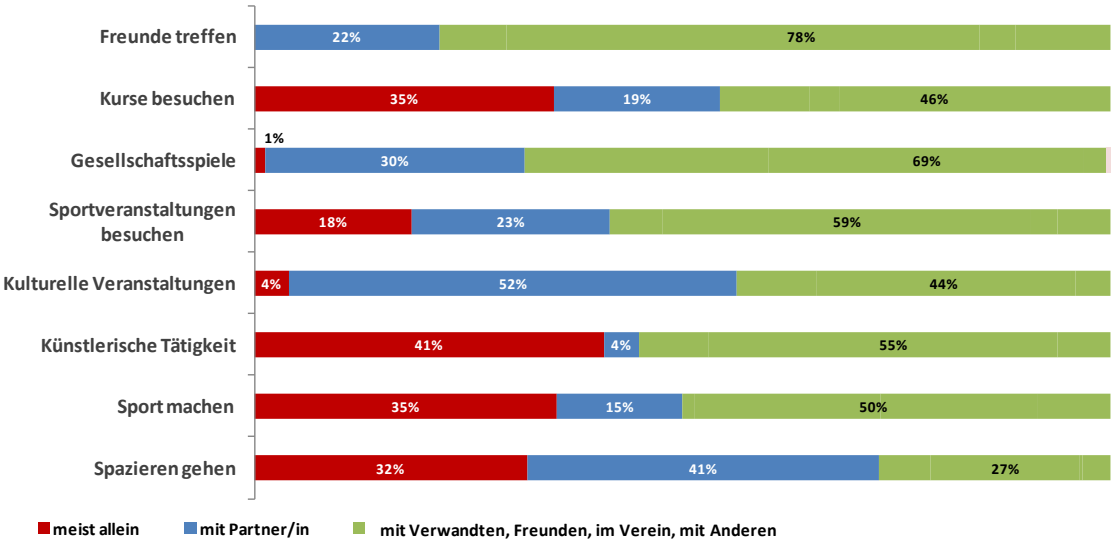


Abbildung 30: Freizeitaktivitäten in Gesellschaft anderer Personen
Quelle: Deutscher Alterssurvey 2011, eigene Berechnungen

Zu den Freizeitaktivitäten, die (außerhalb der Familie und Partnerschaft) mit anderen Personen gemeinsam unternommen werden, zählen insbesondere die Gesellschaftsspiele (32,1%) und der aktive Sport (20,5%). Auch Spazierengehen (14,9%), kulturelle Veranstaltungen (13,7%) und der Besuch von Sportveranstaltungen (11,6%) werden von vielen Älteren in Gesellschaft anderer unternommen (Abbildung 31). Die allgemeine Antwort „Treffen in einem festen Personenkreis“ bzw. „Freunde treffen“ wurde von fast der Hälfte der Befragten geäußert (47,8%); die Angabe beinhaltet dabei keinen Hinweis auf den konkreten Inhalt oder die Aktivitäten dieser Treffen.

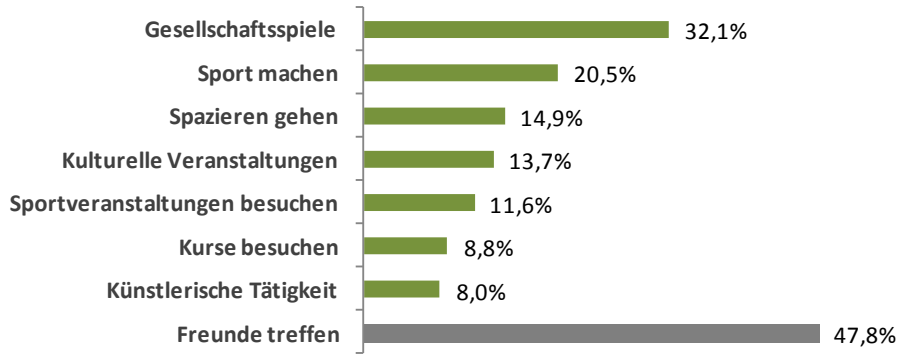


Abbildung 31 Freizeitaktivitäten gemeinsam mit anderen (nicht Partner/in)
Quelle: Deutscher Alterssurvey 2011, eigene Berechnungen

5.1.3 Teilhaberisiken

Teilhaberisiken älterer Menschen unterscheiden sich nicht grundsätzlich von denen anderer Generationen. Der Möglichkeitsraum gesellschaftlicher Teilhabe ergibt sich aus den objektiven Lebensbedingungen, die Menschen vorfinden sowie aus ihren – subjektiven – Möglichkeiten, diese Bedingungen zu nutzen (Wurm et al. 2010). Zu den objektiven Lebensbedingungen zählen neben den persönlich zur Verfügung stehenden, materiellen Ressourcen auch der erreichte schulische und berufliche Bildungsstand sowie – in Bezug auf das Umfeld einer Person - die ohne größere Aufwände erreichbare Infrastruktur (öffentlicher Personen-Nahverkehr, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen, soziale

und kulturelle Angebote, Bildungsangebote, Versorgung mit Gütern des täglichen Gebrauchs, u.a.m.). Die (eher) subjektiven Einflüsse auf eine gelingende Teilhabe liegen beispielsweise in einer Beeinträchtigung der physischen oder psychischen Gesundheit, in Mobilitätseinschränkungen, in der Brüchigkeit persönlicher Netzwerke (Familie, Freunde, Nachbarschaft) oder in der Wirksamkeit positiver bzw. negativer Altersselbst- und -fremdbilder. Dabei kann nicht streng zwischen objektiven und subjektiven Einflussfaktoren auf Teilhabechancen und -risiken unterschieden werden, da sich diese oftmals aus der Beziehung zwischen Umfeld und Person ergeben (vgl. hier die Definition von Behinderung als Wechselwirkung zwischen den beeinträchtigenden Merkmalen einer Person und hemmenden Umweltgegebenheiten). Teilhaberisiken für ältere Personen ergeben sich in Folge dieser Überlegungen und der Definitionsansätze, wie sie in der Einleitung aufgezeigt wurden, vor allem in den folgenden Feldern:

Armut

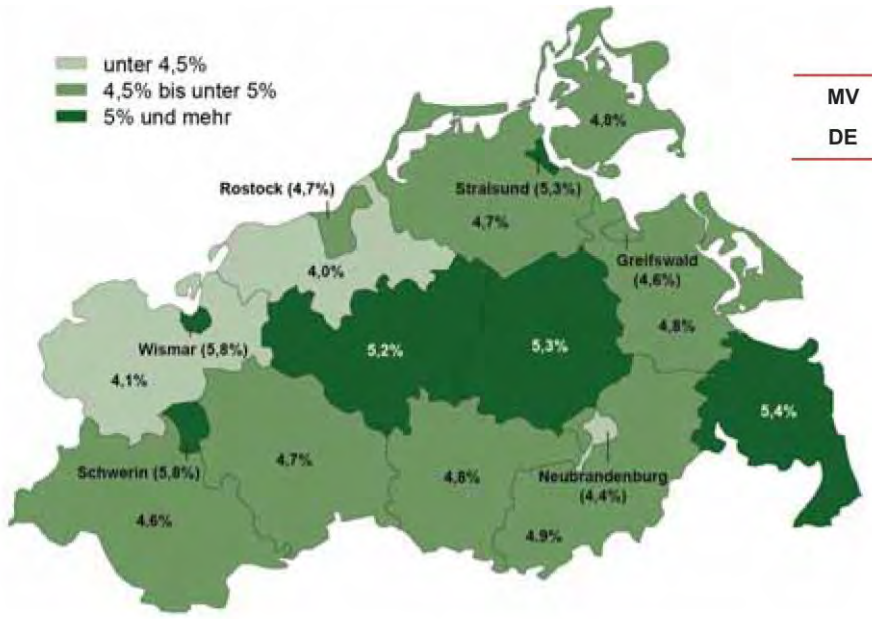
Der deutsche Alterssurvey zeigt, dass ältere Menschen in Ostdeutschland im Durchschnitt etwa 500 Euro im Monat weniger zur Verfügung haben als Westdeutsche (Wurm et al. 2010). Zwischen ungünstigen sozioökonomischen Bedingungen und gesundheitlichem Zustand besteht ein signifikanter Zusammenhang in der Weise, dass ökonomisch schlechter gestellte Personen stärker gesundheitlich eingeschränkt sind (Falk et al. 2011). Die materiellen Ressourcen (Einkommen, Vermögen) bilden die Basis, auf der – abhängig von gesellschaftlichen Normen und individuellen Fähigkeiten – persönliche Teilhabe verwirklicht werden kann. Ohne ein Mindestmaß an materieller Sicherheit ist Teilhabe nicht möglich. Als besonders gefährdet müssen hier ältere Frauen und weniger gebildete ältere Personen gelten.

In der Statistik über den Empfang von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sind für das Jahr 2013 1.826 Männer und 3.226 Frauen als Bezieherinnen und Bezieher von Grundsicherung erfasst. D. h. Frauen über 65 Jahren erhalten häufiger Grundsicherung als Männer in derselben Altersgruppe. Bei Menschen über 80 Jahren sind es 173 Männer und 754 Frauen, die Grundsicherung erhalten (Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern 2014).

Angebots- und Infrastruktur

Mobilität: Mit ansteigendem Alter werden immer weniger Wege (Freizeit, Alltagsversorgung, u.a.m.) mit dem Auto zurückgelegt. Dies gilt insbesondere für ältere Menschen, die in urbanen Regionen leben und deshalb zu Fuß, mit dem Fahrrad oder dem ÖPNV unterwegs sein können. In Gemeindegrößen mit weniger als 20.000 EW dagegen schränken Personen mit zunehmendem Alter ihre Mobilität ein: Sie legen weniger Wege zurück, diese sind kürzer und nehmen weniger Zeit in Anspruch. Diese Personen sind also im Vergleich zu urban Wohnenden (> 100.000 EW) weniger mobil (vgl. Streit et al. 2014). Liegt eine Haltestelle des Nahverkehrs in fußläufiger Nähe der Wohnung, so verlassen ältere Menschen signifikant häufiger die eigene Wohnung, vor allem um Freundinnen, Freunde und Bekannte zu besuchen, einzukaufen und sich in Grünanlagen aufzuhalten (Engstler et al. 2004).

In der Grundlagenexpertise wurde die Altersverteilung in den Blick genommen, die deutlich zeigt, dass die Zahl der über 80-Jährigen in den einzelnen Landkreisen variiert.



	2012	2030
MV	5,0%	8,7%
DE	5,3%	8,0%

Datenquelle: Eurostat 2008; eigene Berechnung.

Abbildung 32: Anteile der über 80-Jährigen an der Gesamtbevölkerung, 2010
Quelle: AGIS: Grundlagenpapier „Lebenssituation Älterer in Mecklenburg- Vorpommern heute“; Daten: Prognose, Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern nach Eurostaterhebung

2008 wurden in einer Untersuchung von infas die Wegedauern in Mecklenburg-Vorpommern erfasst. Die in der Mobilitätsexpertise veröffentlichte Grafik zeigt deutlich, dass die tägliche Unterwegszeit mit höherem Alter beständig abnimmt und bei Menschen über 75 Jahren bei 61 Minuten liegt. Dies bedeutet, dass es umso wichtiger ist, eine möglichst nah gelegene Grundversorgung zu ermöglichen bzw. Mobilitätsmöglichkeiten zu gewährleisten.

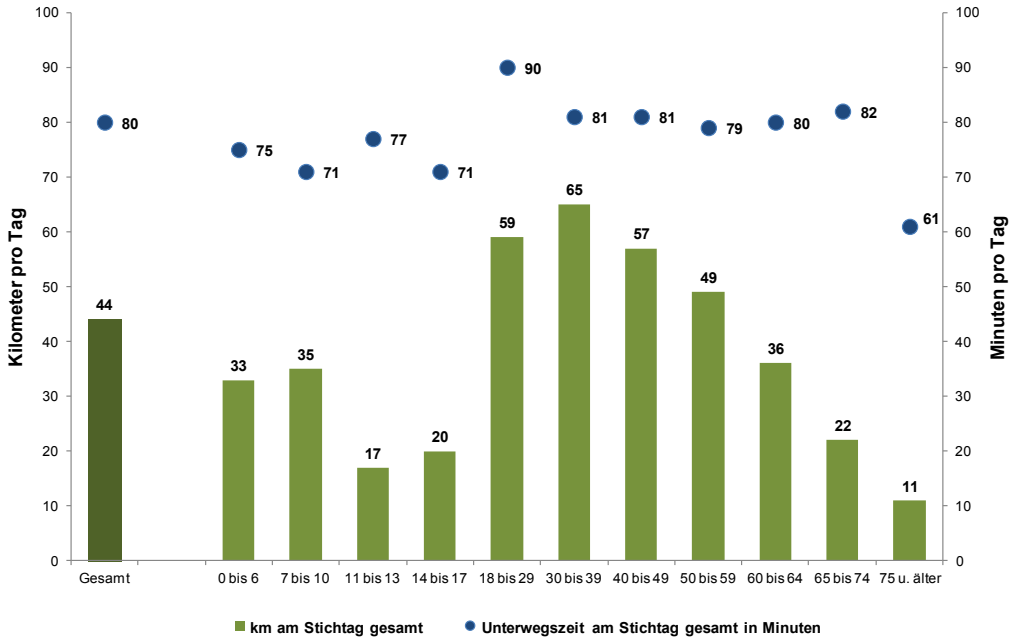


Abbildung 33: Wegdauern und Entfernungen nach Altersgruppen
Quelle: Eigene Darstellung, Daten: Follmer/Brand (2010): Mobilität in Deutschland. S. 51.

Kulturelle, soziale und Bildungsangebote: Bildung kann als zentraler Schlüssel zur sozialen Teilhabe und kulturellen Integration auch der Generationen bezeichnet werden. Bildungsangebote erreichen aber Personen(gruppen) mit niedriger Bildung und negativeren Altersbildern schlecht und können nur wirksam sein, wenn sie die alten Menschen in ihrer großen Heterogenität ansprechen. Dabei

sollten formale, non-formale und informelle Lernprozesse, eingebettet in egalitäre Beziehungen zwischen Lehrende und Lernenden, verknüpft werden (Tippelt et al. 2010). Für kommunikative, soziale und kulturelle Angebote gilt, dass die Kommunikation zwischen den Generationen sich häufiger auf den Familienzusammenhang beschränkt, was für eine aktive Förderung von intergenerativen Begegnungs- und Kommunikationsgelegenheiten spricht (Fiehler 2012).

Versorgung mit Alltagsgütern: Die selbstständige Beschaffung und Zubereitung von Lebensmitteln ist nicht nur ein zentraler Beitrag zur Lebensqualität im Alter, sondern auch durch die damit verbundenen Beschaffungswege und Kommunikationsgelegenheiten ein wichtiger Baustein für soziale Teilhabe (Schumacher et al. 2004).

Beeinträchtigung durch Demenz und Depression: Von den über 65-Jährigen sind ca. 10 Prozent an einer Altersdepression erkrankt und knapp 7 Prozent an einer demenziellen Erkrankung. Beide Krankheitsbilder bringen Teilhaberisiken nicht nur für die Betroffenen selbst, sondern auch für ihre engsten Angehörigen mit sich. So sind pflegende Angehörige von Menschen mit Demenz signifikant häufiger als andere pflegende Angehörige von einer klinisch relevanten Depression betroffen. Die Tabuisierung psychischer Krankheiten und Scham führt dazu, dass die Betroffenen meist unter einem erheblichen Defizit an sozialer Teilhabe leiden. Darüber hinaus benötigen psychisch kranke, ältere Menschen ggf. Unterstützung, um aktiv an teilhabefördernden Angeboten teilnehmen zu können (Fahr- und Bringdienste, Begleitung etc.).

Prekäre soziale Netzwerke im Alter: Ein erhebliches Teilhaberisiko ergibt sich im Alter und bei Pflegebedarf für Personen mit nur prekär ausgeprägten sozialen Netzwerken. Sind wenig oder gar keine Familienmitglieder vor Ort und sind die nachbarschaftlichen Beziehungen nur schwach ausgeprägt, so erhalten – vor allem im urbanen Räumen – Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf signifikant weniger Unterstützung und Pflege als Personen mit gut ausgeprägten, stabilen Netzwerken. Studienergebnisse verweisen darauf, dass „Pflege auch als soziales Schicksal“ (Blinkert und Klie 2006) begriffen werden muss, also als Teilhabeproblematik im Sinne der ICF (vgl. auch Einleitung).

Vergleicht man die Altersstruktur, so zeigen sich Schwankungen in der Altersgruppe von Menschen über 75 Jahren. In den kommenden Jahren könnten sich hier Verschiebungen ergeben, wenn man betrachtet, wie sich die Menschen zwischen 50-65 Jahren auf die Landkreise verteilen (Amt für Statistik Mecklenburg-Vorpommern 2015).

Gebiet	Anteil der Bevölkerung im Alter von … bis unter … Jahren									
	unter 6	6 - 15	15 - 18	18 - 25	25 - 30	30 - 40	40 - 50	50 - 65	65 - 75	75 +
kreisfreie Stadt Rostock	5,1	6,1	1,8	8,4	9,9	13,6	11,4	20,7	10,8	12,1
kreisfreie Stadt Schwerin	5,2	7	2	5,9	7,1	12,6	12,1	23,2	11,8	13,1
LK Mecklenburgische Seenplatte	4,8	7,2	2,3	4,6	5,8	11,2	13,1	27,8	11	12,3
Landkreis Rostock	5	7,8	2,5	4,2	5,2	11,5	14,3	27,8	10,7	10,9
Landkreis Vorpommern-Rügen	4,7	7	2,2	4,8	5,8	11,4	13,2	26,9	11,5	12,6
Landkreis Nordwestmecklenburg	5	7,7	2,5	5,2	6,2	12	14,2	25,7	10,4	11,1
LK Vorpommern-Greifswald	4,8	7	2,2	6	6,8	11,5	12,6	26,4	10,6	12,2
Landkreis Ludwigslust-Parchim	4,9	7,5	2,5	4,6	5,6	11,4	14,2	27,9	10,4	11
Summe Mecklenburg-Vorpommern	4,9	7,2	2,3	5,4	6,5	11,8	13,2	26,1	10,8	11,9

Tabelle 18: Altersstruktur in den Landkreisen in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2014
Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern 2015; eigene Darstellung

Negative Altersselbst- und Fremdbilder: Altersbilder sind gemeinschaftliche Deutungsmuster, Elemente einer sozialen Praxis und individuelle Vorstellungen über das Altern und das Alter. Je negativer diese in bestimmten Milieus ausgeprägt sind, desto eher wirken sie als Teilhabehemmnis für Ältere. Aktivitäten, Engagement oder auch nur passive Teilhabe im Sinne eines Dabeiseins kann nur auf der Grundlage positiver Altersbilder nachhaltig verankert werden (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2010a). Überzeugungen davon, dass alte Menschen einen wertvollen Bestandteil der Gesellschaft bilden, sollten entsprechend gefördert werden.

5.1.4 Teilhabe Hochbetagter

Gute Einblicke in die Lebenssituation von Hochbetagten gibt die Zweite Heidelberger Hundertjährigen-Studie. Die Ergebnisse sollen repräsentativ für ganz Deutschland sein (Jopp et al. 2013). Etwa alle zehn Jahre verdoppelt sich bundesweit die Anzahl der 100-Jährigen: von 5.937 im Jahr 2000 auf 13.198 im Jahr 2010. Dabei werden die 100-Jährigen immer weniger unterstützungsbedürftig: 21 Prozent erhalten keine Leistungen der Pflegeversicherung (33%: Pflegestufe 2, 10%: Pflegestufe. 3). Allerdings sind 88 Prozent seh- oder höreingeschränkt, 65 Prozent sind schon einmal gestürzt und im Durchschnitt haben die 100-Jährigen vier Erkrankungen. Dennoch sind über 80 Prozent der Befragten in dieser repräsentativen Studie zufrieden mit ihrem Leben. Selbstwirksamkeit, optimistische Einstellung, Lebenssinn und Lebenswille sind deutlich ausgeprägt und es fördert eine hohe Lebensqualität, wenn Kontrolle über das eigene Leben empfunden wird. Diese psychologischen Stärken sind wichtiger für eine hohe Lebensqualität als Gesundheit und kognitive Leistungsfähigkeit.

5.2 Politische Teilhabe

Politische Partizipation ist ein herausgehobenes Feld der gesellschaftlichen Teilhabe und des aktiven freiwilligen Engagements. Möglichkeiten auf Meinungsbildung und Entscheidungsfindung Einfluss zu nehmen, bestehen in der repräsentativen Demokratie vor allem darin, an Wahlen teilzunehmen, sich in Parteien zu engagieren, sich als Kandidat aufstellen zu lassen und als Abgeordneter Politik zu machen. Darüber hinaus können Interessen auch über die überparteilich agierenden Seniorenbeiräte in den politischen Prozess eingebracht werden. Das politische Engagement nimmt Einfluss auf die Rahmenbedingungen für Teilhabe und Ehrenamt.

5.2.1 Teilhabe in der repräsentativen Demokratie

Wahlbeteiligung

Im demografischen Wandel werden die Gewichte zwischen den Altersgruppen verschoben. Dass ältere Menschen dies an der Wahlurne zu einer Durchsetzung eigener Interessen zu Ungunsten der Interessen jüngerer Menschen durchsetzen könnten, ist ein verbreiteter Bestandteil von negativen Altersbildern im Bereich der Politik (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2010, S. 235). Tatsächlich zeigen die Daten zu den Wahlen zum Bundestag 2013 in Mecklenburg-Vorpommern, dass die 60 Jahre und Älteren über ein Drittel der Wahlberechtigten stellten, während die 18- bis 30-Jährigen nur ein Siebtel des Wahlvolkes ausmachten (Abbildung 34). Hinzu kommt, dass Senioren auch noch besonders eifrige Wähler sind, während die Jungen besonders wenig zur Wahl gehen (Abbildung 35). Das vergrößert ihren Einfluss bei Wahlen noch einmal, wenn auch verhältnismäßig wenig. Die Seniorinnen und Senioren hatten 2013 in Mecklenburg-Vorpommern einen mehr als drei Mal so großen Einfluss auf die Wahlentscheidung wie junge Menschen unter 30 Jahren. Dieses Verhältnis wird sich mit dem Altern der Babyboomer-Jahrgänge noch in Richtung eines Übergewichts der Menschen im Rentenalter verschieben (Abbildung 36).

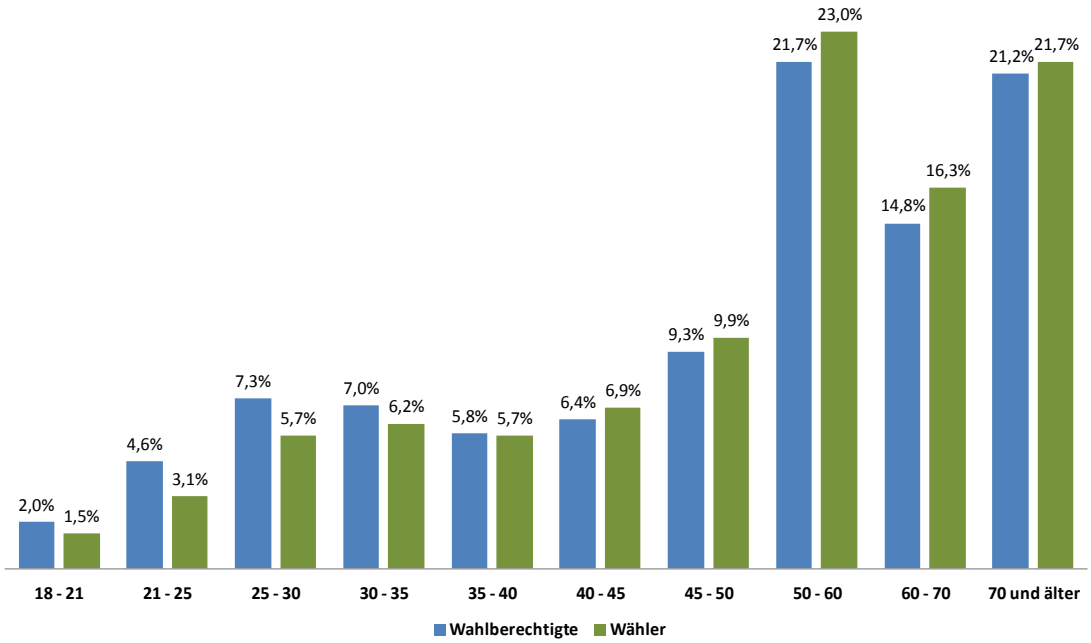


Abbildung 34: Bundestagswahl 2013 in Mecklenburg-Vorpommern: Wahlberechtigte und Wähler nach Altersgruppen
Daten nach: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, Wahlheft 04/2014

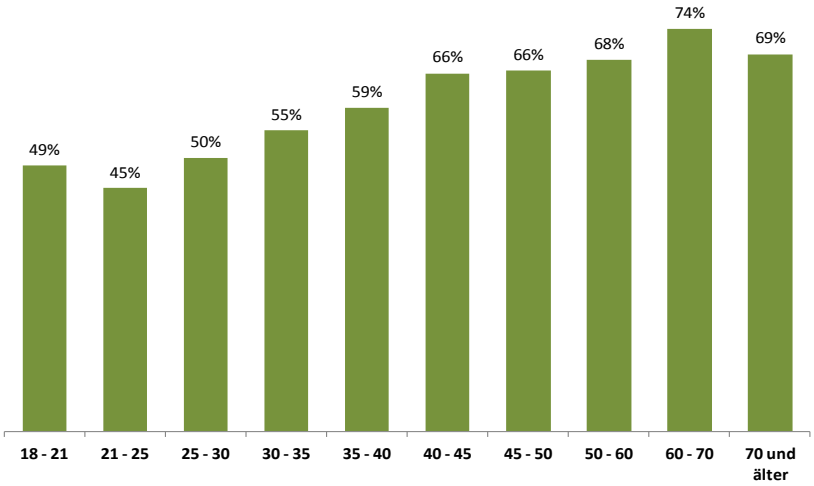


Abbildung 35: Bundestagswahl 2013 in Mecklenburg-Vorpommern: Wahlbeteiligung in Prozent nach Altersgruppen
Daten nach: (Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern 2014)

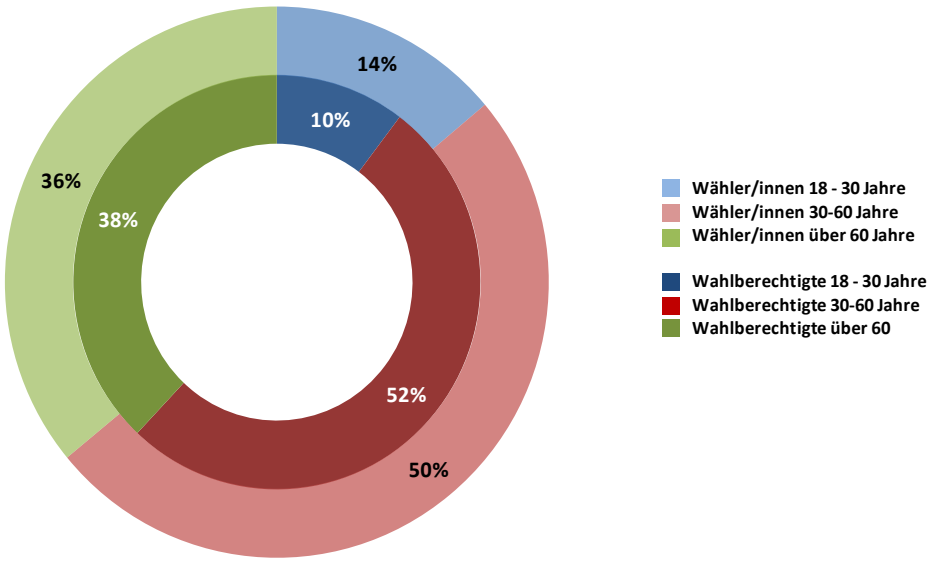


Abbildung 36: Bundestagswahl 2013 in Mecklenburg-Vorpommern: Wahlberechtigte und Wähler nach drei Altersgruppen
Daten nach: (Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern 2014)

Vertretung im Landtag und in Kreistagen

Karrierewege brauchen ihre Zeit. Das gilt für die Politik ebenso wie für andere Bereiche. Bis man andere auf sich aufmerksam gemacht hat, sich in ersten Parteiämtern bewährt und seine Fähigkeiten unter Beweis gestellt hat und persönliche Netzwerke geknüpft hat, dauert es viele Jahre. Dass ältere Menschen in einem höheren Anteil, als es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht, unter den Mandatsträgern vertreten sind, liegt daher in der Natur der Sache und ist nicht Ausdruck der demografischen Überzahl.

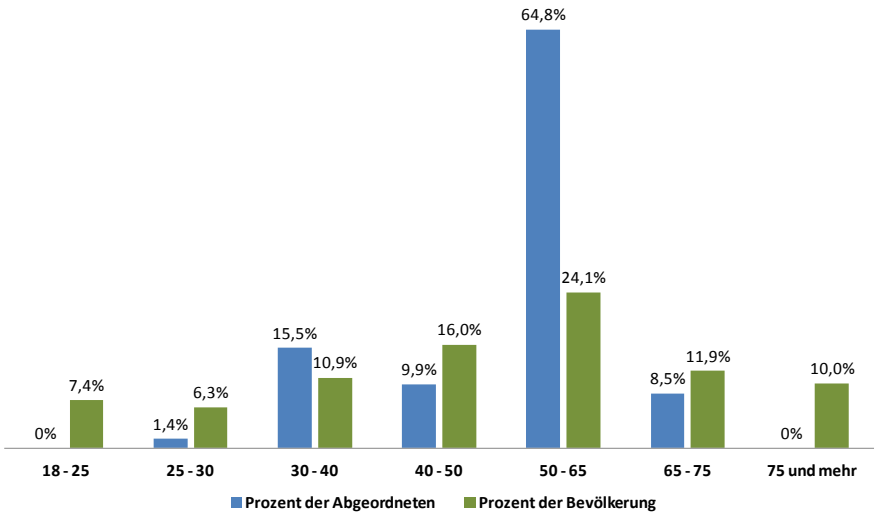


Abbildung 37: Abgeordnete des Landtags und Bevölkerung nach Altersgruppen im Vergleich
Daten wurden von der Landtagsverwaltung zur Verfügung gestellt.

Die Gruppe der 50- bis 65-Jährigen, die ohnehin die größte Bevölkerungsgruppe darstellt, ist stark im Landtag überrepräsentiert. Ältere Menschen jenseits des Renteneintrittsalters von 65 Jahren sind eher schlecht vertreten. Das liegt daran, dass sich das Lebenslaufmuster, in dem der Eintritt in den Ruhestand mit 65 Jahren als „normal“ gilt, auch für Parlamentarier als Orientierungsrahmen dient.

Obwohl für Abgeordnete keine Altersgrenzen existieren, bleiben doch nur wenige über den 65. Geburtstag hinaus im Amt. Der älteste Abgeordnete ist 73 Jahre alt.

In den Kreistagen findet sich eine im Prinzip ähnliche Altersverteilung, allerdings ist die Gruppe 65 – 75 Jahre deutlich stärker besetzt als im Landtag und auch über 75-Jährige sind in fünf von acht Kreistagen zu finden – sogar drei 80- bis 81-Jährige.

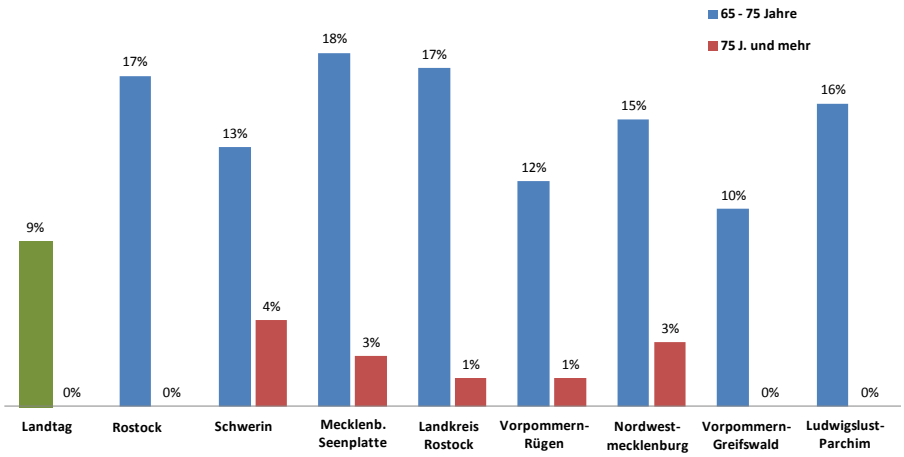


Abbildung 38: Abgeordnete über 65 Jahre in Land-und Kreistagen in Prozent
Daten von den Kreistagsverwaltungen überlassen

In Kreistagen wird ehrenamtlich gearbeitet, weshalb das berufliche Modell des Ausscheidens mit dem 66sten Lebensjahr weniger zum Tragen kommt als im Landtag. Der verhältnismäßig hohe Anteil von Kreistagsmitgliedern über 65 Jahre kann ein Zeichen dafür sein, dass der Generationenwechsel in der Kommunalpolitik schlecht oder verzögert verläuft, weil nicht genügend jüngere Menschen bereit sind, in die Verantwortung nachzurücken. Für diesen Zusammenhang spricht, dass Bürgermeister ebenso wie Vereinsvorsitzende von solchen Nachwuchsschwierigkeiten berichten.

5.2.2 Seniorenmitwirkungsgesetz und Seniorenbeiräte

Landtags- und Kreistagsabgeordnete repräsentieren in gewisser Weise ihre Altersgruppe. Sie sind aber als Kandidaten politischer Parteien gewählt worden und vertreten politische Ansichten nicht unter ihrer eigenen Generationenperspektive. Insofern ist trotz der festgestellten guten Teilhabe-Möglichkeiten älterer Menschen am politischen System eine gesonderte Interessenvertretung von Seniorinnen und Senioren sinnvoll. Sie trägt dazu bei, in der alternden Gesellschaft die Bedarfe der am schnellsten wachsenden Bevölkerungsgruppe frühzeitig zu erfassen und unter „aktiver Eigenbeteiligung der Betroffenen“ die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass „ein Älterwerden in Würde und ohne Diskriminierung gewährleistet“ werden kann (Landtag Mecklenburg-Vorpommern 2010, S. §1).

Die wichtigste politische Maßnahme zur Förderung der politischen Teilhabe stellt das Seniorenmitwirkungsgesetz dar, das 2010 in Kraft trat. Mecklenburg-Vorpommern war damit das zweite Bundesland nach Berlin, das eine Interessenvertretung älterer Menschen gesetzlich absicherte. Thüringen und Hamburg folgten im Jahr 2012. Die politischen Einflussmöglichkeiten sind in Mecklenburg Vorpommern am größten. Der Landesseniorenbeirat, dem 36 Vertreter aus den Kreisseniorenbeiräten angehören, berät nicht nur die Landesregierung, wie in den anderen Bundesländern, sondern kann darüber hinaus eigene Gesetzesvorschläge machen, die die Landesregierung dann prüfen muss und über das Ergebnis der Prüfung unterrichten muss. Der Landesseniorenbeirat muss in alle Gesetzge-

bungsverfahren, die die Belange älterer Menschen berühren, angehört werden und kann eigene Stellungnahmen und Empfehlungen dazu auch öffentlich abgeben. Der Landesseniorenbeirat wird vom Land mit einer institutionellen Förderung unterstützt.

Vergleichsweise schlecht geregelt ist, wie im anderen Flächenland, Thüringen, die kommunale Ebene. Hier schafft das Gesetz keine Klarheit, sondern zeigt nur die Richtung und den politischen Willen zu einer stärkeren selbststimmten Interessenvertretung der Senioren an. „Den Landkreisen und Gemeinden“ wird in §10 des Gesetzes empfohlen „bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit und Möglichkeiten darauf hinzuwirken, dass auf örtlicher Ebene vergleichbare Mitwirkungsmöglichkeiten und Rahmenbedingungen geschaffen werden.“ Als Erfolg kann gewertet werden, dass in Mecklenburg-Vorpommern in allen Kreisen Kreisseniorenbeiräte aktiv sind. Auf Ebene der Gemeinden gibt es nach Auskunft des Landesseniorenbeirats aktuell 75 Seniorenbeiräte. Die Arbeit der Seniorenbeiräte in den Städten und Gemeinden ist zum Teil durch eine Aufnahme in die Hauptsatzung geregelt, zum Teil nicht. Hier wäre eine Vereinheitlichung der Arbeitsgrundlagen wünschenswert.

Um die politische Mitwirkung der älteren Generation zu fördern, werden im Gesetz auch „Foren der Mitwirkung“ genannt, worunter in erster Linie das alle zwei Jahre stattfindende Altenparlament zählt. Im Altenparlament Mecklenburg-Vorpommern sitzen Vertreterinnen und Vertreter von Organisationen, die sich im Land mit Seniorenpolitik und –arbeit befassen, darunter Seniorenbeiräte, Sozialverbände und die entsprechenden Unterorganisationen von Parteien, Gewerkschaften und Kirchen. Die Delegierten sollen mind. 55 Jahre alt sein. Analog zum Landtag Mecklenburg-Vorpommerns gibt es im Altenparlament 71 Sitze. Getagt wird seit 1999 alle zwei Jahre im Schweriner Landtag. Vor der eigentlichen Tagung des Altenparlaments bereitet ein Organisationskomitee bestehend aus zwölf Delegierten der genannten Organisationen die Sitzung vor, dazu gehören die Festlegung der Arbeitskreise und das Verfassen von Leitanträgen. Der größte Teil der Arbeit wird in den Arbeitsgruppen des Altenparlaments erledigt. Dort werden die Leitanträge beraten, bevor sie dem Plenum vorgestellt und ggf. dort beschlossen werden. Die Beschlüsse des Altenparlaments haben empfehlenden Charakter und sind somit nicht bindend. Darüber hinaus haben die Delegierten Gelegenheit mit Vertreterinnen und Vertretern der Landtagsfraktionen und der Landesregierung über den Stand der Umsetzung von Empfehlungen vergangener Sitzungen zu diskutieren[36].

6 Integrierte Betrachtung in den Lupenregionen

Zur Vielfalt des Engagements gehört auch, dass die Bedingungen, unter denen sich formelles und informelles Engagement entfaltet, von sehr unterschiedlichen lokalen Verhältnissen und Traditionen geprägt sind. Das betrifft vor allem das Gefühl der Zugehörigkeit zum Ort und der Zusammengehörigkeit der Menschen am Ort. Die Identifikation mit dem Ort fördert Engagement und durch das Engagement wird die Identifikation noch weiter gestärkt. Statt „Wir-Gefühl“ können in Kommunen aber auch Bevölkerungsgruppen nebeneinander existieren. Auch die Akteure und Institutionen im Engagement können sehr unterschiedlich sein und ganz unterschiedlich agieren. In manchen Kommunen kooperieren die verschiedenen Akteure, in anderen schotten sie sich gegeneinander ab, weil sie sich als Konkurrenz betrachten (Meergans und Werz 2013).

[36] http://www.landesseniorenbeirat-mv.de/LSB/altenparlament.php

Diese kommunale Vielfalt von „lokaler Demografie und Sozialstruktur, informellen Engagementstrukturen und organisierter Zivilgesellschaft, Kommunalpolitik und Wirtschaftsstandort“ und ihres Zusammenwirkens zu berücksichtigen und trotzdem Kommunen in ihrer einheitlichen Funktion als grundlegende Struktur, in der sich Engagement und Teilhabe realisieren, wahrzunehmen, ist eine Herausforderung (ISAB und Generali Zukunftsfonds 2015).

Die Betonung der kommunalen Wirkungszusammenhänge findet sich sowohl im Titel des Siebten Altenberichts: Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften" als auch im Zweiten Engagementbericht der Bundesregierung „Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung“[37]. Auch dieses Gutachten stellt die Kommune ins Zentrum, indem in den Lupenregionen eine integrierte Betrachtung vorgenommen wird. Diese integrierte Betrachtung findet allerdings nicht auf der Ebene der Gemeinden statt, sondern auf der Ebene der Landkreise.

Die Darstellung beruht weitgehend auf eigenen Recherchen zur Engagementinfrastruktur, auf Experteninterviews und den in den Landkreisen durchgeführten Fokusgruppen mit älteren Engagierten sowie den Werkstattgesprächen auf Expertenebene. Der Freiwilligensurvey, sonst unverzichtbare Stütze jeder Darstellung des Engagements in Deutschland, ist in den Lupenregionen nicht anwendbar, weil die Daten nicht regionalisiert erhoben werden und zudem die Stichproben auch zu klein für belastbare Aussagen wären.

6.1 Landkreis Ludwigslust-Parchim

Der Landkreis Ludwigslust-Parchim gehört mit 4.752 Quadratkilometern zu den größten in ganz Deutschland. Zum Kreis gehören 149 Gemeinden. Der Landkreis Ludwigslust verfügt über drei Mittelzentren (Hagenow, Ludwigslust und Parchim), hat jedoch kein Oberzentrum. Der Landkreis liegt mit 45 Personen pro Quadratkilometer weit unter dem Besiedlungsdurchschnitt von Mecklenburg-Vorpommern (69 Pers./km^2) und von Deutschland (226 Pers./km^2). Der Anteil der 50- bis 65-Jährigen an der Bevölkerung liegt mit 27,4 Prozent leicht über dem Durchschnitt Mecklenburg-Vorpommerns von 25,6 Prozent, jedoch überdurchschnittlich hoch im Vergleich zum gesamtdeutschen Anteil (21,6 Prozent). Die Altersgruppen der 65- bis 75-Jährigen sowie der Hochbetagten liegen in etwa im Bundesdurchschnitt und belaufen sich auf zusammen 22,2 Prozent. Der Anteil der Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf im Landkreis Ludwigslust-Parchim beträgt 4,2 Prozent und befindet sich damit knapp einen Prozentpunkt über dem Bundesdurchschnitt, aber leicht unter dem durchschnittlichen Anteil von Mecklenburg-Vorpommern insgesamt. Die bis zum Jahr 2030 prognostizierte Alterung im Landkreis zeigt einen Anstieg auf 32,4 Prozent der über 65-Jährigen an, im Gegenzug wird der Anteil der unter 20-Jährigen nur leicht ansteigen (von 15,5 auf 16,8 Prozent). Die Wanderungsbewegung im Landkreis zeigt zwar einen leichten Zugewinn, jedoch steht dem ein doppelt so hoher Verlust an Gestorbenen bzw. eine zu geringe Geburtenrate gegenüber, sodass insgesamt eine Abnahme der Gesamtbevölkerung zu verzeichnen ist. Das Land ist demnach nicht nur von einem Bevölkerungsverlust, sondern auch von zunehmender Alterung betroffen. Der aktuelle Stand der Arbeitslosenquote liegt zurzeit bei 7 Prozent und ist damit niedriger als in gesamt Mecklenburg-Vorpommern mit 9,5 Prozent.

[37] Beide Berichte sind noch nicht veröffentlicht.

6.1.1 Engagementinfrastruktur im Landkreis Ludwigslust-Parchim

Vereine

Die wichtigste Engagementinfrastruktur im Landkreis Ludwigslust-Parchim stellen die Vereine dar. Auf der Grundlage der Datenbank, die der Landkreis als PDF-Dokument im Internet zugänglich gemacht hat, und weiterer Recherchen haben wir den Ist-Zustand aufgenommen. Im Landkreis gibt es in den 144 Gemeinden und 5 amtsfreien Gemeinden über 1.000 Vereine. Nur in 11 Gemeinden gibt es keinen Verein. Die Dichte und Vielfalt der Vereine schwankt jedoch beträchtlich. In der folgenden Karte wird durch die Größe der Punkte das Verhältnis der Einwohnerzahl zur Vereinszahl visualisiert.

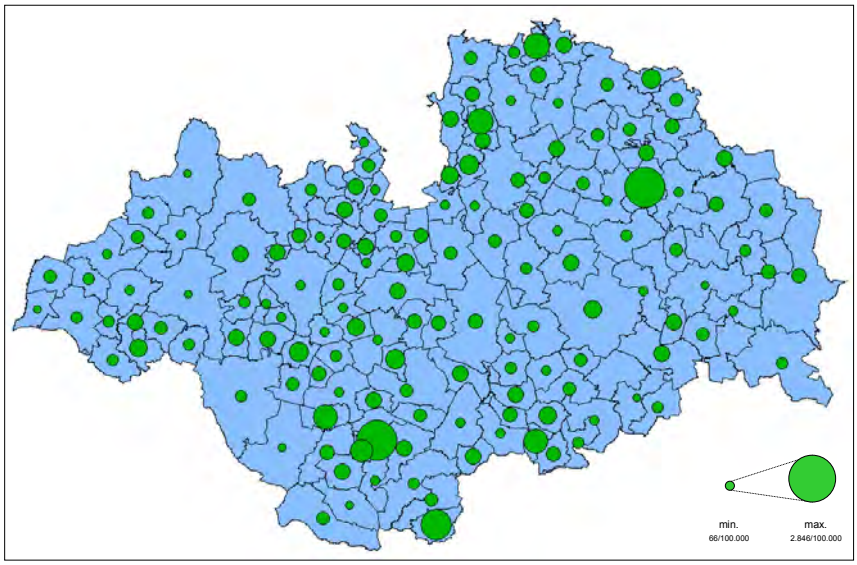


Abbildung 39: Vereinsdichte im Landkreis Ludwigslust-Parchim
Quelle: Vereinsdatenbank des Landkreises und eigene Recherchen

Spitzenreiter sind die Orte Mestlin, wo 21 Vereine und Gruppen das gemeinschaftliche Leben der 738 Einwohner organisieren, und Bresegard bei Eldena, mit 246 Einwohnern eine der kleinsten Gemeinden des Landkreises. Dort gibt es 7 Vereine oder Gruppen. Wie wichtig das Vereinsleben für die Identität des Ortes ist, wird in der Selbstbeschreibung der Gemeinde auf der Internetseite des Amtes Ludwigslust-Land deutlich: „Das kulturelle Leben in Bresegard wird durch Vereins- und Institutionsarbeit geprägt. Der Gemeinschaftssinn wird noch großgeschrieben. Das war ganz besonders (…) beim großen Dorfjubiläum zu spüren.“ Mit der Freiwilligen Feuerwehr beginnt die Aufzählung der Vereine. Die meisten Mitglieder (77) hat der Sportverein, der für alle Altersgruppen ein Angebot hat. Besondere Erwähnung finden noch die Seniorengemeinschaft und der kirchliche Frauenkreis, der auch „Sozialarbeit in der Dorfgemeinschaft leistet“. Bresegard hat zwar besonders viele Vereine, aber keine außergewöhnliche Struktur für ein Dorf. Es gibt Vereine, die Angebote machen, aber auch Funktionen der Geselligkeit übernehmen. Gemeinsam organisierte Feste, wie Kinderweihnachtsfeier und Osterfeuer sind die Höhepunkte des Jahres. Wichtig für das Vereinsleben ist die Existenz eines Hauses, das als zentraler Treffpunkt dient. In Bresegard ist das Dorfgemeinschaftshaus der Mittelpunkt des Dorflebens.

Dass unter den 10 Gemeinden, die die meisten Vereine im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl haben, nur Gemeinden unter 800 Einwohnern sind, ist ein guter Befund im Hinblick auf die Möglichkeit zu Engagement und Teilhabe älterer Menschen im ländlichen Bereich. Ob es Vereine gibt oder nicht, ob ein geselliges Dorfleben stattfindet mit Festen und Spielenachmittagen oder nicht, ist nicht abhängig

von der Größe der Orte oder der Lage, die sich an der Entfernung von der nächsten Stadt bemisst. Das kann man zumindest daraus schließen, dass die 6 Gemeinden, in denen kein Verein aktiv ist, ebenfalls klein sind – sie haben zwischen 165 und 692 Einwohner - und man kann abgesehen von einer Ausnahme Städte wie Parchim oder Schwerin innerhalb von 15 – 20 Minuten erreichen. Wie sich das Dorfleben gestaltet, ist abhängig von den Personen. Darauf haben strukturelle Förderungen wenig Einfluss. In Werkstattgesprächen mit Experten wurde aber auch hervorgehoben, dass die mietfreie Zugänglichkeit von Dorfgemeinschaftshäusern für die Vereine von entscheidender Bedeutung ist. Die gesetzlich geforderten Mieteinnahmen kommen zwar der Gemeinde zugute, stören aber das Vereinsleben erheblich und entsprechen auch nicht der dörflichen Kultur gegenseitiger Hilfe. In den Werkstattgesprächen wurde darüber berichtet, dass Vereine selbstverständlich zu Arbeitseinsätzen zum Wohle der Gemeinschaft bereit sind, quasi als Gegenleistung für die mietfreie Nutzung. Auf die kommunale Ehrenamtsförderung, bei der am Rande des Erlaubten die Nutzung von Räumen und Technik gewährt wird, geht auch das Gutachten zum bürgerschaftlichen Engagement in der Region Westmecklenburg ein (Kennel et al. 2014).

Die relativ hohe Vereinsdichte auch in kleinen Orten, die oben kartiert wurde, ist jedoch nicht als stabil zu bewerten. Schon geringfügige Änderungen bei den Vereinsmitgliedern, die in der Einwohnerstatistik gar nicht auffallen, bringen Vereine in existenzielle Schwierigkeiten. Auch der als Beispiel für den Landkreis Ludwigslust-Parchim gewählte Ort Bresegard bei Eldena hat diese Erfahrung machen müssen. „Der Jugendclub musste leider geschlossen werden“ und auch den „Bikerclub gibt es leider nicht mehr im Ort.“ Wenn Menschen wegziehen oder ihr aktive Laufbahn beenden, sind beispielsweise Fußballmannschaften nicht mehr spielfähig. Wenn sie Glück haben, können sie dann bei einem Nachbarverein unter eigenem Namen starten (SV Neu Poserin als TSV Goldberg 2). Das Zusammenlegen von Vereinen stellt nicht nur eine gewisse Kränkung des Lokalpatriotismus dar und wirkt sich negativ auf das „Wir-Gefühl“ aus, sondern verschlechtert auch real die Möglichkeiten zu einem Engagement und zu gemeinschaftlicher Aktivität vor Ort. Das Ausweichen in Nachbarorte lockert möglicherweise sogar die Bindekraft an den Wohnort, die sonst dem Engagement zugeschrieben wird. Zudem erhöht sich das das Mobilitätsproblem für Engagierte. Relevant für die Daseinsvorsorge wird die schwache „Personal“basis für die Vereine bei den freiwilligen Feuerwehren.

Eine besondere Herausforderung stellt immer der Wechsel des Vereinsvorsitzes dar. Nachwuchs für diesen verantwortlichen Posten zu finden, ist nach Auskunft in den Fokusgruppen und Werkstattgesprächen außerordentlich schwierig. Bei der Internetrecherche der Vereine wurde das Thema Generationenwechsel nicht systematisch erhoben, doch gewannen wir einen etwas positiveren Eindruck als unsere Gesprächspartner im Kreis. Mitunter gibt es Familiennachfolger. Die jungen Nachfolger wohnen nicht mehr unbedingt vor Ort. Sie sind der Arbeit wegen vom Dorf in die Stadt gezogen und pendeln nun zu ihrem Engagement. Auch hier drängt sich das Problem der Mobilitätskosten für das Ehrenamt auf. Das Problem der Nachfolge stellt sich auch bei anderen verantwortlichen Positionen, etwa bei den ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern.

Engagement fördernde Institutionen

Ort	Einwohnerzahl	Engagement fördernde Infrastruktur	Träger/ weitere Informationen
Plau am See	6.000 (6116)	Seniorenbüro	Ev. Altenhilfezentrum Dr.-Wilde-Haus, Seniorenbüro nicht recherchierbar
Lübz	6.282	Seniorenbüro Mehrgenerationenhaus MitMachZentrale	DRK Jugendförderverein Parchim/Lübz e. V.
Sternberg	4.300	Seniorenbüro Pflegestützpunkt	DRK Monatlicher Sprechtag vom Pflegestützpunkt LuP
Ludwigslust	12.100	Mehrgenerationenhaus MitMachZentrale Pflegestützpunkt	Zentrum für Bildung, Erholung und Freizeit der Jugend Ludwigslust e. V. Zebef MitmachZentrale ebd. Aber nicht als eigene Struktur erkennbar
Parchim	17.100	ZiP Freiwilligenagentur Bürgerstiftung Pflegestützpunkt Kommunale Stabsstelle	Vom Bürgerkomitee Südstadt initiiert
Boizenburg	10.350	Pflegestützpunkt	Monatlicher Sprechtag vom Pflegestützpunkt LuP
Hagenow	11.443	Selbsthilfekontaktstelle (DRK)	DRK
Leezen (Amt Crivitz)	2.100 (24.800)	Kommunale Stabsstelle	

Tabelle 19: Engagement fördernde Infrastruktur im Landkreis Ludwigslust-Parchim

Im Landkreis Ludwigslust Parchim ist weniger Engagement fördernde Infrastruktur vorhanden, als auf den ersten Blick zu vermuten ist. So können Seniorenbüros und Pflegestützpunkte zwar Engagement von Senioren und für Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf fördern, es gehört aber nicht zu ihren Kernaufgaben und im Landkreis Ludwigslust-Parchim geschieht das auch nicht. Die vom DRK getragenen Seniorenbüros bieten älteren Menschen ein Angebot, das der Geselligkeit und Aktivierung dient und sicher einen wichtigen Beitrag zur Teilhabe bildet. Impulse, die über gemeinschaftliche Aktivität hinaus gehen, werden aber nicht gesetzt. Möglicherweise werden Angebote aber ehrenamtlich von Seniorinnen und Senioren durchgeführt. Der Pflegestützpunkt Ludwigslust-Parchim mit seinen zwei Standorten in Ludwigslust und Parchim konzentriert sich auf die Aufgabe Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf und deren Angehörige zu beraten. Von den zwei ehrenamtliche Projekten im Umkreis von Pflege wird das eine, die „Pflegelotsen“, von den Mehrgenerationenhäusern koordiniert und begleitet, und das andere, der „Helferkreis Demenz“, von einem sozialen Träger. Allerdings kann der Kontakt zum Träger auch über den Pflegestützpunkt vermittelt werden.

Manche der Einrichtungen sind auch nicht recherchierbar, wie das Seniorenbüro im Dr. Wilde Haus in Plau am See, bei dem es sich um ein Altenpflegeheim handelt. Andere Einrichtungen, wie die Pflegestützpunkte in Sternberg und Boizenburg, sind keine Einrichtungen im eigentlichen Sinne. An diesen Orten finden monatliche Sprechstunden des Pflegestützpunktes Ludwigslust-Parchim statt, der auch mit einem mobilen Angebot die vielen kleinen Gemeinden in Kreis zu erreichen versucht.

An Engagement fördernden Einrichtungen sind im Landkreis also aktiv: die Mehrgenerationenhäuser in Lübz und Ludwigslust, die auch Träger der vom Land geförderten Mitmachzentralen sind, sowie in Parchim die Freiwilligenagentur „Zusammen in Parchim ZiP“ und die Bürgerstiftung, die beide aus dem Bürgerkomitee Südstadt e. V. entstanden sind. Außerdem gibt es noch die vom DRK getragene

Selbsthilfekontaktstelle in Hagenow, die ehrenamtliches Engagement im Bereich der Selbsthilfe organisiert und eine wichtige Struktur für die Teilhabe kranker und behinderter Menschen darstellt.

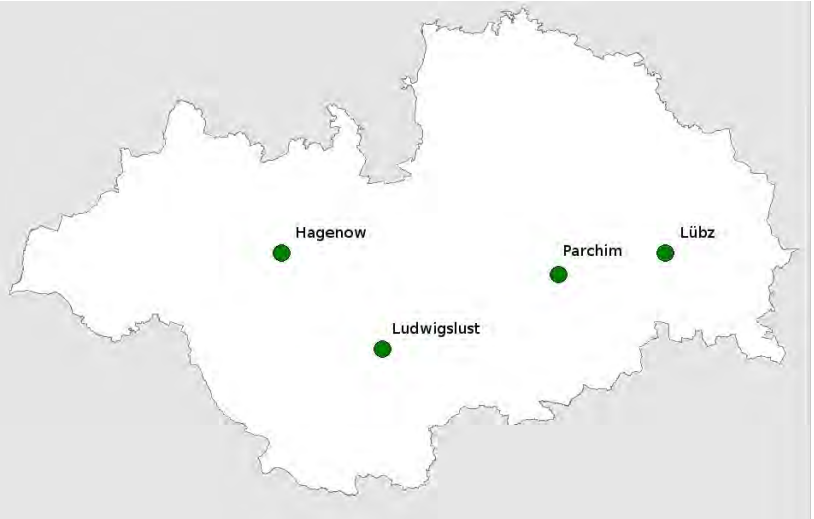


Abbildung 40: Standorte Engagement fördernder Infrastruktur im Landkreis Ludwigslust-Parchim

Die Engagement fördernden Institutionen konzentrieren sich im Landkreis Ludwigslust-Parchim auf die Städte. Dass sie als Standorte für Anlaufstellen gewählt werden, ist selbstverständlich, da sie allgemein zentrale Funktionen für das Umland übernehmen. In der Auflistung in Tabelle 19 ist aber auch zu sehen, dass aus der Größe der Orte nicht automatisch folgt, dass sie zu Kristallisationspunkten des Engagements in Landkreis werden. In einer relativ kleinen Stadt wie Lübz, gibt es ein Mehrgenerationenhaus, in erheblich größeren wie Boizenburg, fehlt hingegen eine Engagement fördernde Einrichtung.

Die Trägerschaft der Einrichtungen in der Hand zivilgesellschaftlicher Initiativen gibt einen Hinweis auf die große Bedeutung, die die Existenz solcher Initiativen für die Engagementlandschaft hat. Das Zentrum für Bildung, Erholung und Freizeit der Jugend Ludwigslust e. V. (Zebef) und der Jugendförderverein Parchim/Lübz e. V. entstanden in der Nachwendezeit. Sie haben bestehende Einrichtungen saniert und vor allem deren Arbeit modernisiert. Die Gründung der Trägervereine bot auch die Möglichkeit eigene Arbeitsplätze im Jugendbildungsbereich zu erhalten und neue zu schaffen. Das wurde auch über ABM realisiert. Die Vereine und ihre Vorhaben haben zum Teil von der kommunalen Seite breite Unterstützung erfahren. So gehören zu den Gründungsmitgliedern des Zebef der Landkreis Ludwigslust, die Stadt Ludwigslust und der Gemeindeverband Vielank.

In Parchim gibt es mit dem Bürgerkomitee Südstadt e. V. eine genuin zivilgesellschaftliche Tradition, die bis in die Vorwendezeit zurückreicht. In der Stadt wurde im Verlauf der letzten 26 Jahre ein Schatz an Erfahrungen mit der Umsetzung von bürgerschaftlichem Engagement für die Entwicklung des eigenen Gemeinwesens gewonnen, der sich in der „Ausgründung“ verschiedener Einzelorganisation niedergeschlagen hat. Die Freiwilligenagentur „Zusammen in Parchim“ (ZiP), die Bürgerstiftung Parchim und nicht zuletzt auch das Netzwerk freiwilliges Engagement Mecklenburg-Vorpommern sind auf Initiative des Bürgerkomitees entstanden. Die Entwicklung wurde durch die Robert-Bosch-Stiftung gefördert und auch von Politik und Verwaltung unterstützt.

An der Trägerschaft der Engagement fördernden Einrichtungen im Landkreise fällt auf, dass von den Trägern der Wohlfahrtpflege nur das Deutsche Rote Kreuz aktiv ist.

6.1.2 Seniorenmitwirkung und Seniorenprojekte

Der Kreisseniorenbeirat des Landkreises Ludwigslust-Parchim wird vom Landkreis unterstützt durch eine Planstelle im Büro für Chancengleichheit. Die Mitarbeiterin übernimmt organisatorische Aufgaben und verwaltet auch die Mittel, die dem Kreisseniorenbeirat vom Landkreis zugewiesen werden. Die etwa 8.000 – 9.000 €, die jährlich für die Arbeit zur Verfügung stehen, werden überwiegend für Fahrkostenerstattungen und Regionalkonferenzen verwendet.

Dem Selbstverständnis nach und im Einklang mit dem Seniorenmitwirkungsgesetz des Landes ist der Kreisseniorenbeirat eine selbstbestimmte sozialpolitische Vertretung der im Kreis lebenden älteren Menschen ab 60 Jahren. Er arbeitet vor allem mit dem Sozialausschuss des Kreistages zusammen und kooperiert bei seiner Tätigkeit nach Bedarf auch mit anderen Einrichtungen im Kreis. So wurde für eine Stellungnahme zum Pflegegesetz der Austausch mit den Pflegestützpunkten gesucht.

Der Kreisseniorenbeirat ist der zentrale Ansprechpartner für die lokalen Seniorenbeiräte. Er hat die Aufgabe, Anliegen zu bündeln und kann diese entweder selber im Kreis politisch aufnehmen oder auch an den Landesseniorenbeirat vermitteln. Der Kreisseniorenbeirat setzt seine Bündelungsfunktion um, indem er lokale Beiräte besucht, über die Arbeit in Kreis und Land berichtet und dazu auffordert, Fragen und Themen zu nennen. Auf der lokalen Ebene begreifen sich die Beiräte aber oft eher als Selbstorganisation der Senioren. Sie sind nur vage an der politischen Arbeit interessiert, im Mittelpunkt steht die Geselligkeit.

Im Landkreis gibt es nach Aussage des Kreisseniorenbeirates etwa 25 Seniorenbeiräte auf Gemeindeebene, die Mitarbeiterin, die die Geschäfte für den Kreisseniorenbeirat führt, kennt nur fünf lokale Beiräte und in einer Internetrecherche konnten 11 Seniorenbeiräte im Landkreis recherchiert werden. Wenn der Kreisseniorenbeirat nicht genau weiß, wie viele lokale Beiräte im Kreis existieren, ist das ein Indiz dafür, dass die Funktion der Bündelung von Interessen nicht systematisch durchgeführt wird.

Die hierarchische Organisation der Seniorenbeiräte im Kreis könnte und sollte noch verbessert werden. Der Kreisseniorenbeirat versucht die Verankerung der Senioren-Mitwirkung im Landkreis noch weiter auszubauen und besucht dazu Bürgermeister von Gemeinden, in denen bisher kein Seniorenbeirat besteht. Mitunter liegt es aber auch am Desinteresse der älteren Einwohner an einer eigenen Interessenvertretung, dass es keinen Seniorenbeirat gibt. Mancher Bürgermeister wäre froh, wenn er einen zentralen Ansprechpartner für Seniorenfragen hätte.

Laut Seniorenmitwirkungsgesetz sollen Seniorenbeiräte die „aktive Beteiligung (älterer Menschen) am sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben fördern“ (Landtag Mecklenburg-Vorpommern 2010, S. §1). Sie tun dies, indem sie sich politisch für gute Teilhabebedingungen einsetzen, aber auch indem sie zum Engagement in Seniorenbeiräten auffordern. In Zukunft will der Kreisseniorenbeirat verstärkt auch eigene Projekte initiieren. Projekte, in denen z. B. die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum durch Begehungen erfasst wird, Befragungen zu bestimmten Bedarfen oder Erfahrungen mit Angeboten etc., sind ein probates Mittel, das Interesse von Einwohnern an der Gestaltung ihrer Lebensbedingungen zu mobilisieren und für die Kommunalpolitik nutzbar zu machen. In den Mitwirkungsprozessen in den Gemeinden werden Grenzen zwischen der politischen Arbeit und der praktischen Umsetzung von Anliegen in Projekten fließend.

Damit ist ein Konfliktfeld im Seniorenbereich angesprochen. Der Landesring Mecklenburg-Vorpommern des Deutschen Seniorenringes e. V., der die SeniorTrainer-Ausbildung umsetzt, sieht

eine klare Aufgabenteilung zwischen dem Seniorenring, der Projekte macht, und den Landes- und Kreisseniorenbeiräten, die gute Rahmenbedingungen für das Engagement durchsetzen sollen. Er wird aber auch selber politisch aktiv, so z. B. mit der Vorlage einer Landes-Engagementstrategie. Im Landkreis Ludwigslust-Parchim gibt es bisher kaum SeniorTrainer, so dass das Konfliktpotenzial begrenzt ist. Trotzdem ist die gestörte Kommunikation zwischen den beiden großen Seniorenverbänden sicher nicht förderlich.

Mit den lokalen Seniorenbeiräten steht immerhin eine im Landkreis verbreitete Infrastruktur zur Verfügung, die auch für die Ehrenamtsförderung eingebunden werden könnte.

6.1.3 Teilhabe im Landkreis Ludwigslust-Parchim

Die Bedingungen zur Teilhabe älterer Menschen scheinen zurzeit noch gut zu sein. Dieser Eindruck speist sich aus mehreren Beobachtungen:

Es gibt auch in kleinen Dörfern noch Vereine, die nicht nur den eigenen Mitgliedern gemeinschaftliche Aktivitäten ermöglichen, sondern auch die für das dörfliche Gemeinschaftsleben unerlässlichen Feste organisieren. Außerdem wird berichtet, dass das informelle Engagement der nachbarschaftlichen Hilfe gerade auf dem Land als selbstverständlich angesehen wird. Zusätzlich stehen über ehrenamtliche Projekte wie Pflegelotsen und Demenzbetreuer sowie Besuchskreise, die zum Teil von Kirchengemeinden organisiert werden, auch aufsuchende Dienstleistungen zur Verfügung.

Trotz dieser Anhaltspunkte für eine relativ positive Beurteilung der Teilhabechancen im Landkreis Ludwigslust-Parchim geben aber gerade auch Pflegelotsen Rückmeldungen aus ihrer Arbeit, die zeigen, dass die individuellen Teilhabechancen trotzdem schlecht sein können. Menschen bleiben zum Teil in sehr schwierigen Lebenslagen ohne Unterstützung und Hilfe, auch weil niemand auf diesen Hilfebedarf aufmerksam wird. Weniger dramatisch, aber für die Lebenssituation hochbetagter Menschen nicht unerheblich, sind Berichte darüber, wie sehr ältere Menschen am Ort auf Besuch warten, was als Zeichen der Vereinsamung gedeutet werden kann.

Insbesondere Hochbetagten und Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf die Erfahrung von Einbindung in die dörfliche Gesellschaft zu vermitteln und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, ist eine wichtige kommunale Aufgabe. Lokale Seniorenbeiräte könnten sich dafür noch stärker engagieren. Grundvoraussetzung ist, dass das eigene Bedürfnis nach Geselligkeit ergänzt wird durch die Wahrnehmung der Interessen sozial schlecht eingebundener Personen und die Aufmerksamkeit für diese Zielgruppen geschärft wird.

6.2 Vorpommern-Greifswald

Der Landkreis Vorpommern-Greifswald ist mit 3.929 Quadratkilometern der drittgrößte Landkreis Deutschlands. Ihm gehören 144 Gemeinden an und die größten Städte mit über 10.000 Einwohnern sind die Hansestadt Greifswald (56.685 Einwohner), Anklam (12.718 Einwohner), Wolgast (12.273 Einwohner) und Pasewalk (10.442 Einwohner). Obwohl der Landkreis mit Greifswald über ein Oberzentrum und vier mittlere Zentren (Pasewalk, Ückermünde, Anklam und Wolgast) verfügt, müssen sich weite Teile des Landkreises zukünftig besonderen demografischen Herausforderungen stellen. Die Problemlagen gestalten sich ähnlich denen von ganz Mecklenburg-Vorpommern: Die geringe Einwohnerdichte von durchschnittlich 61 Menschen pro Quadratkilometer. Auch hier ist ein Überschuss an Gestorbenen (- 1393) zu verzeichnen, deren Verlust nur wenig durch einen positiv zu verzeichnenden Zuwanderungssaldo ausgeglichen wird (223 im Jahr 2013). Der Anteil der Älteren (50 bis

65 Jahre) beträgt ca. 26 Prozent der Gesamtbevölkerung des Landkreises und der Anteil der älter als 65-Jährigen liegt mit 21 Prozent im bundesdeutschen Durchschnitt. Auch hier wird es bis zum Jahr 2030 einen erheblichen Anstieg dieser Altersgruppe (bis 30,7 Prozent) geben, er liegt aber noch unter dem Durchschnitt von Mecklenburg-Vorpommern (31,7 Prozent). Auch die Pflegesituation stellt sich entsprechend dar. Bisher wird ein Anteil von etwa 4,3 Prozent der Gesamtbevölkerung Vorpommern-Greifswalds als pflegebedürftig eingestuft. Der aktuelle Stand der Arbeitslosenquote beläuft sich auf 11,4 Prozent. Die weitere Alterung der hier lebenden Bevölkerung bei stagnierendem bzw. nur geringem Bevölkerungszuwachs bedeutet eine weitere Verschärfung der ohnehin schon bestehenden Herausforderungen für die Daseinsvorsorge im Allgemeinen, aber auch für Kultur und soziales Miteinander im Besonderen.

6.2.1 Engagementinfrastruktur im Landkreis Vorpommern-Greifswald

Vereine

Die wichtigste Engagementinfrastruktur im Landkreis Vorpommern-Greifswald stellen die Vereine dar. Auf der Grundlage der Datenbank, die der Landkreis im Internet zugänglich gemacht hat, und weiterer Recherchen haben wir den Ist-Zustand aufgenommen. Im Landkreis gibt es in den 134 Gemeinden und 6 amtsfreien Gemeinden über 1.500 Vereine. Nur in 3 Gemeinden gibt es keinen Verein. Die Dichte und Vielfalt der Vereine schwankt jedoch beträchtlich. In der folgenden Karte wird durch die Größe der Punkte das Verhältnis der Einwohnerzahl zur Vereinszahl visualisiert.

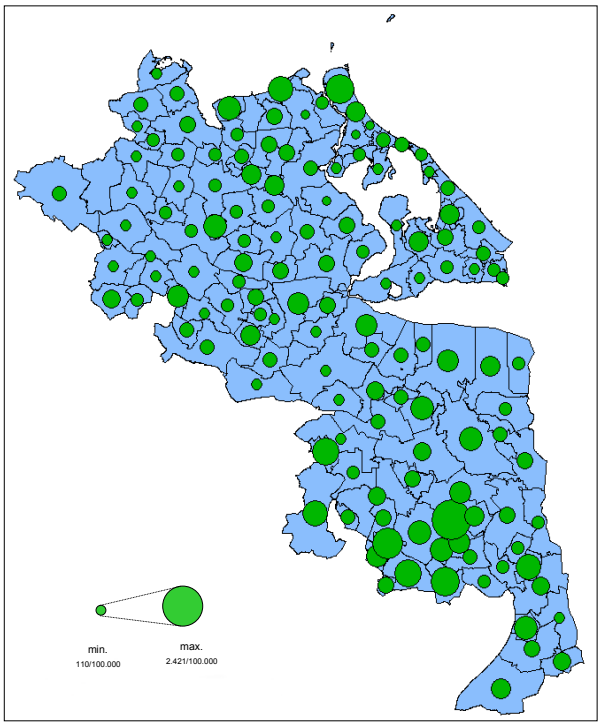


Abbildung 41: Vereinsdichte im Landkreis Vorpommern-Greifswald
Quelle: Vereinsdatenbank des Landkreises und eigene Recherchen

Auffällig ist, dass im Landkreis Vorpommern-Greifswald die Vereinsdichte nicht unbedingt etwas über das dörfliche Leben, die Teilhabechancen und Engagementmöglichkeiten aussagt. Ein Beispiel dafür ist der Spitzenreiter, die Gemeinde Krugsdorf, in der es aufgrund der touristischen Attraktivität des Ortes einen Golfclub sowie zwei Zusammenschlüsse von Ferienbungalowsiedlungen gibt. Andere Gemeinden, z. B. Papendorf, das Platz zwei der Rangliste der vereinsreichsten Orte belegt, hat mit Sportverein und Anglerverein ein übliches Freizeitangebot. Der Storchenpflegehof Papendorf e. V. ist

zwar speziell, versammelt aber auch Dorfbewohner. Der vierte Verein „Leben in Papendorf e. V." könnte eine Form dörflicher Selbstorganisation zur Dorfentwicklung darstellen, doch ist leider nicht mehr über diesen Verein in Erfahrung zu bringen.

Wie im Landkreis Ludwigslust–Parchim gibt es auch im Landkreis Vorpommern-Greifswald selbst in kleinen und kleinsten Gemeinden Vereine. So gibt es beispielsweise in Glasow im Amt Löcknitz, das nur 160 Einwohner zählt und damit eine der beiden kleinsten Gemeinden des Landkreises ist, trotzdem den Fußballclub SV Traktor Glasow und auch eine freiwillige Feuerwehr. Obwohl, wie das Beispiel zeigt, die Vereinssituation in den Orten nicht direkt auf die Größe zurückgeführt werden kann, ist die Bevölkerungsentwicklung doch ein Faktor, der sich negativ auf die Zukunftsaussichten vieler Vereine auswirkt. Die Möglichkeiten, Nachfolgerinnen bzw. Nachfolger und Mitglieder zu gewinnen, werden zunehmend geringer.

Auffällig im Landkreis ist die Stärke der rechten Szene. Bargischow im Amt Anklam ist in diesem Zusammenhang überregional bekannt geworden. Auch Vereine sind für die Rechten anfällig. So wurde im letzten Jahr ein Rechtsextremer zum Wehrführer der freiwilligen Feuerwehr in Postlow im Amt Anklam gewählt. Zwar kassierte das Verwaltungsgericht Greifswald die Ernennung. Doch bleibt es bedenklich, dass die Gemeindevertreter den Mann einstimmig für geeignet hielten, die traditionell zentrale Position dörflichen Gemeinschaftslebens zu übernehmen. Gegen die rechte Okkupation der Zivilgesellschaft sind auch Vereine und andere Institutionen aktiv. So nahm die Gemeinde Fahrenwalde, ebenfalls im Amt Anklam, an einem soziokulturellen Projekt der Amadeo-Antonio-Stiftung teil, mit dem gegenseitige Achtung, Würde und demokratische Kultur auf dem Lande gestärkt werden sollten (Region in Aktion - Kommunikation im ländlichen Raum). Eine wichtige Anlaufstelle für Kommunen, einzelne Engagierte und Vereine in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten ist auch der Demokratieladen Anklam e. V., der von der Landeszentrale für politische Bildung getragen wird.

Einen besonderen Einblick in die örtlichen Verhältnisse des Engagements gewährt das Amt Peenetal/Loitz, das sich im Rahmen verschiedener Projekte mit dem demografischen Wandel und seinen Folgen für die Daseinsvorsorge beschäftigt und darauf aufbauend Zukunftsstrategien erarbeitet hat, in die auch Engagement der Bürger integriert ist (Amt Peenetal/Loitz 2013; Landkreis Vorpommern-Greifswald und Hochschule Neubrandenburg 2014).

Bei einem Dialogforum, das im Februar 2015 im Rahmen der Erstellung des Zweiten Engagementberichts der Bundesregierung in Loitz durchgeführt wurde, standen die Strukturen und Rahmenbedingungen für Engagement im Zentrum des Interesses. Dabei wurde ein gutes Miteinander der Engagierten hervorgehoben, das auch dadurch befördert wird, dass viele der Ehrenamtlichen verschiedene Tätigkeiten ausüben. Kooperation findet also durch „Personalunion" statt oder auch in Freundeskreisen: Man kennt sich. Die Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister, der sich sehr für den Ort einsetzt, ist eine herausragende Unterstützung des Engagements. Die Freizeit- und Kulturangebote werden durch Ehrenamtliche getragen, die in Vereinen organisiert sind, oder sich individuell informell für die Gemeinschaft einsetzen (Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung 2015).

Aus den bisherigen Projekten zogen die Teilnehmer des Forums das Fazit, dass die Förderung in Modellprojekten zwar nicht bei der Bewältigung struktureller Defizite helfe, aber Impulse für eine positive Auseinandersetzung mit den zukünftigen Lebensbedingungen vor Ort geben könne. Engagement bilde vor allem in strukturell benachteiligten Orten einen wichtigen Einflussfaktor für die Zukunftsfähigkeit (Laudenbach).

Engagement fördernde Institutionen

Ort	Einwohnerzahl	Engagement fördernde Infrastruktur	Träger/ weitere Informationen
Görmin	900	Mehrgenerationenhaus	Dörphus im Peenetal, keine aktualisierte Internetseite, Trägerstruktur unklar
Torgelow	8.600	*Mehrgenerationenhaus, MitMachZentrale, SeniorTrainer-Agentur*	Volkssolidarität KV Uecker-Randow e. V.; keine Informationen zu MGH und SeniorTrainern im Internet
Pasewalk	10.500	Pflegestützpunkt	Kreis
Anklam	12.800	Freiwilligenagentur Mehrgenerationenhaus Pflegestützpunkt	Caritas Vorpommern e. V., gefördert durch Hebert Quandt-Stiftung Institut Lernen und Leben e. V. Kreis
Greifswald	56.400	Freiwilligenagentur *Mehrgenerationenhaus, MitMachZentrale, SeniorTrainer-Agentur* Bürgerstiftung Pflegestützpunkt Kommunale Stabsstelle	Caritas Vorpommern e. V. Bürgerhafen Greifswald vom Pommerschen Diakonieverband e. V. 2011 vom Pommerschen Diakonieverein e. V. und der Volksbank Raiffeisenbank eG ins Leben gerufen Kreis Kreis

Tabelle 20: Engagement fördernde Infrastruktur im Landkreis Vorpommern-Greifswald

Im Landkreis Vorpommern-Greifswald lassen sich drei zentrale Standorte für Engagement fördernde Infrastrukturen erkennen, die sich relativ gleichmäßig auf den länglichen Landkreis erstrecken: Torgelow, Anklam und Greifswald.

In Torgelow sind drei Infrastrukturen – Mehrgenerationenhaus, MitMachZentrale und SeniorTrainer-Agentur – in einer Einrichtung der Volkssolidarität gebündelt. Im Mehrgenerationenhaus sind 50 Ehrenamtliche aktiv, einen wichtigen Beitrag leisten die SeniorTrainer. Sie sind auch Multiplikatoren vor Ort und im ländlichen Raum. Über 30 SeniorTrainer sind engagiert. Da die Einsicht herrscht, dass es auch mobile Angebote geben muss, sind entsprechende Projekte initiiert worden (Dorfkicker, Geromobil). Die MitMachZentrale wird auch von Zugezogenen, die am Engagement interessiert sind, aufgesucht.

In Anklam stellt vor allem das Freiwilligenzentrum der Caritas einen Ort der Engagementförderung dar. Von der Internetseite des Mehrgenerationenhauses lassen sich keine Hinweise zur Förderung des Engagements finden, es scheint, dass vor allem Angebote für Gemeinschaftsaktivitäten gemacht werden.

In Greifswald hält der Bürgerhafen ein breites Angebot bereit. Darunter befinden sich mehrere Weiterbildungsangebote für Engagement. Mit der Ausbildung von SeniorTrainern werden speziell ältere Menschen angesprochen. Im Rahmen der Bürgerakademie Vorpommern, gefördert von der Herbert Quandt-Stiftung, werden neben öffentlichen Diskussionsveranstaltungen u. ä. eine Ausbildung zum Bürgerpaten und ein Grundkurs bürgerschaftliches Engagement veranstaltet. Allein auf der Internetseite sind 52 Angebote aufgelistet, die vermutlich überwiegend durch ehrenamtliches Engagement getragen werden. Die Reichweite des Bürgerhafens geht über Greifswald hinaus, so sind Engagierte des Bürgerhafens auch in umliegenden Orten aktiv und führen z. B. Computerkurse durch. Der Bürgerhafen ist sehr gut vernetzt und arbeitet mit anderen Infrastrukturen zusammen. Die Bürgerstiftung wurde 2011 vom Pommerschen Diakonieverein e. V. und der Volksbank Raiffeisenbank eG ins

Leben gerufen. Sie hat nach Orten unterschiedliche Fonds eingerichtet für Anklam, Altentreptow, Greifswald und Ueckermünde und setzt sich für Projekte in der Region ein.

Die Pflegestützpunkte sind an den Standorten der Landkreisverwaltung eingerichtet worden, teilweise mit Sprechtagen in umliegenden Orten. Inwieweit hierbei eine Aktivierung von Engagement stattfindet, ist unklar, aber vermutlich eher gering.

Zwei von vier Freiwilligenagenturen in Mecklenburg-Vorpommern befinden sich im Landkreis Vorpommern-Greifswald, beide sind bei der Caritas angesiedelt. Dabei wird das Freiwilligenzentrum Anklam von der Herbert Quandt-Stiftung gefördert, was auf eine zeitliche Befristung hindeutet.

Ein Seniorenbüro gibt es im Landkreis Vorpommern-Greifswald nicht.

Im Landkreis wurden nach Beendigung des vom Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern 2012/2013 initiierten Modellprojektes „Anlaufstellen für bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Regionen“ einige Aufgaben rund um das Thema Ehrenamt der Gleichstellungsbeauftragten übertragen. So ist sie u. a. Ansprechpartnerin für die jährliche Ehrenamtspreisverleihung im Landkreis.

Insgesamt ist der Eindruck aus Interviews und Fokusgruppen, dass es noch viele zivilgesellschaftliche Organisationen und engagierte Menschen in den Orten gibt. Aber der Nachwuchs an Jüngeren fehlt. In einem Interview wurde dafür auch die Trägheit der Vereine verantwortlich gemacht, sie nehmen nicht an konzertierten Aktionen teil.

Ohne Pasewalk, wo lediglich ein Pflegestützpunkt ist, gibt es im Landkreis vier Orte mit Engagement unterstützender Infrastruktur: Gormin, Torgelow, Anklam und Greifswald.

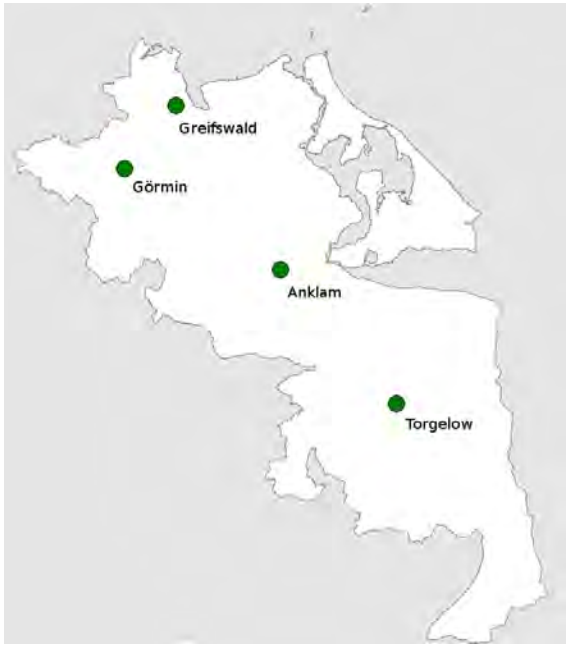


Abbildung 42: Standorte Engagement fördernder Infrastruktur im Landkreis Vorpommern-Greifswald

Die Unterstützung des Ehrenamtes durch den Kreis ist trotz hoher öffentlicher Wertschätzung eher gering. Zwar wird man auf den Internetseiten der Verwaltung schnell den Menüpunkt Ehrenamt finden, doch werden hier weder Wertschätzung für das Engagement der Bürger formuliert noch praxistaugliche Informationen angeboten, wie Links zu Engagement fördernden Einrichtungen, zur Ver-

einsdatenbank oder zu Ansprechpartnern fürs Ehrenamt bei Gemeinden, Wohlfahrtsorganisationen und Kirchen. Stattdessen wird Ehrenamt als unbezahlte Tätigkeit in der kommunalen Selbstverwaltung definiert. Die lieblose und Engagement Interessierte vermutlich eher abschreckende Darstellung setzt sich auch auf den Internetseiten der Ämter fort. Sie sind teilweise eine Zumutung.

6.2.2 Seniorenmitwirkung und Seniorenprojekte

Der Kreisseniorenbeirat des Landkreises Vorpommern-Greifswald wird vom Landkreis finanziell unterstützt z. B. werden Fahrtkosten erstattet. Darüber hinaus wird der Kreisseniorenbeirat durch die Schaffung verlässlicher Rahmenbedingungen für seine Arbeit unterstützt, so ist der Kreisseniorenbeirat in der Hauptsatzung des Kreistages fest verankert. Die Mitglieder des Kreisseniorenbeirates sind in Ausschüssen vertreten und haben Rederecht. Der Kreisseniorenbeirat Vorpommern-Greifswald arbeitet auf der Grundlage des Seniorenmitwirkungsgesetzes, d. h. er versteht sich als eine Vertretung der Interessen der älteren Bürger im Landkreis, die überparteilich und weltanschauungsneutral arbeitet. Die Senioreninteressen stehen klar im Mittelpunkt, doch ist das ausdrücklich nicht gegen die Interessen anderer Generationen gerichtet. Die Struktur der politischen Seniorenarbeit im Kreis ist noch im Aufbau. Es gibt einige gemeindliche Seniorenvertretungen, die sich Seniorenbeiräte nennen, aber nicht in die überörtliche Arbeit eingebunden sind. Der Kreisseniorenbeirat ist an der Integration der vorhanden lokalen Vertretungen und der Qualifizierung ihrer Arbeit im Sinne des Seniorenmitwirkungsgesetzes stark interessiert. Derzeit arbeitet er mit 10-15 lokalen Seniorenbeiräten zusammen. Die Mitglieder des Kreisseniorenbeirates haben den Landkreis in 15 Regionen aufgeteilt und jeweilige Verantwortliche bestimmt, die den Kontakt zu den Seniorenbeiräten auf der unteren Ebene halten. So wird auch die politische Aufgabe des Erfassens und Bündelns von Interessen bzw. umgekehrt Vermittelns von Entscheidungen umgesetzt. Über die persönliche Verbindung zu den Beiräten im zugewiesenen Bereich werden Informationen von der Basis in den Kreisseniorenbeirat und vice versa weitergetragen und von dort über die Vertretung des Kreisseniorenbeirates im Landesseniorenbeirat auf die nächst höhere Ebene. Durch die Mitgliedschaft des Vorsitzenden des Kreisseniorenbeirates im Vorstand des Landesseniorenbeirates, der monatlich Sitzungen abhält, sind auch hier die persönlichen Verbindungen für die Effektivität des Austausches entscheidend. Der Austausch mit den lokalen Beiräten wird außerdem auch über Regionalkonferenzen und die Herbsttagung, zu der alle Seniorenbeiräte Delegierte schicken können, gepflegt. Die Beiratsmitglieder sind in der Regel hochengagiert und leiten z. B. auch als SeniorTrainer ehrenamtliche Projekte. Über die SeniorTrainerausbildung gibt es im Kreis Mecklenburg-Vorpommern auch persönlichen Kontakt und Austausch zwischen den beiden wichtigsten Einrichtungen zur Förderung der aktiven Teilhabe älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben – dem Kreisseniorenbeirat und dem Seniorenring. Ein systematischer Austausch über Möglichkeiten der Kooperation und der Funktionsteilung findet bisher aber nicht statt.

SeniorTrainer haben vielfältige Projekte gestartet. Bei der Musizier-Werkstatt Greifswald, von SeniorTrainer Ingo Meyhöfer ins Leben gerufen, treffen sich interessierte Instrumentalisten einmal wöchentlich zum gemeinsamen musizieren und geben hin und wieder auch kleine Konzerte.[38] In der Bibliothek des Ostseebades Karlshagen bietet Bärber Walter im von ihr initiierten Lesestübchen zweimal wöchentlich Gespräche über Autoren und Bücher sowie Vorleseangebote für Kinder und Senioren an.[39] In der von Regina Werner gegründeten Greifswalder Demokratie-Schule wird für Schüler/innen der 8. bis 10. Klasse Demokratie erlebbar gemacht, indem Abteilungen des Rathauses be-

[38] http://www.buergerhafen.de/unsere-angebote/single/nachricht//musizierwerkstatt.html
[39] http://www.karlshagen.de/freizeit/bibliothek

sucht und Diskussionen mit Vertretern der Fraktionen geführt werden.[40] Der Umsonstladen Anklam rettet gut Erhaltenes vorm Wegwerfen, indem Gebrauchsgegenstände entgegen genommen und an andere Menschen kostenlos gegen eine kleine Spende oder im Austausch weitergegeben werden. Der Umsonstladen ist außerdem ein sozialer Treffpunkt. [41]

6.2.3 Teilhabe im Landkreis Vorpommern-Greifswald

Auch für den Landkreis Vorpommern-Greifswald gilt, dass die Bedingungen zur Teilhabe älterer Menschen zurzeit durch die lebendigen Vereinsaktivitäten und das auf den Dörfern selbstverständliche informelle Engagement noch gut zu sein scheinen. Fahrdienste sind für Alteingesessene selbstverständlich. In einem Ort ist ein Bus der katholischen Kirche günstig für alle nutzbar. Schwieriger ist es für Zugezogene/Nicht-Vorpommer in die Ortsgemeinde reinzukommen, denn das Dorf ist eine Gemeinschaft, die vor allem von Menschen gebildet wird, die schon immer dort gewohnt haben. Gemeinsame Interessen und Platt als gemeinsame Sprache verbindet und erleichtert die Integration. Um eine funktionierende Dorfgemeinschaft aufzubauen, helfen „Gespräche über den Gartenzaun“, offene Treffs bei Organisationen (gut läuft es bspw. bei der AWO) oder eine Bürgerinitiative kann zum Zusammenwachsen beitragen. Letztendlich besteht die Einsicht, dass man im Dorf auf Hilfe untereinander angewiesen ist. Im Mehrfamilienhaus kennen und kümmern sich meist die Älteren umeinander (Gänge zur Apotheke, Post, Zeitung, Einkauf). Aber im Ernstfall kann man sich nicht allein auf Nachbarschaftshilfe verlassen müssen. Als wichtig wurde in der Fokusgruppe der Kontakt zwischen jungen und alten Menschen befunden. Dies könne zum Beispiel durch Schulprojekte gefördert werden (Schüler bekommen Leistungspunkte in der Schule für Computerhilfe mit Senioren) oder Projekte in der Art „Wohnen für Unterstützung“.

Es gibt einzelne Projekte, wie das Geromobil der Volkssolidarität in Uecker-Randow, die Beratungsdienstleistung mobil in die Fläche bringen und dabei auch auf ehrenamtliche Unterstützung angewiesen sind. Auch der ehrenamtliche Hospizdienst in Uecker-Randow stützt punktuell die Teilhabe von in der Regel älteren Menschen, die aufgrund ihrer schweren Erkrankungen ein besonderes Teilhaberisiko tragen. Die Aufmerksamkeit für pflege- und unterstützungsbedürftige Menschen scheint im Landkreis Vorpommern-Greifswald stärker als in Ludwigslust bei den Wohlfahrtsverbänden als Dienstleistungsanbietern und kommerziellen Pflegediensten konzentriert zu sein.

[40] http://www.seniorenring-mv.de/downloads/weiterbildung_aelterer_menschen.pdf; http://www.greifswald.de/uploads/media/11_vom_29.05.2013.pdf

[41] http://www.caritas-vorpommern.de/caritasvorort/anklam/umsonstladen/

7 Herausforderungen und mögliche Lösungswege

7.1 Förderung und Steuerung des Engagements

Die besondere Herausforderung der Engagementförderung besteht darin, dass aufgrund des demografischen Wandels auf der einen Seite die Anforderungen an das Engagement steigen, während sich auf der anderen Seite die Voraussetzungen zum Engagement verschlechtern. Da der Anteil der Älteren an der Bevölkerung stark wachsen wird, stellt diese Altersgruppe das wichtigste Reservoir für eine Engagementausweitung dar. Zugleich wird sich aber vermutlich eine steigende Altersarmut negativ auf die Engagementbereitschaft auswirken. Dass ältere Menschen in steigendem Maße nach ihrem Renteneintritt auf einen Zuverdienst angewiesen sind, schmälert die personelle Basis für das Engagement. Um unter diesen Bedingungen die großen Herausforderungen der Zukunft zu meistern, ist es notwendig eine Engagementstrategie zu entwickeln und die Rahmenbedingungen des Engagements so zu gestalten, dass sie für den unbezahlten freiwilligen Einsatz für das Gemeinwohl motivieren. Ziel der Engagementstrategie sollte aber nicht nur eine allgemeine Förderung des Ehrenamts sein, sondern auch Möglichkeiten der Steuerung beinhalten.

Die Entwicklung der Strategie kann an den grundsätzlichen Herausforderungen des demografischen Wandels und der demokratischen Orientierung sowie der Beseitigung vorhandener Schwachstellen ansetzen, die im Folgenden zusammenfassend beschrieben werden:

- Freiwilliges Engagement ist eine wichtige Dimension von Altersaktivität

Die Formen, sich in kleinen und großen Zusammenhängen für das Gemeinwohl zu engagieren, sind vielfältig. Sie reichen von nachbarschaftlicher Hilfe und gegenseitiger Aufmerksamkeit über geselligkeitsorientierte Formen des Miteinanders, von Kultur und Freizeit bis hin zu Umwelt und sozialen Tätigkeiten, sei es als tätige Unterstützung durch Mitmachen oder politische Beteiligung und Thematisierung von Belangen, die drohen zu kurz zu kommen.

Ältere Menschen sind ein wichtiger Faktor freiwilligen Engagements in Deutschland. Noch nie haben sich so viele ältere Menschen aktiv an der Gestaltung ihres Gemeinwesen beteiligt wie heute. Das gilt auch für Mecklenburg-Vorpommern. Ältere Menschen profitieren vom Engagement: Es sichert soziale Teilhabe, fördert die Gesundheit, eröffnet Lernchancen, bietet neue Rollen in der nachberuflichen Lebensphase an und ist in der Lage, sinnstiftend zu wirken. Aber gerade auch Menschen anderer Generationen, Jüngere und Vulnerable profitieren vom Engagement älterer Menschen: Engagement Älterer ist ganz oft intergenerationales Engagement. Aber auch intragenerational wirken Ältere: Es sind gerade die Älteren, die sich für soziale Belange ihrer eigenen Altersgruppe einsetzen.

Engagement ist Ausdruck einer mit- und selbstverantwortlichen Lebensführung, die für ein sinnerfülltes und teilhabeorientiertes Leben im Alter und den Zusammenhalt der Generationen und des Ortes von größter Bedeutung ist. Mecklenburg-Vorpommern ist gut beraten, gemeinsam mit Unternehmen und der Zivilgesellschaft sowie den Kommunen Wissensbestände und Vorstellungen vom Alter(n) zu verbreitern und differenzierte Altersbilder zu vermitteln, die die Bedeutung des Engagements in seiner Vielfalt für ein gutes Leben im Alter herausstellen. Dabei ist zu vermeiden, Formen des ehrenamtlichen Engagements zur Pflicht Älterer zu machen oder zu erklären. Engagement ist Ausdruck einer lebendigen demokratischen und solidarischen Kultur und darf nicht verordnet werden.

Demokratie und Engagement gehören zusammen

Den Herausforderungen des demografischen und sozialen Wandels gilt es konzertiert und gestaltend zu begegnen. Das gilt auch für den Umgang mit Flüchtlingen, wobei hier dem Staat eine besondere Verantwortung zuwächst. Die Qualität der Lebensbedingungen hängt gerade in kleinen Gemeinden von der Vitalität der Bürgergesellschaft vor Ort ab. Die Erhaltung einer Lebensqualität vermittelnden Infrastruktur und Daseinsvorsorge wäre vielfach bedroht, wenn sich nicht Bürgerinnen und Bürger freiwillig an ihrem Erhalt und ihrer Förderung beteiligen. Das gilt von der freiwilligen Feuerwehr bis zur Bibliothek und dem Schwimmbad. Das reicht vom Bürgerbus bis zum Treffpunkt für Jugendliche. Gerade dort, wo Land und Kommunen auf das Engagement der Bürgerinnen und Bürger setzen, um in der Vergangenheit staatlich oder kommunal garantierte Strukturen der Daseinsvorsorge aufrecht zu erhalten, ist demokratische Beteiligung und Transparenz gefragt. Demokratie und Engagement gehören auch zusammen, um den dunklen und schwierigen Seiten des Engagements zu begegnen. Auch ältere Menschen können hier eine wichtige Rolle einnehmen. Ihre Integration in Seniorengruppen und Gemeinschaftsaktivitäten helfen, wenn es darum geht Zivilcourage und Engagement gegen Rechtsextremismus zu entwickeln bzw. zu stärken. Die thematische Einbettung in Qualifizierungen oder Durchführung spezieller Trainings wird als hilfreich dabei eingeschätzt (Albrecht und Reinfrank 2011). Nur in der Kombination von demokratischer Aushandlung und freiwilligem Engagement der Bürgerinnen und Bürger lassen sich die Herausforderungen der Zukunft koproduktiv bestehen. Das Leitbild der Bürgerkommunen ist eines, das demokratische Beteiligung und Engagement integriert. Es könnte auch für Mecklenburg-Vorpommern zu einem tragfähigen Konzept und Leitbild werden.

Schlechtes Image des Ehrenamts

In den Fokusgruppen, Werkstattgesprächen und Interviews wurde die Erfahrung berichtet, dass Ehrenamtliche sich gelegentlich mit der Einschätzung konfrontiert sehen, dass dumm sei, wer ohne Gegenwert arbeite. Dieser Diffamierung der Engagierten und der dahinter liegenden Vorstellung von Gesellschaft, in der jeder egoistisch nur auf den eigenen Vorteil bedacht ist, entgegen zu treten ist eine Aufgabe, die Politik und Gesellschaft auf allen Ebenen annehmen müssen. Es ist wichtig, nicht nur den Wert des Ehrenamtes für die Gesellschaft zu vermitteln, sondern auch ein positives Bild der Gesellschaft zu entwerfen, in der Bürger Verantwortung für ihr Gemeinwesen übernehmen und dadurch Teilhabe und soziale Eingebundenheit für alle - nicht zuletzt für die Engagierten - steigen. Die Idee des Ehrenamtes sollte im Land besser kommuniziert werden. Der Ministerpräsident sollte als oberster Fürsprecher für Engagement eintreten, als weitere Botschafter sollten bekannte Persönlichkeiten gewonnen werden. Eine Image-Kampagne fürs Ehrenamt sollte über möglichst viele Kanäle geführt werden. Ein wichtiges und relativ preiswertes Medium ist das Internet. Die Internetseiten der Anlaufstellen auf staatlicher und zivilgesellschaftlicher Ebene sollten nicht nur informativ sein, sondern auch die Wertschätzung des Engagements und die Werthaltung integrieren.

Wenig Übersicht über die Engagementförderung

In Mecklenburg-Vorpommern wird von verschiedenen Ressorts und auf verschiedenen Ebenen das Ehrenamt finanziell gefördert. Zahlreich sind auch die Instrumente der Anerkennung. Was fehlt ist die Transparenz über Finanzen, Förderprogramme und Akteure. Eine bewusste Steuerung findet nicht statt, alles wirkt mehr oder minder zufällig. Die Einrichtung einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe, die Förderung und Steuerung des Engagements mit einer landesweiten Perspektive zur Aufgabe hat, ist dringend erforderlich, wenn das Land freiwilliges Engagement systematisch fördern und auch steuernd Einfluss nehmen will. Bei der „Landeskoordinierungsgruppe „Bürgerschaftliches

Engagement“ könnte es sich dem Namen nach um eine solche zentrale Funktion handeln. Die Landeskoordinierungsgruppe hat aber eher den Charakter eines Arbeitskreises und ist als Koordinierungsgruppe zum Projekt „Anlaufstellen für bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Regionen“ entstanden (Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern 2014).

- Governancestrukturen fehlen

Engagement und Partizipation gehören zusammen. Wenn die Bürgerschaft eine Verantwortungsrolle in der Gesellschaft übernimmt, muss sie auch in die Gestaltung der Rahmenbedingungen einbezogen werden. Damit ist nicht gemeint, dass die Entscheidungsmacht der gesetzlich gewählten Abgeordneten aufgehoben wird, sondern dass die Zivilgesellschaft ihre Interessen und Meinungen aushandeln und in den politischen Meinungsbildungsprozess einbringen kann. Die Zivilgesellschaft wird noch zu wenig als Partner wahrgenommen. Ein Beispiel dafür ist die Gründung der Ehrenamtsstiftung. Mit der Initiative des Ministerpräsidenten für die Ehrenamtsstiftung hat das Thema Engagement eine hohe öffentliche Bedeutung gewonnen. Die Gründung ist ein wichtiges, positives Signal. Allerdings wäre eine Anerkennung der ehrenamtlichen Bemühungen um eine landesweite Plattform durch das „Netzwerk freiwilliges Engagement Mecklenburg-Vorpommern“ im Zuge des Gründungsprozesses wünschenswert gewesen. Dass die Ehrenamtsstiftung ihre Aufgaben partizipativ auf mehreren Workshops entwickelt hat, ist ein guter Ansatz für die Aufnahme der Vorstellungen auf Seiten der engagierten Bürger und Bürgerinnen. Eine Einbindung zivilgesellschaftlicher Institutionen in die Organisation der Ehrenamtsstiftung, z. B. als beratendes Gremium, würde einen entscheidenden Schritt weiter gehen. Die Entwicklung partnerschaftlicher Steuerungsstrukturen auch auf den Ebenen der Kreise ist aber nicht nur eine Aufforderung zur Beteiligung an die staatliche Seite, sondern zugleich auch eine Herausforderung an die Selbstorganisation der Zivilgesellschaft.

Good-Practice: Fachkreis Ehrenamt Rostock

Hintergrund

In Eigeninitiative gründeten zivilgesellschaftliche Organisationen den Fachkreis Ehrenamt zur Vernetzung der Einrichtungen aus verschiedenen Bereichen und Tätigkeitsfeldern. Eine enge Kooperation mit Politik und Verwaltung wird verfolgt. Ziele des Fachkreises sind:

- Austausch und Weiterbildung
- Diskussion gemeinsamer Fragen und Interessen
- Analyse und Verbesserung der Rahmenbedingungen für Engagement
- Vernetzung unterschiedlicher Akteure
- Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit

Umsetzung

Organe: Es gibt ein Fachkreistreffen, den Sprecherkreis und Arbeitsgruppen. Die Fachkreistreffen finden zweimal jährlich statt. Der aus mindestens drei Mitgliedern bestehende Sprecherrat trifft sich mindestens sechs Mal im Jahr und Vertritt die Mitglieder nach außen, koordiniert die Arbeitsgruppen und übernimmt laufende administrative Aufgaben. Arbeitsgruppen werden zeitlich befristet für bestimmte Aufgaben gebildet.

Mitglieder: Grundsätzlich kann jede Rostocker Einrichtung, die ehrenamtliche Arbeit in ihrem Leitbild verankert hat, Mitglied im Fachkreis werden. Die Mitarbeit wird schriftlich vereinbart. Jede Mitgliedseinrichtung benennt einen Ansprechpartner, der an den Fachtreffen teilnimmt. Derzeit hat der Fachkreis 20 Mitglieder.

Wirksamkeit/Übertragbarkeit

Der Fachkreis vernetzt zivilgesellschaftliche Akteure der Stadt und ermöglicht ein koordiniertes Auftreten gegenüber der Stadt, welche über einen Kommunikationskanal wiederum viele erreichen kann.

Der Fachkreis arbeitet eng mit der Hansestadt Rostock zusammen und war z. B. an der Konzeption der Rostocker Ehrenamts-Card beteiligt. Mit der vierten Übergabeveranstaltung im Oktober 2012 wurden in Rostock bisher insgesamt über 600 Ehrenamts-Cards übergeben.“ (http://www.ehrenamt-rostock.de/project/ehrenamts-card-rostock/)

Kontakt/weitere Informationen

Fachkreis Ehrenamt Rostock c/o EIZ Rostock
Mühlenstrasse 9Rostock18055
0381 40 31 450
info@fachkreis-ehrenamt.de
http://www.ehrenamt-rostock.de/
http://www.rostock-aktiv.de/ehrenamt-rostock/fachkreis-ehrenamt.html

Fachkreis Ehrenamt der Landeshauptstadt Schwerin
Wismarsche Strasse 144
19053 Schwerin
info@ehrenamt-schwerin.de
www.ehrenamt-schwerin.de

- Wenig Know-how

In Mecklenburg-Vorpommern fehlt es in vielerlei Hinsicht an Kenntnissen und Kompetenzen im Engagementbereich. So gibt es bisher keine Weiterbildungsangebote, die Verwaltungsmitarbeiter darin schulen würden, wie sie als Ermöglicher von Engagement und Moderatoren der Mitwirkung agieren könnten. Das Freiwilligenmanagement in Organisationen ist oft unterentwickelt. Freiwilligenagenturen nutzen die Möglichkeiten, die die Bundesarbeitsgemeinschaft Freiwilligenagenturen (bagfa) für Austausch, Information und Qualifizierung bietet, zu wenig. Andernorts entwickelte und umgesetzte Modelle für innovative Lösungen sind im Land zu wenig bekannt.

- Konkurrenz um Mittel und Ehrenamtliche

Die Konkurrenz um Ehrenamtliche, die vor allem im Konzept Ehrenamtsförderung für den Landkreis Vorpommern-Greifswald aber auch in den Gesprächen mit dem Vorsitzenden der Enquetekommission als vordringliches Problem wahrgenommen wird, stellt sich in der Realität des Engagements weniger gravierend dar. Zwar wird in innovativen Konzepten zur Sicherung der Daseinsvorsorge sehr weitgehend auf eine ehrenamtliche Basis der Projekte abgestellt, doch in der Praxis wird den großen Trägern Ehrenamt viel weniger in die Arbeit eingebunden, als man vermuten könnte. So suchen auch nicht alle Anbieter auf den Ehrenamtsmessen Ehrenamtliche, sondern nutzen sie als Plattform zur Darstellung ihrer sozialen Projekte. Auch das Engagement vermittelnde Stellen berichten, eher zu wenig Einsatzstellen für Interessierte zu haben, was darauf verweist, dass die Konkurrenz um Ehrenamtliche eher übertrieben wird.

Auf jeden Fall kann vorhandene Konkurrenz um Ehrenamtliche durch eine kooperative Organisationsstruktur gemindert werden. Bewährt hat sich das Modell, dass ein Verein, in dem die interessierten Institutionen vertreten sind, als Träger der Freiwilligenagentur fungiert, oder dass ein Beirat die Geschäftsführung berät und damit auch Kontrollmöglichkeiten erhält.

Good-Practice: Freiwilligenagentur Velbert

Hintergrund

Die Freiwilligenagentur Velbert ist eine Anlaufstelle für Organisationen und Bürger. Sie berät und vermittelt am Ehrenamt Interessierte in passende Tätigkeitsfelder.

Umsetzung

Interessant bei dieser Freiwilligenagentur ist, dass sie bei einem Trägerverein angesiedelt ist, der aus verschiedenen Mitgliedern besteht - neben Wohlfahrtsverbänden, Kirchengemeinden und kleineren Vereinen aus unterschiedlichen Bereichen auch die Stadt Velbert. Entsprechend setzt sich der Vorstand auch aus Vertretern und Vertreterinnen verschiedener Organisationen und der Stadt zusammen. Weitere Mitglieder werden aufgenommen. Der Mitgliedsbeitrag liegt bei mindestens 12 €.

Die Freiwilligenagentur kooperiert mit über 100 Organisationen und Vereinen und bietet eine entsprechende Vielfalt an Tätigkeiten für Engagementinteressierte an.

Wirksamkeit/Übertragbarkeit

Diese Struktur bietet eine von lokalen/regionalen Organisationen und Verwaltung gemeinsam getragene Form der Engagementförderung. Die Vielfalt an Angeboten für Engagementinteressierte ist größer als eine einzelne Organisation bieten kann. Damit wird auch vermieden, Engagementinteressierte abzuweisen bzw. zu verlieren. Beispielsweise konnten im Jahr 2008 über 90 Bürger und Bürgerinnen in ein Ehrenamt in einem Verein oder eine andere gemeinnützige Organisation vermittelt werden, die Zahl der Kontaktanfragen war weitaus höher.

Kontakt/weitere Informationen

Freiwilligen Agentur Velbert
Thomasstr. 1
42551 Velbert

freiwilligenagenturvelbert@gmx.de

Timo Schönmeyer, Büro des Bürgermeisters,
Telefon: 02051/26-2258,
E-Mail: timo.schoenmeyer@velbert.de,
Internet: www.freiwilligenagenturvelbert.de

- Anerkennungskultur

Fehlende Anerkennung wurde in den Fokusgruppen als einer der hinderlichsten Faktoren für das Ehrenamt gewertet. Viele Engagierte fühlen sich nicht genug anerkannt und das obwohl es in Mecklenburg-Vorpommern eine ganze Spannbreite von Instrumenten der Anerkennungskultur gibt. Zum Teil werden die Ehrungsveranstaltungen aber nicht als wertschätzend erlebt. Für die unmittelbarste Anerkennung im Rahmen der ehrenamtlichen Arbeit fehlen den Einrichtungen und Projekten aus bürokratischen Gründen die Mittel, Wertschätzung ausdrücken. Es gibt kein Budget, aus dem beispielsweise ein Blumenstrauß zum Geburtstag finanziert werden könnte.

Engagierte wünschen sich oft weniger eine formale Auszeichnung als eine Würdigung ihrer Arbeit, die z. B. auch durch die Finanzierung einer Qualifikationsmaßnahme ausgedrückt wird. Die Verbindung zwischen den Aufgaben der Anerkennung und Qualifizierung ist noch nicht genug ausgearbeitet.

- Mobilität

Ein Grundproblem für Engagement und Teilhabe älterer Menschen stellen die schwierigen Mobilitätsbedingungen im ländlichen Raum dar.

7.2 Lösungsansätze anderer Bundesländer

Zwei Faktoren sind wesentlich für die Bedeutung, die den Bundesländern im Hinblick auf die Förderung bürgerschaftlichen Engagements zukommt. Zum einen werden auf Ebene der Gesetzgebungskompetenz der Länder in Bereichen wie Schule, Kultur oder Kommunalverfassung die Beteiligungsrechte und Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger auf Gemeindeebene festgelegt. Zum anderen haben die Länder eine impulsgebende und aktivierende Funktion bei der Förderung von Engagement in fast allen gesellschaftlichen Feldern. Engagement findet zwar stets vor Ort statt, ist jedoch an Voraussetzungen gebunden, die von Seiten der Bundesländer - zumindest in Teilen - mitgestaltet werden können (Heuberger 2011).

Auf Länderebene gibt es kein einheitliches Konzept zur Engagementförderung. Die Erwartungen und Traditionen seitens Politik und Zivilgesellschaft sind heterogen und lassen sich nicht mit einer für alle Bundesländer erfolgreichen Förderstrategie berücksichtigen. Insofern unterscheiden sich die Ausprägungen und Schwerpunkte der Förderung von Ehrenamt und Engagement. Einige Landesregierungen streben neue, integrierte und zum Teil am Leitbild der Bürgergesellschaft orientierte Strategien zur Engagementförderung an. Auch sind Ansätze des Ausbaus politischer Partizipation auf Länder- und Kommunalebene im Zuge der Förderpolitik beobachtbar (Heuberger 2011).

Im Kontext von Engagementförderung auf Landesebene ist zu beachten, dass diese stets in einem Spannungsfeld stattfindet: Staatliche Fördermaßnahmen und zivilgesellschaftliche Interessenstrukturen sind in unterschiedlichen Handlungslogiken verortet, die sozial-moralischen Ressourcen und Interessen zivilgesellschaftlicher Akteure stehen nicht immer im Einklang mit staatlichen oder wirtschaftlichen Interessen. Nichtsdestotrotz wurden in den letzten Jahren zunehmend Stabs- oder Leitstellen zur Förderung von Engagement in Staatskanzleien oder Sozialministerien angesiedelt, interministerielle Arbeitsgruppen eingerichtet, um die Abstimmung zwischen Ressorts zu verbessern und bürgerschaftliches Engagements als Querschnittsaufgabe oder eigenes Politikfeld zu etablieren können (Heuberger 2011).

In einigen Bundesländern haben sich Landesnetzwerke zur Förderung von bürgerschaftlichem Engagement gegründet. Diese erfolgte zum Teil bottom-up wie in Bayern oder Berlin oder top-down wie in Baden-Württemberg. Diese bilden eine Plattform für die wichtigsten Akteure und Träger bürgerschaftlichen Engagements im Land, ermöglichen Erfahrungs- und Wissensaustausch und fördern Vernetzung. Im Auftrag der jeweiligen Landesregierungen wurden in den Bundesländern Hamburg und Baden-Württemberg unter Beteiligung der zivilgesellschaftlichen Akteure und Träger die ersten beiden landesweiten Engagementstrategien erarbeitet und von Senat/Kabinett verabschiedet.

Um das weite Feld der Engagementförderung auf Länderebene zu strukturieren, wurde aus politikwissenschaftlicher Perspektive eine Differenzierung der Länderaktivitäten entwickelt, die drei Typen unterscheidet (Schmid 2010), wobei diese Differenzierung nicht exakt die Praxis widerspiegelt, da es auch Mischtypen gibt.

Der segmentiert-feldspezifische Typ: Mehrere Ministerien sind für unterschiedliche Zielgruppen und Programme zuständig. Eine gemeinsame Strategie oder Förderung bürgerschaftlichen Engagements wird nicht entwickelt. Die Relevanz des Themas und die finanziellen Aufwendungen sind mittel. Kontakte von Verbänden, Vereinen und kommunalen Akteuren sind auf einzelne Ministerien und Programme bezogen – dort durchaus sehr intensiv und kooperativ. In Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein lassen sich Merkmale dieses Typs identifizieren.

Der symbolisch-diskursive Typ: Bürgerschaftliches Engagement hat eine hohe öffentliche Bedeutung. Allerdings sind die Maßnahmen und Programme eher klein und es gibt eine begrenzte administrative Umsetzung sowie Ressourcenausstattung. Die Aufgaben werden an Verbände delegiert. Eine eher weiche staatliche Steuerung wird praktiziert und v. a. Diskurse, Diskussionen und prozedurale Elemente betont. Die Engagementförderung in Sachsen spiegelt einige dieser Charakteristika wider.

Der integriert-prozedurale Typ: In einer Gesamtstrategie zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements werden Einzelmaßnahmen systematisch gebündelt. Programme werden ressortübergreifend vernetzt und Engagement ist auf der politischen Agenda weit oben angesiedelt. Damit einhergehend ist die finanzielle Ausstattung recht hoch und die politische und gesellschaftliche Kommunikation des Politikfelds nehmen einen hohen Stellenwert ein. Die Engagementförderung in Baden-Württemberg entspricht in weiten Teilen diesem Typ.

In Mecklenburg-Vorpommern finden sich vor allem Merkmale des segmentiert-feldspezifischen Typs. Mit der Gründung der Ehrenamtsstiftung durch den persönlichen Einsatz des Ministerpräsidenten hat das Engagement aber auch symbolisch an Bedeutung gewonnen. Die Stiftungsvariante als zentrale Aktivität auf Landesebene im Engagementbereich verweist auf das Beispiel Thüringen. Allerdings sind die Aufgaben der Ehrenamtsstiftung in Thüringen umfassender. So erhält die Stiftung jährlich

aus dem Haushalt eine Zuweisung in Höhe von über 1,5 Millionen €. Diese Fördermittel vergibt sie an Landkreise und kreisfreie Städte sowie Verbände zum Zweck der Förderung des Ehrenamtes. Es besteht in Thüringen auf diese Weise mehr Transparenz über die vorhandenen Mittel und ihre Verwendung. Aufgaben der Förderung und Steuerung laufen bei der Ehrenamtsstiftung zusammen, wobei die Zivilgesellschaft durch das Kuratorium und die Vernetzungsfunktion mit eingebunden ist. Die Möglichkeiten der Steuerung durch die Politik bleiben trotz der Auslagerung der Aufgabe der Ehrenamtsförderung in die Stiftung erheblich. Im Stiftungsrat, der den Haushaltsplan und damit die Fördermittelvergabe genehmigen muss, sitzen drei der Mitglieder bzw. Vertreter der Landesregierung sowie drei Mitglieder des Landtags. Die Zivilgesellschaft ist im Stiftungsrat nur durch den Kuratoriumsvorsitzenden vertreten.

7.3 Sicherung sozialer Teilhabe

Wie in Kapitel 4.1.3 dargestellt wurde, entstehen gesellschaftliche Teilhaberisiken älterer bzw. hochbetagter Menschen grundsätzlich aus den objektiven Lebensbedingungen der Menschen aller Altersgruppen.

7.3.1 Zusammenfassung der Herausforderungen

Eine erreichbare und ausreichend dichte Infrastruktur bildet die Grundlage für die Ermöglichung von Teilhabe. Dazu gehört der öffentliche Personen-Nahverkehr, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen, Alltagsversorgung, Wohnumfeld, kulturelle und soziale Angebote, Bildungsmöglichkeiten sowie die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs. Die Möglichkeit, mit anderen in Kontakt zu treten, ist bedeutsam, um Isolation und Vereinsamung entgegen zu wirken. Und die Erreichbarkeit von Ärzten bzw. die Möglichkeit zur Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs ist notwendig, um selbständig wohnen zu können.

Für ältere Menschen ist Armut ein höheres Teilhaberisiko als für Menschen anderer Altersgruppen. Insbesondere in Ostdeutschland steht älteren Menschen weniger Geld im Monat zur Verfügung als in Westdeutschland. Vor allem ältere und weniger gebildete Frauen laufen durch fehlende materielle Sicherheit Gefahr der sozialen Exklusion.

Demenz und Depressionen sind Risiken, denen insbesondere Menschen über 65 Jahren ausgesetzt sind. Ca. 10 Prozent haben eine Altersdepression und knapp 7 Prozent eine demenzielle Erkrankung. Diese bergen neben dem Teilhaberisiko für die betroffenen Personen selbst auch die Gefahr, dass die engsten Angehörigen, wenn sie sich um die Betroffenen kümmern, ihre soziale Teilhabe zugunsten der Betreuung der Angehörigen reduzieren. Hier sind Entlastungsangebote für pflegende Angehörige von Bedeutung.

Prekäre soziale Netzwerke sind ein weiteres Teilhaberisiko, gerade bei Menschen mit Pflegebedarf oder Personen, die nur über wenige soziale Kontakte im Familien-, Freundeskreis oder in Nachbarschaften verfügen.

Negative Altersselbst- und -fremdbilder können ebenfalls zu einem Teilhabehemmnis werden. Eigene Aktivitäten, Engagement oder auch Teilhabe im Sinne des Dabeiseins bei sozialer Begegnung kann dazu beitragen, dass Menschen sich als wertvollen Bestandteil der Gesellschaft erleben. Diese Sichtweise sollte durch die Förderung von Begegnungsmöglichkeiten und aktivierenden Maßnahmen gefördert werden. Allerdings sind bei der Entwicklung von Maßnahmen regionale Disparitäten zu berücksichtigen, die sich auch auf die faktisch gegebenen Teilhabechancen auswirken.

7.3.2 Lösungsansätze

Landesweite Strategien zur Förderung der Teilhabe älterer Menschen, die mit Strategien und Maßnahmen zur Förderung von Engagement vergleichbar wären, gibt es in keinem Bundesland.

Einige Hinweise auf Herausforderungen und Lösungsansätze finden sich im 2011 veröffentlichten Bericht „Auf dem Weg zur Inklusion. Bericht zur Situation von Menschen mit Behinderungen in Mecklenburg-Vorpommern“ (Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern 2011). Laut UN-Behindertenrechtskonvention werden Menschen mit Pflegebedarf Behinderten gleichgestellt. Laut Statistik ist knapp die Hälfte der behinderten Menschen in Mecklenburg-Vorpommern über 65 Jahre alt.[42] Dies sind 83.000 Menschen, also ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung. Unter Beteiligung vieler gesellschaftlicher Akteure wurden im Rahmen der Erstellung der Bestandsaufnahme Probleme und Lösungen von älteren Menschen mit Behinderungen identifiziert. Betrachtet man die Probleme und Lösungsideen, die im Rahmen eines Workshops zur Erstellung des Inklusionsberichts für Mecklenburg-Vorpommern (Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg Vorpommern 2011) gesammelt wurden, fügen diese sich im Wesentlichen in das bisher gezeichnete Bild zu Möglichkeiten bzw. Barrieren für Teilhabe ein. An vielen Stellen können ältere Menschen (mit und ohne Pflegebedarf) von Maßnahmen, die zur Realisierung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen geeignet sind, profitieren. Diese beiden Bereiche enger zusammen zu denken und auch in der Landespolitik entsprechend gemeinsam zu bearbeiten, könnte Fortschritt für beide Bereiche ermöglichen. Im Maßnahmeplan der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern zur Umsetzung der UN-BRK sind bereits viele konkrete Umsetzungsschritte definiert worden (Ministerium für Arbeit Mecklenburg Vorpommern 2013). Diese lässt sich mit Einschränkungen auch als Strategie zur Verbesserung der Teilhabe von Menschen mit Pflegebedarf nutzen. Teilweise kann bürgerschaftliches Engagement einen Beitrag zur Lösung der genannten sowie der weiteren in dieser Expertise benannten Herausforderungen leisten, teilweise sind jedoch auch Handeln von staatlicher Stelle bzw. Handeln und ein Umdenken auf Seite der gesellschaftlichen Akteure notwendig. Zusätzlich lässt sich konstatieren, dass alle Landesprogramme, die einen Beitrag zur Verbesserung der Infrastruktur oder der Daseinsvorsorge leisten, bzw. sich konkreten Themenfeldern wie Mobilität, Bildung und Arbeit, Wohnen, Gesundheit und Pflege widmen, damit indirekt auch die Möglichkeiten zur Teilhabe für ältere Menschen verbessern. Abschließend sollen hier drei Programme aus anderen Bundesländern vorgestellt werden, die sich jeweils unterschiedlichen Aspekten von Teilhabesicherung widmen und dabei ehrenamtliche Tätigkeiten integrieren:

[42] Wichtig ist hier zu beachten, dass nur Menschen, die einen Schwerbehindertenausweis haben, in diese Statistik einfließen. Menschen mit Pflegebedarf, die einen solchen nicht beantragt haben, werden nicht erfasst.

Good-Practice: Agentur Pflege engagiert und Modellprojekt Bürgerengagement sichert Teilhabe „BesT“ in Baden-Württemberg

Hintergrund

In Baden-Württemberg existiert seit 2009 die Agentur „Pflege engagiert“, die durch Informationsarbeit und Beratung von Betroffenen und Pflegenden im Rahmen der Förderung von Selbsthilfe und der Unterstützung von Initiativen des Ehrenamts neue Wege beschritt. Seit der Gründung wurden viele Initiativen beraten, die neue Ansätze in der häuslichen Pflege oder neue bürgerschaftliche Ansätze auf lokaler Ebene erprobt haben. Die Agentur wird aus Mitteln des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg sowie der sozialen und privaten Pflegeversicherung gefördert und vom Landesseniorenrat Baden-Württemberg e. V. gemeinsam mit dem Paritätischen Bildungswerk Landesverband Baden-Württemberg e. V. betrieben.

Umsetzung

Um die Aktivitäten der Agentur weiter zu intensivieren wurde ab dem Jahr 2013 das Modellprojekt „Bürgerengagement sichert Teilhabe“ (BesT) aufgelegt. Ein Lokalbudget zur Planung und Entwicklung von Projekten mit dem Ziel der wohnortnahen ambulanten Betreuung über freiwillige Gemeinwesenarbeit wurde für 15 Standorte zur Verfügung gestellt. Zum Ende der Finanzierung der Projektförderung müssen die beteiligten Kommunen eine Ko-Finanzierung erbringen, in Kombination mit Leistungen nach § 45d SGB XI, um die Nachhaltigkeit der entstandenen Kooperationen im kommunalen Alltag zu gewährleisten. Ziel der Projekte ist es, die Möglichkeiten zur Einbindung von Engagement herauszuarbeiten, tragfähige Netzwerke für die Projekte zu entwickeln und eine Anerkennungskultur für Engagierte zu entwickeln und zu praktizieren.

Wirksamkeit/Übertragbarkeit

Mecklenburg-Vorpommern kann in Bezug auf das Beschreiten neuer Wege des Ehrenamts im Bereich der Pflege von Projekten und Programmen aus anderen Bundesländern wie Bayern, Baden-Württemberg oder NRW lernen. Zur effektiven Nutzung der verfügbaren finanziellen Leistungen des SGB XI bedarf es einer zwischen Kommunen und Land abgestimmten Gesamtstrategie. Engagement und Pflege können auf unterschiedliche Art und Weise aufeinander bezogen und neue Wege erprobt werden. Insofern sind derartige Projekte gut auf Mecklenburg-Vorpommern übertragbar. Gleichzeitig sollten beim Verfolgen dieser Ansätze auch die spezifischen Motivationslagen der engagierten Bürgerinnen und Bürger sowie Fragen der Monetarisierung von Ehrenamt in den Blick genommen werden.

Kontakt/weitere Informationen

Paritätisches Bildungswerk e. V. Baden-Württemberg

Hauptstraße 28
70563 Stuttgart (Vaihingen)
Telefon: 0711/2155-184

http://www.pflege-engagiert.de/

Good-Practice: Kommunale Pflegestrukturplanung und Sozialraumentwicklung in Rheinland-Pfalz

Hintergrund

Älteren Menschen in Rheinland-Pfalz soll ermöglicht werden, möglichst lange eigenständig, selbstbestimmt und unabhängig in ihrer vertrauten Umgebung zu leben. Um dieses Ziel, gerade auch in den strukturschwächeren und ländlich geprägten Gebieten in Rheinland-Pfalz zu erreichen, ist eine Veränderung der Infrastrukturen in den Dörfern, Gemeinden und Städten vonnöten. Solche Veränderungen bedürfen der lokalen Verankerung, Aushandlung, Planung und Steuerung, die im Wesentlichen durch die Kommunalpolitik erfolgen muss. Zur Durchführung dieser durchaus neuen Aufgaben bedarf es Unterstützung der Landesebene.

Umsetzung

Die Landesregierung Rheinland-Pfalz hat vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen ein modernes Planungsmodell entwickelt und in einem Modellprojekt mit zehn Kommunen geeignete Planungselemente- und -methoden erarbeitet. Im Anschluss an das Modellprojekt wurde für alle Landkreise eine regelmäßige Pflegestrukturplanung verbindlich vorgeschrieben. Die Erkenntnisse aus dem Modellprojekt wurden in einem Praxishandbuch veröffentlicht (Pfundstein und Baumgärtner 2010), das als Grundlage für die Pflegestrukturplanung der Landkreise dient. Mit den in der Pflegestrukturplanung gewonnenen Daten lassen sich die Entwicklungen und Bedingungen der Pflegebedürftigkeit kleinräumig und regional analysieren. Auf Grundlage dieser Analysen sind die Landkreise dazu angehalten für eine gute Infrastruktur (Verkehrsanbindungen, Lebensmittelversorgung, medizinische Betreuung) zu sorgen, barrierefreien Wohnraum und barrierefreie öffentliche Räume zu schaffen und mit flexiblen Angeboten der Tagesbetreuung und Begleitung von Menschen mit Demenz Familienfreundlichkeit zu fördern. Auch eine detaillierte Analyse der Versorgung mit ambulanten und stationären Angeboten gehört zur Pflegestrukturplanung, durch die beispielsweise mit Hilfe der Erhebung zusätzlicher Daten im Pflegemonitoring Aussagen zur wohnortnahen Versorgung möglich sind.

Wirksamkeit/Übertragbarkeit

Im Bereich der Pflege besteht in einigen Belangen der Bedarf, auf den Markt ordnend einzuwirken und damit den Wünschen der Bürgerinnen und Bürger nachzukommen und beispielsweise dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ gerecht zu werden. Dafür bedarf es entsprechend fundierter Analysen, auch für die kommunale Ebene. In Mecklenburg-Vorpommern ist man auf Landesebene bereits darin erfahren, entsprechende Planungsgrundlagen zu schaffen: sei es mit dem Landespflegegesetz oder in der Ordnung der Berufe im Kontext Pflege.

Da in Mecklenburg-Vorpommern, ähnlich wie in Rheinland-Pfalz bisher keine weiteren kommunalen Steuerungsinstrumente im Pflegesektor zur Verfügung stehen, bietet sich eine Übertragung des Ansatzes der kommunalen Pflegestrukturplanung und Sozialraumentwicklung auf Mecklenburg-Vorpommern an. Auch von der Sozial- und Demografiestruktur her hat Rheinland-Pfalz in den ländlichen Landkreisen in der Tendenz ähnliche Herausforderungen zu bewältigen wie Mecklenburg-Vorpommern.

Kontakt/weitere Informationen

Thomas Pfundstein
Servicestelle für kommunale Pflegestrukturplanung und Sozialraumentwicklung
Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e. V. (LZG)
Hölderlinstraße 8
55131 Mainz
Telefon: 06131 2069-27
E-Mail: tpfundstein@lzg-rlp.de

http://www.pflegestrukturplanung-rlp.de/

Good-Practice: Hamburger Koordinationsstelle für Wohn-Pflege-Gemeinschaften

Hintergrund

Die Hamburger Koordinationsstelle für Wohn-Pflege-Gemeinschaften ist in der STATTBAU Hamburg, der Stadtentwicklungsgesellschaft angesiedelt und wird von der Freien und Hansestadt Hamburg gefördert. Die Stelle informiert und berät über neue Wohn-Pflege-Formen und fungiert als Servicestelle, die insbesondere auch beim Aufbau neuer Wohnformen als Anlaufstelle zur Verfügung steht bzw. aktiv auf entsprechende Initiativen zugeht. Dabei arbeitet sie eng mit den Hamburger Pflegestützpunkten, Beratungsstellen und Selbsthilfeorganisationen zusammen.

Umsetzung

Mit dem Angebot der Koordinationsstelle soll die Angebotsvielfalt kleinräumiger Wohn- und Versorgungsformen für Menschen mit Pflegebedarf erhöht, die Qualität gesichert und der Dialog zwischen Verwaltung, Wissenschaft und Praxis in Hamburg und in Deutschland gefördert werden. Die Beteiligung verschiedener Akteursgruppen in ambulant betreuten Wohngruppen sowie die Vertragsgestaltungen zwischen diesen Akteuren sind komplex. Aus diesem Grund ist es notwendig, ein entsprechendes Beratungsangebot vorzuhalten.

Die Wohnform der ambulant betreuten Wohngemeinschaft bietet eine quartiers- bzw. wohnortnahe und familienähnliche Versorgungsform für in der Regel acht bis zwölf Menschen, die in einer gemeinsamen Häuslichkeit leben. Das Wohnangebot entlastet pflegende Angehörige und ermöglicht bedürfnisgerechte Betreuung und Pflege in der vertrauten Umgebung des vorherigen Wohnortes bzw. -viertels.

Auch andere Bundesländer und Organisationen bieten zur Förderung von Wohngemeinschaften Beratungs- und Koordinierungsstellen an. Das Land Rheinland-Pfalz beispielsweise mit der „Landesberatungsstelle Neues Wohnen“ oder die Alzheimer-Gesellschaft Brandenburg, die in einem Modellprojekt speziell die Unterstützung und Koordinierung von neuen Wohnformen für Menschen mit Pflegebedarf, dabei insbesondere für Menschen mit Demenz, umgesetzt hat. Die dort gesammelten Erfahrungen sind in ein Handbuch sowie in einen auf der Homepage erhältlichen Abschlussbericht eingeflossen.

Wirksamkeit/Übertragbarkeit

Neue Wohnformen, die nicht nur zunehmend in der Stadt sondern auch im ländlichen Bereich nachgefragt werden und eine besondere Chance zur Ermöglichung von Teilhabe von Menschen mit Pflegebedarf auch in kleineren ländlichen Orten darstellen, bedürfen einer entsprechenden Flankierung. Der Aufbau solcher Angebote verlangt eine besondere Expertise und spezifische Organisationsstrukturen außerhalb traditioneller stationärer oder ambulanter Logiken. Es hat sich bewährt, hierfür eine zentrale Informations- und Beratungsstelle zu schaffen. Diese ist für die Beobachtung und Begleitung des ganzen Sektors verantwortlich, um einerseits die besondere Qualität von Wohngruppen in geteilter Verantwortung zu fördern und andererseits Fehlentwicklungen wie in anderen Bundesländern frühzeitig entgegenzuwirken, wo einige Anbieter von Wohngruppen lediglich einen neuen profitablen Markt maximal ausschöpfen wollen. Sie kreieren Angebotskonstellationen die nicht primär den dort lebenden Menschen, sondern lediglich der Vermeidung heimrechtlicher Anforderungen und damit auch von Schutzräumen vulnerabler Personen dienen.
Die Einrichtung einer entsprechenden Beratungsstelle für ambulant betreute Wohngemeinschaften in Mecklenburg-Vorpommern lohnt sich, wenn es sich das Land zum Ziel machen möchte, den Ausbau neuer Wohnformen und sorgender Gemeinschaften vor Ort für Menschen mit Pflegebedarf und Demenz verstärkt zu fördern.

Kontakt/weitere Informationen

Hamburger Koordinationsstelle für Wohn-Pflege-Gemeinschaften

STATTBAU Hamburg GmbH
Sternstraße 106
20357 Hamburg
Telefon 040 43294223
Email: koordinationsstelle@stattbau-hamburg.de
http://www.koordinationsstelle-pflege-wgs-hamburg.de

Alzheimer-Gesellschaft Brandenburg e. V.
Selbsthilfe Demenz

Stephensonstraße 24-26
14482 Potsdam
E-Mail: beratung@alzheimer-brandenburg.de
http://www.alzheimer-brandenburg.de/Alzheimer_Brandenburg.htm

Landesberatungsstelle Neues Wohnen Rheinland-Pfalz
Bereich PflegeWohnen
Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e. V.
Hölderlinstraße 8, 55131 Mainz
Ansprechpartnerin: Stephanie Mansmann
Telefon: 06131 / 20 69 29
smansmann@lzg-rlp.de

7.4 Förderung von Unternehmensengagement intensivieren

In der Expertise „Förderung von Engagement und Teilhabe älterer Menschen in Mecklenburg-Vorpommern“ soll auch die Rolle von Unternehmen und Betrieben als gesellschaftliche Akteure, die sich an ihrem Standort für das Gemeinwesen engagieren können, in den Blick genommen werden.

Im Englischen wurde dafür der Begriff „Corporate Citizenship“ geprägt. In der deutschen Sprache gibt es bislang keinen einheitlichen, allgemein anerkannten Ausdruck. Unternehmensengagement oder unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement werden häufig verwendet. Gemeint ist damit ein Engagement von Unternehmen für das Gemeinwohl, welches über die eigene Geschäftstätigkeit hinausgeht. Unternehmen können das soziale Umfeld an ihrem Standort auf vielfältige Art und Weise mitgestalten und so einen Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen leisten. Trisektorale Netzwerke mit unterschiedlichen Akteuren des Gemeinwesens wie Kommune, lokale Bürgergesellschaft in Form von Vereinen, Initiativen oder Einzelpersonen und Unternehmen können das Miteinander stärken (Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg 2008).

Die Unternehmensgröße ist hierbei nicht relevant. Eine im Jahr 2007 veröffentlichte repräsentative Befragung zu Unternehmensengagement unter kleinen und mittelständischen Betrieben in Baden-Württemberg belegt dies. Unter den dort befragten 541 Unternehmen haben 41 Prozent bis zu drei Beschäftigte, und 30 Prozent zwischen vier und neun Beschäftigte (Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste 2007). D. h. 70 Prozent der engagierten Betriebe sind klein. Dass 48 Prozent der Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern weniger als 5 Beschäftigte haben (Schömann und Hilbert 2015), muss also kein Hindernis für Unternehmensengagement sein.

Im Ersten Engagementbericht der Bundesregierung wurde das Engagement von Unternehmen als Schwerpunktthema ausgewählt und eine bundesweite repräsentative Erhebung durchgeführt (Bundesministerium für Familie 2012).[43] Die fünf am häufigsten genannten Motive für Unternehmensengagement waren hierbei:

Wir engagieren uns …
… weil wir den Zusammenhalt in der Gesellschaft sichern möchten (69,9%)
… weil wir zu Aufgaben beitragen möchten, die von öffentlichem Interesse sind (68,1%)
… weil dies in unserem Unternehmen Tradition hat (57,6%)
… weil wir Defizite bei Aufgaben für die Gesellschaft/Gemeinschaft ausgleichen möchten (57,2%)

[43] Leider ist dabei keine nach Bundesländern differenzierte Auswertung erfolgt, so dass sich keine datengestützten Aussagen über das Unternehmensengagement in Mecklenburg-Vorpommern treffen lassen.

… weil wir dies im Rahmen der allgemeinen Debatte von bürgerschaftlichem Engagement für notwendig erachten (55,5%)

Im Weiteren wurde auch erhoben, welchen Nutzen Unternehmen in ihrem Engagement sehen. Wichtige Aspekte sind hierbei die Verbesserung des Ansehens des Unternehmens in der Öffentlichkeit, die Verbesserung der Standortattraktivität z. B. durch die Sicherung wichtiger Infrastruktureinrichtungen, Beziehungspflege und Kontaktmanagement, Motivation und Bindung von Beschäftigten, Weiterbildung von Beschäftigten, Sicherung des Fachkräftepotenzials z. B. durch die Gewinnung neuer Mitarbeitender, Steigerung der Kundenbindung bzw. Gewinnung von Neukunden. Dies verdeutlicht, dass das Engagement von Unternehmen keineswegs uneigennützig ist – und dies auch nicht sein soll. Unternehmen verfolgen vielfach die gleichen Interessen beim Erhalt oder der Verbesserung der Lebensqualität vor Ort, wie Politik und Verwaltung in den Kommunen. In trisektoralen Kooperationen gemeinsam an der Bewältigung gesellschaftlicher und demografischer Herausforderungen zu arbeiten, ist daher sinnvoll. Eine Beispielsammlung für die Kooperation von Unternehmen, Akteuren der Zivilgesellschaft und kommunalen Akteuren wurde kürzlich vom ddn Arbeitskreis „Wirtschaft und Kommune“ veröffentlicht (Das Demographie Netzwerk 2013), der den Aufbau von Kooperationen zwischen Kommunen und Unternehmen beratend begleitet.

Insbesondere (Ober)Bürgermeister und Ortsvorsteherinnen können Initiative ergreifen, um Unternehmen für Kooperationen zu gewinnen. Genauso können jedoch auch diese oder Anlaufstellen zur Engagementförderung, Vereine, Wirtschaftsverbände oder die Wirtschaftsförderung aktiv werden. Wichtig hierbei ist es, eine Sensibilität dafür zu haben, dass in trisektoralen Netzwerken unterschiedliche Kommunikationskulturen aufeinander treffen. Soziale Einrichtungen ticken anders als Unternehmen. Wenn Unternehmensengagement gefördert werden soll, ist es sinnvoll, Schulungen zur Kontaktanbahnung gerade auf Seiten gemeinnütziger Einrichtungen anzubieten. Vorbildlich wird dies beim sogenannten „Marktplatz der guten Geschäfte“ praktiziert. Bei diesem Veranstaltungsformat treffen Unternehmen und gemeinnützige Einrichtung aufeinander und machen Geschäfte – bei denen alles außer Geld getauscht werden darf. Dieses aus den Niederlanden importierte Veranstaltungsformat ist v. a. in Städten ein geeigneter Weg, um Kooperationen zwischen Unternehmen und gemeinnützigen Einrichtungen zu initiieren (Schöffmann 2007). In Greifswald haben bereits drei „Marktplätze der guten Geschäfte stattgefunden“.[44] Dieses Format ist äußerst öffentlichkeitswirksam, allerdings ist der Aufwand für die Organisation nicht zu unterschätzen.[45] Es gibt jedoch auch zahlreiche weitere Wege, wie beispielsweise von kommunaler Seite - oder vom Land ausgehend - das Engagement von Unternehmen gefördert werden kann: Durch Auszeichnungen und Preise für engagierte Unternehmen bieten sie diesen zum einen die Möglichkeit, sich zu profilieren. Zum anderen können sie als gutes Beispiel für andere Unternehmen dienen, um den Anstoß zu Engagement zu geben. Ebenso können kommunale Akteure zu Veranstaltungen mit Unternehmensvertretern einladen, bei denen Beispiele unternehmerischen Engagements vorgestellt werden und gemeinsam Überlegungen bezüglich wichtiger lokaler Handlungsbedarfe angestellt werden. Unternehmen können aktiv werden, indem sie ihre Beschäftigten dazu anregen, sich gemeinnützig zu engagieren oder sich gemeinsam mit allen Mitarbeitenden in Form sogenannter Corporate Volunteerings beispielsweise statt eines herkömmlichen Betriebsausflugs einen Tag für eine gemeinnützige Initiative oder einen

[44] Vgl. Webseite der Stadt Greifswald: http://www.greifswald.de/verwaltung/aemter/gleichstellungs-und-familienbeauftragte/projekte-und-veranstaltungen/marktplatz-gute-geschaefte-fuer-gemeinnuetzige-und-unternehmen.html Zugriff am 14.10.2015

[45] Leitfäden und Erfahrungsberichte zur Organisation von Marktplätzen der guten Geschäfte finden sich unter www.gute-geschaefte.org

sozialen Träger engagieren. Vereine und Initiativen können Unternehmen ansprechen und um Unterstützung bitten. Dabei ist wichtig, dass es weit mehr Möglichkeiten gibt, als um Geldspenden oder Sponsoring zu bitten: Beschäftigte im Unternehmen könnten selbst zupacken und beispielsweise ein Handwerksbetrieb Auszubildende freistellen, um in einem Kindergarten Wände zu streichen oder es könnte Infrastruktur wie Räume bereit gestellt werden: Beispielsweise sucht eine Band einen Proberaum und in einem Betrieb stehen abends größere Räume leer. – Als Dank könnte dann die Band kostenfrei bei einem Fest im Betrieb für die musikalische Untermalung sorgen (Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg 2008).

Die geschilderten Beispiele zeigen, dass es vielfältige Möglichkeiten zur Initiierung von Unternehmensengagement gibt. In Mecklenburg-Vorpommern sind bereits viele Unternehmen engagiert. Ein paar wenige Beispiele sollen dies illustrieren: Planet IC in Schwerin setzt sich für Jugendliche ein: Es möchte diese für moderne Kommunikationstechnologie interessieren und zusätzlich werden aktive junge Menschen im Segelsport unterstützt.[46] Die Firma Liebherr in Rostock hat eine regelmäßige Kooperation mit dem THW vereinbart[47]: Unter anderem werden dem THW Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt, die Ehrenamtlichen können an Bewerbungstrainings und einzelnen Fortbildungen teilnehmen. Im Gegenzug führt das THW Teambuilding mit Auszubildenden durch, leitet Stellenangebote in seinen Organisationseinheiten weiter oder bietet Vorträge über THW-Einsätze an. Die Reederei Laeisz in Rostock sponsert seit einigen Jahren den Publikumspreis bei den Festspielen Mecklenburg-Vorpommern.[48] – Die genannten Beispiele stammen alle aus größeren Unternehmen. Da diese ihr Engagement in der Öffentlichkeit publik machen, lässt es sich leichter identifizieren.

Die Landesarbeitsgemeinschaft *SCHULE*WIRTSCHAFT[49], die vom Bildungswerk der Wirtschaft Mecklenburg-Vorpommern e. V. koordiniert wird, ist ein Beispiel dafür, wie unterschiedliche Akteure, in diesem Fall Schulen und Unternehmen/Betriebe, gemeinsam aktiv werden, um den Übergang von der Schule in den Beruf zu begleiten und Jugendlichen berufliche Perspektiven in Mecklenburg-Vorpommern zu eröffnen.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern sollte sich intensiver mit Potenzial der Förderung von Unternehmensengagement befassen und gerade auf Landesebene Vernetzungsaktivitäten oder Öffentlichkeitsarbeit, z. B. in Form von Preisverleihungen zur Förderung der Kooperation von Unternehmen, kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren anstoßen.

[46] Vgl. https://www.planet-ic.de/unternehmen/engagement/ (Zugriff 14.10.2015)
[47] Vgl. https://www.thw.de/SharedDocs/Meldungen/DE/Meldungen/national/2012/09/meldung_001_ kooperation _liebherr.html?nn=923314 (Zugriff 14.10.2015)
[48] Vgl. http://www.laeisz.de/unternehmen/engagement/ (Zugriff 14.10.2015)
[49] Vgl. http://www.schulewirtschaft-mv.de/de/ziele_und_aufgaben (Zugriff 14.10.2015)

8 Empfehlungen

Vorbemerkung: Vorleistungspflicht des Staates und Subsidiarität

In einem subsidiären Verständnis vom Funktionieren einer Gesellschaft, eines Staates wird auf die Fähigkeit gesetzt, dass die kleinen Lebenskreise ihre eigenen Angelegenheiten selbst besorgen. Sei es in Familien, sei es in Nachbarschaften, sei es in der Selbsthilfe oder in den vielfältigen Formen der Selbstorganisation von Bürgerinnen und Bürgern. Unser Staat, unsere Kommunen, unsere Dörfer wären mitnichten das, was sie sind, wenn sie nicht über eine solche kulturelle Lebendigkeit und einen solchen Zusammenhalt verfügten, wenn nicht so viele Bürgerinnen und Bürger sich engagieren würden. Wie sich bei dem Thema Flüchtlinge, aber auch bei dem Thema Pflege zeigt, darf der Staat seine Kernaufgaben, seine Gewährleistungsverpflichtung in sozialen aber auch in integrationspolitischen Zusammenhängen nicht durch die Einbeziehung des Engagements in Frage stellen. Dabei steht in einem subsidiären Staatsverständnis zunächst die Vorleistungspflicht des Staates im Vordergrund. Er hat die Voraussetzung dafür zu schaffen, dass etwa Familien Aufgaben der Langzeitpflege übernehmen können, sei es durch eine Vereinbarkeitspolitik, durch ortsnahe Beratung, durch Entlastungsangebote für pflegende Angehörige und die Unterstützung innovativer Ansätze einer Neuverteilung von Aufgaben der Langzeitpflege im Generationen- und Geschlechterverhältnis und im Welfare Mix. Ein aktiver, vorsorgender Sozialstaat berücksichtigt die Bedeutung der Lebensbedingung und Lebenslagen der Menschen vor Ort: Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist in hohem Maße abhängig von Strukturmerkmalen von Dörfern und Kreisen: Hohe Arbeitslosigkeit, Gewalt im öffentlichen Rahmen, geringe Offenheit gegenüber Zuwanderern führt dazu, dass das Engagement vor Ort deutlich niedriger ist als in anderen Gemeinden. Insofern ist Engagementpolitik auf landes- und kommunalpolitischer Ebene immer auch eingebunden in eine Strukturpolitik. Da das Engagement vor allen Dingen aus kleinen Lebenskreisen heraus erwächst, aus Familien, aus Nachbarschaften, aus dem lokalen Vereinswesen und den Ortskirchen, erscheint es wichtig, das Prinzip der Sozialraumorientierung auch und gerade in der Engagementpolitik zu beherzigen. Dorf- und Quartiersmanagementansätze sind wichtige Bausteine einer Infrastrukturpolitik, die auch und gerade der Förderung des Engagements dient. Auch Infrastrukturen der Koordination von Freiwilligenarbeit erscheinen sinnvoll. Sie stehen allerdings stets in der Gefahr, selektiv zu wirken.

1. Würdigung der Vielfalt des Engagements

Das Engagement der Bürger für das Gemeinwesen und füreinander soll in seiner Vielfalt und Breite wahrgenommen und gewürdigt werden. Anzuerkennen sind gleichermaßen sowohl formell gefasste Formen des Engagements als auch die auf Gegenseitigkeit beruhende Nachbarschaftshilfe und andere Formen des informellen Engagements. Mit der Wahrnehmung nachbarschaftlichen und familiären Engagements wird eine Perspektive für angemessene Begleitung und Lenkung dieser vielfältigen Engagementbereiche eröffnet. Die Vielfalt des Engagements, die gewürdigt werden soll, betrifft auch die Engagementfelder. Geselligkeitsorientiertes und dienstleistungsorientiertes Engagement gilt es gleichermaßen anzuerkennen.

Die öffentliche Wahrnehmung und Würdigung der Vielfalt des Engagements ist Chefsache, das gilt für das Land ebenso wie für Kreise und Gemeinden. Sie legt die Basis für eine Kultur des Miteinanders.

2. Ehrenamt von erwerbsähnlichen Formen des Einsatzes für das Gemeinwohl trennen

Ehrenamt ist unbezahlt, selbstbestimmt und gemeinwohlorientiert. An diesem Kern des Selbstverständnisses des freiwilligen Engagements ist festzuhalten, denn die Monetarisierung des Ehrenamtes schwächt die Arbeitsgrundlage des Engagements. So prägen noch heute die in der Nachwendezeit in den neuen Bundesländern ausgebildeten monetarisierten Engagementsysteme des zweiten Arbeitsmarktes (ABM/SAM) das Bewusstsein bezüglich der Übernahme eines Engagements und der Erwartung eines monetären Benefits. Von dieser Erwartung muss sich die Ehrenamtsförderung klar abgrenzen, um das Modell einer Gesellschaft überzeugend vertreten zu können, in die sich Bürger nach ihren Interessen und Möglichkeiten einbringen und damit deren Funktionsfähigkeit und Zusammenhalt sichern. Zugleich machen bezahlte, erwerbsähnliche Formen die Tätigkeit für das Gemeinwohl keineswegs attraktiver. Gerade dass das Engagement nicht nach den Regeln des Arbeitsmarktes funktioniert, sondern Chancen zur selbstbestimmten Tätigkeit und persönlicher Wertschätzung fernab des Interesses an der Verwertung der Arbeitskraft bereit hält, bedeutet einen spezifischen Vorteil des Engagements.

Damit ist nicht gesagt, dass ein erwerbsähnlicher Einsatz für soziale Zwecke, nicht auch seine Berechtigung hätte. Gerade im Umfeld von Pflege, wo sowohl die Qualifizierung der Helfer als auch ihre Zuverlässigkeit eine große Rolle spielen, werden Vergütungen gewährt. Diese Modelle sollen nicht abgeschafft werden, aber die Empfehlung lautet, dass erwerbsähnliche Verhältnisse, die z. B. durch stundenweise Vergütung und Einsatzpläne gekennzeichnet sind, nicht unter dem Begriff „Ehrenamt“ laufen, sondern in reguläre, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse mit Mindestlohn überführt werden sollten. Auch eine Einordnung in den dritten Arbeitsmarkt wäre möglich.

3. Transparenz über Ehrenamtsförderung und Landes-Ehrenamtsstrategie

Das Land Mecklenburg-Vorpommern fördert mit erheblichen Summen Ehrenamtliche und ehrenamtliche Projekte. Auch Kreise, Städte und Gemeinden tragen zur Finanzierung des freiwilligen Engagements bei. Es sollte Transparenz darüber hergestellt werden, wie viel Geld ins Ehrenamt fließt und wofür es verwendet wird – unter Einbeziehung der Übungsleiterpauschalen. Die Offenlegung ist eine Voraussetzung dafür, die finanzielle Basis einer Landesehrenamtsstrategie näher zu bestimmen. Die Einrichtungen einer interministeriellen Arbeitsgruppe oder Landeskoordinierungsgruppe zur strategischen Ausrichtung der Engagementförderung wir empfohlen.

4. Das Ehrenamt über Öffentlichkeitsarbeit stärken

Eine Kultur des Engagements kann durch eine systematische Öffentlichkeitsarbeit gefördert werden. Auf Landesebene gehört dazu eine Image-Kampagne fürs Ehrenamt, die über möglichst viele mediale Kanäle geführt werden sollte. Kreise und Ämter sollten auf ihren Internetseiten Informationen zum Ehrenamt so präsentieren, dass sie aufgefunden werden können, ansprechend gestaltet sind und die Wertschätzung für die Arbeit der Ehrenamtlichen zum Ausdruck bringen.

5. Wirtschaft in die Ehrenamtsförderung einbeziehen

Die Wirtschaft beteiligt sich an der Förderung der Engagementlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Insbesondere das Sponsoring der lokalen (Sport)vereine hat Tradition aber auch andere Initiativen, Vereine und Bürgerstiftungen werden mit Spenden von Unternehmen unterstützt. Was fehlt, ist ein übergreifender trisektoraler Austausch zwischen Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft

über die gemeinsame Verantwortung für das Gemeinwesen, in der die Rolle der Wirtschaft in der Ehrenamtsförderung näher bestimmt werden könnte.

6. Leitbild der Sorgenden Gemeinschaft

Den Bürgerinnen und Bürgern im hohen Alter gesellschaftliche Teilhabe und ein Leben in Würde auch unter den Bedingungen der Hilfs- und Pflegebedürftigkeit zu ermöglichen, ist eine der großen Herausforderungen, die durch den demografischen Wandel auf Mecklenburg-Vorpommern zukommen. Durch den Aufbau einer Engagement fördernden Infrastruktur allein ist das nicht zu erreichen. Das Leitbild der Sorgenden Gemeinschaft ist geeignet, den nötigen kulturellen Wandel und den damit verbundenen Innovationsschub anzustoßen. Das Konzept der Sorgenden Gemeinschaft geht von den kleinen Kreisen aus, in denen Bürgerinnen und Bürger ihr Leben gestalten. Auf den Dörfern, die solch kleine Lebenskreise darstellen, gibt es noch viel informelles Engagement, einen offenen Blick für die Belange und Nöte der Nachbarn, und Vernetzungstätigkeiten zwischen den Einwohnern. Die Sorge für Menschen mit Hilfs- und Pflegebedarf überschreitet jedoch den Rahmen der auf Gegenseitigkeit beruhenden Nachbarschaftshilfe. Dorfgemeinschaften können dabei unterstützt werden, sich zu Sorgenden Gemeinschaften zu entwickeln, in denen Verantwortung auch jenseits klassischer Familienstrukturen und staatlich initiierter Maßnahmen übernommen wird, soziale Fürsorge stattfindet und die Integration von Menschen mit Pflegebedarf und deren Angehörigen sowie auch Flüchtlingen ein Anliegen ist.

Grundlage dafür ist, dass gemeinsam ein Leitbild entwickelt wird, was ein gutes Leben unter den vorfindlichen Bedingungen für die Dorfbewohner bedeutet und welche Voraussetzungen geschaffen werden können, um dieses gute Leben gemeinsam für alle zu erreichen. Der kulturelle Lernprozess richtet sich auf den Umgang mit Hilfebedürftigkeit, der im Verständnis der sorgenden Gemeinschaft ganzheitlich angelegt ist und viel mehr umfasst als nur die Organisation von Pflegleistungen.

Kultureller Wandel bedeutet aber auch, dass Dorfgemeinschaften anerkennen, dass die Sorge füreinander nicht delegiert werden kann und ihre Möglichkeiten zur Selbsthilfe entdecken und nutzen. Dieses subsidiäre Eintreten der kleinen Kreise für sich selbst entlässt den Staat nicht aus seiner Verantwortung, sondern verlangt von ihm, seiner Vorleistungspflicht nachzukommen, indem er Infrastrukturen gewährleistet, existenzsichernde Sozialleistungen erbringt und bürokratische Hürden abbaut, wo sie innovative Lösungen behindern.

Eine zweite Aufgabe des Staates besteht darin, in der Kooperation mit Wohlfahrtsverbänden bzw. dritte Sektor Organisationen durch Kampagnen der Bevölkerung die Wünsche von Menschen mit Pflegebedarf für ein gutes Leben nahe zu bringen. Die mediale Aufmerksamkeit erleichtert die Wahrnehmung von lokalen Gegebenheiten und gibt über die Erzeugung persönlicher Betroffenheit Impulse für ein Engagement.

Das Leitbild der Sorgenden Gemeinschaft geht von der Subsidiarität als Basis des solidarischen Sozialstaats aus. Nicht die pflegerische Versorgung und professionelle Dienstleistungen werden in den Mittelpunkt gerückt, sondern die Autonomie, die Selbst- und Mitverantwortlichkeit der Bürgerinnen und Bürger. Das heißt nicht, das professionelle Dienste nicht auch Teil der subsidiären Verteilung von Sorgeaufgaben darstellen - ganz im Gegenteil; sie bilden eine feste Säule in dem Modell geteilter Verantwortung zwischen Staat, Markt, Zivilgesellschaft und informeller Gemeinschaften. Aber professionelle Dienste übernehmen nur solche Aufgaben, die nicht durch die Familien, die Nachbarschaften, die Dorfgemeinschaft getragen werden.

Im Kern geht es bei sorgenden Gemeinschaften somit um eine erneute Fokussierung und Stärkung der kleinsten Einheiten im Sorgemix. Auch bisher übernehmen diese Einheiten in Form der Familien bereits einen wesentlichen Teil von Sorgeaufgaben – es gilt jedoch diese gelebte familiäre Solidarität auch angesichts des demografischen und sozialen Wandels, der kleineren und geografisch weiter verstreuten Familien, auf Ebene der Quartiere und Dorfgemeinschaften neu zu denken. Dies beinhaltet im Wesentlichen die Aktivierung von bürgerschaftlichem Engagement von und für Ältere. Engagement entsteht jedoch nicht in jedem Kontext aus sich heraus, sondern benötigt zumeist eine entsprechende Rahmung, braucht Ermutigung, ein Leitbild.

Das Bild der Sorgenden Gemeinschaften ist solch ein Leitbild. Es fußt auf den Bedürfnissen vieler Menschen in einem lokalen Zusammenhang, nach Solidarität und gemeinsamer Lebensgestaltung und dem Bedürfnis sich aktiv und sinnvoll einzusetzen. Es stellt eine Rückbesinnung auf dem Menschen elementare Sinnzusammenhänge im lokalen Kontext dar. Gerade in einem Zeitalter des langen Lebens und auch langer Phasen gesunden und aktiven Lebens im Alter hat dies für viele Menschen Bedeutung. In der Heidelberger Hundertjährigenstudie (Jopp et al. 2013) wurde eindrucksvoll herausgearbeitet, wie Bedeutsam-sein für andere, Teilhabe am Leben der nachfolgenden Generationen gerade auch für ältere Menschen unter Bedingungen von Verletzlichkeit von Bedeutung ist. Zugleich gilt es auch die breite Gesellschaft, die jüngeren Generationen für die Bedürfnisse Älterer, von Menschen mit Unterstützungs- oder Betreuungsbedarf zu sensibilisieren.

Das Leitbild der Sorgenden Gemeinschaften kann aus Initiativen der Bürgerschaft heraus entstehen. Es ist aber ebenso denkbar, dass hierfür vom Staat, und auch dort von den kleinsten Einheiten, den Kommunen, die Initiative ausgeht, um bürgerschaftlich organisierte Selbstorganisation aufzubauen oder zu stärken. In Gemeinden, in denen nicht bereits starke Akteure in der Organisation des Sozialen existieren ist es ratsam, dass die Kommune eine aktive Rolle in der Organisation und Steuerung des Hilfemixes übernimmt.

Welche konkreten Hilfs- und Unterstützungsangebote dann tatsächlich lokal entstehen, hängt ganz wesentlich von den Bedingungen vor Ort, dem Interesse und dem Engagement der Beteiligten ab. Es muss nicht direkt ein Bürgerverein mit bürgerschaftlich getragener Tagespflege, Fahrdienst und Nachbarschaftshilfe entstehen. Oftmals entsteht erst ein kleines Angebot, ein Besuchsdienst, ein Erzählcafé oder ein Angehörigen-Treff. Mit der Zeit werden dann ggf. weitere Bedarfe deutlich. Einen „Standardweg“ für Sorgende Gemeinschaften gibt es somit nicht. Die Rahmenbedingungen vor Ort, die Infrastrukturen und die Bedarfe und Interessen der Bürgerinnen und Bürger sind individuell zu erfassen. Auf dieser Grundlage lassen sich maßgeschneiderte Lösungen entwickeln.

Wesentlich ist jedoch, dass der Prozess an sich bereits zum Gesprächsgegenstand in der Kommune wird. Möglichst viele Bürgerinnen und Bürger müssen informiert und eingebunden werden, so dass eine aktiv gelebte Gemeinschaftskultur entstehen kann, die die Sorge für den Anderen, für die Älteren und Verletzlichen in der Gemeinschaft stets mitdenkt. Dann ist von Sorgenden Gemeinschaften im Sinn einer neuen Kultur des Miteinanders zu reden.

Empfehlungen:

- Die Gründung von Dorfvereinen und Entwicklung dörflicher Leitbildprozesse sollten gefördert werden.
- Gemeinden sollten zu einem unbürokratischem und innovativen Vorgehen ermächtig werden. Das Pflegestärkungsgesetz 3 wird Landkreisen die Möglichkeit bieten als Modellkom-

munen die Aufgaben der Pflegeversicherung selber zu übernehmen. Wir empfehlen, dass Landkreise diese Möglichkeit nutzen und mit den innovativen Gemeinden in ihrem Zuständigkeitsbereich Lösungen entwickeln und umsetzen. Die Modell-Landkreise übernehmen nach dem PSG 3 Planungsaufgaben und können Aufgaben an die Gemeinden delegieren. Care-and-Case-Management in der Regie der Kommunen verbunden mit einer sozialräumlichen Dorfentwicklung bietet eine gute Struktur, um Kommunen bei der Entwicklung innovativer Lösungen für ihre alternde Bevölkerung zu stärken und einen kulturellen Wandel hin zur sorgenden Gemeinschaft vorantreiben.

- In der Kooperation mit Wohlfahrtsverbänden sollten Kampagnen durchgeführt werden, um für die Nöte im Alter zu sensibilisieren.

7. Mobilität im ländlichen Raum

Ein Grundproblem für Engagement und Teilhabe älterer Menschen stellen die Mobilitätsbedingungen im ländlichen Raum dar. Innovative Projekte, die auf ehrenamtlichem Engagement beruhen oder ehrenamtliches Engagement einbinden, können bei der Aufrechterhaltung des öffentlichen Verkehrs helfen. Es fehlt aber im Land an Know How in diesem Handlungsfeld. In die SeniorTrainerausbildung sollte daher ein thematisches Modul „Mobilität“ eingebunden werden, um Wissen über Mobilitätsprojekte zu verbreiten und das Handlungsfeld für engagierte sowie für Projektentwicklung und -durchführung qualifizierte Menschen attraktiver zu machen.

Ältere Menschen nutzen den öffentlichen Verkehr zwar stärker als Menschen im mittleren Alter, doch auch die Älteren fahren zum größten Teil mit dem eigenen Auto. Das wesentliche Mobilitätsproblem für Engagierte besteht entsprechend nicht in den unzureichenden Bus- und Bahnverbindungen, sondern darin, dass sie einen erheblichen Aufwand an Zeit und Geld für Autofahrten auf sich nehmen müssen, die in Zusammenhang mit ihrem Engagement stehen. Das Land muss unbürokratische Möglichkeiten der Aufwandsentschädigung für Fahrtkosten entwickeln, die Menschen erhalten, die sich überörtlich engagieren und nicht von ihren Verbänden die Fahrtkosten erstattet bekommen.

8. Teilhabe von Menschen mit Pflegebedarf in stationären Einrichtungen stärken

Die Teilhabe von Menschen, die in Einrichtungen der stationären Pflege leben, könnte durch eine programmatische Aufnahme von bürgerschaftlichem Engagement in das Landesheimgesetz EQG M-V gefördert werden. Als Beispiel kann hier das Wohn- und Teilhabegesetz in Sachsen-Anhalt genannt werden. Dort ist in § 10 WTG LSA die „Öffnung in das Gemeinwesen unter Einbeziehung bürgerschaftlichen Engagements“ für Einrichtungen als Soll-Bestimmung aufgenommen worden. In der stationären Pflege kommt der Öffnung der Einrichtungen durch den Einbezug von Engagierten eine besondere Bedeutung für die Teilhabe zu. So können möglichen Risiken der Vereinsamung und Isolation entgegengewirkt werden – zugleich bietet der regelmäßige Einbezug bürgerschaftlich Engagierter eine Form der Qualitätskontrolle von Einrichtungen, die die Heimaufsichtsbehörden nicht leisten können. Eine entsprechende Regelung könnte in einer Novellierung des EQG M-V somit das Ziel einer auf Teilhabe ausgerichteten Pflegepolitik des Landes unterstützen.

9. Verlässliche Anlaufstellen für Engagement schaffen

Die systematische Förderung des freiwilligen, formellen wie informellen Engagements und der gesellschaftlichen Teilhabe setzt eine abgestimmte Arbeitsteilung zwischen Staat und Zivilgesellschaft voraus. Die staatliche Seite sollte vor allem die Funktionen der Finanzierung, der Schnittstelle zur Verwaltung und der Anerkennung übernehmen, während Vernetzung, Qualifizierung und Vermittlung zivilgesellschaftliche Aufgaben sind.

Staat	Zivilgesellschaft
Land	
Zentraler Ansprechpartner Staatskanzlei oder Sozialministerium	Ehrenamtsstiftung
Aufgaben: ▪ Transparenz herstellen ▪ Finanzierung ▪ Schnittstelle zur Verwaltung ▪ Anerkennung ▪ Öffentlichkeitsarbeit	Aufgaben: ▪ Vernetzung, Austausch, Information ▪ Qualifizierung ▪ Beratung zu Anträgen und Fördermöglichkeiten ▪ Öffentlichkeitsarbeit
Kreise	
Zentraler Ansprechpartner	MitMachZentrale …
Aufgaben: ▪ Finanzierung ▪ Schnittstelle zur Verwaltung ▪ Partizipation ▪ Koordination ▪ Anerkennung	Aufgaben: ▪ Vernetzung (der Engagement fördernden Institutionen und Vereine) ▪ Austausch ▪ Öffentlichkeitsarbeit über Projekte
Gemeinden	
Bürgermeister	MitMachZentralen
Aufgaben: ▪ Unterstützung ▪ Anerkennung ▪ Ansprechen von geeigneten Personen für informelles oder formelles Engagemet	Aufgaben: ▪ Vermittlung von Freiwilligen und lokale Netzwerkarbeit ▪ Austausch und Begleitung von Freiwilligen ▪ Information

Tabelle 21: Förderung des Ehrenamtes – Funktionsaufteilung zwischen Staat und Zivilgesellschaft

8.1 Zuständigkeiten auf staatlicher Seite auf den Ebenen des Landes, der Kreise und Gemeinden

Land Mecklenburg-Vorpommern

- Transparenz herstellen und eine Engagementstrategie entwickeln

Siehe Empfehlung 3.

- Finanzierung

Ehrenamtliche engagieren sich zwar unentgeltlich, doch Ehrenamt ist nicht umsonst. Kosten entstehen durch die Stellen der zentralen Ansprechpartner, die Grundfinanzierung der Engagement fördernden Institutionen, d. h. der Ehrenamtsstiftung und der MitMachZentralen in den Landkreisen, Aufwandsentschädigungen, die Haftpflichtversicherung für Ehrenamtliche sowie Projekte. Diese Kosten werden weitgehend vom Land getragen werden müssen.

Der Grundsatz „Kommune im Zentrum“ der in dieser Expertise vertreten wird, bedeutet auch, dass Kommunen mit Mitteln ausgestattet werden müssen, um Ehrenamt – ob formell oder informell – eigenständig in ihrem Zuständigkeitsbereich fördern zu können.

- Schnittstelle zur Verwaltung

Die zentrale Stelle zur Förderung des Engagements vermittelt die Interessen der zivilgesellschaftlichen Organisationen in die Politik und die verschiedenen Ressorts. Hier laufen Informationen zusammen, zu Ansprechpartnern auf Seiten der Politik und Verwaltung, bei Wohlfahrtsverbänden und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie zu Finanzierungen.

> Empfehlung:
> Einrichtung einer Stelle mit der zentralen Zuständigkeit für das freiwillige Engagement .

- Öffentlichkeitsarbeit und Anerkennung

Obwohl sich fast ein Drittel der Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns freiwillig engagiert, wird der unbezahlte ehrenamtliche Einsatz für das Gemeinwohl keineswegs immer so wahrgenommen, dass es die Engagierten positiv auszeichnet. Öffentliche Würdigung des Ehrenamtes und Anerkennung der Engagierten durch die Repräsentanten des Landes kann dazu beitragen, das Leitbild einer Gesellschaft zu verbreiten, in die sich die Bürger selbstverantwortlich einbringen, die solidarisch und tolerant ist und die Teilhabe aller fördert.

> Empfehlung:
> Als zentrales Element der Anerkennung auf Landesebene sollte der jährliche Empfang durch den Ministerpräsidenten und die Auszeichnung von Ehrenamtlichen beibehalten werden.
> Eine Image-Kampagne fürs Ehrenamt sollte über möglichst viele Kanäle geführt werden.

Kreise

- Schnittstelle zur Verwaltung

Die Welt der ehrenamtlichen Arbeit und der sozikulturellen Initiativen und Projekte ist nicht immer kompatibel zur Verwaltungslogik. Ehrenamtliche berichten von Unverständnis auf der Verwaltungsseite und Schwierigkeiten, ihre Anliegen verwaltungskonform vorbringen zu können. Zentrale Ansprechpartner haben hier die Aufgabe quasi zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung zu übersetzen, Wege durch den „Behördendschungel“ zu weisen, Türen zu öffnen.

- Partizipation

Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement gehören zusammen. Der Kreis hat hier eine koordinierende und moderierende Funktion, damit gemeinsam mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren Anforderungen und Bedarfe geklärt und Möglichkeiten der Unterstützung und Kooperation entwickelt werden können.

Für die Schnittstellenfunktion und die Moderation von Beteiligungsprozessen sind Verwaltungsmitarbeiter noch nicht ausreichend gerüstet. Das Leitbild der Bürgerkommune könnte hier Veränderungsprozesse anstoßen.

> Empfehlung:
> Fortbildungen für Verwaltungsmitarbeiter, die als zentrale Ansprechpartner fungieren zum Leitbild der Bürgerkommune und zu deliberativen Beteiligungsverfahren.

- Koordination

Die Koordination des Ehrenamtsbereiches im Kreis ist die Grundvoraussetzung für die Beteiligung der Akteure. Insofern sind die Aufgaben der Partizipation und der Koordination eng verknüpft. Auf dieser Grundlage sorgt der Kreis für eine Ehrenamtsstrategie, die entweder mit den Aktiven partizipativ entwickelt wird oder auch dort, wo es das gibt, mit dem Akteursnetzwerk des Kreises abgestimmt wird. Eine Selbstorganisation der zivilgesellschaftlichen Akteure erleichtert die Koordinationsaufgabe (vgl. oben Punkt 6.1 Goodpractice Fachkreis Ehrenamt Rostock, S. 99).

- Anerkennung

Den Einsatz der Engagierten für das Gemeinwohl zu würdigen, liegt im Interesse des Staates. Nicht nur, weil manche Aufgaben ohne freiwilliges Engagement nicht zu bewältigen wären, sondern auch, weil Engagement fundamental für Teilhabe und soziale Zusammengehörigkeit sorgt. Die Aufgabe der Verwaltung und ggf. weiterer Partner besteht darin, diese Anerkennung zu vermitteln. Bei der Auswahl derjenigen, deren Engagement durch eine besondere Anerkennung herausgehoben werden soll, arbeiten die (zivilgesellschaftliche) zentrale Anlaufstelle für Engagement, die eine Vorschlagsliste erstellt, und der zentrale Ansprechpartner für Engagement in der Kreisverwaltung zusammen.

Die Anerkennung der Engagierten auf Empfängen und durch besondere Auszeichnungen, wie die Ehrenamtsnadel, stoßen auf ein geteiltes Echo. Wenn die Eingeladenen nicht im Mittelpunkt der Veranstaltung stehen, sondern das Gefühl haben, als Publikum für eine politische Darstellung geladen worden zu sein und obendrein noch die Fahrtkosten selber tragen müssen, wird eher ein gegenteiliger Effekt erzeugt. Wenn aber das Engagement der Eingeladenen authentisch gewürdigt wird, wird das durchaus als Höhepunkt erlebt. Engagierte betonen, dass sie ihre Aufgaben nicht um der Anerkennung willen übernehmen, dass aber ein Dankeschön der Gesellschaft trotzdem schön sei.

Eine modernere Form des Dankes besteht darin, Ehrenamtlichen über eine Ehrenamtskarte gewisse Vergünstigungen, etwa beim Besuch von Freizeiteinrichtungen oder der Nutzung von Dienstleistungen zu gewähren. Ehrenamtskarten erfordern einen hohen Verwaltungsaufwand, weil umfangreiche Verhandlungen mit verschiedensten Unternehmen geführt werden müssen, um die Vergünstigungen als Kartenausstattung zu erlangen. Die Stadt Rostock hat z.B. für die Umsetzung des Konzepts der Ehrenamtskarte eine Halbtagsstelle geschaffen. Die Kosten belaufen sich auf etwa 30.000 € im Jahr (Ehrenberg 2014). Die Möglichkeiten der Karten bleiben aber nicht selten ungenutzt, weil sie z. B. nicht mit den Interessen der Engagierten übereinstimmen, weil Hochengagierte in der Regel wenig Zeit für Freizeitaktivitäten verwenden oder weil Fahrtwege zu lang sind. Ehrenamtskarten sind daher zwar moderner als Ehrenamtsnadeln, haben aber tatsächlich in vielen Fällen den gleichen symbolischen Charakter der Auszeichnung. Wenn diese Auszeichnungen mit materiellen Vergünstigungen verknüpft werden sollen, empfehlen wir ein Hauptproblem des Engagements anzugehen und die Karte mit einem Tankgutschein oder einem Bonus auf die Karten des ÖPNV zu kombinieren. Die örtliche Wirtschaft, die vom Engagement der Bürger profitiert, sollte in die Finanzierung eingebunden werden.

Zu den persönlichen Auszeichnungen, die gewährt werden können, gehört auch die Qualifizierung. Wenn besonders engagierte Menschen für Ihre Arbeit belohnt werden, indem sie an einer Weiterbildung teilnehmen können, dann bedeutet das eine persönliche Anerkennung und mobilisiert für die Weiterarbeit. Außerdem wird mit dieser Anerkennung über Qualifizierung nicht nur die Person des Engagierten, sondern sein Engagement gewürdigt. Und daran, dass ihre ehrenamtliche Arbeit, unab-

hängig davon, worin sie besteht, weiter mit Erfolg fortgeführt werden kann, liegt den Engagierten am meisten. Bei der Anerkennung durch Qualifizierung handelt es sich um eine Verbindung von personenbezogener und sachbezogener Würdigung.

> Empfehlung:
> Als zentrales Element der Anerkennungskultur auf Kreisebene sollte ein jährlicher Empfang oder ein Ehrenamtsfest stattfinden, das zugleich auch als Plattform der Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden kann, um die hohe Wertschätzung des Bürgerengagements auszudrücken.
> Bei den Möglichkeiten der persönlichen Anerkennung empfehlen wir die Qualifizierung. Dort, wo eine Qualifizierung nicht angebracht ist, etwa weil Qualifizierung im Projekt der auszuzeichnenden Person inbegriffen ist, sollte es stattdessen eine Mobilitäts-Ehrenamtskarte geben.

Gemeinden

- Unterstützung und Anerkennung

Freiwilliges Engagement, ob in einem institutionellen Rahmen oder informell als Nachbarschaftshilfe oder familiäre Unterstützung, findet zu einem guten Teil im lokalen Kontext statt. Engagement gestaltet das soziale Leben vor Ort wesentlich mit, sorgt für Einbindung in die Gemeinschaft und damit für Lebensqualität. Gute Rahmenbedingungen für Engagement gibt es da, wo Bürgermeisterinnen und Bürgermeister Vereine und Initiativen unterstützen, indem sie z. B. Räume zur Verfügung stellen und vor allem öffentlich als Fürsprecher des Engagements auftreten.

Auf der lokalen Ebene kann auch am leichtesten das informelle Engagement wahrgenommen, gewürdigt und gegebenenfalls zur Würdigung im größeren Rahmen empfohlen werden.

8.2 Zuständigkeiten auf der zivilgesellschaftlichen Seite auf den Ebenen des Landes, der Kreise und Gemeinden

Land Mecklenburg-Vorpommern: Ehrenamtsstiftung

Die Aufgaben der Ehrenamtsstiftung wurden in einem partizipativen Prozess entwickelt und sind in der Satzung festgelegt.

- Vernetzung, Austausch und Information

Vernetzung der zivilgesellschaftlichen Akteure ist die Grundlage für die weiteren Aufgaben der Ehrenamtsstiftung. Mit dem „Netzwerk freiwilliges Engagement in M-V e. V.“, das aus einer zivilgesellschaftlichen Initiative entstanden ist und vom Sozialministerium gefördert wird, existiert allerdings bereits seit 1999 eine landesweit agierende Institution, die die gleichen Aufgaben bearbeitet wie die die Ehrenamtsstiftung.

> Empfehlung:
> Es sollte eine kooperative Übergangsphase mit dem Ziel der Integration des Netzwerks in die Ehrenamtsstiftung geben. Dafür bedarf es auch eines Selbstverständnisses der Ehrenamtsstiftung als zivilgesellschaftlicher Institution.

- Qualifizierung

Qualifizierungen für das Ehrenamt selber durchzuführen, eine Übersicht über das bestehende Angebot bei freien Trägern und spezialisierten Bildungsanbietern zu schaffen und Zuschüsse zu Qualifizierungen zu gewähren, ist eine wesentliche Aufgabe auf der Landesebene. Die Bevölkerungszahl und Bevölkerungsdichte ist in Mecklenburg-Vorpommern zu klein, als das diese Aufgabe von den MitMachZentralen auf Kreisebene übernommen werden könnte. Das heißt aber nicht, dass die Qualifizierungen nur zentral am Ort der Ehrenamtsstiftung (Güstrow) oder der Landeshauptstadt stattfinden könnten. Im Gegenteil - die Ehrenamtsstiftung sollte versuchen Qualifizierungen in den Regionen zugänglich zu machen.

- Beratung zu Anträgen und Fördermöglichkeiten

Die Ehrenamtsstiftung sollte die Stelle im Land sein, in der Wissensbestände zum Ehrenamt vorhanden sind bzw. gebündelt wird. Einen besonderen Bedarf an Information und Unterstützung haben Vereine und Initiativen bei der Finanzierung ihrer Arbeit. Die Ehrenamtsstiftung kann für Kleinprojekte selber Förderungen vergeben, doch sollte sie auch Informationen zu Fördermöglichkeiten über Landes-, Bundes- und EU-Programme sowie privater Stiftungen bereitstellen.

Ehrenamtliche wenden mitunter einen erheblichen Teil ihrer Zeit dafür auf, Spenden zu sammeln. Für einige Projekte würde sich Crowdfunding eignen. Hier fehlt den oft älteren Engagierten das Know How.

Empfehlung:

- Regelmäßiger Informationsaustausch mit den einschlägigen Stiftungen
- Know How zu Crowdfunding aufbauen oder als intergenerationelles ehrenamtliches Projekt entwickeln und auf die Kreisebene geben

- Öffentlichkeitsarbeit

Ehrenamt braucht eine Lobby, d. h. die Ehrenamtsstiftung vertritt zentral die Interessen der freiwillig Engagierten staatlichen Stellen gegenüber und stellt dabei den Gewinn für die Gesellschaft durch das Ehrenamt heraus. Ebenso wichtig ist die Aufgabe das Image des Ehrenamtes in der Öffentlichkeit zu verbessern. Hierbei geht es darum, die besondere Attraktivität des Ehrenamtes für den Einzelnen stärker ins öffentliche Bewusstsein zu bringen. Diejenigen, die sich freiwillig engagieren, erfahren soziale Einbindung, sie lernen andere Menschen kennen, haben Spaß und finden eine sinnvolle Beschäftigung, in der sie wertgeschätzt werden. Diese positiven Aspekte sind nicht genug präsent gegenüber einer Einschätzung Ehrenamtlicher durch Nichtengagierte, die vor allem betonen, dass ehrenamtliches Engagement nicht entlohnt wird und sich deshalb auch nicht lohne.

Kreise: MitMachZentralen[50]

- Vernetzung, Austausch, Information

Auf der Ebene der Kreise sind ebenfalls zentrale Institutionen notwendig, um die Aufgaben der Vernetzung, des Austausches und der Information wahrzunehmen. Die Vernetzung der zivilgesellschaftlichen Akteure im Landkreis mit dem Ziel Austausch zu ermöglichen, Vertrauen aufzubauen und da-

[50] Es existieren verschiedene Namen für Einrichtungen, die die Funktionen von MitMachzentralen übernehmen: Freiwilligenagenturen, Freiwilligenzentren, Ehrenamtsbörsen etc. Wir verwenden hier synonym für alle den Begriff MitMachzentralem, weil er eine Mecklenburg-Vorpommersche Besonderheit darstellt.

mit eine Basis für mögliche Kooperationen zu schaffen, ist die wichtigste Aufgabe der MitMachZentralen der Kreise.

In Interviews und den Werkstattgesprächen ist das Problem der Konkurrenz um Ehrenamtliche und Fördergelder mehrfach angesprochen worden.

Empfehlungen:

- Die Funktion der MitMachZentrale des Kreises sollte an eine bestehende Institution angegliedert werden.
- Um Misstrauen und Konkurrenz zu mindern, sollte die Arbeit der MitMachZentralen von einem Beirat kontrolliert werden, in dem die zivilgesellschaftlichen Akteure des Kreises vertreten sind. Noch größeren Einfluss gewährt das Modell, nach dem viele Freiwilligenagenturen aufgebaut sind: Träger der Freiwilligenagentur ist ein Verein, in dem die zivilgesellschaftlichen Akteure vertreten sind.

- Öffentlichkeitsarbeit

  Die Öffentlichkeit kann auf Kreisebene vor allem über Projekte auf das Thema Engagement gelenkt werden. Dazu gehören z. B. Aktionen zum Tag des Ehrenamts oder 24-Stunden-Aktionen.

- Vermittlung von Engageierten

Die Vermittlung von Engagierten ist keine Aufgabe für die zentrale Anlaufstelle für Engagement des Kreises, denn diese Art von Beratung und Vermittlung funktioniert erfahrungsgemäß nur auf der lokalen Ebene wirklich gut. Die MitMachZentralen, die von einem trägerübergreifenden Gremium getragen werden sollten, sollten aber die Durchführung von Ehrenamtsmessen übernehmen, wobei die Messen weniger der Akquise von Engagierten dienen, sondern vor allem als Mittel der Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden sollten.

Gemeinden: MitMachZentralen

Die Anlaufstellen für freiwilliges Engagement agieren unter verschiedenen Namen. Der geläufigste Begriff ist „Freiwilligenagentur“. In Mecklenburg-Vorpommern hat sich durch ein Modellprogramm die Bezeichnung „MitMachZentrale“ etabliert.

Die wichtigste Aufgabe einer Anlaufstelle für ehrenamtliches Engagement ist die Beratung und Vermittlung von Personen, die sich engagieren möchten, aber nicht genau wissen, wo und wie sie diesen Wunsch umsetzen können. Nach Auskunft der Bundearbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen ist diese Aufgabe sinnvoll nur im lokalen Zusammenhang zu bewältigen. Diese Erfahrung wird auch durch die Selbsteinschätzung des Wirkungsradius von Freiwilligenagenturen in unseren Interviews bestätigt.

- Vermittlung von Freiwilligen und lokale, sozialraumorientierte Netzwerkarbeit

Um an einem Engagement interessierte Menschen vermitteln zu können, müssen im gemeinsamen Gespräch deren Interessen, Motive, Erfahrungen, Kenntnisse und Fähigkeiten, sowie zeitliche Ressourcen geklärt werden. Die Beratung über passende Engagementmöglichkeiten und schließlich eine Vermittlung in ein Engagement setzen voraus, dass entsprechende Einsatzstellen zur Verfügung stehen. Trotz der vielfach geäußerten Konkurrenz um Ehrenamtliche gibt es nicht immer ein ausreichendes oder den Interessen und Anforderungen des Interessierten entsprechendes Angebot. Die

Mitarbeiter von Freiwilligenagenturen sind daher mit den am Ort ansässigen Vereinen, Trägern, Wohlfahrtsverbänden und Kirchen im Kontakt und suchen oder entwickeln auch Einsatzstellen, in die sie Engagierte vermitteln können. Für die Aufgabe der lokalen Netzwerkarbeit ist personelle Kontinuität der Ansprechpartner wichtig.

Empfehlung:

- Wie für die lokalen MitMachZentralen, die zentrale Funktionen für die Zivilgesellschaft im Kreis übernehmen, empfehlen wir auch für alle anderen lokalen MitMachZentralen eine Organisationsstruktur, in der alle vor Ort aktiven zivilgesellschaftlichen Akteure vertreten sind.

Austausch und Begleitung von Freiwilligen

MitMachzentralen bieten den Engagierten eine Plattform zum Austausch. Je nach Art des Engagements kann auch eine Begleitung förderlich sein - etwa um persönlich belastende Erlebnisse gemeinsam zu verarbeiten.

Information

Es gibt Freiwilligenagenturen in großen Städten, die ein beeindruckendes Spektrum an Tätigkeiten erfüllen: Sie vermitteln Freiwillige, führen eigene Projekte durch, veranstalten Fachtagungen und bieten Qualifizierungen an. Dieser Aufgabenzuschnitt wird im ländlich strukturierten Mecklenburg-Vorpommern mit seinen verhältnismäßig kleinen Städten die lokalen Mitmachzentralen schnell überfordern. Unabdingbar ist aber, dass in den lokalen Mitmachzentralen Informationen zu Qualifizierungen, Ansprechpartnern, regionalen und überregionalen Terminen zusammenlaufen und für alle Interessierten zugänglich gemacht werden.

Der Betrieb einer Mitmachzentrale ist mit einem gewissen finanziellen Aufwand verbunden. Daher haben sich diese Engagement unterstützenden Infrastrukturen vor allem in größeren Städten etabliert, wo das Verhältnis von Aufwand und Bedarf besser ist als in kleinen Gemeinden.

Um ein Engagement in den ortsansässigen Vereinen oder in der Kirche aufzunehmen, bedarf es keiner Engagement vermittelnden Institution. Aber bei Engagementinteressen, die in der Vereinsstruktur vor Ort nicht abgebildet werden, fehlt es an Information und Beratung. Bisher erschließen vor allem personelle Netzwerke, wie im Pflegelotsenprojekt, den Zugang zu den Dörfern. Eine flächendeckende Einrichtung und Grundfinanzierung von Mitmachzentralen durch den Staat ist nicht zielführend. Wenn sich ehrenamtlich betriebene MitMachZentralen bilden, sollte dies von der Kommune unterstützt werden. In einigen Bundesländern hat man den Versuch unternommen, mit ehrenamtlichen „Engagementlotsen“ das Land zu erschließen. Allerdings müsste für solche „Freiwilligenagenturen auf zwei Beinen“ die Informationsvermittlung die Hauptaufgabe sein und nicht, wie in bisherigen Engagementlotsen-Programmen, die Durchführung eigener Projekte.

Empfehlung:

- Einrichtung eines Modellprogramms Engagementlotsen.

Literaturverzeichnis

Aktive Bürgergesellschaft e. V. (2014): Länderspiegel Bürgerstiftungen. Fakten und Trends 2014. Hg. v. Aktive Bürgergesellschaft e. V.

Albrecht, Peter-Georg; Reinfrank, Timo (Hg.) (2011): Von früher lernen heißt …? Zivilgesellschaftliches Engagement älterer Menschen gegen Rechtsextremismus ; eine Neulandbegehung in Ostdeutschland. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung (Analyse / Amadeu-Antonio-Stiftung, 3).

AMB Generali Holding AG; Corporate Communications; Generali Zukunftsfonds (2009): Engagementatlas 2009. Daten, Hintergründe, Volkswirtschaftlicher Nutzen. Aachen.

Amt für Statistik Mecklenburg-Vorpommern (2015): Bevölkerung nach Altersgruppen am 31.12.2014. Kreise in Prozent, Online verfügbar unter: http://sisonline.statistik.m-v.de/sachgebiete/A117304K/stand/16/Bevoelkerung_nach_Altersgruppen_am_3112_Kreise_in_Prozent, zuletzt geprüft am 27.10.15.

Amt Peenetal/Loitz (2013): Regionalstrategie Daseinsvorsorge. Demografischer Wandel im Amt Peenetal/Loitz. Hg. v. Amt Peenetal/Loitz. Amt Peenetal/Loitz.

Arbeitsgemeinschaft neue Dorfmitte M-V (2014): Modellprojekte neue Dorfmitte Mecklenburg-Vorpommern. Abschlussbericht. Schwerin.

Backhaus-Maul, Holger; Ebert, Olaf; Jakob, Gisela; Olk, Thomas (2003): Institutionelle Lücken und günstige Gelegenheiten. Zum aktuellen Stand der Debatte über bürgerschaftliches Engagement. In: Holger Backhaus-Maul, Olaf Ebert, Gisela Jakob und Thomas Olk (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland. Potenziale und Perspektiven. Opladen: Leske u. Budrich, S. 5–18.

Beetz, Michael; Corsten, Michael; Rosa, Hartmut; Winkler, Torsten (2014): Was bewegt Deutschland? Sozialmoralische Landkarten engagierter und distanzierter Bürger in Ost- und Westdeutschland. 1. Aufl. Weinheim: Beltz Juventa. Online verfügbar unter http://www.content-select.com/index.php?id=bib_view&ean=9783779941019.

Bertermann, Britta; Obermann, Elke (2011): Partizipation im Alter (Arbeitspapier), (Forschungsgesellschaft für Gerontologie e.V.). Online verfügbar unter: http://www.antidiskriminie rungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/Literatur_Altersjahr/Arbeitspapier-Partizipation.pdf.

Blinkert, Baldo; Klie, Thomas (2006): Die Zeiten der Pflege. In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie 39 (3), S. 202-210.

Braun, Joachim; Brumeister, Joachim; Engels, Dietrich (Hg.) (2004): SeniorTrainerin: Neue Verantwortungsrolle und Engagement in Kommunen. Bundesmodellprogramm "Erfahrungswissen für Initiativen" ; Bericht zur ersten Programmphase. Köln: ISAB (ISAB-Schriftenreihe, 84).

Braun, Joachim; Claussen, Frauke: Freiwilliges Engagement im Alter. Nutzer und Leistungen von Seniorenbüros. Unter Mitarbeit von Stefan Bischoff, Lisa Sommer und Frank Thomas (Modellprogramm Seniorenbüro, 10).

Breuer, Christoph; Feiler, Svenja (2014): Sportentwicklungsbericht 2013/2014 – Analyse zur Situation der Sportvereine in Deutschland. Köln. Sportverlag Strauß, September 2014.

Bundesinstitut für Bau, Stadt-und Raumforschung (BBSR) im BBR (Hg.) (2014): Potenzialanalyse altersgerechte Wohnungsanpassung. Bonn.

Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend (Hg.) (2012): Erster Engagementbericht 2012. Für eine Kultur der Mitverantwortung. Engagementmonitor 2012.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2010): Sechster Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Altersbilder in der Gesellschaft. Deutscher Bundestag (Bundesdrucksache, 17/3815).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2010a): Eine neue Kultur des Alterns. Altersbilder in der Gesellschaft. Erkenntnisse und Empfehlungen des Sechsten Altenberichts. Berlin. Online verfügbar unter: http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/ publikationen,did=166356.html, zuletzt geprüft am 27.3.2011.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2010b): Mitgestalten und Mitentscheiden. Das Programm "Aktiv im Alter". Berlin. Online verfügbar unter http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/mitgestalten-mitentscheiden.pdf, zuletzt geprüft am 29.10.2015.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2011): Wie und wofür engagieren sich ältere Menschen? Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Monitor Engagement, 4).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (o. J.a): Ergebnisse der Freiwilligenbefragung 2014 im Rahmen des Aktionsprogramms Mehrgenerationenhäuser II des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (o. J.b): Ergebnisse der Nutzerbefragung 2014 im Rahmen des Aktionsprogramms Mehrgenerationenhäuser II des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Das Demographie Netzwerk (Hg.) (2013): Lebensqualität für alle Generationen. Positionspapier. Arbeitskreis Wirtschaft und Kommunen.

Deich, Ingrid (1997): Die betrieblichen Sozialeinrichtungen und ihre Transformation bei vormaligen volkseigenen Betrieben und Kombinaten. In: Ingrid Deich und Wolfhard Kohte (Hg.): Betriebliche Sozialeinrichtungen. Opladen: Leske + Budrich (Beiträge zu den Berichten zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland, 6.9), S. 102–412.

Deutscher Bundestag (2002): Bericht der Enquete-Kommission "Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements". Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft (Bundesdrucksache, 14/8900).

Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information (Hg.) (2005): Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit. Genf.

Diller, Angelika (2006): Mehrgenerationenhäuser – intergenerative Aktivitäten in unterschiedlichen Institutionstypen. Rechercheberichtim Auftrag des BMFSFJ. München. Online verfügbar unter https://www.ar.ch/fileadmin/user_upload/Departement_Inneres_Kultur/FamilienGleichstellung/DE_Studie_Mehrgenerationenh%C3%A4user.pdf.

Eberlein, Marion; Klein-Hitpaß, Anne (2012): Altengerechter Umbau der Infrastruktur: Investitionsbedarf der Städte und Gemeinden. Endbericht. Unter Mitarbeit von Klaus J. Beckmann, Busso Grabow, Detlef Landua und Friederike Christian (Difu-Impulse, Bd. 6/2012).

Engstler, Heribert; Menning, Sonja; Hoffmann, Elke; Tesch-Römer, Clemens (2004): Die Zeitverwendung älterer Menschen. In: Alltag in Deutschland. Analysen zur Zeitverwendung. Beiträge zur Ergebniskonferenz der Zeitbudgeterhebung 2001/02 am 16./17. Februar 2004 in Wiesbaden. Statistisches Bundesamt. Wiesbaden (Forum der Bundesstatistik, 43), S. 216-246.

Ehrenberg, Felix (2014): Ehrenamtskarte – bundesweite Erfahrungen und mögliche Lösungsansätze für Mecklenburg-Vorpommern und seine Kommunen, kommunalpolitisches Forum Mecklenburg-Vorpommern e.V. Handreichung 2014. Online verfügbar unter http://www.kf-mv.de/pdf/HR_Ehrenamt.pdf zuletzt geprüft am 19.11.2015.

Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (Hg.) (2002): Bericht. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft: Opladen.

Evers, Adalbert; Klie, Thomas; Roß, Paul-Stefan (2015): Die Vielfalt des Engagements. Eine Herausforderung an Gesellschaft und Politik. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 65 (14-15), S. 3–9. Online verfügbar unter http://www.freiwilligenzentrum-darmstadt.org/fileadmin/FWZ_DA/APuZ_2015-14-15_online.pdf, zuletzt geprüft am 28.08.2015.

Falk, Katrin; Heusinger, Josefine; Kammerer, Kerstin; Khan-Zvornicanin, Meggi; Kümpers, Susanne; Zander, Michael (2011): Arm, krank und ausgeschlossen im Alter? Studien zu Inklusion und Selbstbestimmung im sozial benachteiligten Quartier - der Fall Moabit. Discussion Paper SP I 2011-301. Hg. v. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin. S. 2.

Fiehler, Reinhard (2012): Kommunikation als Grundvoraussetzung für gelingendes Altern. In: Martina Kumlehn und Andreas Kubik (Hg.): Konstrukte gelingenden Alterns. Stuttgart: Kohlhammer, S. 107–131.

Follmer, Robert; Brand, Thorsten (infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH) (2010): Mobilität in Deutschland 2008 - Ergebnisbericht Mecklenburg-Vorpommern. Bonn.

Generali Zukunftsfonds (Hg.) (2012): Generali Altersstudie 2013. Wie ältere Menschen leben, denken und sich engagieren. Generali Zukunftsfonds; Institut für Demoskopie Allensbach. Frankfurt am Main: Fischer.

Gensicke, Thomas (2004): Individuelle Voraussetzungen für freiwilliges Engagement. Analyse des Zugangs zum freiwilligen Engagement unter besonderer Berücksichtigung der Situation in den neuen Ländern. In: Beate Rosenzweig und Ulrich Eith (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Ein Gesellschaftsmodell der Zukunft? Schwalbach am Taunus: Wochenschau Verlag, S. 56–72.

Gensicke, Thomas (2014): Bürgerschaftliches Engagement in den ländlichen Räumen der Bundesrepublik Deutschland - Strukturen, Chancen und Probleme. Sekundäranalyse auf Grundlage des Freiwilligensurveys der Bundesregierung. TNS Deutschland GmbH. München.

Gensicke, Thomas; Geiss, Sabine (2010): Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999–2004–2009. Vorgelegt von TNS Infratest Sozialforschung. Durchgeführt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. München. Online verfügbar unter http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/3._20Freiwilligensurvey-Hauptbericht,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf, zuletzt geprüft am 11.05.2015.

Gensicke, Thomas; Olk, Thomas; Reim, Daphne; Schmithals, Jenny; Dienel, Hans-Liudger (2009): Entwicklung der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland. Quantitative und qualitative Befunde. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Gies, Jürgen; Thiemann-Linden, Jörg; Barwisch; Timo; Büsch, Frank (2015): Mobilität im Alter in Mecklenburg-Vorpommern. Abschlussbericht Grundlagenexpertise. Unter Mitarbeit von Anne Klein-Hitpaß und Thomas Warnecke.

Hesse, Joachim Jens; Götz, Alexander (2009): Voraussetzungen der Selbstverwaltung. Baden-Baden: Schöningh (zum Verhältnis von Ehrenamt und Gebietsgröße). Online verfügbar unter http://d-nb.info/993522238/04.

Heuberger, Frank (2011): Bundesländer. In: Thomas Olk und Birger Hartnuß (Hg.): Handbuch Bürgerschaftliches Engagement. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 797–810.

ISAB; Generali Zukunftsfonds (2015): Generali Engagementatlas 2015. Rolle und Perspektiven Engagement unterstützender Einrichtungen in Deutschland. Generali Zukunftsfonds; ISAB Institut für sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung.

Jopp, Daniela; Boerner, Kathrin; Rott, Christoph; Kruse, Andreas (2013): Versorgung und Pflege hochaltriger Menschen: Hinweise aus der Heidelberger hundertjährigen Studie. Hg. v. Institut für Gerontologie der Universität Heidelberg. Heidelberg.

Kennel, Corinna; Neumüllers, Marie; Willisch, Andreas (2014): Erfassung bürgerschaftlichen Engagements und sozialer Teilhabe in der Region Westmecklenburg als Teil des Umsetzungsprojekts "Bewegung und Lebensqualität im Alter". Gutachten. Unter Mitarbeit von Fabian Benndorf, Marie-Luise Hornbogen, Magdalena Konieczek und Larissa Rensing.

Klie, Thomas; Stemmer, Philipp; Wegner, Martina (2009): Untersuchung zur Monetarisierung von Ehrenamt und Bürgerschaftlichem Engagement in Baden-Württemberg im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg. Freiburg. Online verfügbar unter http://www.zze-freiburg.de/assets/pdf/Abschlussbericht-Monetarisierung-100226.pdf, zuletzt geprüft am 18.05.2015.

Krimmer, Holger; Priemer, Jana (2013): ZiviZ-Survey 2012: Zivilgesellschaft verstehen. Abschlussbericht. Berlin. Online verfügbar unter http://www.ziviz.info/fileadmin/download/ziviz_survey2012.pdf, zuletzt geprüft am 04.09.2015.

Kröhnert, Steffen; van Olst, Nienke; Klingholz, Reiner (2005): Deutschland 2020. Die demografische Zukunft der Nation. 3. überarbeitete Auflage. Hg. v. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin. Online verfügbar unter http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Studien/D_2020_Webversion.pdf, zuletzt geprüft am 14.09.2015.

Landkreis Vorpommern-Greifswald; Hochschule Neubrandenburg (2014): UniDorf Loitz 07'14. Lebensqualität im Peenetal/Loitz. Hg. v. Landkreis Vorpommern-Greifswald und Hochschule Neubrandenburg.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern (2010): Gesetz zur Stärkung der Mitwirkung der Seniorinnen und Senioren am gesellschaftlichen Leben in Mecklenburg-Vorpommern. Seniorenmitwirkungsgesetz M-V - SenMitwG M-V, vom 07.07.2010. Online verfügbar unter http://www.regierung-mv.de/Publikationen?sa.query=seniorenmitwirkungsgesetz&search_filter_submit=, zuletzt geprüft am 29.10.2015.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern (2012): Drucksache 6/251. Einsetzung einer Enquete Kommission "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern". Schwerin.

Laschewski, Lutz (Hg.) (2008): Ländliche Gesellschaft und ländliche Politik als Prozess. Formation von Sozialkapital, demografischer Wandel, politische Entscheidungen. Rostock: Universitäts-Bibliothek (Forschungsberichte der Professur für Landwirtschaftliche Betriebslehre und Management, 2008,2).

Laudenbach, Peter: Ein heilsamer Schock. In: *brand eins* 2015 (5). Online verfügbar unter http://www.brandeins.de/archiv/2015/ziele/loitz-ein-heilsamer-schock/, zuletzt geprüft am 30.10.2015.

Meergans, Uwe; Werz, Nikolaus (2013): Auf der Suche nach dem WIR-Gefühl. Begünstigende und hemmende Faktoren für bürgerschaftliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern. Hg. v. Herbert Quandt-Stiftung. Bad Homburg v. d. Höhe (Gedanken zur Zukunft, 26).

Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg (Hg.) (2008): Unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement fördern. Ein Handbuch für die Praxis. Stuttgart.

Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren (Hg.) (2014): Engagementstrategie Baden-Württemberg. Lebensräume zu „Engagement-Räumen“ entwickeln. Ergebnisse des Beteiligungsprozesses und Bewertung. Stuttgart.

Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern (Hg.) (2011): Auf dem Weg zur Inklusion. Bericht zur Situation von Menschen mit Behinderungen in Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin.

Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern (Hg.) (2013): Mecklenburg-Vorpommern auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft. Maßnahmeplan der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern zur Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Schwerin.

Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern (22.05.2014): Ehrenamt aus einer Hand - MitMachZentralen für Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin.

Olk, Thomas (2010): Bürgerschaftliches Engagement im Lebenslauf. In: Gerhard Naegele (Hg.): Soziale Lebenslaufpolitik. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Sozialpolitik und Sozialstaat), S. 637–672.

Otto, Ulrich; Schmid, Josef; Mansour, Julia; Plank, Sven; Schönstein, Stephanie; Steffen, Christian (2003): Bürgerschaftliches Engagement – Förderung durch die Bundesländer. Ziele, Instrumente und Strategien im Vergleich. Opladen: Leske u. Budrich.

Pfundstein, Thomas; Baumgärtner, Heike (2010): Kommunale Pflegestrukturplanung. Ein Handbuch für die Praxis. Hg. v. Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz. Mainz.

Reichert-Schick, Anja (2010): Auswirkungen des demographischen Wandels in regionaler Differenzierung: Gemeinsamkeiten und Gegensätze ländlich-peripherer Entleerungsregionen in Deutschland, die Beispiele Vorpommern und Westeifel. In: Raumforschung und Raumordnung (RuR) 68 (3), S. 153-168.

Roesler, Jörg (2003): Ostdeutsche Wirtschaft im Umbruch 1970 – 2000. Paderborn.: Bonifatius Druck Buch Verlag.

Roth, Roland (2001): Besonderheiten des bürgerschaftlichen Engagements in den neuen Bundesländern. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (Hg.): Neue Bundesländer – Gesellschaftlicher Wandel, 39-40/2001. Frankfurt am Main, S. 15–21.

Sachverständigenkommission "Sechster Altenbericht der Bundesregierung" (2005): Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft. Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen. Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Bericht der Sachverständigenkommission an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin.

Sachverständigenkommission "Sechster Altenbericht der Bundesregierung" (2010): Altersbilder und Rollenmodelle des Alters in der Zivilgesellschaft. Kommissionsdrucksache 236. Deutsches Zentrum für Altersfragen e.V.

Schmiade, Nicole; Müller, Doreen; Kausmann, Corinna; Vogel, Claudia; Ziegelmann, Jochen P.; Simonson, Julia (2014): Deutscher Freiwilligensurvey 2009, 2004 und 1999. Kurzbeschreibung des Scientific Use Files der ersten, zweiten und dritten Befragungswelle des Freiwilligensurveys. SUF FWS 2009, Version 3.1, SUF FWS 2004, Version 3.1 und SUF FWS 1999.

Schmid, Josef (2010): Engagementpolitik auf Landesebene - Genese und Strukturierung eines Politikfeldes. Unter Mitarbeit von Christine Brickenstein. In: Thomas Olk, Ansgar Klein und Birger Hartnuß (Hg.): Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Bürgergesellschaft und Demokratie, 32), S. 352–381.

Schöffmann, Dieter (2007): Gute Geschäfte. Marktplatz für Unternehmen und Gemeinnützige. Leitfaden. Hg. v. Bertelsmann Stiftung.

Schömann, K.; Knauber, C.; Ambos, I.; Friebe, J.; Zimmer, V. (2015): Grundlagenexpertise Bildung und Arbeit im Alter. Schwerpunktbereich Bildung. Bonn.

Schömann, Klaus; Hilbert, Christoph (2015): Abschlussbericht Grundlagenexpertise Bildung und Arbeit im Alter. Schwerpunktbereich Arbeit. Unter Mitarbeit von Julian Lucas und Anke Meyer-Puttlitz, 2015.

Schuhmacher, Birgit; Pfau, Cornelie; Heyer, Alexandra; Krems, Carolin (2004) Einkaufen und Lebensmittel auswählen - Was sagen Senioren dazu? Abstracts zum 42. Wissenschaftlichen Kongress der DGE. Proceedings of the German Nutrition Society, 7(2005), S. 31-32.

Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern (2014): Mecklenburg-Vorpommern. Weltoffen, modern, innovativ. Den demografischen Wandel gestalten. Aktualisierte Fassung des Strategieberichts von 2011 der interministeriellen Arbeitsgruppe "Demografischer Wandel" der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern. Stand: Mai 2014. Schwerin.

Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste (Hg.) (2007): Corporate Citizenship. Die wichtigsten Ergebnisse der repräsentativen Unternehmensstudie Unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg. 3000. Aufl. Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg. Stuttgart.

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2014): Sozialhilfe und soziale Grundsicherung 2013. Online verfügbar unter: http://service.mvnet.de/statmv/daten_stam_berichte/e-bibointerth03/soziales--rechtspflege/k-i__/k113__/daten/k113-2013-00.xls, zuletzt geprüft am 28.10.2015.

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2014): Wahl zum Bundestag der Bundesrepublik Deutschland in Mecklenburg-Vorpommern. Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik. Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (Wahlheft, 4).

Streit, Tatjana; Kagerbauer, Martin; Chlond, Bastian; Weiss, Christine; Vortisch, Peter; Zumkeller, Dirk (2014): Deutsches Mobilitätspanel (MOP) - Wissenschaftliche Begleitung und Auswertungen. Bericht 2012/2013: Alltagsmobilität und Fahrleistungen. Karlsruher Institut für Technologie. Online verfügbar unter: http://mobilitaetspanel.ifv.kit.edu/downloads/Bericht_MOP_12_13.pdf, zuletzt geprüft am 6.10.2015.

Tippelt u. a. (2010): Altersbilder in Bildung und Weiterbildung. In: Dt. Bundestag: Sechster Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland . Altersbilder in der Gesellschaft. Berlin.

Tivig, Thusnelda; Korb, Claudia; Neuhaus, Jens; Sondermann, Florian; Ockert, Antje; Holm, Henrik (2012): „Lebenssituation Älterer in Mecklenburg-Vorpommern heute“. Universität Rostock. Universität Rostock, Rostock. Department AGIS „Altern des Individuums und der Gesellschaft“.

Vogel, Claudia; Gensicke, Thomas (2013): Deutscher Freiwilligensurvey 2009 - Dokumentation des Erhebungsdesigns und Instruments der dritten Befragungswelle des Freiwilligensurveys (FWS 2009). Berlin.

Wurm, Susanne; Tesch-Römer, Clemens; Motel-Klingebiel, Andreas (Hg.) (2010): Altern im Wandel. Befunde des Deutschen Alterssurveys (DEAS). Stuttgart: Kohlhammer.

Zahn, Volker; Rake, Helga; Frey, Heinz; Klems, Christian (2014): Modellprojekt Neue Dorfmitte Mecklenburg-Vorpommern. Abschlussbericht.

Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (2011): Kommune gemeinsam gestalten. Handlungsansätze zur Beteiligung Älterer vor Ort. Hg. v. Senioren Frauen und Jugend Bundesministerium für Familie. Berlin.

Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (2015): Dialogforum Loitz 16.02.2015.

Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) (Hg.) (2012): Freiwilligendienste aller Generationen. Umsetzung und Wirkung 2009 - 2011. Abschlussbericht. Freiburg i. Br.